

GRUNDRECHTSSCHUTZ
AUSLÄNDISCHER JURISTISCHER
PERSONEN

RALPH R. STEINBRÜCK

1981
—

GRUNDRECHTSSCHUTZ
AUSLÄNDISCHER JURISTISCHER
PERSONEN

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig - Maximilians - Universität
zu München

vorgelegt von
RALPH R. STEINBRÜCK

München 1981

Referent: Professor Dr. Peter Lerche

Koreferent: Professor Dr. Bruno Simma

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Juli 1981



MEINEN ELTERN

VORWORT

Den Ausschlag zur Bearbeitung des Themas gab die Lektüre eines Urteils des LG München vom 20.9.1978 (Az. 90 74 82/76), in dem einer liechtensteinischen Gesellschaft unter Berufung auf ihre Grundrechtsunfähigkeit erstinstanzlich jedwede Entschädigung für einen enteignungsgleichen Eingriff in ihr im Inland belegenes Grundeigentum verweigert wurde. Der als nicht situationsgerecht empfundene Entscheid reizte zur näheren Untersuchung der verfassungsrechtlichen Stellung, die die ausländische juristische Person im Gegensatz zur inländischen, aber auch im Vergleich zum einzelnen Ausländer im Bonner Grundgesetz erfahren hat.

Ist der Situation des Ausländers in der rechtswissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre breiter Raum gewidmet worden, blieb die ausländische Gesellschaft hingegen weitgehend unbeachtet. Dieses Dunkel für den Bereich des Verfassungsrechts ein wenig zu beleuchten, ist Aufgabe dieser Arbeit. Daß dabei zum Teil ein neuer, auf den ersten Blick etwas gewagt erscheinender Weg beschritten werden mußte, war angesichts der angedeuteten und sich im Fortgang der Untersuchung bestätigenden Antinomien nicht vermeidbar.

Herzlich zu danken habe ich Herrn Prof. Dr. Peter Lerche, der nicht nur die Anregung zur Bearbeitung des Themas gab, sondern auch jederzeit ansprechbarer Betreuer von Verfasser und Arbeit war und wertvolle Hinweise zu deren Fortgang und Gelingen beisteuerte. Weiterhin zu danken habe ich Herrn Priv. Doz. Dr. Christoph Degenhart, der mir freundlicher-

weise das unveröffentlichte Manuskript seines Habili-
tationsvortrages überließ, dem ich einige Denkanstöße
entnehmen konnte. Bei der Bearbeitung des zwischen- und
überstaatlichen Bereichs der Untersuchung waren mir die
fundierte Kenntnisse der Herren Dr. Rupert Stadler und
Ulrich Fastenrath von großem Nutzen.

München, im Januar 1981

Ralph R. Steinbrück

I N H A L T S Ü B E R S I C H T

	Seite
EINLEITUNG	1
A. Problemstellung	1
I. Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen im Allgemeinen	1
II. Systematische Einordnung des Problems	3
B. Methode	7
ERSTER TEIL	
NATIONALES RECHT: DIE FRAGE DER AUSSCHLUßWIRKUNG DER INLÄNDERKLAUSEL IN ART. 19 ABS. 3 GRUNDGESETZ. GRUNDRECHTE DER AUSLÄN- DISCHEN JURISTISCHEN PERSON NACH DEUTSCHEM VERFASSUNGSRECHT	13
1. KAPITEL: NORMTEXTORIENTIERTE INTERPRETATION DER INLÄNDERKLAUSEL	13
2. KAPITEL: ENTSTEHUNGSGESCHICHTLICHE ASPEKTE ZUR INLÄNDERKLAUSEL	18
3. KAPITEL: DIE INLÄNDERKLAUSEL BEI TELEOLO- GISCHER BETRACHTUNG	25
1. Abschnitt: Normzweck der Inländerklausel nach der Rechtsprechung des BVerfG und der herrschenden Literatur	25
A. Die Rechtsprechung des BVerfG	25
B. Zweckdeterminiertes Verständnis der Inländerklausel im Schrifttum	29
C. Wertung des ermittelten herrschenden Normverständ- nisses. Möglichkeit abweichender Normsituation	33
2. Abschnitt: Einzelne Voten zugunsten der Grund- rechtssubjektivität ausländischer juristischer Personen	35
A. Grundrechtsschutz aufgrund internationalprivat- rechtlicher Anerkennung ausländischer juristischer Personen im Inland?	35

B. Analogie zu Art. 19 Abs. 3 GG aus Rechtsstaatsgedanken und Zusammenhang mit Grundrechtsschutz natürlicher Personen. "Allgemeiner Eingriffsvorbehalt" für den einfachen Gesetzgeber	38
C. Mittelbare Auswirkung der Grundrechte auf ausländische juristische Personen durch Statuierung einer objektiven Wertordnung	43
3. Abschnitt: Partielle Reduktion der Inländerklausel	49
A. Die Anwendbarkeit der Justiz- oder Verfahrensgrundrechte auf ausländische juristische Personen als Ansatz zu weiterführender Reduktion	49
I. Formelle Grundrechte als "Grundrechte" im Sinne des Art. 19 Abs. 3 GG?	51
II. Teleologische Reduktion der Inländerklausel in ihrer Anwendbarkeit auf formelle Grundrechte	56
B. Teleologische Reduktion der Inländerklausel hinsichtlich materieller Grundrechte bei vergleichbar gelagerten Sachverhalten	68
I. Analyse und Kritik der teleologischen Normzweckkriterien der hM für den Ausschluß ausländischer juristischer Personen vom Grundrechtsschutz	70
1. Inlandsbeziehungen ausländischer juristischer Personen	70
a) Abgestufte Grundrechtsgewähr proportional zur Unterordnung unter inländische Territorialhoheit. Systemwidrigkeit des Ausschlusses ausländischer juristischer Personen	70
b) Partielle Vergleichbarkeit von Aktivitäten ausländischer juristischer Personen mit denen inländischer Unternehmen	77
aa) "Staatsangehörigkeit" der juristischen Person	77
bb) Zugehörigkeit der inländischen juristischen Person zur inländischen Wirtschaft als "staatsangehörigkeitsbestimmendes" Merkmal	79

cc) Partielle Partizipation der ausländischen juristischen Person an der inländischen Wirtschaft	80
dd) Irrelevanz der hinter ausländischen Gesellschaften stehenden Auslandsinteressen	84
ee) Zwischenergebnis	86
c) Eingliederung ausländischer juristischer Personen in die innerstaatliche Rechtsordnung	87
aa) Wechselwirkende Inhalte von Verfassungsrecht und einfachem Recht	87
bb) Ausgestaltung der wesentlichen ausländische juristische Personen betreffenden Normierungen im einfachen Recht	90
aaa) Gewerberecht	90
bbb) Handels- und Wirtschaftsrecht	94
ccc) Steuerrecht	95
ddd) Außenwirtschaftsrecht	99
eee) Internationales Arbeitsrecht und Privatrechtsverkehr	100
fff) Sonstige Rechtsbereiche	104
cc) Ausgestaltung im einfachen Recht als intensivierendes Moment für die Reduktion der Inländerklausel	105
2. Erhaltung des fremdenrechtlichen Aktionsspielraums der Bundesrepublik	107
II. Anwendbarkeit materieller Grundrechte auf ausländische juristische Personen im einzelnen	112
1. Artikel 14 GG	113
a) Grundeigentum. Urteile des LG München vom 20.9.1978 und des BGH vom 28.2.1980	113
b) Eigentum am Gewerbebetrieb	118
c) Gewerbliche Schutzrechte	120
2. Artikel 12 GG	121
3. Artikel 2 Absatz 1 GG	122
4. Artikel 3 Absatz 1 GG	127
5. Sonstige Grundrechte	130

III. Zusammenhang verfahrenssichernder und materieller Verfassungsgehalte	132
ZWEITER TEIL	
ZWISCHEN- UND ÜBERSTAATLICHES RECHT	138
1. KAPITEL: ZWISCHENSTAATLICHES RECHT	138
1. Abschnitt: Allgemeine Völkerrechtsgrundsätze als Relativierung der innerstaatlichen Inländerklausel?	138
2. Abschnitt: Bilaterale Abkommen als Inländergleichbehandlungsbefehl auch auf verfassungsrechtlicher Ebene	141
3. Abschnitt: Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (MRK)	150
A. Anwendbarkeit von Konventionsgrundrechten auf juristische Personen	150
B. Konventionsgrundrechte als Grundrechte im Sinne des § 90 BVerfGG?	154
C. Inländergleichbehandlung aufgrund Normwirkungen der Konvention?	156
I. Art. 14 MRK	157
II. Art. 1 ZPMRK in Verbindung mit Art. 14 MRK	159
D. Zusammenfassung	161
2. KAPITEL: SUPRANATIONALES RECHT. GEMEINSCHAFTS-RECHTLICHE DISKRIMINIERUNGSVERBOTE ALS GRUNDRECHTSGELTUNGSERWEITERNDE ANWENDUNGSBEFEHLE FÜR INNERSTAATLICHES VERFASSUNGSRECHT	162
1. Abschnitt: Anwendbarkeit des allgemeinen Diskriminierungsverbotes in Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag auf juristische Personen.	
Art. 58 EWG-Vertrag	162

2. Abschnitt:	Inhalt des allgemeinen Diskriminierungsverbotes in Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag hinsichtlich juristischer Personen. Inländerbehandlung	165
3. Abschnitt:	Vorrang von Gemeinschaftsrecht vor nationaler Inländerklausel	167
A. Die Rangfrage im Allgemeinen		167
B. Vorrang des Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag auch vor nationalem Verfassungsrecht, insbesondere Art. 19 Abs. 3 GG		173
C. Durchgriffscharakter des Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag		180
D. Auswirkungen des unbeschränkten Vorrangs von Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag auf die Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG		181
4. Abschnitt:	Besondere Diskriminierungsverbote des EWG-Vertrages. Grundrechtliche Inländerbehandlung ausländischer juristischer Personen der EG-Staaten nur im sachlich-ökonomischen Anwendungsbereich des EWG-Vertrages	189
ZUSAMMENFASSUNG		194

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

ALDAG, Heinrich: Die Gleichheit vor dem Gesetze in der Reichsverfassung, Diss. Kiel 1925

ALDER, Claudius: Koordination und Integration als Rechtsprinzipien, Brügge 1969

ANSCHÜTZ, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919, Kommentar, 4. Bearbeitung, 14. Auflage, Berlin 1933, unveränderter Nachdruck 1960

APELT, Willibald: Die Gesetzgebungstechnik (Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, Heft 5), München 1951

ARNDT, Adolf: Das rechtliche Gehör, NJW 1959, S. 6 ff.

BACHOF, Otto: Die verwaltungsgerichtliche Klage auf Vornahme einer Amtshandlung. Zugleich eine Untersuchung über den öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruch nach Aufhebung eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes, 2. Auflage, Tübingen 1968

Freiheit des Berufes in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Die Grundrechte, Band III/1, Berlin 1958, S. 155 ff.

Relexwirkungen und subjektive Rechte im öffentlichen Recht in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek (Forschungen und Berichte aus dem öffentlichen Recht, Band 6), Unveränderte 2. Auflage, 1955, S. 287 ff.

Verfassungswidrige Verfassungsnormen? in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, 163/164, Tübingen 1951

BALLERSTEDT, Kurt: Wirtschaftsverfassungsrecht in: BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Die Grundrechte, Band III/1, Berlin 1958, S. 1 ff.

BECKERRATH von, Hans-Jochem: Der Durchgriff im deutschen Außensteuerrecht, (Schriften zum Steuerrecht, Band 18), Berlin 1978

BEITZKE, Günter: Arbeitsverhältnisse bei inländischen Zweigstellen ausländischer Unternehmungen, RdA 1951, S. 134 ff.

Normenkollisionen im Arbeitsrecht, DB 1958, S. 224 ff.

BELLSTEDT, Christoph: Bedürfen Subventionen gesetzlicher Grundlagen? DÖV 1961, S. 161 ff.

Die Besteuerung international verflochtener Gesellschaften, 3. Auflage, Köln 1973

BENDA, Ernst/KLEIN, Eckart: Das Spannungsverhältnis von Grundrechten und übernationalem Recht, DVBL 1974, S. 389 ff.

BENDER, Bernd: Staatshaftungsrecht, 2. Auflage, Karlsruhe 1974

BERNATZIK, Edmund: Die juristische Persönlichkeit der Behörden, AöR Bd. 5, a.F., (1890), Heft 2, S. 169 ff.

BETHGE, Herbert: Grundrechtsträgerschaft juristischer Personen. Zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 ff., 265 ff.

BETTERMANN, Karl-August: Der Schutz der Grundrechte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHUEURER, Die Grundrechte, Band III/2, Berlin 1959, S. 779 ff.

Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger, NJW 1969, S. 1321 ff.

BEYER, Gerald: Zur Beschwerdebefugnis von Verbänden wegen Grundrechtsverletzungen, Diss. Würzburg 1976 (Schriften zum öffentlichen Recht, Band 304), 1. Auflage, Berlin 1976

VIII

BLECKMANN, Albert: Zur Funktion des Art. 24 Abs. 1
Grundgesetz, ZaöRV Bd. 35 (1975), S. 79 ff.

Allgemeine Grundrechtslehren, Köln-Berlin-Bonn-
München 1979

Europarecht. Das Recht der Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft, 2. Auflage, Köln-Berlin-Bonn-München 1978

BODE, Ingolf: Die Diskriminierungsverbote im EWG-Vertrag,
Göttingen 1968

BÜCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang: Gesetz und gesetzgebende Gewalt,
(Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1), Berlin 1958

BOULANGER, Werner: Die geschichtlichen Grundlagen der heu-
tigen Verfassungsbeschwerde, Diss. Heidelberg 1954
(masch.)

BRINKMANN, Karl: Grundrechtskommentar zum Grundgesetz der
Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949,
Bonn 1967 ff.

BÜLOW, Erich: Kommentar und Kritik zu BVerfG "Solange" -
Beschluß vom 29.5.1974, EuGRZ 1974, S. 19 f.

BÜLOW/LANGNER: Fundstellennachweis für das Recht der
Europäischen Gemeinschaften, abgeschlossen am
31.12.1968, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 16 vom
24.1.1969, S. 97 f.

CANARIS, Claus-Wilhelm: Die Feststellung von Lücken im
Gesetz. Eine methodologische Studie über Voraus-
setzungen und Grenzen der richterlichen Rechtsfort-
bildung praeter legem, Berlin 1964

COSTANTINESCO, Léontin Jean: Die Eigentümlichkeiten des
Europäischen Gemeinschaftsrechts, JUS 1965, S. 289 ff.
und 340 ff.

CURTIUS, Carl-Friedrich: Völkerrechtliche Schranken der Änderung des Grundgesetzes. Einige Bemerkungen zu Art. 25 GG, DÖV 1955, S. 145 ff.

DAGTOGLOU, P.: Art. 17 GG in: Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Zweitbearbeitung), Hamburg 1950 ff.

DÄUBLER, Wolfgang: Grundprobleme des internationalen Arbeitsrechts, AWD 1972, S. 1 ff.

DÄUBLER, Wolfgang/HEGE, Hans: Koalitionsfreiheit. Ein Kommentar, Baden-Baden 1976

DAHM, Georg: Deutsches Recht. Die geschichtlichen und dogmatischen Grundlagen des geltenden Rechts. Eine Einführung, 2. Auflage, Stuttgart 1963

Völkerrecht, Band 1, Stuttgart 1958

DEBATIN, H.: Konzeptionen zur Steuerpflicht, FR 1969, S. 277 ff.

DEGENHART, Christoph: Grundrechtsschutz ausländischer juristischer Personen bei wirtschaftlicher Betätigung im Inland (Habilitationvortrag vom 14.2.1980 an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München, unveröffentlichtes Manuskript).

DERINGER, Arved/SEDEMUND, Joachim: Europäisches Gemeinschaftsrecht. Die Entwicklung bis Januar 1975, NJW 1975, S. 482 ff.

DIETZ, Rudolf: Die Koalitionsfreiheit in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Die Grundrechte, Band III/1, Berlin 1958, S. 417 ff.

DOEMMING von, Klaus-Berto/FÜßLEIN, Rudolf-Werner/MATZ, Werner: Die Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, JÖR, N.F., Band 1, 1951

DOLDE, Klaus-Peter: Die politischen Rechte der Ausländer
in der Bundesrepublik, Berlin 1972

DROBNIG, Ulrich: Verstößt das Staatsangehörigkeitsprinzip
gegen das Diskriminierungsverbot des EWG-Vertrages?
RabelsZ 34 (1970), S. 636 ff.

DÜLP, Heinrich: Die Berufung juristischer Personen des
öffentlichen Rechts auf Grundrechte, Diss. Würzburg
1964

DÜRIG, Günter: Freizügigkeit in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER,
Die Grundrechte, Band II, Berlin 1954, S. 507 ff.

ECHTERHÖLTER, Rudolf: Die Europäische Menschenrechtskon-
vention im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung,
JZ 1955, S. 689 ff.

EGNER, Harald: Die juristische Person als Trägerin von
Grundrechten, Diss. Heidelberg 1956

EHMKE, Horst: Prinzipien der Verfassungsinterpretation,
2. Mitbericht, VVDStRL Bd. 20 (1963), S. 53 ff.

Wirtschaft und Verfassung. Die Verfassungsrecht-
sprechung des Supreme Court zur Wirtschaftsregu-
lierung, Karlsruhe 1961

EISSEN, Marc-André: Diskussionsbeitrag zum Straßburger
Kolloquium von 1960 in: La protection internationale
des droits de l'homme dans le cadre européen.
Travaux du Colloque organisé par la Faculté de Droit
et des Sciences Politiques et Economiques de Strasbourg,
Paris 1965, S. 199 f.

ELZE, Hans: Lücken im Gesetz, München und Leipzig 1916

EMMERICH, Volker: Zum Urteil des EuGH vom 14.5.1974,
Rs 4/73 (EuGHE 1974, 491), JUS 1975, S. 182

- ENGISCH, Karl: Einführung in das juristische Denken,
3. Auflage, Stuttgart 1964
- ENQUETE-KOMMISSION: Zwischenbericht der... des Deutschen
Bundestages zur Frage der Verfassungsreform,
"Zur Sache", Themen parlamentarischer Beratung,
Bonn, Heft 1, 1973
- ERDMANN, Ulrich: Europäisches Fremdenrecht. Dokumente,
Band XL, Frankfurt-Berlin 1969
- ERICHSEN, Hans-Uwe/MARTENS, Wolfgang: Allgemeines Ver-
waltungsrecht, 2. Auflage, Berlin-New York 1977
- ERICHSEN, Hans-Uwe: Bundesverfassungsgericht und Gemein-
schaftsgewalt, VerwArch Bd. 66 (1975), S. 177 ff.
- Zum Verhältnis von EWG-Recht und nationalem öffent-
lichen Recht der Bundesrepublik Deutschland,
VerwArch Bd. 64 (1973), S. 101 ff.
- ERLER, Georg: Das Grundgesetz und die öffentliche Gewalt
internationaler Staatengemeinschaften (Bericht auf
der Staatsrechtslehretagung Erlangen 1969),
VVDStRL Bad. 18 (1960) S. 7 ff.
- Freiheit und Grenze berufsständischer Selbstverwaltung,
Göttingen 1952
- FEIGE, Konrad: Bundesverfassungsgericht - Grundrechte -
Europa. Zum Beschluß des BVerfG vom 29.5.1974,
JZ 1975, S. 476
- Der Gleichheitssatz im Recht der EWG, Diss. Tübingen
1973
- FEILER, Manfred: Das Bonner Grundgesetz und juristische
Personen als Träger von Grundrechten, Diss. München
1963

FIKENTSCHER, Wolfgang: Arbeitsstatus, Prorogation und die zugehörigen Grenzen der Parteiautonomie, RdA 1969, S. 204 ff.

FORSTHOFF, Ernst: Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat. Eine Untersuchung über die Bedeutung der institutionellen Garantie in den Artikeln 127 und 137 der Weimarer Verfassung, Tübingen 1931

Die Umbildung des Verfassungsgesetzes in: Festschrift für Carl Schmitt zum 70. Geburtstag, Berlin 1959, S. 35 ff.

Die Verfassungsmäßigkeit der Zweigstellensteuer (Gutachten), Unternehmung und Steuer, 3. Folge, Heft 4, Köln 1960

Rechtsstaat im Wandel. Verfassungsrechtliche Abhandlungen 1950-1964, Stuttgart 1964

Zur Problematik der Verfassungsauslegung, Stuttgart 1961

FRIESENHAHN, Ernst: Die Verfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Köln-Berlin-Bonn-München 1963

FÜßLEIN, Rudolf-Werner: Vereins- und Versammlungsfreiheit in: NEUMANN/NIPPERDEY/SCHÉUNER, Die Grundrechte, Band II, Berlin 1954, S. 425 ff.

FUHR, Eberhard: Kommentar zur Gewerbeordnung, Neuwied und Darmstadt, 1960 ff.

FÜß, Ernst-Werner: Die Europäischen Gemeinschaften und der Rechtsgedanke, Heule 1968

Grundrechtsgeltung für den Hoheitsträger, DVBL 1958, S. 739 ff.

Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht. Internationales Zentrum für europäische Studien und Forschung. Vorlesungen 1973, Heule-Bruxelles-Namur, Belgien 1975

GAMILLSCHEG, Franz: Internationales Arbeitsrecht,
Berlin-Tübingen 1959

Rechtswahl, Schwerpunkt und mutmaßlicher Wille im
internationalen Vertragsrecht, AcP 157 (1958/59),
S. 303 ff.

GASSDORF, Heinz: Die Inanspruchnahme von Freiheitsrechten
durch juristische Personen des öffentlichen Rechts,
Diss. Köln 1958

GEBHARD, Ludwig: Handkommentar zur Verfassung des Deut-
schen Reiches vom 11. August 1919, München-Berlin-
Leipzig 1932

GIERKE von, Otto: Die Genossenschaftstheorie und die deut-
sche Rechtsprechung, Berlin 1887

GIESE, Friedrich: Die Grundrechte, Tübingen 1905

Die Verfassung des Deutschen Reiches, 7. Auflage,
Berlin 1926

GOLSONG, H.: Kommentar und Kritik zu BVerfG, "Solange"-
Beschluß vom 29.5.1974, EuGRZ 1974, S. 17 f.

GRABITZ, Eberhard: Europäisches Bürgerrecht zwischen Markt-
bürgerschaft und Staatsbürgerschaft (Europäische
Schriften des Bildungswerks Politik, Band 25), Köln 1970

GRAMLICH, Ludwig: Anmerkung zum Urteil des BGH vom 28.2.1980
- III ZR 165/78 - (BayVBL 1980, 622 ff.) in:
BayVBL 1980, S. 625 ff.

GREWE, Wilhelm: Die auswärtige Gewalt in der Bundesrepublik,
VVDStRL Bd. 12 (1954), S. 129 ff.

GROEBEN von der, Hans/ BOECKH von, Hans/ THIESING, Jochen:
Kommentar zum EWG-Vertrag, Band 1 und 2, 2. Auflage,
Baden-Baden 1974

GROSCH, G.: Juristische Personen, insbesondere der Staat als juristische Person in: Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, München-Leipzig 1911

GRÜTER, Karl: Der Gerichtsstand für Arbeitsverhältnisse von Deutschen im Ausland, RdA 1964, S. 318 ff.

GSCHWENDTNER, Hubert: Der Begriff der juristischen Person im Verfassungsrecht und die Stellung des Art. 19 Abs. 3 GG im Wertsystem der Grundrechte, Diss. München 1968

GURADZE, Heinz: Anmerkung zum Beschluß des BVerfG vom 14.1.1960 (E 10, 271 ff.), NJW 1960, S. 1243

Der Stand der Menschenrechte im Völkerrecht, Göttingen 1956

Die Europäische Menschenrechtskonvention. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nebst Zusatzprotokollen, Berlin und Frankfurt 1968

Kann die Verfassungsbeschwerde auf eine Verletzung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte gestützt werden? DÖV 1960, S. 286 ff.

Verfassungsbeschwerde und Verletzung der Menschenrechtskonvention, DÖV 1961, S. 12 ff.

HALLSTEIN, Walter: Zu den Grundlagen und Verfassungsprinzipien der Europäischen Gemeinschaften in: Zur Integration Europas, Festschrift für Carl Friedrich Ophüls, Karlsruhe 1965, S. 1 ff.

HAMANN jun., Andreas/LENZ, Helmut: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, 3. Auflage, Neuwied-Berlin 1970

HAVEKÄMPER, Jörn: Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Maximen des Verwaltungsprozeßrechts, Diss. Münster 1973

HERZOG, Roman: Das Grundrecht auf Freiheit in der Europäischen Menschenrechtskonvention, AöR Bd. 86 (1961), S. 194 ff.

Das Verhältnis der Europäischen Menschenrechtskonvention zu späteren deutschen Gesetzen, DÖV 1959, S. 44 ff.

Nochmals: Verfassungsbeschwerde wegen Verletzungen der Menschenrechtskonvention? DÖV 1960, S. 775 ff.

HESSE, Konrad: Bericht für die IV. Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte, EuGRZ 1978, S. 427 ff.

Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 12. Auflage, Heidelberg-Karlsruhe 1980

HOCHBAUM, Monika: Das Diskriminierungs- und Subventionsverbot in der EGKS und EWG, Baden-Baden - Bonn 1962

HUBER, Ernst-Rudolf: Die Verfassungsproblematik eines Kartellverbots (Gutachten), Hagen 1955

IPSEN, Hans-Peter: Anmerkung zum Beschluß des BVerfG vom 25.7.1979, 2 BvL 6/77, EuR 1980, S. 71 ff.

BVerfG versus EuGH re "Grundrechte". Zum Beschluß des Zweiten Senats des BVerfG vom 29. Mai 1974 (BVerfGE 37, 271)

Das Verhältnis des Rechts der europäischen Gemeinschaften zum nationalen Recht in: Aktuelle Fragen des europäischen Gemeinschaftsrechts, Europarechtliches Kolloquium 1964 in Bensheim (Abhandlungen aus dem gesamten Bürgerlichen Recht, Handelsrecht und Wirtschaftsrecht, Heft 29), Stuttgart 1965, S. 1 ff.

Die Rolle des Prozeßrichters in der Vorrang-Frage. Zur Bedeutung des II. Simmenthal-Urteils (Rs 106/77) des Europäischen Gerichtshofes, EuR 1979, S. 223 ff.

IPSEN, Hans-Peter: Europäisches Gemeinschaftsrecht,
Tübingen 1972

Gleichheit, in: NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Die
Grundrechte, Band II, Berlin 1954, S. 111 ff.

ISAY, Ernst: Die Staatsangehörigkeit der juristischen
Personen (Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs-
und Völkerrecht, Band III, Heft 2), Tübingen 1907

ISENSEE, Josef: Die staatsrechtliche Stellung der Aus-
länder in der BRD, VVDStRL Bd. 32 (1974), S. 49 ff.

JAENICKE, Günther: Der übernationale Charakter der Euro-
päischen Wirtschaftsgemeinschaft, ZaöRV Bd. 19
(1958), S. 153 ff.

JAGUSCH, Heinrich: Das rechtliche Gehör im Strafverfahren,
NJW 1959, S. 265 ff.

JELLINEK, Georg: System der subjektiv-öffentlichen Rechte,
2. Auflage, 1905

KAUFFMANN, Hermann: Die rechtliche Beurteilung von Arbeits-
verhältnissen bei Beschäftigung im Ausland und bei
ausländischen Unternehmen im Inland, DB 1960,
S. 496 ff.

KEGEL, Gerhard: Internationales Privatrecht, 4. Auflage,
München 1977

KIMMINICH, Otto: Art. 14 GG in: Kommentar zum Bonner Grund-
gesetz, Hamburg 1950 ff.

KLEIN, Friedrich: Tragweite der Generalklausel in Art. 19
Abs. 4 des Bonner Grundgesetzes, VVDStRL Bd. 8
(1950), S. 67 ff.

KRIELE, Martin: Theorie der Rechtsgewinnung, entwickelt am
Problem der Verfassungsinterpretation (Schriften zum
öffentlichen Recht, Band 41), 2. Auflage, Berlin 1976

LABAND, Paul: Das Staatsrecht des Deutschen Reiches,
5. Auflage, 1. Band, Tübingen 1911

LADOR-LEDERER, J.J.: Nichtstaatliche Organisationen und
die Frage der Erweiterung des Kreises der Völker-
rechtssubjekte, ZaöRV, Bd. 23, (1963), S. 657 ff.

LANDMANN von, Robert/ROHMER, Gustav: Gewerbeordnung und
ergänzende Vorschriften, Kommentar, Band I,
München, Stand 1979

LARENZ, Karl: Methodenlehre der Rechtswissenschaft,
4. Auflage, Berlin-Heidelberg-New York 1979

LAUFKE, Franz: Vertragsfreiheit und Grundgesetz, in:
Das Deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahr-
hunderts, Festschrift für Heinrich Lehmann zum
80. Geburtstag, 1. Band, Berlin 1956, S. 145 ff.

LECHNER, Hans: Bundesverfassungsgerichtsgesetz, 3. Auflage,
München 1973

LEIBHOLZ, Gerhard: Die Gleichheit vor dem Gesetz, 2. Auf-
lage, München-Berlin 1959

LEIBHOLZ, G./RINCK, H.-J.: Grundgesetz, Kommentar an Hand
der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts,
6. Auflage, Köln-Marienburg 1979

LEISNER, Walter: Die Gesetzmäßigkeit der Verfassung,
JZ 1964, S. 201 ff.

Von der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zur Ge-
setzmäßigkeit der Verfassung, in Recht und Staat,
Heft 286/287 (1964), S. 27 ff.

LEIST, Wolfgang: Grundrechtsfähigkeit juristischer Per-
sonen, Diss. Mainz 1970

LERCHE, Peter: Amtshaftung und enteignungsgleicher Eingriff, JUS 1961, S. 237 ff.

LOENING, Hellmuth: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Bonner Grundgesetz. Für Rechtseinheit des Verwaltungsverfahrens, DÖV 1949, S. 324 ff.

LOUIS, Jean-Victor: Kommentar und Kritik zu BVerfG "Solange"-Beschluß vom 29.5.1974, EuGRZ 1974, S. 20

MANGOLDT von, Hermann: Das Bonner Grundgesetz, Berlin-Frankfurt 1953

MANGOLDT von, Hermann/KLEIN, Friedrich: Das Bonner Grundgesetz, Band I, 2. Auflage, Berlin-Frankfurt 1966

MASER, Siegfried: Geltung der Grundrechte für juristische Personen und teilrechtsfähige Verbände, Diss. Bonn 1964

MATTERN, Karl-Heinz: Petitionsrecht, in: NEUMANN/NIPPERDEY/SCHAEUNER, Die Grundrechte, Band II, Berlin 1954, S. 623 ff.

MAUNZ, Theodor/SCHMIDT-BLEIBTREU, Bruno/KLEIN, Franz/
ULSAMER, Gerd: Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Kommentar, München 1965 ff.

MAUNZ, Theodor: Deutsches Staatsrecht, 22. Auflage, München 1980

MAUNZ, Theodor/DÜRIG, Günther/HERZOG, Roman/SCHOLZ, Rupert: Grundgesetz, Kommentar, Band I, II, III, München 1958 ff.

MEESSEN, Karl Matthias: Ausländische juristische Personen als Träger von Grundrechten, JZ 1970, S. 602 ff.

MEIER, Gert: Anmerkung zum Beschluß des BVerfG vom 29.5.1974 - 2 BvL 52/71 -, NJW 1974, S. 1704 f.

- MEIER, Gert: Der Schutz des Marktbürgers durch das Diskriminierungsverbot des Art. 7 Abs. 1 EWGV, ZHR 133 (1969), S. 61 ff.
- MENZEL, Eberhard/IPSEN, Knut: Völkerrecht, 2. Auflage, München 1979
- MENZEL, Eberhard: Zur Revision des Grundgesetzes: Die Regelungen über die Auswärtige Gewalt, DÖV 1971, S. 528 ff.
- MERKL, Adolf: Prolegomena einer Theorie des rechtlichen Stufenbaus, in: Festgabe für Hans Kelsen, Gesellschaft - Staat - Recht, Wien 1931, S. 252 ff.
- MOHL von, R.: Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg, 2. Auflage, 2. Band, Tübingen 1840
- MOSLER, Hermann: Die Erweiterung des Kreises der Völkerrechtssubjekte, ZaöRV Bd. 22 (1962), S. 1 ff.
- MÜHLENHÜVER, Josef: Rechte auf Eigentum, Erziehung und politische Freiheit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1953, S. 247 f.
- MÜNCH, Fritz: Die Abgrenzung des Rechtsbereiches der supranationalen Gemeinschaft gegenüber dem innerstaatlichen Recht, in: BerDGesVöR 2 (1958), S. 73 ff.
- MÜNCH von, Ingo: Art. 8, 9 GG (Zweitbearbeitung), in: Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Hamburg 1950 ff.
- Grundgesetz, Kommentar, Band 1, Frankfurt 1974
- MÜLLER, Friedrich: Normstruktur und Normativität. Zum Verhältnis von Recht und Wirklichkeit in der juristischen Hermeneutik, entwickelt an Fragen der Verfassungsinterpretation, Schriften zur Rechtstheorie, Heft 8, Berlin 1966
- MUTIUS von, Ingo: Art. 19 Abs. 3 GG, in: Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Hamburg 1950 ff.

NAWIASKY, Hans: Bayerisches Verfassungsrecht, München-Berlin-Leipzig 1923

Grundgedanken des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart-Köln 1950

NIESSEN, Hermann: Der Schutz der Grundrechte ausländischer juristischer Personen, NJW 1968, S. 1017 ff.

NIPPERDEY, Hans-Carl: Die Würde des Menschen, in: NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Die Grundrechte, Band II, Berlin 1954, S. 1 ff.

OECHSLE, Manfred: Zur wesensmäßigen Anwendung der Grundrechte auf juristische Personen des Zivilrechts, Diss. Tübingen 1960

OESTREICH, Gerhard: Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Umriß, Berlin 1968

OLSHAUSEN von, Henning: Zur Anwendbarkeit von Grundrechten auf juristische Personen des öffentlichen Rechts, Diss. Marburg 1969

OPHÜLS, Carl-Friedrich: Staatshoheit und Gemeinschaftshoheit. Wandlungen des Souveränitätsbegriffs, in: Recht im Wandel, Festschrift 150 Jahre Carl Heymanns Verlag, Köln-Berlin-Bonn-München 1965, S. 519 ff.

PALANDT, Otto: Bürgerliches Gesetzbuch, 39. Auflage, 1980

PARTSCH, Josef: Die Anwendung des Völkerrechts im innerstaatlichen Recht. Überprüfung der Transformationslehre, BerDGesVöR, Heft 6 (1964), S. 13 ff.

PESCATORE, Pierre: Le Droit de L'Intégration, Émergence d'un phénomène nouveau dans les relations internationales selon l'expérience des Communautés Européennes, Leiden 1972

PESTALOZZA, Christian: Sekundäres Gemeinschaftsrecht und nationale Grundrechte. Der Hüter der Verfassung als Wächter der Gemeinschaft, DVBL 1974, S. 716 ff.

PFISTER, Erwin Joh. Jos.: Geschichtliche Entwicklung des Staatsrechts des Großherzogtums Baden, 2. Teil, 1838

FIGORSCH, Wolfgang: Die Einordnung völkerrechtlicher Normen in das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie zu den Art. 25, 29 und 79 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Hamburg 1959

PLANITZ, Hans: Zur Ideengeschichte der Grundrechte, in: Hans-Carl NIPPERDEY, Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Band 3, Berlin 1930, S. 597 ff.

PLATZ, Klaus Wilhelm: EWG-Niederlassungsrecht und individuelle Rechtspositionen, (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Band 45), Köln-Berlin 1966

POETZSCH-HEFFTER, Fritz: Handkommentar der Reichsverfassung vom 11. August 1919, 3. Auflage, Berlin 1928

REDAKTIONSAUSSCHUß, Allgemeiner: Stellungnahme des ..., Drucksache Nr. 370 vom 13.12.1948, Parlamentarischer Rat, in: Grundgesetz, Entwürfe, 1948/49

REDELBERGER: Die Verfassungsbeschwerde, NJW 1953, S. 361 ff.

RIEGEL, Reinhard: Allgemeine Auslegungsgrundsätze und Grundlagen des Gemeinschaftsrechts, BayVBL 1974, S. 33 ff.

Anmerkung zum Beschluß des BVerfG vom 29.5.1974 - 2 BvL 52/71 -, NJW 1974, S. 2176 f.

Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht, BayVBL 1976, S. 353 ff.

RIEGEL, Reinhard: Das Verhältnis von europäischem Gemeinschaftsrecht zu dem Recht der Mitgliedstaaten und dem von Drittländern, BayVBL 1974, S. 358 ff.

Zum Verhältnis von EWG-Recht und staatlichem Verfassungsrecht, BayVBL 1973, S. 96 ff.

RITTER, Ernst-Hasso: Der Grundrechtsschutz ausländischer juristischer Personen, NJW 1964, S. 279 ff.

RÜHL, Hellmuth: Das rechtliche Gehör, NJW 1958, S. 1268 ff.

ROLVERING, Heinrich: Die Rechtsgarantien für eine politische Betätigung von Ausländern in der BRD, Diss. Tübingen 1970

RUDOLF, Werner: Völkerrecht und deutsches Recht. Theoretische und dogmatische Untersuchungen über die Anwendung völkerrechtlicher Normen in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1967

RÜFNER, Wolfgang: Zur Bedeutung und Tragweite des Art. 19 Abs. 3 des Grundgesetzes. Anwendbarkeit der Grundrechte auf juristische Personen, AöR Bd. 89 (1964), S. 261 ff.

RUPP-von BRÜNNECK, Wiltraut: Zur Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen, in: Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, Frankfurt 1969, S. 349 ff.

SALADIN, Peter: Grundrechte im Wandel. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts zu den Grundrechten in einer sich wandelnden Umwelt, Bern 1970

SCHEUNER, Ulrich: Der Grundrechtsschutz in der Europäischen Gemeinschaft und die Verfassungsrechtsprechung, AöR Bd. 100 (1975), S. 30 ff.

Berufsständische Versorgungseinrichtungen und Grundgesetz (Rechtsgutachten), Berlin 1954

SCHEUNER, Ulrich: Die Rechtssetzungsbefugnis internationaler Gemeinschaften, in: Völkerrecht und rechtliches Weltbild, Festschrift für Alfred Verdross, Wien 1960, S. 229 ff.

Die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft, VVDStRL Bd. 11 (1952), S. 1 ff.

SCHIEDERMAIR, Rudolf: Handbuch des Ausländerrechts der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1968

SCHLOCHAUER: Das Verhältnis des Rechts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu den nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, ArchVR Bd. 11 (1963/64), S. 1 ff.

SCHMIDT-BLEIBTREU, Bruno/KLEIN, Franz: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, Neuwied und Berlin 1977

SCHMIDT, Walter Wieland: Grundrechte und Nationalität juristischer Personen. Eine Untersuchung über den Grundrechtsschutz der inländischen und ausländischen juristischen Personen in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Heidelberg 1966

SCHMITT, Carl: Verfassungslehre, 1928, Neudruck 4. Auflage, Berlin 1965

Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924 - 1954, Berlin 1958

SCHNAPP, Friedrich E.: Verfassungswidrigkeit ohne Grundrechtsverletzung? DÖV 1973, S. 593 ff.

SCHNORR-von CAROLSFELD, Ludwig: Arbeitsrecht, 2. Auflage, Göttingen 1954

SCHORN, Hubert: Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ihr Zusatzprotokoll in Einwirkung auf das deutsche Recht, Text und Kommentar, Frankfurt 1965

SCHÜLE, Adolf: Die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft, VVDStRL Bd. 11 (1952), S. 75 ff.

SCHÜTZE, Otto: Die Geltung der Grundrechte für juristische Personen, Diss. Köln 1957 (masch.)

SCHUMACHER, D.: Die Konkordanz des nationalen mit dem Gemeinschaftsrecht in der Rechtsprechung. Bemerkungen zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 29.5.1974

SCHWABE, Jürgen: Probleme der Grundrechtsdogmatik, Diss. Darmstadt 1977

SCHWAIGER, Henning: Zur normativen Grenze und innerstaatlichen Überprüfbarkeit sekundären Gemeinschaftsrechts. Die Abgrenzung zwischen Gemeinschaftsrecht und unanfechtbarem mitgliedstaatlichem Verfassungsrecht nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 29.5.1974

SCHWENK, Edmund H.: Verfassung und Wirkung der Pressefreiheit, NJW 1962, S. 1321 ff.

SERICK, Rudolf: Rechtsform und Realität juristischer Personen, Berlin-Tübingen 1955

SEYDEL von, Max: Bayerisches Staatsrecht. Auf der Grundlage der 2. Auflage neu bearbeitet von Josef von GROßMANN und Robert PILOTY, Band I, Die Staatsverfassung, Tübingen 1913

Commentar zur Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich, 2. Auflage, Freiburg und Leipzig 1897

SIEG, Harald/FAHNING, Hans/KÖLLING, Karl Friedrich: Außenwirtschaftsgesetz, Kommentar, Berlin und Frankfurt 1963

SIEG, Harald/LEIFERMANN, Werner: Gewerbeordnung, 4. Auflage, München 1978

SIMITIS, Spiros: Aufgaben und Grenzen der Parteiautonomie im internationalen Vertragsrecht, JUS 1966, S. 209 ff.

SPANNER, Hans: EWG-Recht und Grundrechtsschutz, BayVBL 1970, S. 341 ff.

Grundrechtsprobleme in Österreich, AöR Bd. 90 (1965), S. 98 ff.

SPENGLER, Albrecht: Sind die "Wettbewerbsregeln" der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Art. 85/90) als unmittelbar geltendes Recht von den Behörden und Gerichten der Vertragsstaaten anzuwenden? Bergisch-Gladbach, ohne Jahr (1957)

STEINDORFF, Ernst: Der Gleichheitssatz im Wirtschaftsrecht des Gemeinsamen Marktes, Karlsruhe 1965

STERN, Klaus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Grundbegriffe und Grundlagen des Staatsrechts, Strukturprinzipien der Verfassung, Band I, München 1977

STIER-SOMLO, Fritz: Art. 109. Gleichheit vor dem Gesetz, in: Hans-Carl NIPPERDEY, Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Band 1, Berlin 1929, S. 158 ff.

Das Grundrecht der kommunalen Selbstverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Eingemeindungsrechts, AöR Bd. 17 (1928), S. 1 ff.

STRICKRODT, Georg: Das Kartellverbot in verfassungsrechtlicher Betrachtung, NJW 1955, S. 1697 ff.

SÜSTERHENN, Adolf: Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, DVBL 1955, 753 ff.

SZAGUNN, Wolfgang/NEUMANN, Walter: Gesetz über das Kreditwesen, in der Fassung vom 3. Mai 1976, 3. Auflage, Stuttgart 1976

THOMA, Richard: Über die Grundrechte im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in: Recht-Staat-Wissenschaft, Band 3, Düsseldorf 1951, S. 9 ff.

TRINKNER, Reinhold: Die Rechtswahl im internationalen Arbeitsrecht, AWD 1966, S. 433 ff.

Die Rechtswahl im internationalen Arbeitsrecht,
BB 1967, S. 1291 ff.

ULE, Carl Hermann: Verfassungsrecht und Verwaltungsprozeßrecht, DVBL 1959, S. 537 ff.

ULSAMER, Gerhard: Zur Geltung der Grundrechte für juristische Personen des öffentlichen Rechts in: Menschenwürde und freiheitliche Rechtsordnung, Festschrift für Willi Geiger zum 65. Geburtstag, Tübingen 1974, S. 199 ff.

VASAK, Karel: La Convention européenne de Droits de L'Homme, Paris 1964

VERDROSS, Alfred/SIMMA, Bruno: Universelles Völkerrecht, Theorie und Praxis, Berlin 1976

WALZ, Ernst: Das Staatsrecht des Großherzogtums Baden, in: Das öffentliche Recht der Gegenwart, Band V, Tübingen 1909, S. 79 ff.

WEBER, Hermann/KLUGE, Volker: Einführung in das Besondere Steuerrecht, Band III, Das Internationale Steuerrecht der Bundesrepublik, München 1976

WEBER, Werner: Eigentum und Enteignung, in: NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Die Grundrechte, Band II, Berlin 1954, S. 331 ff.

Staats- und Selbstverwaltung in der Gegenwart,
Göttingen 1953

WEIL, Gordon L.: The European Convention on Human Rights,
Leyden 1963

WERNICKE, Kurt Georg: Art. 19 GG (Erstbearbeitung), in:
Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Hamburg 1950 ff.

WOHLFAHRTH, Ernst/EVERLING, Ulrich/GLAESNER, Hans Joachim/
SPRUNG, Rudolf: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Kommentar zum Vertrag, Berlin und Frankfurt 1960

WOHLFAHRTH, Ernst: Europäische und deutsche Rechtsordnung,
in: Beiträge zum internationalen Wirtschaftsrecht
und Atomenergierrecht, Band 1, Heft 4, Göttingen 1965,
S. 157 ff.

WOLFF, Hans J./BACHOF, Otto: Verwaltungsrecht I, 9. Auflage,
München 1974

WYBO, Michel: Discrimination et Marché Commun, Paris 1966

ZIPPELIUS, Reinhold: Grundrechte, in: Evangelisches Staats-
lexikon, 2. Auflage, Stuttgart-Berlin 1975, S. 921 ff.

Verfassungskonforme Auslegung von Gesetzen, in: Bundes-
verfassungsgericht und Grundgesetz, Festgabe aus An-
laß des 25-jährigen Bestehens des Bundesverfassungs-
gerichts, Band II, Tübingen 1976, S. 108 ff.

ZULEEG, Manfred: Das Bundesverfassungsgericht als Hüter der
Grundrechte gegenüber der Gemeinschaftsgewalt. An-
merkung zum Beschluß des BVerfG vom 29.5.1974 -
2 BvL 52/71 - DÖV 1975, S. 44 ff.

Das Recht der Europäischen Gemeinschaften im inner-
staatlichen Bereich, Köln-Berlin-Bonn-München 1969

Grundrechte für Ausländer: Bewährungsprobe des Ver-
fassungsrechts, DVBL 1974, S. 341 ff.

Zur staatsrechtlichen Stellung der Ausländer in der
Bundesrepublik Deutschland, DÖV 1973, 361 ff.

A B K Ü R Z U N G E N

AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien
Anm.	Anmerkung
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
ARS	Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte
AWD/RIW	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters. Recht der internationalen Wirtschaft
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAG AP	Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts. Arbeitsrechtliche Praxis
BayVBL	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebsberater
BerDGesVöR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BFH	Bundesfinanzhof
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGH LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, hrsg. v. Lindenmaier, Möhring u.a.
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStBL.	Bundessteuerblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes
DB	Der Betrieb
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitung
EuR	Europarecht
FR	Finanzrundschau
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
hM	herrschende Meinung
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JUS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
MDHS	MAUNZ/DÜRIG/HERZOG/SCHOLZ
MRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Menschenrechtskonvention)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RebelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	Reichsarbeitsgericht
RAGE	Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts
RdA	Recht der Arbeit
Rdnr.	Randnummer

Rs	Rechtssache
RGBL.	Reichsgesetzblatt
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZPMRK	Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten

EINLEITUNG

A. Problemstellung

I. Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen im Allgemeinen

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt in Art. 19 Abs. 3 GG: "Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind."

Damit hat das Grundgesetz erstmals in der Geschichte deutscher Verfassungen eine ausdrückliche allgemeine Aussage zu der Frage getroffen, ob die dem einzelnen Menschen gewährten Grundrechte auch überindividuellen Organisationseinheiten zustehen sollen. Dennoch ist das Problem der Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen nicht neueren Datums, sondern bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts aufgetreten¹⁾, wenngleich es gegenüber der historisch und rechtlich älteren - und daher naturgemäß vorgelagerten - Frage nach den Freiheitsrechten des Individuums, mit deren Hilfe es Schutz vor der allumfassenden Macht der Staatsgewalt zu finden hoffte²⁾, erst in zweiter Linie in das Blickfeld des Interesses rücken konnte.

1) Vgl. dazu die eingehende Untersuchung W.W. SCHMIDTS, Grundrechte und Nationalität juristischer Personen, Diss. Heidelberg 1966, der nachgewiesen hat, daß seit Beginn des 19. Jahrhunderts auch anderen als natürlichen Personen grundrechtliche Positionen in wechselnder Quantität und Qualität zugestanden wurden. Nicht zu verkennen ist aber, daß es sich dabei i.d.R. um lediglich vereinzelte, oft nur prozessuale Beschwerderechte ohne ausdrückliche materielle Rechtsgewähr handelte. Die Entwicklung wurde zudem gegen Ende des Jahrhunderts unterbrochen, da weder die Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1.7.1867, noch die des Deutschen Reiches vom 16.4.1871 Grundrechte enthielten.

2) Vgl. SALADIN, Grundrechte im Wandel, 1970, S. 292 f.

In Rechtssystemen, die neben dem Einzelmenschen auch andere Gebilde, nämlich Zusammenschlüsse von Einzelmenschen als eigenständige und rechtsfähige Subjekte anerkennen und dem Individuum im Rechtsleben gleichwertig erachten, mußte folgerichtig auch in der Grundrechtsebene die Frage auftauchen, ob und inwieweit an sich individuell ausgerichtete subjektive Verfassungsgarantien, deren Ausprägung im Grundgesetz vom 23. Mai 1949 in besonderem Maße von der personalen Würde des einzelnen Menschen bestimmt wird, auch für die genannten Rechtsfiktionen Geltungskraft haben können¹⁾.

Lehnte noch Carl SCHMITT die Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen wegen des individualistischen Charakters der Freiheitsrechte, die "selbstverständlich" nur für physische Einzelpersonen gelten sollten, entschieden ab²⁾, befürchtete er andernfalls eine Wandlung der organisatorischen Staatsstruktur von einer republikanischen Demokratie in einen pluralistischen Verbandsstaat³⁾, wurde sie doch von der überwiegenden Lehre dieser Zeit, wenn auch mit

-
- 1) Ausführlich aufgegriffen wurde die Frage in der Vor-Weimarer Zeit erstmals von BERNATZIK, AöR Bd. 5, a.F. (1890), S. 169 (273). Er stellte allerdings resümierend etwas resigniert fest, die Theorie des öffentlichen Rechts dieser Zeit biete zur dogmatischen Beantwortung des Problems "so gut wie nichts" (S. 275); vgl. auch Georg JELLINEK, System der subjektiv-öffentlichen Rechte, 1905, S. 258
 - 2) Carl SCHMITT, Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1954, 1958, S. 208
 - 3) DERSELBE, a.a.O., S. 212. Er hielt seine Bedenken auch noch unter Geltung des Bonner GG aufrecht, obgleich er vor dem Wortlaut des Art. 19 Abs. 3 kapitulieren mußte; vgl. Carl SCHMITT, Verfassungslehre, 1928, S. 173

unterschiedlicher Reichweite und Begründung, bejaht¹⁾. Am dezidiertesten erscheint dabei GEBHARDS Stellungnahme²⁾, wenn er eine Fortentwicklung von der rein individualrechtlichen Seite der Grundrechte feststellt und demgemäß Grundrechte an überindividuelle Organisationen gewähren will, sofern sie nicht ihrem Wesen nach nur für natürliche Personen in Betracht kommen können.

Damit hat GEBHARD schon den späteren Art. 19 Abs. 3 GG 17 Jahre vor dessen Schaffung gedanklich vorweggenommen, so daß die Mutmaßung nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Väter des Grundgesetzes sich an die GEBHARD'sche Formulierung angelehnt haben³⁾.

II. Systematische Einordnung des Problems

Hat Art. 19 Abs. 3 GG insoweit dem Streit um das Ob der Grundrechtsträgerschaft ein Ende bereitet, so ist das Wie in verschiedenen thematischen Bereichen noch immer im Flusse⁴⁾. Wenn auch eine gewisse Beruhigung aufgrund der Rechtsprechung des BVerfG eingetreten sein dürfte, so ist doch die Divergenz in vielen Einzelfragen noch beachtlich.

1) Vgl. z.B. GIESE, Kommentar, 1926, S. 297; FORSTHOFF, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, 1931, S. 107.; GEBHARD, Handkommentar, 1932, S. 444. Manche bejahten den Grundrechtsschutz nur hinsichtl. einzelner Artikel, so für Art. 109 WRV LEIBHOLZ, Gleichheit vor dem Gesetz, 1959, S. 84 f.; ALDAG, Die Gleichheit vor dem Gesetz in der Reichsverfassung, Diss. Kiel 1925, S. 57; STIER-SOMLO, AöR Bd. 17 (1928), S. 1 (35); anders dagegen DERSELBE in H.C.NIPPERDEY, Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Bd. 1, 1929, S. 158 f.

2) GEBHARD, Handkommentar, S. 444

3) Ähnlich auch MASER, Die Geltung der Grundrechte für juristische Personen und teilrechtsfähige Verbände, Diss. Bonn 1964, S. 9

4) Das gilt heute noch wie im Jahre 1963, als dies FEILER, Das Bonner Grundgesetz und die juristischen Personen als Träger von Grundrechten, Diss. München 1963, S. 4, feststellte.

Angesichts des die Streitfragen eher provozierenden statt klärenden Wortlauts der Verfassungsbestimmung erscheint dies trotz zahlreicher Untersuchungen¹⁾ nicht verwunderlich.

So wird nach wie vor die Frage, welche Grundrechte "ihrem Wesen nach" auf juristische Personen anwendbar sind, mit- hin der sachliche Anwendungsbereich der Norm in einzelnen, ebenso kontrovers beantwortet wie die vorgelagerte Frage, welche Methode, welche Leitlinie²⁾ dabei zur Klärung heranzuziehen ist. Mit unverminderter Heftigkeit³⁾ wird der Streit geführt, ob sich der Staat und seine rechtlich ver- selbständigten Teile in hoheitlicher oder fiskalischer Funk- tion auf Grundrechte berufen können. Es soll nicht Aufgabe dieser Abhandlung sein, zu diesen vieldiskutierten Fragen einen weiteren Beitrag zu liefern. Vielmehr interessiert im vorliegenden Zusammenhang die Frage, wie sich angesichts der expressiven Wortwahl des Grundgesetzes, das in Art. 19 Abs. 3 die Grundrechtssubjektivität auf inländische juristi- sche Personen beschränkt zu haben scheint, der Grundrechts-

-
- 1) Vgl. z.B. EGNER, Die juristische Person als Trägerin von Grundrechten, Diss. Heidelberg 1956; SCHÖTZE, Die Geltung der Grundrechte für juristische Personen, Diss. Köln 1957; FEILER, a.a.O., MASER, a.a.O.; OECHSLE, Zur wesensmäßigen Anwendung der Grundrechte auf juristische Personen des Zivilrechts, Diss. Tübingen 1960; GSCHWENDTNER, Der Begriff der juristischen Person im Verfassungsrecht, Diss. München 1968; DÜLP, Die Berufung jur. Personen des öffentlichen Rechts auf Grundrechte, Diss. Würzburg 1964; von OLSHAUSEN, Zur Anwendbarkeit von Grundrechten auf jur. Personen des öffentlichen Rechts, Diss. Marburg 1969; LEIST, Grundrechts- fähigkeit juristischer Personen, Diss. Mainz 1970; BEYER, Zur Beschwerdebefugnis von Verbänden, Diss. Würzburg 1976
 - 2) Vgl. DÜRIG in MAUNE/DÜRIG/HERZOG/SCHOLZ, GG Bd. 1, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 32
 - 3) Vgl. DÜRIG a.a.O., Rdnr. 33 ff.; vgl. auch anschaulich BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (56): "Die vor Jahren ge- wagte Prognose, daß es sich bei den dieses Problemfeld be- rührenden Auseinandersetzungen im Schrifttum... um Nachhut- gefechte handeln könne, war eine Fehleinschätzung".

schutz ausländischer juristischer Personen bei zweckentsprechender Auslegung der Vorschrift darstellt.

Vergleicht man den prima facie eindeutigen¹⁾ Ausschluß ausländischer Organisationseinheiten von der Grundrechtsträgerschaft mit der verfassungsrechtlichen Stellung, die der einzelne Ausländer im Grundgesetz erfahren hat, manifestiert sich eine auffällige Diskrepanz, denn unbestritten sind ausländische natürliche Personen Träger jedenfalls der Grundrechte, die im Wortlaut keine Beschränkung ihres personalen Geltungsbereiches auf Deutsche enthalten²⁾. Zweifelhaft ist lediglich, wie es mit dem Grundrechtsschutz im übrigen bestellt ist, insbesondere, ob hinsichtlich des von den sog. Bürgerrechten für Deutsche reservierten Grundrechtsgehalts für Ausländer eine Grundrechtslücke besteht³⁾.

Wie immer man dazu stehen mag, dem einzelnen Ausländer stehen in jedem Falle gewisse Grundrechte zu⁴⁾, während die ausländische juristische Person bar jeden grundrechtlichen Schutzes zu sein scheint. Diese Antinomie ist in der Literatur immer wieder als "Grundrechtsdefizit"⁵⁾ empfunden worden.

1) So auch BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (83)

2) Vgl. MAUNZ, Staatsrecht, 1980, S. 104. Unter Deutschen werden die im Sinne der Begriffsbestimmung des Art. 116 Abs. 1 GG enthaltenen Personen verstanden.

3) Vgl. z.B. SCHNAPP, DÖV 1973, 593 (594); DOLDE, Die politischen Rechte der Ausländer, 1972, S. 45 ff.; a.A. z.B. BVerfG JZ 1975, 441 (442); vgl. auch DÜRIG in MDHS, GG Bd. 1, Art.1 Abs.2, Rdnr.85, Art.2 Abs.1, Rdnr.66

4) Jedenfalls die Grundrechte außer den Art. 8, 9 Abs.1, 11, 12, 16 GG

5) So treffend der Ausdruck von BETHGE, AöR Bd.104 (1979), 54 (85), der aber in der Sache anderer Ansicht ist.

Als charakteristisch hierfür sei NAWIASKYS bereits 1950 mitgeteilte Bemerkung¹⁾ angeführt: "Dagegen kann das Bedenken nicht unterdrückt werden, warum nicht auch die ausländischen juristischen Personen berücksichtigt werden, wenigstens²⁾ soweit, als für die Einzelpersonen Staatsangehörigkeit nicht verlangt wird." Ähnlich MAUNZ, der die sog. Inländerklausel als "nicht voll erklärbare Beschränkung" bezeichnet³⁾. Demgemäß sind wiederholt Versuche unternommen worden, die verfassungsrechtliche Position der ausländischen Gesellschaften zu verbessern, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß die derzeit vorherrschende Ansicht diesen Versuchen ablehnend gegenübersteht⁴⁾. Verständlich ist dies insofern, als, wie noch darzustellen sein wird, die Plädoyers für eine Erweiterung des Grundrechtsschutzes teils eine dogmatisch und verfassungsinterpretatorisch befriedigende Begründung vermissen lassen und sich vielmehr mit bloßen Forderungen oder Erwägungen angesichts des Wortlauts des Art. 19 Abs. 3 GG glauben begnügen zu müssen, teils argumentativ derart differierende Lösungsversuche anbieten, daß sich eine überzeugende Gegenansicht nicht herauskristallisieren konnte.

Dies erscheint um so erstaunlicher, als dem der herrschenden Meinung entsprechenden VerständnisWertungswidersprüche immanent sind. Dies gilt in erster Linie für den Bereich

1) Grundgedanken, S. 32

2) sic!

3) MAUNZ, Staatsrecht, S. 111; vgl. auch RUPP-v.BRÖNNECK in Festschrift für Adolf Arndt, 1969, S. 349 (382): "Diese Auffassung... vermag aber kaum zu befriedigen."; vgl. jüngst GRAMLICH, BayVBL. 1980, 625: "Immerhin sei die Frage gestattet, ob Art. 19 III GG, wie er gemeinhin verstanden wird, nicht einen anderen Ansatz verlangte, nämlich: Legt die Bestimmung einer Gleichbehandlung von in- und ausländischen juristischen Personen Hindernisse (welche?) in den Weg...?"

4) Vgl. dazu zunächst statt vieler DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs.3, Rdnr.30; v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs.3, Rdnr.52 m.w.N.

innerstaatlichen Rechts, wo das ausländische Wirtschafts-subjekt bei wirtschaftlicher Betätigung im Inland weitgehend hoheitlich-staatlichen Eingriffsbefugnissen in einem den inländischen Unternehmen nicht notwendig und unbedingt nachstehenden Maße ausgesetzt ist und fernerhin die inländische Rechtsordnung diese Gesellschaften im wesentlichen inländergleich in ihr Normengeflecht eingeordnet hat. Dies berücksichtigend muß sich die Frage aufdrängen, aus welchem Grund die Verfassung dann ausländische Gesellschaften von vorneherein vom Grundrechtsschutz ausnehmen sollte. Darüberhinaus erscheint der undifferenzierte Ausschluß ausländischer juristischer Personen im Schlaglicht zwischenstaatlichen und supranationalen Rechts, gerichtet auf den Abbau nationalitätsbedingter Diskriminierungen in Finalitäten und konkreten Regelungsgehalten, als zweifelhaft und mit-hin überprüfungswürdig.

B. Methode

Mit dem zuletzt Berührten eröffnet sich gleichzeitig der Gang der Untersuchung in systematischer Hinsicht. Im Schwerpunkt steht die Auslotung der teleologisch begründeten Sehweise der herrschenden restriktiven Ansicht im Bereich innerstaatlichen Verfassungsrechts und der Versuch, diese sich in wesentlichen Details auf W.W. SCHMIDTS eingehende Untersuchung¹⁾ berufenden Stimmen einer kritischen und geltungserweiternden Analyse zu unterziehen.

Erst wenn die Aussagen des Art. 19 Abs. 3 GG im nationalen Recht zutageliegen, kann der weiterführende Blick auf über-nationale Normschichtungen ergründen, ob etwa bilaterale

1) Grundrechte und Nationalität juristischer Personen,
Diss. Heidelberg 1966

Verträge, wie sie die Bundesrepublik Deutschland mit verschiedenen Staaten abgeschlossen hat, sowie die Europäische Menschenrechtskonvention und der supranationale Rechtskomplex der Europäischen Gemeinschaft durch unmittelbare Verpflichtung der nationalen Rechtsordnung oder mittelbar durch Verbot nationalitätsbe gründeter Diskriminierung grundgesetzlichen innerstaatlichen Rechtsschutz ausländischer juristischer Personen verlangen.

In diesem Zusammenhang soll bei der Unterscheidung von inländischen und ausländischen juristischen Personen die herrschende, internationalprivatrechtlich orientierte und auch die Inländerklausel im Verfassungsrecht bestimmende Sitztheorie¹⁾, wonach die Nationalität, die "Staatsangehörigkeit" der juristischen Person nach der Lage ihres tatsächlichen effektiven Verwaltungssitzes, nicht nach der des statutenmäßigen Sitzes zu beurteilen ist²⁾, zugrundegelegt werden. Angesichts der eingehenden Unter-

-
- 1) Für das Internationalprivatrecht vgl. SERICK, Rechtsform und Realität juristischer Personen, 1955, S. 120 ff.; 123 ff.; GSCHWENDNER, S. 241 ff.; MEESEN, JZ 1970, 602 (603); RGZ 83, 367 (369 f.); BGH AWD 1970, 128. Für das Verfassungsrecht vgl. v.MANGOLDT/KLEIN, GG, 1966, Art. 19 Anm.II 3a; SCHMIDT-BLEIBTREU/KLEIN, GG, 1977, Art. 19 Abs.3, Rdnr. 12; LENZ in HAMANN/LENZ, GG, 1970, Art.19 Anm.B8; BRINKMANN, GG, 1967, Anm.I6b; LECHNER, BVerfGG, 1973, § 90 Abs.1, Anm.1; BACHOF in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHUENER, Grundrechte Bd.III/1, 1958, S. 178 Fn.93; v. MUTIUS in BK, Art.19 Abs.3, Rdnr.54; DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.50; RITTER, NJW 1964, 279 (280); RÜFNER, AöR Bd. 89 (1964), 261 (275); NIESEN, NJW 1968, 1017 (1018 f.); EGNER, S.8; FEILER, S.52 ff.; wohl ablehnend GSCHWENDNER, S. 231 ff.; 241 ff.
- 2) Treffend DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.31: "... Anknüpfungspunkt... ist nicht das "dominium", sondern das "imperium" der juristischen Person."

suchungen W.W. SCHMIDTS zu diesem Bereich¹⁾ kann es kaum als lohnend angesehen werden, dort nach neuen Lösungen zu forschen. Die Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Gesellschaften folgt auch in der Mehrzahl der übrigen Gebiete des deutschen Rechts der Sitztheorie²⁾; diese führt im übrigen zu dogmatisch und praktisch haltbaren und exakten Abgrenzungen³⁾. Eine Korrektur mittels der Kontrolltheorie⁴⁾, nach der die juristische Person nur dann dem Sitzstaat angehören soll, wenn auch die an ihr beteiligten Personen insgesamt oder wenigstens mehrheitlich diesem Staat angehören, hat sich angesichts ihres Ausnahmecharakters⁵⁾ und wegen Bestimmungs-

1) Vgl. DERSELBE, Grundrechte, S. 56-94

2) Vgl. DERSELBE, a.a.O., S. 56-81

3) Dabei ist, wie FEILER, S. 52 Fn.5 zu Recht feststellt, in Kauf zu nehmen, daß eine von Ausländern im Bundesgebiet errichtete AG eine inländische Gesellschaft im Sinne von Art.19 Abs.3 GG bildet und sich etwa auf die in Art.12 GG enthaltene Gewerbefreiheit berufen kann, während dem einzelnen Ausländer dies verwehrt ist. RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (383) bezeichnet dies gleichwohl als sonderbar und will einen "begrenzten Durchgriff" zulassen. Hiergegen wendet sich auch v.MUTIUS in BK, Art. 19 Abs.3, Rdnr.59.

4) Diese wird auch als Einflußtheorie bezeichnet

5) Die Kontrolltheorie galt bei der Feindgesetzgebung während der Kriegszeiten und im Kriegsschadenrecht, vgl. W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 95 f. Auf sie wird aber letztlich abgestellt, wenn etwa RITTER, NJW 1964, 279 (282) und RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (383) die "Deutschenrechte" inländischen Verbänden mit ausländischer Beherrschung versagen, bzw. ausländischen Verbänden mit deutschen Mitgliedern Grundrechte zusprechen wollen. Dagegen auch BEYER, S. 98.

problemen bei wechselnden Einflußmehrheiten¹⁾ als ebensowenig akzeptabel wie notwendig erwiesen. Nicht erforderlich ist darüber hinaus, daß die juristische Person auf dem "Recht der Bundesrepublik beruhen", also ihre Gründung und "Existenz deutscher Rechtsordnung verdanken" muß²⁾.

In territorialer Hinsicht wird in Anlehnung an die in Art.116 GG niedergelegte verfassungsrechtliche Eingrenzung unter Inland im Sinne des Art.19 Abs. 3 GG das Gebiet des deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 verstanden³⁾. Somit haben etwa juristische Personen mit Sitz in der DDR diesen im so verstandenen Inland und sind schon nach herrschender Ansicht Grundrechtsträger im Sinne des Grundgesetzes.

1) Vgl. dazu FEILER, S.52 Fn.5, der zu Recht darauf hinweist, daß eine solche Klassifizierung in Zeiten mehrmaligen Wechsels von Aktien von inländische in ausländische Hand und umgekehrt, was heute keine Seltenheit mehr ist, dazu führen würde, daß die juristische Person dann bald inländische, bald ausländische sein würde.

2) So zu Recht v.MUTIUS in BK, Art.19 Abs.3, Rdnr.54; DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.31; GSCHWENDTNER, S.233 f.; MEESEN, JZ 1970, 602 (604 Fn.24) gegen diese sog. Gründungslehre; a.A. aber W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 93 f. mit der (unbelegten) Behauptung, das deutsche Personalstatut sei ein im Rahmen des Art.19 Abs.3 GG wesentliches Merkmal zur Bestimmung des Grundrechtsschutzes; ähnlich auch FEILER, S. 53 ff.; SCHÜTZE, S.9

3) So DÜRIG, a.a.O.; v.MUTIUS, a.a.O., Rdnr.56; DERSELBE in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHÜTTE, Grundrechte Bd.II, S. 520; v.MANGOLDT/KLEIN, GG, Art.19, Anm.VI 2; SCHMIDT-BLEIBTREU/KLEIN, GG, Art.19, Rdnr.12; LECHNER, BVerfGG, § 90 Abs.1, Anm.1a; RÜFNER, AöR Bd.89 (1964), S. 261 (275 ff.); FEILER, S. 54; SCHÜTZE, S. 3 ff.; MASER, S. 16; a.A. (Beschränkung auf das Gebiet der BRD) WERNICKE in BK (Erstbearbeitung), Art.19, Anm.II 3a; EGNER, S. 8; W.W. SCHMIDT, a.a.O. S. 153 ff.

Dabei kommt es ebensowenig auf die "effektive Ausübbarkeit"¹⁾ des rechtlich bestehenden Schutzes an, wie es angesichts der in den Art.9 Abs.2, 18, 21 Abs.2 GG niedergelegten ausreichenden Abwehrmittel gegen konkret verfassungsfeindliche Grundrechtsbetätigung kein akzeptabler Einwand sein kann²⁾, es sei unvertretbar, solchen unter verfassungsfeindlichen Prinzipien stehenden und gegen die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Organisationen Grundrechtsfähigkeit zuzugestehen³⁾.

In personaler Hinsicht wird die Untersuchung auf Handelsgesellschaften begrenzt. Erwerbsgesellschaften stellen das bedeutsamste und hervorstechendste Kontingent von juristischen Personen, die sich über nationale Grenzen hinaus betätigen⁴⁾. Internationale Wirtschaftsaktivitäten ohne Existenz der Rechtsform juristische Person sind kaum vorstellbar, und vor diesem

-
- 1) So aber mißverständlich DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.31, wenngleich zuzugeben ist, daß dieser Grundrechtsschutz selten praktisch werden dürfte; so zu Recht v. MUTIUS in BK, Art.19 Abs.3, Rdnr.56; gegen DÜRIG auch MASER, S.16 Fn.5; FEILER, S.55 Fn.1
 - 2) So auch v. MUTIUS, a.a.O.; DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3; Rdnr.31, sub bb, Fn.5; MASER, S.16; FEILER, S.55; SCHÖTZE, S.10; vgl. auch GSCHWENDTNER, S.189 ff., 204 ff.
 - 3) So aber W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S.156
 - 4) So auch W.W. SCHMIDT, a.a.O., S.14. RUPP-v.BRÜNNECKS in Festschrift für Arndt, S.349 (382) angeführtes Beispiel einer religiösen Vereinigung mit ausländischem Sitz und Betätigung im Inland, die an der verfassungsrechtlichen Garantie des Art.4 GG teilhaben soll, wird hier also ausgespart.

Hintergrund ergeben sich letztlich auch die wesentlichen denkbaren Problemfälle der "grundrechtslosen" ausländischen Gesellschaft¹⁾.

-
- 1) Außer Betracht bleiben auch juristische Personen des öffentlichen Rechts. Deren Grundrechtsfähigkeit ist im einzelnen nach wie vor Gegenstand von Streitigkeiten (vgl. schon oben S. 30), wird aber überwiegend verneint. So kann sich der Staat in hoheitlicher wie in fiskalischer Funktion nicht auf Grundrechte berufen (BVerfGE 15, 256 (262); 21, 362 (369 f.)); 39, 302 ff.; 45, 63 ff.), auch dann nicht, wenn er sich zur Erfüllung seiner Aufgaben rechtlich selbständiger Gebilde bedient (BVerfGE 4, 27 (30); 6, 445 (448); 21, 362 (370), vgl. auch statt vieler DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3 Rdnr. 53 ff.; v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3 Rdnr. 78 ff. m.w.N.). Ausnahmen wie Kirchen (E 18, 385 (386); 19, 1 (5); 21, 362 (374); 30, 112 (120)), Universitäten (E 15, 256 (262); 21, 362 (373)) und Rundfunkanstalten (E 31, 314 (322)) und dort, wo hinter der öffentlichrechtlichen Organisation private Interessen stehen (im einzelnen streitig, vgl. DÜRIG, a.a.O., Rdnr. 51) können für die vorliegende Untersuchung keine wesentliche Rolle spielen. Ebenso wird die Grundrechtsfähigkeit kommunaler Gebietskörperschaften sowie von ihnen oder staatlich geschaffener oder beherrschter jur. Personen des privaten Rechts unter dem Aspekt "verlängerter Arm des Staates", bzw. "Flucht ins Privatrecht" überwiegend verneint (vgl. BVerfGE 45, 63 (79 f.); BGHZ 63, 169 ff.; DÜRIG a.a.O., Art. 3 Abs. 1, S. 39, Fn. 1; Art. 19 Abs. 3 Rdnr. 45; jüngst BETHGE AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (93, 272 ff.)). Dem soll hier gefolgt werden, so daß die Grundrechtsfähigkeit ausländischer Staaten, Gebietskörperschaften und von ihnen beherrschter juristischer Personen von vornherein als ausgeschlossen angesehen wird.

ERSTER TEIL

NATIONALES RECHT: DIE FRAGE DER AUSSCHLUßWIRKUNG DER INLÄNDERKLAUSEL IN ART. 19 ABS. 3 GRUNDGESETZ. GRUNDRECHTE DER AUSLÄNDI- SCHEN JURISTISCHEN PERSONEN NACH DEUT- SCHEM VERFASSUNGSRECHT

1. KAPITEL: NORMTEXTORIENTIERTE INTERPRETATION DER INLÄNDERKLAUSEL

Art. 19 Abs. 3 GG spricht ausdrücklich von "inländischen" juristischen Personen. Verengt man den Blick auf diesen Terminus, scheinen einer Auslegung insofern Grenzen gesetzt zu sein, als unter "inländisch" nach dem Wortsinn unter keinem denkbaren Gesichtspunkt "ausländisch" verstanden werden kann. Hiergegen könnte zwar eingewandt werden, daß überkommene Auslegungsregeln, die auf Normen konkreteren Inhalts, bezogen auf relativ konkretisierte Sachverhalte zugeschnitten sind, bei der Verfassungsinterpretation fragwürdig werden können. Die Verfassung, Grundlage allen rechtmäßigen staatlichen Handelns und Kontrollsystem mit derogatorischer höchstrangiger Kraft, muß ihres umfassenden Geltungsbereiches wegen hochabstrakt sein. Ihre normative Aussage kann daher nur erfaßt werden in der Vermittlung des jeweiligen Realitätsbereiches mit dem darauf bezogenen Normprogramm¹⁾. Dieser Unterschied wegen ist die Verfassungsauslegung in jüngerer Zeit zunehmend in die Diskussion geraten²⁾. Gleichwohl blei-

1) Vgl. dazu Friedrich MÜLLER, Normstruktur und Normativität, 1966, S. 114 ff., 168 ff., 201 ff.

2) Vgl. BÜCKENFÜRDE, Gesetz und gesetzgebende Gewalt, 1958, S. 334 f. und passim; FORSTHOFF in Festschrift für Carl Schmitt, 1959, S. 35; DERSELBE, Zur Problematik der Verfassungsauslegung, 1961, passim; HESSE, Grundzüge, 1980, S. 22 ff.; EHMKE, Wirtschaft und Verfassung, 1961, S. 45 ff., 49 ff.;

ben die herkömmlichen Interpretationskriterien doch von Bedeutung; die Verfassung ist letztlich auch Gesetz und die hierfür entwickelten Auslegungsregeln¹⁾ bilden das Werkzeug beim methodischen Ansatz²⁾.

Nach grammatisch-philologischer Betrachtung handelt es sich bei dem in Rede stehenden Wort "inländisch" unter Gegenüberstellung mit dem Wort "ausländisch" um ein Gegensätze postulierendes Wortpaar, dessen Bedeutungen sich angesichts des geringen Variationsspielraums nicht miteinander vereinen lassen. Somit scheint die Frage nach der Grundrechtsgeltung für ausländische juristische Personen schon durch den Normtext von Verfassungen wegen negativ beantwortet³⁾.

So einfach liegen die Dinge indessen nicht. Geht der Blick über die isolierte Wortbetrachtung hinaus und untersucht die Inländerklausel im Zusammenhang mit dem gesamten Wortlaut des Art. 19 Abs. 3 GG, so erheben sich begründete Zweifel, ob das Grundgesetz ausländische juristische Personen überhaupt vom Grundrechtsschutz auszuschließen gedenkt⁴⁾. Der Wortlaut positiviert unzweifelhaft die Geltung

1) Vgl. dazu LARENZ, Methodenlehre, 1979, S. 298 ff.; DAHM, Deutsches Recht, 1963, S. 39 ff.; WOLFF, Verwaltungsrecht I, 1974, S. 159 ff.;

2) FORSTHOFF in Rechtsstaat im Wandel, 1964, S. 148 f.; KRIELE, Theorie der Rechtsgewinnung, 1967, S. 151; EHMKE, VVDStRL 20 (1963), S. 59. Auch das BVerfG hält an ihnen - wenigstens formal - fest, vgl. z.B. E 11, 126 (130).

3) So auch BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (83)

4) Vgl. HENDRICHs in v. MÜNCH, GG Bd. I, 1974, Art. 19 Rdnr. 31

der Grundrechte für inländische Gesellschaften - so umstritten das Wie dieser Geltung auch immer sein mag¹⁾. Enthielte der Normtext darüberhinaus das Wörtchen "nur" oder eine vergleichbare Eingrenzung, bliebe rechtslogisch²⁾ lediglich Raum für einen Umkehrschluß³⁾: Die Grundrechtssubjektivität ausländischer juristischer Personen wäre dann (allerdings negativ) geregelt, eben dergestalt, daß ihnen das Grundgesetz verfassungsmäßige Positionen nicht zugestehen will⁴⁾.

Ein solches, alle Zweifel beseitigendes und für eine Verfassungsinterpretation zugunsten ausländischer juristischer Personen keinen Raum mehr lassendes Signal enthält der betreffende Artikel jedoch gerade nicht. Ein argumentum e contrario ist folglich keineswegs zwingend. Denklogisch und nach dem Wortlaut haltbar ist auch die Annahme einer Regelungslücke in der Verfassung, so daß die Grundrechtsfähigkeit in personaler Hinsicht zwar hinsichtlich der inländischen überindividuellen Organisationseinheiten fixiert ist, hinsichtlich der ausländi-

1) Vgl. dazu schon oben

2) Vgl. zur Rechtsmethodik insoweit LARENZ, Methodenlehre, S. 376 f.

3) Vgl. BETHGE, a.a.O., S. 83; v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.49; MEESSEN, JZ 1970, 602

4) So im Ergebnis die hM trotz des Fehlens des Wörtchens "nur", vgl. z.B. DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 30; v. MUTIUS, a.a.O., Rdnr.49; LEIBHOLZ/RINCK, GG, 1979, Art. 19 Rdnr.5; ZIPPELIUS, Evangelisches Staatslexikon, 1975, S. 933

schen eine Regelung aber nicht getroffen ist¹⁾. Der Gedanke einer Nichterfassung der betreffenden Gesellschaften ist auch keinesweg abwegig, wie eine Entscheidung des Zweiten Senats des BVerfG²⁾ belegt. Das Gericht hatte über eine Verfassungsbeschwerde einer französischen Aktiengesellschaft mit Sitz in Paris zu entscheiden und ließ Bedenken erkennen, ohne weiteres einem Umkehrschluß zu folgen³⁾. Daß der Erste Senat später ablehnend entschied⁴⁾, tut dem keinen Abbruch, beweist vielmehr erst recht, welch widersprüchliche Ergebnisse die Interpretation der Vorschrift nach der grammatisch-philologischen Methode angesichts ihres Wortlauts zutage fördert.

-
- 1) In diesem Ausgangspunkt einig RITTER, NJW 1964, 279 (281); MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdn.12; DERSELBE, Staatsrecht, S. 111, wo er wohl gleicher Ansicht ist, wenn er der Inländerklausel "geringe Bedeutung" beimißt; v. MANGOLDT/KLEIN, GG, Art. 19 Anm.VI 2: "Da sich das Grundgesetz ausweislich des Absatz 3 für ausländische juristische Personen nicht binden wollte..."; LENZ in HAMANN/LENZ, GG, Art. 19 Anm.B 8: "...darf daraus nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß ausländische juristische Personen keinen Grundrechtsschutz genießen..."; HENDRICHs in v. MÜNCH, GG Bd.I, Art. 19 Rdnr.31; KIMMINICH in BK, Art. 14 Rdnr.90
 - 2) BVerfGE 12, 6 (8). In BVerfGE 18, 441 (447) wurde die Frage wegen § 24 BVerfGG (summarisches Verfahren) und wegen Rüge der Verletzung des nach der Rspr. des BVerfG ausländischen jur. Personen zustehenden Art. 101 Abs.1 Satz 2 GG offengelassen; zu dieser Frage vgl. noch unten S. 49 ff.
 - 3) "Wenn aus dieser Vorschrift (Anm. vom Verf.: Gemeint ist Art. 19 Abs.3 GG) überhaupt (Hervorh. vom Verf.) zu folgern sein sollte, daß ausländische juristische Personen nicht Träger von Grundrechten sein können..."
 - 4) BVerfGE 21, 207 (208 f.)

Der sprachlichen Gestaltung der Norm lassen sich für das zu behandelnde Problem demnach ebensowenig zwingende Ergebnisse abgewinnen¹⁾, wie ihr ohne weiteres zu entnehmen ist, was sie unter "Grundrechten", "juristische Personen" oder dem "Wesen der Grundrechte" versteht²⁾. Als Zwischenergebnis bleibt festzuhalten, daß mehrere Deutungsmöglichkeiten offenbleiben, wobei an dieser Stelle auf die Folgerungen, die sich bei Annahme einer Lücke in der Verfassung ergeben könnten³⁾, noch nicht eingegangen werden soll. Um die Frage nach der Grundrechtsteilhabe ausländischer juristischer Personen im Rahmen des Art. 19 Abs. 3 GG, insbesondere die Frage nach einer möglicherweise vorliegenden "planwidrigen"⁴⁾ Nichtregelung beantworten zu können, muß sich der Blick auf andere Auslegungsstufen erheben.

-
- 1) So zu Recht BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (84); unzutreffend dagegen BEYER, S. 97, der den Wortlaut für eindeutig hält.
 - 2) So mit Recht v. OLSHAUSEN, S. 18
 - 3) Vgl. RITTER, NJW 1964, 279 (281 f.) einerseits und MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr. 12 andererseits
 - 4) ELZE, Lücken im Gesetz, 1916, S. 3 ff.; LARENZ, Methodenlehre, S. 358; ferner ENGISCH, Einführung in das juristische Denken, 1964, S. 137 f.; CANARIS, Die Feststellung von Lücken im Gesetz, 1964, S. 31 ff.; DAHM, Deutsches Recht, S. 50

2. KAPITEL: ENTSTEHUNGSGESCHICHTLICHE ASPEKTE
 ZUR INLÄNDERKLAUSEL

Im Zusammenhang mit der Entstehung des Art. 19 Abs. 3 GG wurde die Frage nach der Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen überhaupt erstmals in der 27. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen von dem Abgeordneten v. MANGOLDT aufgeworfen¹⁾. Zu Unrecht nimmt allerdings v. MANGOLDT die Autorenschaft für die Existenz des heutigen Art. 19 Abs. 3 GG für sich allein in Anspruch²⁾. Im Bayerischen Staatsministerium des Innern war bereits zuvor ein Entwurf eines "Grundgesetzes des Deutschen Volkes" aufgrund des Herrenchiemsee-Berichts ausgearbeitet worden. Art. 29 dieses Entwurfs sah vor:

"Die Grundrechte gelten, soweit anwendbar, für die juristischen Personen, die im Bundesgebiet ihren Sitz haben³⁾, entsprechend".⁴⁾

Eine einschränkende Klausel war also bereits, wenn auch anders lautend als in der späteren Endfassung des Grundgesetzes, im angeführten Entwurf enthalten, bevor im Grundsatzausschuß oder in den Beratungen des Parlamentarischen Rates überhaupt die Frage angeschnitten worden war. Wo der Ursprung der Beschränkung lag, kann lediglich gemutmaßt werden.

-
- 1) So v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, JÖR n.F., Bd.1, S. 181. Vgl. zur Entstehungsgeschichte überhaupt ebenda, S. 180 ff.; sowie v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.6; MASER, S. 10 ff.; W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 42 f.
 - 2) v. MANGOLDT, GG, 1953, Art. 19 Anm.1. Kritisch dazu WERNICKE in BK (Erstbearbeitung), Art. 19 Anm.I 4; v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, a.a.O., S. 181;
 - 3) Hervorh. vom Verf.
 - 4) Zitiert nach v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, a.a.O., S. 181; vgl. auch v. MUTIUS, a.a.O., Rdnr.6; WERNICKE, a.a.O., Anm.I 4

Soweit ersichtlich, hat erstmals GIESE¹⁾ unter Geltung der Weimarer Reichsverfassung das Problem berührt, ohne es allerdings detailliert zu untersuchen. Dies mußte so sein, da diese deutsche Verfassung eine ausdrückliche Positivierung der Grundrechtssubjektivität juristischer Personen nicht enthielt. GIESE ging gleichwohl davon aus, daß diesen Grundrechtsfähigkeit zu gewähren sei²⁾. Zwar spreche die Verfassung vom 11. August 1919 gemäß ihrer Überschrift des Zweiten Hauptteils³⁾ Grundrechte an sich nur deutschen Staatsangehörigen zu, da jedoch auch juristische Personen "eine Art Staatsangehörigkeit" besäßen, kämen sie als Grundrechtsträger in Betracht, soweit - und hier liegt die entscheidende Einschränkung - eben diese "Staatsangehörigkeit" deutsch sei⁴⁾. Die Grundrechte ausländischer juristischer Personen seien in der Weimarer Reichsverfassung nicht geregelt⁵⁾.

Stellte es bereits einen nicht zu unterschätzenden rechtswissenschaftlichen Fortschritt dar, angesichts des Schweigens der Verfassung seinerzeit die Grundrechtsträgerschaft überhaupt zu befürworten und gegen vehemente Angriffe⁶⁾ zu verteidigen, nimmt es nicht wunder, daß die fernerliegende Frage der Relation ausländischer Organisationseinheiten zu deutschen Grundrechten (noch) nicht recht ins Licht der verfassungstheoretischen Diskussion rücken konnte.

1) Kommentar, S. 297 f.;

2) A.A. insoweit Carl SCHMITT, Verfassungslehre, S. 173; DERSELBE, Verfassungsrechtliche Aufsätze, S. 208

3) "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen"

4) GIESE, a.a.O., S. 297

5) GIESE, a.a.O., S. 297

6) So besonders von Carl SCHMITT, a.a.O.; vgl. auch oben S. 2

So hat denn lediglich noch in GEBHARDS bereits erwähnter Stellungnahme¹⁾ die nicht weiter begründete Forderung Aufnahme gefunden, die juristische Person müsse ihren Sitz innerhalb des deutschen Reichsgebiets haben, um als Grundrechtssubjekt auftreten zu können.

Eine ähnliche Einschränkung enthielt auch die Bayerische Verfassung vom 14. August 1919 (sog. Bamberger Verfassung), deren § 93 Abs. 1 anordnete²⁾, "jeder Staatsangehörige und jede juristische Person, die ihren Sitz in Bayern³⁾ hat", hat das Recht zur Beschwerde an den Staatsgerichtshof, sofern geltend gemacht werden kann, "durch die Tätigkeit einer Behörde in ihrem Recht unter Verletzung dieser Verfassung geschädigt zu sein." Die prozessualrechtliche Natur dieser Regelung schließt ihre Verwendungsfähigkeit im Zuge der rechtshistorischen Betrachtung der Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG nicht aus. Wesentlichen Beschwerdegrund nach § 93 Abs. 1 bildete die angebliche Verletzung materieller Verfassungspositionen. Solche waren juristischen Personen im seinerzeitigen bayerischen Verfassungsrecht zwar nicht ausdrücklich eingeräumt. Wenn diese Verfassung indes ein prozessuales Beschwerderecht zugunsten juristischer Personen positiviert, muß diesen auch stillschweigend die Grundrechtsträgerschaft unterstellt worden sein, denn andernfalls wäre das prozessuale Recht materiell inhaltslos "leergelaufen"⁴⁾.

Inwieweit nun eine Inspiration des Verfassungsgebers⁵⁾ des Bonner Grundgesetzes durch eine der genannten historischen

1) GEBHARD, Handkommentar, 1932, S. 444; vgl. auch oben S. 3

2) GVB1. 1919, 531

3) Hervorh. vom Verf.

4) So zu Recht W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 19

5) Die Unterscheidung Verfassungsgeber-Verfassungsgesetzgeber stammt von Carl SCHMITT, Verfassungslehre, 1928, S. 75 f.

Positionen erfolgt ist, läßt sich den Quellen nicht entnehmen. Zumindest aber § 93 Abs. 1 der Bamberger Verfassung dürfte bei dem Entwurf des Bayerischen Staatsministerium des Innern zum Grundgesetz¹⁾ Pate gestanden haben. Ob allerdings dieser Entwurf die spätere Endfassung des Art. 19 Abs. 3 GG beeinflußt hat, ist nicht zweifelsfrei zu beantworten. Denn die vom Grundsatzausschuß auf Initiative v. MANGOLDTS zunächst beschlossene Fassung enthielt keine Beschränkung, sondern sprach lediglich von "Körperschaften und Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit"²⁾. Erst am 13. Dezember 1948 schlug der Allgemeine Redaktionsausschuß vor, die Vokabel "inländisch" einzufügen, was vom Grundsatzausschuß auf Anregung des Abgeordneten BERGSTRÄSSER angenommen wurde³⁾. Dabei wurde eine Definition oder Erläuterung des Begriffes nicht gegeben. Nach mehrfachen Änderungsvorschlägen und Modifikationen, die allerdings die Inländerklausel nicht mehr antasteten, wurde die jetzige Fassung der Vorschrift angenommen⁴⁾ und unverändert als Absatz 3 in Artikel 19 GG eingefügt.

RITTER hält die Entstehungsgeschichte für "unergiebig"⁵⁾. Wenn er damit meinen sollte, daß die Materialien zur Entstehungsgeschichte jeglichen Hinweis auf den historischen Willen der *pouvoir constituant* vermissen lassen, ist dem entgegenzutreten⁶⁾. Denn zum Vorschlag des Allgemeinen Redaktionsausschusses wurde angemerkt, im übrigen dürfte "kein Anlaß" bestehen, "auch ausländischen juristischen Personen den verfassungsmäßigen Schutz der Grundrechte zu

1) Vgl. oben S. 18

2) Als Art. 20 a angenommen in der 11. Sitzung des Hauptausschusses am 4.12.1948, vgl. v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, JÖR n.F., Bd.1 (1951), S. 181

3) v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, a.a.O., S. 182

4) In der 51. Sitzung des Hauptausschusses vom 10.2.1949, vgl. v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, a.a.O., S. 183

5) NJW 1964, 279 (281)

6) So auch BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), 54 (84); v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs.3, Rdnr.50

gewähren"¹⁾. Die Bemerkung ist zwar knapp und der Hintergrund dieser Knappheit gab zu Spekulationen Anlaß²⁾. Es kann indessen kaum einen Zweifel geben, daß der Verfassungsgeber in der damaligen historischen Situation eine Grundrechtsträgerschaft nichtinländischer juristischer Personen meiden wollte. Ein weiteres Indiz für diese These läßt sich aus der Chronologie der Vorgänge ablesen: Die Einfügung des "inländisch" wurde vorgeschlagen, nachdem zuvor die Grundrechtsgeltung personell unlimitiert war. Es muß demnach an eine Einschränkung, an einen Ausschluß juristischer Personen gedacht worden sein, denn schwer vorstellbar ist es, welchen Sinn die nachträgliche Änderung ansonsten gehabt haben sollte.

Somit sprechen doch gewichtige, wenn auch zugegeben nicht letzte Sicherheit gebende³⁾ Argumente für eine ablehnende Absicht der Verfassungsschöpfer bezüglich der Grundrechtssicherung ausländischer Gesellschaften. Aus historisch-interpretatorischer Sicht erweist sich damit die Annahme einer "planwidrigen Unvollständigkeit"⁴⁾ als nicht vertretbar.

Diese Feststellung schließt jedoch noch nicht zwangsläufig die Existenz einer Lücke im Rahmen des Art. 19 Abs. 3 GG aus. Denn die historische Regelungsabsicht des Verfassungsgebers kann nur ein Aspekt im Spektrum der Auslegung sein.

-
- 1) Stellungnahme des Allgemeinen Redaktionsausschusses, Drucksache Nr. 370 v. 13.12.1948, Parlamentarischer Rat, Grundgesetz, Entwürfe 1948/49, S. 89; vgl. auch v. DOEMMING/FÜßLEIN/MATZ, JöR n.F., Bd. 1 (1951), S. 182
 - 2) Vgl. FEILER, S. 59 Fn.3: "Der Grund... ist möglicherweise der, daß man im Jahre 1949 (!) nicht übermäßig auf das "heiße Eisen" eines Grundrechtsschutzes für ausländische juristische Personen aufmerksam machen wollte."
 - 3) So auch BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), 54 (84)
 - 4) ELZE, Lücken im Gesetz, S. 3 ff.; ENGISCH, Einführung, S. 137 f.; CANARIS, Lücken im Gesetz, S. 31 ff.

Objektiv-teleologische Kriterien, der Sinngehalt und Zweck des Gesetzes, können durchaus andere Ergebnisse bedingen. Widersprüchliche Resultate können insbesondere dann auftreten, wenn infolge Zeitablaufs oder eines Wandels der Normsituation die ursprüngliche, am Zweck und den Normvorstellungen des historischen Gesetzgebers ausgerichtete Auslegung als nicht mehr haltbar erscheint¹⁾. Tatsächliche Verhältnisse oder Gepflogenheiten, die der historische Gesetzgeber vor Augen hatte und auf die hin er die Regelung entworfen, für die er sie konzipiert hatte, können sich in solcher Weise verändert haben, daß die Norm auf diese nicht mehr paßt²⁾.

Diese Sicht - Wandlung der Normsituation - wird auch durch die Anmerkung des Allgemeinen Redaktionsausschusses, es bestehe "kein Anlaß" zur Grundrechtsgewähr³⁾, nicht völlig ausgeschlossen. Bestand im Jahre 1948 - aus welchen Gründen auch immer - ein solcher Anlaß nicht, besagt dies schließlich nichts darüber, ob er nicht aufgrund einer seinerzeit nicht vorausgesehenen, und angesichts der damaligen Position Deutschlands auch nicht voraussehbaren, Entwicklung möglicherweise einmal gegeben sein würde.

1) Vgl. LARENZ, Methodenlehre, S. 335

2) Vgl. LARENZ, a.a.O., S. 338

3) Vgl. oben S. 22 Fn.1

Dies setzt allerdings voraus, daß sich bei einer objektiv-teleologischen Betrachtung der Vorschrift hinreichende Aspekte für eine Entscheidung gegen die vom historischen Verfassungsgestalter wohl doch gewollte Beschränkung ergeben. Nur wenn solche Gründe vorliegen und zu überzeugen vermögen, wird ein aus der Entstehungsgeschichte gewonnener Hinweis zurücktreten, muß eine ursprünglich berechnigte Auslegung einer an den gegenwärtigen Verhältnissen orientierten weichen¹⁾.

Die zu beantwortende Frage bleibt also weiterhin die nach dem Regelungsgehalt des Art. 19 Abs. 3 GG im Hinblick auf den Grundrechtsschutz ausländischer juristischer Personen.

1) Vgl. LARENZ, Methodenlehre, S. 335

3. KAPITEL: DIE INLÄNDERKLAUSEL BEI TELEOLOGISCHER BETRACHTUNG

1. Abschnitt: Normzweck der Inländerklausel nach der Rechtsprechung des BVerfG und der herrschenden Literatur

A. Die Rechtsprechung des BVerfG

Wie bereits erwähnt¹⁾ hatte der Zweite Senat seinerzeit noch erhebliche Zweifel, welcher Regelungsgehalt Art. 19 Abs. 3 GG hinsichtlich ausländischer Gesellschaften beizumessen ist. Nicht anders kann geurteilt werden, wenn das Gericht ausführt:²⁾

"Wenn aus dieser Vorschrift³⁾ überhaupt⁴⁾ zu folgern sein sollte, daß ausländische juristische Personen nicht Träger von Grundrechten sein können, so kann das jedenfalls nur für die in Abschnitt I des Grundgesetzes gewährten Rechte gelten."

Bei der Entscheidung handelte es sich um die Verfassungsbeschwerde einer französischen Aktiengesellschaft. Diese rügte die Verletzung ihres in Art. 103 Abs. 1 GG verbürgten Anspruchs auf rechtliches Gehör, eines sog. Prozeßgrundrechts. Demnach war vom BVerfG lediglich die Frage zu beantworten, ob die Beschwerdeführerin Träger dieses Rechts sein konnte; die stattgebende Entscheidung wurde lediglich auf Verletzung dieses formellen Rechts gestützt⁵⁾. Insoweit hatte der Senat

1) Vgl. dazu oben S. 16

2) BVerfGE 12, 6 (8), Beschluß v. 8.11.1960

3) Gemeint ist Art. 19 Abs. 3 GG

4) Hervorh. vom Verf.

5) Die sog. Prozeß- und Verfahrensgrundrechte (Art. 17, 19 Abs. 4, 101 Abs. 1 Satz 2, 103 Abs. 1 GG) nehmen nach der Rechtsprechung des BVerfG und der ihr folgenden herrschenden Lehre eine im einzelnen noch zu untersuchende (vgl. dazu unten S. 49 ff.) Sonderstellung ein. An dieser Stelle mag diese Feststellung genügen.

die Grundrechtssubjektivität der ausländischen Gesellschaft bezüglich der materiellen Grundrechte, insbesondere des ersten Abschnittes des Grundgesetzes, gar nicht zu prüfen. Insofern geht es zu weit, wenn die Entscheidung ohne weitere Begründung verschiedentlich in die Reihe der Befürworter einer Nichterfassung eben dieser Grundrechtsträgerschaft durch Art. 19 Abs. 3 GG und einer daraus zu folgernden Regelungslücke im Grundgesetz verwiesen wird¹⁾, so daß man eine analoge Anwendung der Vorschrift auf sämtliche nicht Deutschen vorbehaltenen, auf juristische Personen anwendbaren Grundrechte erwägen müßte.

Andererseits geht die Entscheidung über das bloße Offenlassen der Frage²⁾ hinaus. Aus dem Wortlaut läßt sich mit hinreichender Prägnanz der Zweifel des Gerichts entnehmen, wie der in Rede stehende Absatz 3 zu verstehen ist. Schon durch die sprachstilistische Verwendung des Konjunktivs wird die Ambivalenz angedeutet. Das Wörtchen "überhaupt" deutet im übrigen darauf hin, daß der Senat der Annahme einer Lücke in der Verfassungsvorschrift tendenziell näherstand als der gegenteiligen Möglichkeit, diese Frage jedoch infolge mangelnder Entscheidungserheblichkeit nicht weiterverfolgen wollte.

So läßt sich aus der Entscheidung zwar eine gewisse Tendenz des Gerichts herleiten, eine konkrete und gesicherte inhaltliche Aussage über den Sinngehalt der Beschränkung und deren Reichweite aber nicht abgewinnen.

1) So aber v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.49 a.E.

2) Wie das etwa in BVerfGE 18, 441 (447) praktiziert worden ist (Verfassungsbeschwerde einer Aktiengesellschaft schweizerischen Rechts mit Züricher Sitz): "Ob die von einer ausländischen juristischen Person erhobene Verfassungsbeschwerde mit Rücksicht auf Art. 19 Abs. 3 GG auch insoweit zulässig ist, als die Verletzung von Art. 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 14 GG gerügt wird, kann im summarischen Verfahren nach § 24 BVerfGG dahingestellt bleiben (BVerfGE 6, 7 (11 f.); 13, 132 (150))."

Eine entgegengesetzte Richtung verfolgte dagegen einige Jahre später der Erste Senat¹⁾. Eine Aktiengesellschaft amerikanischen Rechts mit Sitz in New York erhob Verfassungsbeschwerde gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts und des Bundesgerichtshofs. Ein vom Deutschen Patentamt zugunsten der Gesellschaft zunächst erteiltes Patent für einen Flächentransistor wurde aufgrund der Beschwerde einer deutschen Firma vom Bundespatentgericht versagt, die gegen den Versagungsbeschluß gerichtete Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof blieb erfolglos. Die Gesellschaft rügte daraufhin vor dem BVerfG Verletzung von Art. 2, 3 und 14 GG unter anderem mit der Begründung, zumindest auf den Gebieten des Patent- und Erfinderrechts sei Art. 19 Abs. 3 GG auch auf ausländische juristische Personen anwendbar. Das BVerfG verwarf die Verfassungsbeschwerde ungeachtet dessen als unzulässig:

"Nach Art. 19 Abs. 3 GG stehen die den natürlichen Personen eingeräumten Grundrechte auch juristischen Personen zu, soweit sie ihrem Wesen nach auf sie anwendbar sind. Diese Erweiterung erstreckt sich jedoch kraft ausdrücklicher Verfassungsvorschrift nur auf inländische juristische Personen. Wortlaut und Sinn verbieten eine ausdehnende Auslegung auf ausländische juristische Personen."

Hier mußte Art. 19 Abs. 3 GG erstmals bezugnehmend auf die materiellen Grundrechte des ersten Abschnitts des Grundgesetzes geprüft werden, denn Verfahrens- oder Prozeßgrundrechte waren nicht als verletzt behauptet worden. Nunmehr nimmt das Gericht eine unmißverständlich gegenüber einer

1) BVerfGE 21, 207 (208 f.), Beschluß v. 1.3.1967

Erweiterung des Grundrechtsschutzes ablehnende Haltung ein. Die Begründung ist allerdings nicht zu Unrecht als "apodiktisch" bezeichnet worden und läßt zahlreiche Fragen offen¹⁾.

Daß der Wortlaut des Artikels keine Basis für einen rechtlich eindeutigen Schluß bildet, wurde dargetan²⁾. Was das Gericht darüber hinaus als Sinn des Gesetzes erachtet, wird nicht weiter erläutert, obwohl man gerade hierzu eine Aufklärung hätte erwarten dürfen³⁾. Bis heute hat auch keine der folgenden, die Grundrechtssubjektivität ausländischer juristischer Personen berührenden Judikate eine detaillierte Erklärung gebracht; vielmehr fehlt die Begründung entweder überhaupt⁴⁾, oder die Frage wird offengelassen⁵⁾. Die Untersuchung kann sich daher auch in diesem Zusammenhang lediglich auf die Mutmaßung beschränken, daß der Senat mit dem Sinn des Art. 19 Abs. 3 GG insoweit die Kriterien verband, die bis dato⁶⁾ durch Äußerungen in der Literatur als die Beschränkung rechtfertigend herausgearbeitet worden waren und auch heute noch als im verfassungsrechtlichen Schrifttum vorherrschend zu bezeichnen sind⁷⁾.

1) So RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (383)

2) Vgl. oben S. 13 f. (17)

3) So zu Recht NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1018)

4) BVerfGE 23, 229 (236), Beschluß v. 19.3.1968 (Verfassungsbeschwerde einer "association culturelle" französischen Rechts mit Sitz in Frankreich) verweist lediglich auf die Begründung in BVerfGE 21, 207 (208 f.)

5) In BVerfGE 34, 338 (340), Beschluß v. 13.3.1973 (Verfassungsbeschwerde einer Handelsgesellschaft französischen Rechts mit Sitz in Paris), sowie in BVerfGE 36, 310 (313), Beschluß v. 12.2.1974 (Verfassungsbeschwerde zweier juristischer Personen mit Sitz in Italien) wurde das Problem offengelassen, da die Beschwerdeführerin nicht unmittelbar betroffen (vgl. zur Rspr. des BVerfG insoweit E 16, 147 (159)) war, bzw. da zwei Tochtergesellschaften der italienischen Gesellschaften gleichfalls Beschwerde erhoben hatten und wegen ihres inländischen Sitzes als inländische Gesellschaften zulässigerweise Grundrechtsverletzungen rügen konnten.

6) Beschluß vom 1.3.1967

7) Gestützt sind die wesentlichen Linien der Argumentation auf die Arbeit W.W. SCHMIDTS, Grundrechte, 1966

B. Zweckdeterminiertes Verständnis der Inländerklausel im Schrifttum

Diese Kriterien werden vor allem von wirtschafts- und außenhandelspolitischen¹⁾ Überlegungen bestimmt, die sich mit den Schlagworten fehlende Inlandsbeziehung und Gefahr der prinzipiellen verfassungsrechtlichen Bindung des fremdenrechtlichen Aktionsspielraums der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnen lassen²⁾.

Ausländische juristische Personen haben ihren Sitz und damit ihre Leitungszentrale im Ausland³⁾. Demzufolge sollen diese Gesellschaften in wesentlichen Bereichen der Einflußsphäre ihres Heimatstaates unterliegen, rechtlich und wirtschaftlich mit diesem ungleich intensiver verwurzelt sein als beispielsweise der in der Bundesrepublik Deutschland lebende einzelne Ausländer⁴⁾. Im Inland unterhält die ausländische Gesellschaft in der Regel allenfalls eine rechtlich unselbständige Zweigniederlassung, die der Steuerung durch die im Ausland befindliche Hauptniederlassung unterliegt⁵⁾. Nach W.W. SCHMIDT sind diese Organisationseinheiten deutschen Gesetzen daher nur partiell unterworfen⁶⁾. Eine Kontrolle der Zweigniederlassung durch die inländische öffentliche Gewalt bleibe ineffektiv, da sich die Leitungsmacht, das Leitungszentrum im Ausland befinde, und es nicht schwerfallen dürfte, geschäftliche Vorgänge nötigenfalls den prüfenden Blicken deutscher Behörden vorzuenthalten. Eine Kontrolle des im Ausland befindlichen

1) FEILER, S. 59

2) V. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.50

3) Zur Maßgeblichkeit des verwaltungsmäßigen Sitzes und der Sitztheorie überhaupt vgl. schon oben S. 8 f.

4) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 170

5) MEESSEN, JZ 1970, 602 (603)

6) Grundrechte, S. 170

effektiven Verwaltungszentrums scheitere an den mangelnden Hoheitsbefugnissen der Bundesrepublik auf nichtdeutschem Territorium, letztlich also an völkerrechtlichen Souveränitätsgrundsätzen¹⁾. Wie W.W. SCHMIDT plastisch ausdrückt, greift die ausländische juristische Person nur mit dem "Arm" in den Hoheitsbereich des Inlandes hinein, während ihr "Körper" mit dem "Kopf", der Leitungszentrale, außerhalb dieses Bereiches verbleibt²⁾. Als Folge wird eine nicht zu unterschätzende Einflußnahme auf wirtschaftliche Vorgänge im Inland befürchtet³⁾.

Diesem verringerten Maß an staatlicher Eingriffs- und Kontrollmöglichkeit und -fähigkeit müsse proportional eine Reduzierung der Abwehrmöglichkeiten ausländischer Gesellschaften in Form fehlenden Grundrechtsschutzes entsprechen⁴⁾. Gewähre man diesen nämlich Grundrechte, mithin gerichtlich durchsetzbare, subjektiv-öffentliche Rechtspositionen von Verfassungsrang, wären ausländische Unternehmen den inländischen verfassungsrechtlich stark angenähert, könnten sie doch dann nach Art. 93 Abs. 1 Ziff 4 a GG, § 90 ff. BVerfGG wegen behaupteter Verletzung von Grundrechten durch die inländische öffentliche Gewalt Verfassungsbeschwerde erheben. Insofern könnte es ein nicht unerhebliches Risiko bedeuten, der Ordnungsgewalt der Bundesrepublik weitgehend entzogenen juristischen Personen des Auslands derart weitgespannten Rechtsschutz zuzubilligen⁵⁾.

1) Vgl. dazu allgemein WEHSE in MENZEL/IPSEN, Völkerrecht, 1979, S. 147; VERDROSS/SIMMA, Universelles Völkerrecht, 1976, S. 513 ff.

2) W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 170

3) So v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.50; RITTER, NJW 1964, 279 (281)

4) Vgl. BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (84); DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 30; BEYER, S. 97; v. MUTIUS, a.a.O., Rdnr.50

5) So W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 171

Von W.W. SCHMIDT wird zur Unterstützung dieses Gedankens auf die eine erhebliche Wirtschaftsmacht darstellenden international verflochtenen Kartelle und Konzerne, die sog. "Multis", hingewiesen¹⁾. Wegen der Ausbreitung über viele Staaten hinweg seien sie oftmals keinem bestimmten Heimatstaat mehr zuzurechnen²⁾. Es falle also sogar dessen Kontrolle faktisch weg, so daß solche Großunternehmen den Staaten oftmals auf der Basis wirtschaftlicher Omnipotenz fast schon in der Ebene "faktischer Gleichstellung"³⁾ gegenübertreten. Von einem - historisch und verfassungs-genetisch dem Grundrechtsgedanken zugrundeliegenden - typischen Subjektionsverhältnis zwischen Staat und betroffenen Grundrechtssubjekt⁴⁾ sei dann nichts mehr spürbar, so daß eine Nichtgewähr von Grundrechten auch nicht als systemwidrig zu qualifizieren sei.

1) A.a.O., S. 171. Vgl. insbesondere die Erdöl- und Stahlkonzerne

2) Vgl. DÜRIG, a.a.O., Rdnr.30; W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 171 und Fn.48 ebenda, wo die völkerrechtliche Erwägung angesprochen wird, solche internationalen Gesellschaften zukünftig unter den Kreis der Völkerrechtssubjekte einzuordnen, vgl. dazu auch MOSLER, ZaöRV Bd.22 (1962), S. 1 ff., wo allerdings erwerbswirtschaftliche Organisationen noch ausgeklammert werden. Unter Einschuß derselben dann aber LADOR-LEDERER, ZaöRV Bd.23 (1963), S. 657 (658 Fn.4: "international economic personalities")

3) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 171

4) Vgl. dazu grundlegend Georg JELLINEK, System der subjektiven-öffentlichen Rechte, 1905, S. 94 ff.; vgl. auch DÜRIG in MDHS, Art.1 Abs.3, Rdnr.100 f.; HESSE, Grundzüge, S. 122

Ein weiterer Aspekt der herrschenden teleologischen Auslegung wird von völkerrechtlich-verhandlungstaktischen Erwägungen bestimmt. Man betrachtet es als nicht zu unterschätzende wirtschafts- und außenhandelspolitische Vorgabe an ausländische Firmen, würde man diesen klagbare Grundrechtspositionen einräumen. Deutsche Gesellschaften seien im Ausland nicht in vergleichbarer Weise geschützt, andernfalls wären verschiedene bilaterale Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten, in denen nicht zuletzt die Verbesserung der Rechtsstellung deutscher Gesellschaften im Ausland im Vordergrund stand¹⁾, schlechthin überflüssig. Wären ausländische Organisationen bereits von Verfassungen wegen Grundrechte eingeräumt und festgeschrieben, sei damit noch keineswegs gesichert, daß die betreffenden ausländischen Staaten die Gegenseitigkeit verbürgen, d.h. die Gleichbehandlung deutscher juristischer Personen in deren Hoheitsgebiet garantieren²⁾. Bereits gewährte innerstaatliche Rechtspositionen können aber auch nicht mehr als disponible und für den ausländischen Vertragspartner wertvolle Gegenleistung zur Verfügung stehen, so daß eine Schwächung der Verhandlungsposition der Bundesrepublik beim Aushandeln entsprechender völkerrechtlicher Kontrakte zu befürchten sei, da ihr ein wirksames politisches "Druckmittel"³⁾ fehle, für deutsche Gesellschaften eine im Ausland günstigere Rechtsstellung zu erkämpfen. Signifikant für diese von der hM nicht er-

- 1) Vgl. Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag v. 29.1.1954, BGBl. 1956II, S. 487 ff. mit den USA; Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag v. 27.10.1956, BGBl. 1957II, S. 1662 ff. mit Frankreich; desgleichen v. 21.11.1957, BGBl. 1959II, S. 950 ff. mit Italien; v. 23.12.1957, BGBl. 1959II, S. 1469 ff. mit der Dominikanischen Republik; v. 18.3.1960, BGBl. 1962II, S. 1506 ff. mit Griechenland
- 2) Vgl. v. MUTIUS in BK, Art.19 Abs.3, Rdnr.50; DÖRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.30; RITTER, NJW 1964, 279 (281); vgl. auch MEESEN, JZ 1970, 602 (603); FEILER, S. 59; im Ausgangspunkt auch noch MAUNZ in MDHS, Art.14 Rdnr.12
- 3) RITTER, a.a.O., S. 281

wünschte Situation ist die Formel von v. MUTIUS: Die Bundesrepublik hätte ihren "fremdenrechtlichen Aktionsspielraum prinzipiell und verfassungsrechtlich gebunden"¹⁾. Dies aber könne den wohlverstandenen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht gerecht werden²⁾.

C. Wertung des ermittelten herrschenden Normverständnisses.
Möglichkeit abweichender Normsituation

Der so verstandene Normzweck der Inländerklausel richtet sich auf die juristische Person, die von ihrem Sitz im Ausland aus operierend, im Inland ohne Beziehungen zur innerstaatlichen Rechtsordnung wirtschaftlich tätig wird und sich den durch innerstaatliches Recht inländischen Unternehmen auferlegten Verpflichtungen zu entziehen vermag³⁾.

Diese fehlende Inlandsbeziehung und die Notwendigkeit des fremdenrechtlichen Verhandlungsspielraumes ist die Normsituation, in die Art. 19 Abs. 3 GG nach dieser Sehweise hineingestellt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach - diese Vermutung sei trotz der insoweitdürftigen Quellenhinweise⁴⁾ gestattet - war dies auch der von der pouvoir constituant bei der Schaffung der Inländerklausel vorausgesetzte Schutzzweck.

Unterstellt man diese Wertungen als zweifelsfrei, ist das danach gewonnene Auslegungsergebnis an sich folgerichtig. In dem so verstandenen, von pragmatischen Zweckmäßigkeitserwägungen⁵⁾ konturierten Normgehalt ist das Vorliegen

1) V. MUTIUS in BK, Art.19 Abs.3, Rdnr.50; vgl. auch MEESEN, JZ 1970, 602 (603); RITTER, NJW 1964, 279 (281)

2) So nachdrücklich MEESEN, a.a.O., S. 603

3) So die hM jedenfalls im Ergebnis übereinstimmend, vgl. MEESEN, a.a.O.; v. MUTIUS, a.a.O.; DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.30; W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 170 f.; BLECKMANN, Allgemeine Grundrechtslehren, 1979, S. 108 f.; FEILER, S. 59; GSCHWENDTNER, S. 234 ff. und BETHGE, AöR Bd. 104, (1979), S. 54 (84)

4) Vgl. dazu oben S.21 f.

5) So auch MEESEN, JZ 1970, 602 (603): "... durchaus praktischer Sinn..."

einer Regelungslücke nicht nachweisbar, eine Forderung nach genereller Erweiterung der Grundrechtsgeltung auf ausländische juristische Personen nicht vertretbar und der von der überwiegenden Ansicht gezogene Umkehrschluß aus Art. 19 Abs. 3 GG kaum anzuzweifeln¹⁾.

Gleichwohl bleibt im folgenden zu untersuchen, welche Versuche in der Rechtslehre unternommen worden sind, um eine andere Betrachtungsweise zu rechtfertigen²⁾. Insbesondere ist durch den ermittelten, vermeintlich so eindeutigen und prägnanten Normzweck der Beschränkung noch nicht die Frage geklärt, ob für bestimmte Sachverhaltsfelder eine modifizierte Sicht auf dem Wege situationspezifischer spezieller Auslegungskriterien gewonnen werden kann³⁾. Denn ob die von dem dargestellten Verständnis vorausgesetzte Normsituation unterschiedslos in jeder denkbaren Fallkonstellation gegeben ist, aus der heraus sich ausländische juristische Personen zur Berufung auf Grundrechte veranlaßt sehen könnten, muß bezweifelt werden.

1) So auch W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 169

2) Vgl. dazu unten S. 35 ff.

3) Vgl. ebenda

2. Abschnitt: Einzelne Voten zugunsten der Grundrechtssubjektivität ausländischer juristischer Personen

Wie erwähnt¹⁾ ist das der hM entsprechende Verständnis der Regelung zwar vereinzelt, so doch mit Regelmäßigkeit auf Bedenken²⁾, Verständnislosigkeit³⁾ oder Kritik⁴⁾ gestoßen. Dabei dürfte den Verfechtern dieser Ansichten die vorherrschende wirtschafts-außenhandelspolitische sowie fremdenrechtliche Argumentationsschiene nicht unbekannt sein. Gleichwohl erstaunt die Tatsache, daß, soweit ersichtlich, diese Thesen teils gar nicht aufgegriffen⁵⁾, teils unwidersprochen hingenommen werden⁶⁾. Insofern ist es, wie zu zeigen sein wird, nicht allzu überraschend, daß die vorgeschlagenen Lösungsmodelle angesichts des tatsächlich "praktischen Sinnes" der Inländerklausel⁷⁾ im wesentlichen nicht zu überzeugen vermögen.

A. Grundrechtsschutz aufgrund internationalprivatrechtlicher Anerkennung ausländischer juristischer Personen im Inland?

Als überholt darf der Versuch bezeichnet werden, vom Standpunkt der Sitztheorie aus bei ausländischen juristischen Personen, die im Inland anerkannt sind, den Grundrechts-

1) Vgl. oben S.5 f.

2) NAWIASKY, Grundgedanken, S. 32; vgl. auch GRAMLICH, BayVBL 1980, 625 (627)

3) MAUNZ, Staatsrecht, S. 111

4) RITTER, NJW 1964, 279 ff. passim; NIESSEN, NJW 1968, 1017 ff. passim; HENDRICHS in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art.19 Rdnr.31

5) So bei HENDRICHS, a.a.O.; BRINKMANN, GG, Art.19 Anm.6 b

6) So bei RITTER, NJW 1964, 279 (281)

7) MEESSEN, JZ 1970, 602 (603)

schutz dem der Gesellschaften mit Sitz im Ausland anzugleichen¹⁾.

Nach dem internationalprivatrechtlichen Institut der Anerkennung werden grundsätzlich alle ausländischen juristischen Personen auch im Inland als Rechtssubjekte behandelt, sofern sie nach dem Recht am Sitz ihrer Hauptverwaltung die Eigenschaft einer juristischen Person, mithin also Rechtsfähigkeit erlangt haben²⁾. Eines besonderen Verwaltungsaktes bedarf es dazu nicht, die Anerkennung tritt ipso iure ein³⁾. Dies hat aber nicht etwa zur Folge, daß ausländische juristische Personen nunmehr zu inländischen würden; vielmehr wird durch die Anerkennung ausschließlich klargestellt, daß ein Gebilde, welches nach dem Recht seines

-
- 1) So aber v. MANGOLDT, GG, Art.19 Anm.5, mit der Begründung, Art.19 Abs.3 GG entspreche der besonderen Bedeutung des Rechtsstaatscharakters unseres Staates, weshalb der Satz von der Allgemeinheit des Gesetzes bedeute, daß grundsätzlich die Gesetze, soweit in ihnen nichts anderes vorgesehen sei, auch auf jur. Personen Anwendung zu finden hätten (dazu noch oben S. 43 ff.). So gesehen werde man auch den im Inland anerkannten ausländischen jur. Personen diesen Schutz nicht versagen können.
Vgl. auch DIETZ in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.III/1, S. 445: "Den inländischen juristischen Personen stehen ...ausländische juristische Personen gleich, die im Inland anerkannt sind."; v. MANGOLDT/KLEIN, GG, Bd.1, Art.19 Anm.VI 2; MATTERN in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.II, S.631; DAGTOGLOU in BK, Art.17 Rdnr.55; BRINKMANN, GG, Art.19 Anm. I 6 b; grundsätzlich auch MASER, S. 13 ff., der allerdings auch bei Anerkennung nur die "Nichtdeutschengrundrechte" zugestehen will.
 - 2) So HELDRICH in PALANDT, Bürgerliches Gesetzbuch, 1980, Art.10 EGBGB, Anm.4; KEGEL, Internationales Privatrecht, 1977, S. 264 f.; RGZ 83, 367 ff., für eine in Wisconsin (USA) gegründete und in Janesville domizilierte juristische Person
 - 3) NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019). Die durch Art.10 EGBGB ursprünglich geregelte Ausnahme (Anerkennung ausländischer Vereine durch Beschluß des Bundesministeriums des Innern) ist durch § 30 Abs.1 Ziff. 4 Vereinsgesetz vom 5.8.1964 (BGBl. I, S. 593 ff.) aufgehoben worden; der Bestimmung kam aber auch schon vor ihrem Wegfall kaum praktische Bedeutung zu, so RITTER, NJW 1964, 279 (280).

Heimatstaates die Eigenschaft einer juristischen Person erlangt hat, diese auch in der Bundesrepublik Deutschland inne hat¹⁾. Die Anerkennung ändert mithin nichts am ausländischen Charakter einer juristischen Person und ist folglich ungeeignet, eine solche zu einer inländischen im verfassungsrechtlichen Sinne zu machen²⁾.

Ihre mangelnde Eignung, im vorliegenden Zusammenhang zu differenzierenden Abgrenzungen zu gelangen, ergibt sich letztlich aus dem Normzweck der Inländerklausel: Die Anerkennung ipso iure, die praktisch allen ausländischen über individuellen Organisationseinheiten zukommt, würde jegliche Differenzierung zwischen inländischen und ausländischen Gesellschaften einebnen und zur unterschiedslosen Gleichstellung im Grundrechtsschutz führen³⁾. Selbst bei ausländischen natürlichen Personen, die immerhin unbestritten den Schutz gewisser Grundrechte genießen, reicht dieser doch nicht so weit wie der von Inländern. Warum sollten dann gerade ausländische juristische Personen einen mit inländischen Gesellschaften kongruenten Grundrechtsschutz erhalten?⁴⁾ Wie immer man auch zur Normwirkung des Art. 19 Abs. 3 GG stehen mag, eine derart weitgehende Lösung liegt außerhalb der Grenzen der Verfassungsanwendung⁵⁾ und widerspräche der Absicht des Verfassungsgebers völlig⁶⁾, die sich wenigstens tendenziell darlegen ließ⁷⁾.

1) So NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019); RITTER, a.a.O., S. 280

2) So zu Recht NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019)

3) So auch RITTER, NJW 1964, 279 (280)

4) Deshalb die Einschränkung MASERS, S. 14 auf die "Nichtdeuschengrundrechte" selbst bei Anerkennung der ausländischen jur. Person, vgl. auch S. 31 Fn. 1 a.E.

5) RITTER, a.a.O., S. 280

6) So zu Recht NIESSEN, a.a.O., S. 1019

7) Vgl. dazu oben S. 18. Im Ergebnis daher ablehnend die ganz hM, vgl. DÜRIG in MDHS, Art.19 Abs.3, Rdnr.31; v.MUTIUS in BK, Art.19 Abs.3, Rdnr.57; NIESSEN, a.a.O.; RITTER, a.a.O.; W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 169 f.; MEESSEN, JZ 1970, S. 602 (604); FEILER, S. 56 ff.; GSCHWENDTNER, S. 229 ff.; SCHÜTZE, S. 9 ff.; BEYER, S. 98; IPSSEN in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.II, S. 135; BACHOF in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte, Bd.III/1, S. 178 Fn. 93; BETHGE, AöR Bd.104 (1979), S. 54 (86)

B. Analogie zu Art. 19 Abs. 3 GG aus Rechtsstaatsgedanken und Zusammenhang mit Grundrechtsschutz natürlicher Personen. "Allgemeiner Eingriffsvorbehalt" für den einfachen Gesetzgeber

RITTER folgt der Auslegung der hM insoweit, als er die von ihr vertretenen Schutzinteressen¹⁾ zwar für notwendig und sinnvoll erachtet²⁾, ebenso wie er konzidiert, daß eine festgeschriebene Bindung der deutschen öffentlichen Gewalt durch vorbehaltlose Gewährung von Grundrechten an ausländische juristische Personen durch die Inländerklausel vermieden werden soll. Andererseits aber bezweifelt er die daraus gezogene Konsequenz, daß sich der Regelungsgehalt des Art. 19 Abs. 3 GG abschließend dahingehend bestimmen lasse, daß jeglicher Grundrechtsschutz ausländischer Gesellschaften schlechthin ausgeschlossen sein soll.

Vielmehr liege eine Lücke in der Verfassung betreffend die ausländischen juristischen Personen vor. Aus dem Rechtsstaatsgebot als verfassungsrechtlicher Leitentscheidung folge nämlich, daß dem menschlichen Individuum nicht lediglich objektive, vielmehr zusätzlich subjektive, justiziell durchsetzbare Rechte zustehen, als deren Träger es rechtswidrigen Eingriffen der öffentlichen Gewalt Einhalt gebieten könne. Da juristische Personen lediglich eine abgewandelte, verselbständigte Aktivitätsform natürlicher Personen darstellen, gelten diese Rechte, soweit wesensgemäß anwendbar, für erstere gleichermaßen³⁾. Die Vorzüge der

1) Vgl. dazu oben S. 29 ff.

2) RITTER, NJW 1964, 279 (281 f.)

3) RITTER, a.a.O.

Grundrechtssubjektivität dürften nicht von der Rechtsform der Geltendmachung determiniert werden¹⁾. Folglich sei die Regelung des Art. 19 Abs. 3 GG im Bonner GG verankert worden - als Klarstellungsnorm betreffend nur inländische Organisationseinheiten.

Hinsichtlich ausländischer überindividueller Organisationen sei die Grundrechtsfähigkeit den Einzelgrundrechten zu entnehmen, denn wo "jedermann" geschützt sei, seien unter Verzicht auf das Staatszugehörigkeitserfordernis auch kollektive Zusammenschlüsse von Ausländern, mithin ausländische Gesellschaften geschützt²⁾. Eine Einschränkung ergibt sich nach RITTER aber wieder durch den sachlichen Zweck der Inländerklausel, d.h. zur Gefahrenabwehr und um gegebenenfalls die Gegenseitigkeit für deutsche Organisationen im Ausland erzwingen zu können. Dieser erfordert eine jederzeitige Eingriffs- und Beschränkungsmöglichkeit für den einfachen Gesetzgeber, der über den in gewissen Grundrechten enthaltenen Gesetzesvorbehalt hinaus in einem "generellen Gesetzesvorbehalt" bestehen soll³⁾.

Entscheidende Konsequenz in RITTERS Ausführungen ist die Möglichkeit für ausländische juristische Personen, Verfassungsbeschwerde vor dem BVerfG erheben zu können.

1) Ähnlich auch RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

2) Vgl. auch RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift Arndt, S. 349 (382): "Der Schutz nach Art. 4 GG wäre unzureichend, wenn nicht auch religiöse Vereinigungen, deren Hauptsitz im Ausland liegt, die sich aber in der Bundesrepublik betätigen, an der verfassungsrechtlichen Garantie teilhaben."

3) RITTER, NJW 1964, S. 279 (282)

Schon RITTERS Ausgangspunkt stimmt bedenklich. Ob sich tatsächlich aus der im wesentlichen in den Art. 20 Abs. 3 und 28 Abs. 1 GG verankerten Direktive der Rechtsstaatlichkeit¹⁾ die in ihrer Ausprägung gleiche Reichweite der Grundrechtsträgerschaft für ausländische juristische Personen herleiten läßt, wie sie für Ausländer in den Grundrechten durch den Gebrauch des Wörtchens "jedermann" etabliert ist; erscheint zumindest zweifelhaft. Das Rechtsstaatsprinzip erschöpft sich zwar nicht in der rein formalen Seite, daß jeder Staatsakt auf eine staatlich gesetzte Norm zurückzuführen sein muß²⁾. Das Bonner Grundgesetz enthält darüberhinaus eine deutliche Absage an die lediglich formelle Legalität und eine Hinwendung zu einer Orientierung des rechtstaatlichen Grundsatzes an materiellen Wertsetzungen der Verfassung³⁾, wobei Erlangung und Erhaltung der materiellen Gerechtigkeit, gleichsam des "Gerechtigkeitsstaates"⁴⁾, im Vordergrund stehen. Diese Komponente hat eine spezifizierte Ausprägung in den Grundrechten gefunden⁵⁾, die Gebote der Rechtsstaatlichkeit positiviert haben. Ein Staat ohne Gewähr subjek-

1) Vgl. dazu, daß auch Art. 1 Abs. 2, 19 Abs. 4 GG und die "Gesamtkonzeption des Grundgesetzes" für die Herleitung der Rechtsmaxime eine Rolle spielen, BVerfGE 45, 187 (246)

2) MAUNZ/DÜRIG in MDHS, Art. 20 Rdnr.58

3) Vgl. STERN, Staatsrecht I, S. 610; MAUNZ/DÜRIG in MDHS, Art. 20 Rdnr.59; MAUNZ, Staatsrecht, S. 74 f.; LENZ in HAMANN/LENZ, GG, Einführung I D 1

4) MAUNZ/DÜRIG, a.a.O., Rdnr.59

5) Neben den Erfordernissen des justizförmig ausgestalteten Rechtsschutzes und des Prinzips der Gewaltenteilung, vgl. STERN, Staatsrecht, S. 611; C. SCHMITT, Verfassungslehre, S. 126

tiver Grundrechte ist daher auch kein Rechtsstaat im materiellen Sinne¹⁾. Nicht aber schafft das Rechtsstaatsprinzip originär Grundrechte, sondern es setzt deren Existenz schlechthin voraus²⁾. Die Bundesrepublik ist Rechtsstaat, weil sie Grundrechte gewährt, nicht aber können aus dieser "Leitidee"³⁾ beliebig Grundrechte herausgelesen oder der personale Geltungsbereich undifferenziert erweitert werden. In vielen Bereich gehen die Grundrechte weiter als die grundsatzartigen Mindestanfordernisse des Rechtsstaatsprinzips und lassen sich nicht durch eine pauschalisierte Betrachtung generell im Wirkungskreis erweitern⁴⁾.

Angezweifelt werden muß unabhängig davon das von RITTER zugrundegelegte Verständnis des Art. 19 Abs. 3 GG als reine Positivierung des Grundrechtsschutzes für inländische juristische Personen. Es erscheint zwar kaum bestreitbar, daß die Vorschrift - das klassisch-liberale Grundrechtsverständnis vom primären Schutz des Individuums vor der allumfassenden Staatsgewalt zugrundegelegt⁵⁾ - eine

1) MAUNZ/DÜRIG, a.a.O.; insofern bedenklich MEESEN, JZ 1970, 602 (603), der ohne weiteres davon ausgeht, daß es Rechtsstaaten ohne jeden Grundrechtsschutz gebe; dies ist zumindest aus westlicher Sicht nicht haltbar.

2) MAUNZ/DÜRIG, a.a.O.; vgl. auch FEILER, S. 14

3) BVerfGE 45, 187 (246)

4) Vgl. W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 172; im Ergebnis ebenso GSCHWENDTNER, S. 238; MEESEN, a.a.O.; vgl. hierzu allgemein BayVerfGH, DÖV 1961, 263 (264), der für den Rechtsstaatsgedanken des Art. 3 BV entschieden hat, dieser eröffne Ausländern mit Wohnsitz außerhalb des Inlandes nicht die Möglichkeit, gemäß Art. 120 BV Verfassungsbeschwerde zu erheben. Vgl. auch STERN, a.a.O., S. 612: "... besteht die Gefahr, daß das Prinzip seine Konturen verliert und entweder zur Leerformel denaturiert, bzw. mit allen möglichen Inhalten angereichert wird, die sein Wesen verändern."

5) So z.B. DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 1 ff.

Erweiterung in den dort fixierten normativen Grenzen darstellt, wie schon der Wortlaut nahelegt¹⁾. Diese Erweiterung kann indes bei Anerkennung des teleologischen Sinngehalts der Inländerklausel²⁾ nicht das ausschließliche Ziel der Norm sein. Gerade hier aber verfällt RITTER einem Wertungswiderspruch: Er anerkennt die pragmatisch-wirtschafts- und außenhandelspolitisch-fremdenrechtliche Auslegung der herrschenden Ansicht³⁾ und damit die Tatsache, daß Art. 19 Abs. 3 GG insoweit durchaus einen Regelungsgehalt besitzt, plazierte jedoch dessen ungeachtet den Grundrechtsschutz für ausländische juristische Personen mittels einer analogen Anwendung des die Grundrechtssubjektivität erweiternden Sinngehalts der Vorschrift in all denjenigen Grundrechten, die keiner Beschränkung auf Deutsche unterliegen. Verkannt wird hierbei das Fehlen einer zu einer solchen umfassenden Analogie berechtigenden Normlücke. Das zu weit geratene Ergebnis nötigt RITTER dann auch zur potentiellen Einschränkungsmöglichkeit für den Gesetzgeber mittels des "generellen Eingriffsvorbehalts".

Damit aber ist die scheinbar so weitgefaßte Erweiterung des Grundrechtsschutzes in ihrer praktischen Effektivität wieder relativiert. Müssen nämlich ausländische juristische Personen als Grundrechtsträger der für jedermann geltenden Grundrechte jede gesetzliche Beschränkung des Grundrechtsschutzes hinnehmen, ist ihre Rechtsstellung kaum gebessert⁴⁾. Der damit berührte Grundsatz vom Vorbe-

1) "auch"

2) Vgl. oben S. 29 ff.

3) Vgl. oben S. 29 ff.

4) So auch MEESEN, JZ 1970, 602 (603); W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 172 Fn.55

halt des Gesetzes - und hiermit wird zur folgenden Themenbehandlung RÜFNER¹⁾ übergeleitet - gilt nämlich, wie noch genauer zu zeigen sein wird, ohnehin zugunsten ausländischer juristischer Personen²⁾. Im Ergebnis ist daher der Konstruktion RITTERS nichts abzugewinnen, was rechtliche Substanz zur Erweiterung des Grundrechtsschutzes böte.

C. Mittelbare Auswirkungen der Grundrechte auf ausländische juristische Personen durch Statuierung einer objektiven Wertordnung

Eine weitere das Problem berührende Abhandlung will den ausländischen Gesellschaften die Grundrechte "mittelbar" zugute kommen lassen³⁾, was die einschränkende Wirkung des Art. 19 Abs. 3 GG relativieren soll. Danach unterliegen diese Gesellschaften der rechtlich gleichen, "auch die Grundrechte berücksichtigenden" Behandlung wie inländische juristische Personen; die materiell-rechtliche Gleichstellung ende erst dort, wo fremdenrechtliche gesetzliche Bestimmungen diese limitiere⁴⁾. Die Verwandtschaft zu RITTERS Vorschlag ist unschwer erkennbar, jedoch - und dies ist entscheidend - lehnt RÜFNER die Verfassungsbeschwerdemöglichkeit zugunsten ausländischer Rechtseinheiten ab⁵⁾.

Was RÜFNER als "mittelbare Auswirkung" der Grundrechte und materiell-rechtliche Gleichstellung ausweist, ist in Wahrheit nichts anderes als der Versuch, die Grundrechte als Teil der objektiven Wertordnung, die das Grundgesetz er-

1) RÜFNER, AöR Bd.89 (1964), S. 261 (277 f.)

2) So auch MEESEN, JZ 1970, 602 (603); W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 172; v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.51; BLECKMANN, Allgemeine Grundrechtslehren, S. 109; GSCHWENDTNER, S. 238

3) RÜFNER, a.a.O.

4) RÜFNER, a.a.O., S. 278

5) RÜFNER, a.a.O., S. 277

richtet hat, zu begreifen¹⁾ und auf diesem Wege auch ausländischen juristischen Personen zugänglich zu machen²⁾. Daß der so abgezielte objektive Normgehalt der Grundrechte auch für diese gelten muß, kann tatsächlich nicht angezweifelt werden.

Nach dem Prinzip vom Vorbehalt des Gesetzes bedürfen belastende Eingriffe der öffentlichen Gewalt einer rechtmäßigen gesetzlichen Grundlage. An dieser Stelle ist das Rechtsstaatsgebot sinnvoll heranziehbar³⁾: Juristische Personen des Auslands ohne betreffenden Normbefehl auf einfachgesetzlicher Ebene in einen rechtsfreien Raum zu transferieren, sie ohne sachlichen Grund schlechthin "rechtlos" zu stellen, würde elementaren Prinzipien der materiellen Gerechtigkeit zuwiderlaufen. Auch gegenüber ihnen kann daher nicht jede Willkür⁴⁾ erlaubt sein, auch in diesem Sektor ist die Bundesrepublik Rechtsstaat⁵⁾. Ausländische juristische Personen sind folge-

-
- 1) Vgl. BVerfGE 21, 362 (371 f.), wo erkannt wird, Grundrechte seien nicht nur Abwehrrechte des Bürgers, sondern statuierten auch als objektive Normen ein Wertsystem, welches als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Lebens Geltung beansprucht; vgl. auch BVerfGE 5, 85 (204 ff.); 6, 32 (40 f.); 6, 55 (72); 7, 198 (204 f.); 10, 59 (81); 25, 256 (263); 30, 173 (188, 193); 33, 303 (330)
 - 2) So auch v. BECKERATH, Der Durchgriff im deutschen Außensteuerrecht 1978, S. 137
 - 3) Dem widerspricht nicht dessen Ablehnung im Zusammenhang mit der These RITTERS (vgl. oben S. 40 f.); dort wurde seine Verwendung zum Gewinn spezifizierter und m.E. aus ihm nicht mehr ableitbarer Inhalte negiert.
 - 4) So zu Recht DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.31
 - 5) So zu Recht W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 173; vgl. auch ANSCHÜTZ, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 1933, S. 511, für ausländische natürliche Personen: "Auch in die Freiheit der Ausländer darf die Verwaltung nicht ohne gesetzliche Grundlage eingreifen... Man wird gewiß nicht behaupten wollen, daß der deutsche Staat nur für den Inländer Rechtsstaat, für den Ausländer dagegen ein Staat der Willkürherrschaft, "Polizeistaat" sei..."

richtig von Verwaltung und Gerichten nach den für alle gleichermaßen geltenden Gesetzen zu behandeln¹⁾, Eingriffe und Beschränkungen dürfen nur aufgrund formeller und rechtmäßiger, aus sachlichem Grund eine Sonderbehandlung fremdenrechtlicher Art vorschreibender Gesetze, wie sie etwa in § 12 GewO vorgesehen ist, erfolgen. Im Zusammenhang damit kommt über die verfassungsrechtliche Positivierung des Gleichheitsgrundsatzes hinaus in Art. 3 GG ein allgemeiner Rechtsgrundsatz zum Ausdruck, der aus dem Wesen des Rechtsstaats, dem Prinzip der allgemeinen Gerechtigkeit folgt²⁾ und als "selbstverständlicher, ungeschriebener Verfassungssatz in allen Bereichen und für alle Personengemeinschaften gilt"³⁾, mithin auch auf Gesellschaften ausländischen Sitzes anwendbar ist.

Nach diesen Grundsätzen kann auch eine ausländische juristische Person - die Verfassungsbeschwerde hier zunächst außer acht gelassen - in jedem Gerichtsverfahren klagen und verklagt werden. Denn eine dem Art. 19 Abs. 3 GG entsprechende, auf den ersten Blick die Parteifähigkeit ausschließende Vorschrift ist auf einfachgesetzlicher Ebene nicht ersichtlich, und Art. 19 Abs. 3 GG schließt, wenn überhaupt, allenfalls die Befugnis für das Verfahren nach Art. 93 Abs. 1 Ziff. 4 a GG, §§ 90 ff. BVerfGG aus⁴⁾, für

1) So wohl auch v. MANGOLDT, GG, Art.19 Anm.5

2) BVerfGE 23, 12 (24)

3) BVerfGE 23, 353 (373); vgl. auch E 25, 198 (205); 26, 228 (244); 35, 263 (271 f.). In allen diesen Fällen wurde mit dieser Begründung das Gleichheitsgebot zugunsten des Staates oder einer seiner Untereinheiten angewandt, wobei jedoch DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.55, zu Recht betont, daß es sich dabei nicht um die grundrechtliche Qualität des Gleichheitssatzes, sondern um seine Geltung außerhalb des subjektiven Bereiches handelt, er also nur als "materielle Maßstabsnorm" angewendet wurde.

4) RÜFNER, AÖR Bd.89 (1964), S. 261 (278)

ein Verfahren also, in dem die Grundrechtsfähigkeit eine notwendige Zulässigkeitsvoraussetzung bildet. Nicht ausgeschlossen wird aber, wie RÜFNER zu Recht bemerkt¹⁾, etwa die verwaltungsgerichtliche Rüge der Nichtigkeit eines Gesetzes wegen Verstoßes gegen Grundrechte innerhalb einer Klage auf Zulassung zu einem bestimmten Gewerbe.

Wenn das BVerwG gleichwohl mehrfach in solchen Fällen geprüft hat, ob einer klagenden juristischen Person²⁾ das betreffende Grundrecht wesensgemäß zustehen kann³⁾, so ist diese Prüfung ebenso überflüssig, wie wenn es geprüft hätte, ob einer ausländischen juristischen Person der Schutz des Grundrechts wegen Art. 19 Abs. 3 GG überhaupt zukommt. Verstößt das Gesetz nämlich tatsächlich gegen ein Grundrecht, ist es inzident zu verwerfen⁴⁾, unabhängig von der Frage, ob gerade der (ausländischen) Klägerin dieses Grundrecht zusteht oder nicht. Der Klage wäre stattzugeben, da die juristische Person jedenfalls dadurch in ihren Rechten verletzt ist, daß bei Nichtigkeit des Gesetzes die Grundlage für den belastenden Eingriffsakt fehlt, mithin gegen den Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes verstoßen wurde⁵⁾. Und darauf kann sich, wie be-

1) RÜFNER, a.a.O., S. 278

2) Soweit ersichtlich, ist dies bisher nur bei jur. Personen des Inlands der Fall gewesen

3) So z.B. BVerwG NJW 1959, 590 (591); BVerwGE 3, 304 (306), wo § 1 Abs. 2 GaststG (Bedürfnisprüfung) an Art. 12 Abs. 1 GG gemessen und ausdrücklich Art. 19 Abs. 3 GG dahingehend untersucht wurde; ähnlich in BVerwGE 6, 145 (147); 8, 14 f.; 8, 121 (122)

4) Handelt es sich um ein nachkonstitutionelles Gesetz, muß nach Vorlage das BVerfG nach Art. 100 GG prinzipaliter über die Gültigkeit der Norm entscheiden, unabhängig von der Grundrechtsfähigkeit der klagenden (ausländischen) jur. Person.

5) Das meint wohl auch RÜFNER, a.a.O., S. 278 und 310

reits festgestellt, sogar eine juristische Person des Auslands berufen, selbst wenn sie, folgt man RUFNER, der Grundrechtsfähigkeit als solcher entbehren würde. Insofern sind aber auch ausländische juristische Personen so gestellt, als wenn sie sich auf Art. 2 Abs. 1 GG berufen könnten¹⁾ - eben mittelbarer Grundrechtsschutz.

Zusammengefaßt ist RUFNER nach diesen Überlegungen insoweit beizustimmen, als jedenfalls im Bereich einfachen Rechts ausländische juristische Personen Gleichstellung mit denen des Inlands genießen, soweit nicht besondere fremdenrechtliche Vorschriften etwas anderes anordnen²⁾. Dies vermag jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Erkenntnis das eigentliche Problem nicht erhellt³⁾, da darauf verzichtet wird, das subjektive Recht als solches gegenüber dem Staat anzuerkennen. Damit aber wird - wie GSCHWENDTNER zu Recht bemerkt⁴⁾ - das Problem auf eine andere Ebene verlagert. "Nicht mehr die Grundrechte, sondern die grundlegenden Prinzipien der Verfassung werden herangezogen und damit die Frage nach dem Grundrechtsträger nicht anders bestimmt als von der hM."⁵⁾

1) So auch BLECKMANN, Allgemeine Grundrechtslehren, S. 109

2) Vgl. dazu noch unten eingehend S. 90 ff.

3) Wobei allerdings zuzugeben ist, daß RUFNERS Abhandlung (Zur Bedeutung und Tragweite des Art. 19 Abs. 3 des Grundgesetzes) diesen Zweck wohl gar nicht erfüllen sollte.

4) GSCHWENDTNER, S. 235

5) GSCHWENDTNER, S. 235

Die entscheidende Frage, ob die ausländische juristische Person antragsberechtigt im Rahmen der Verfassungsbeschwerde Grundrechte geltend machen kann, muß auch nach RÜFNER mit einem Nein beantwortet werden; eben diese Frage wird daher durch die "mittelbare Auswirkung" der Grundrechte in ihrer objektivrechtlichen Ausprägung auf die einfachgesetzliche Gleichstellung und -behandlung bei Nichtexistenz einer fremdenrechtlichen Diskriminierungsregelung nicht gelöst.

3. Abschnitt: Partielle Reduktion der Inländer-
 klausel

A. Die Anwendbarkeit der Justiz- oder Verfahrensgrund-
rechte auf ausländische juristische Personen als An-
satz zu weiterführender Reduktion

Die bisherige Darstellung hat deutlich gemacht, daß die in der Literatur angebotenen Versuche, juristische Personen des Auslands zu Grundrechtsträgern zu erheben, nicht überzeugen können¹⁾. Von dieser Erkenntnis ausgehend, soll in der Folge nachgewiesen werden, daß bereits in der grundsätzlich ablehnenden Rechtsprechung des BVerfG²⁾ zur gestellten Frage immerhin Ansatzpunkte für einen sachgerechten Lösungsversuch angelegt sind. Denn wie bereits angedeutet³⁾, ist diese Ablehnung nicht ausnahmslos durchgehalten worden. Vielmehr wird mit im einzelnen unterschiedlichen Begründungen die Anwendung der sog. Justiz- (Art. 101 Abs. 1 Satz 2, 103 Abs. 1 GG)⁴⁾ oder Verfahrensgrundrechte (Art. 17, 19 Abs. 4 GG)⁵⁾ zugunsten ausländischer Gesellschaften befürwortet.

1) So auch BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (85)

2) Vgl. oben S. 37 ff.

3) Vgl. oben S. 25 f.

4) Art. 101 Abs. 1 Satz 2: "Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden."
Art. 103 Abs. 1: "Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör."

5) Art. 17: "Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen oder an die Volksvertretung zu wenden."
Art. 19 Abs. 4: "Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Art. 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt."

Dies ist nicht etwa von lediglich theoretischer Bedeutung, wie Verfassungsbeschwerden nichtdeutscher Unternehmen belegen, in deren Rahmen gerade diese Rechte zur Grundlage der Verletzungsrüge gemacht wurden¹⁾. In einem Fall wurde die Beschwerde als begründet erachtet²⁾, in einem anderen³⁾ war sie jedenfalls zulässig, wenn auch im Ergebnis unbegründet, weil eine tatsächliche Rechtsverletzung von Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG nicht vorgelegen hatte⁴⁾.

Die recht verwickelte Argumentation des Gerichts im Zusammenhang mit den genannten formellen Grundrechten läßt sich nicht überschaubar darstellen, ohne vorweg die Regelungsspannweite des Art. 19 Abs. 3 GG hinsichtlich der Frage, welche "Grundrechte" die Vorschrift überhaupt erfassen will, zu untersuchen. Erst im Anschluß daran kann geklärt werden, wieweit die nach dem BVerfG davon zu trennende Ausschlußwirkung der Inländerklausel reicht.

1) Vgl. BVerfGE 12, 6 ff.; 18, 441 ff. Auch was den Erfolg von Verfassungsbeschwerden überhaupt angeht, ist die Quote der begründeten Beschwerden bei Rüge der formellen Grundrechte gegenüber den materiellen des ersten Abschnitts des GG verhältnismäßig hoch anzusetzen, vgl. dazu DÜRIG in MDHS, Art. 103 Abs. 1, sub Rdnr.15 Fn.2; und bis 1958 auch RÖHL, NJW 1958, 1268 (Fn.1)

2) BVerfGE 12, 6 ff.

3) BVerfGE 18, 441 ff.

4) BVerfGE 18, 441 (447 ff.)

I. Formelle Grundrechte als "Grundrechte" im Sinne
des Art. 19 Abs. 3 GG?

Zu der ersten Frage werden verschiedene Auffassungen vertreten. Der Gedanke, daß die Wirkung des Art. 19 Abs. 3 GG auf die im ersten Abschnitt des Grundgesetzes enthaltenen Rechte beschränkt sein könnte¹⁾, ist angesichts der systematischen Einbettung der Vorschrift am Ende des den Grundrechten im besonderen gewidmeten "Katalogs"²⁾ nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die dagegen gerichtete Ansicht plädiert jedoch für eine wenigstens sinngemäße³⁾, bzw. unmittelbare⁴⁾ Anwendung auch auf alle außerhalb des ersten Abschnitts angesiedelten Grundrechte.

Das erwähnte systematische Argument scheint tatsächlich prima facie für eine Abschlußfunktion der Vorschrift zu streiten. Die Auslegung an dieser Stelle zu beenden, sie auf solch vordergründige⁵⁾, lediglich formale Betrachtungsweise⁶⁾ zu stützen, begegnet indessen Bedenken. Die

1) So MAUNZ, Staatsrecht, S. 109 ohne Begründung; SCHMIDT-BLEIBTREU in SCHMIDT-BLEIBTREU/KLEIN, GG, Art. 19 Rdnr.13; LEIBHOLZ/RINCK, GG, Art.19 Anm.5; WEBER, Staats- und Selbstverwaltung, 1953, S. 37; EGNER, S. 7; vgl. auch ULE, DVBl. 1959, 537 (541 f.); im Ergebnis auch BVerfGE 21, 362 (373)

2) Art. 1 bis 17 GG, vgl. v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.21

3) So BVerfGE 3, 359 (363)

4) So DÖRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.10; v. MANGOLDT/KLEIN, GG Bd.1, Art. 19 Anm.V 2 vor a, Art. 19 Anm. VI 1; LENZ in HAMANN/LENZ, GG, Art. 19 Anm. B 8; v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.21 f.; HESSE, Grundzüge, S. 117; SCHÜTZE, S. 12 ff.; FEILER, S. 16 f.

5) So v. OLSHAUSEN, S. 76

6) So BETTERMANN, NJW 1969, 1321 (1322)

heutigen Art. 19 Abs. 4, 101 Abs. 1 Satz 2 und 103 Abs. 1 GG¹⁾ haben, soweit sie nicht durch das Bonner Grundgesetz erstmalig verfassungsrechtlich positiviert worden sind, bereits im früheren deutschen Staatsrecht²⁾ Eingang in die Grundrechtskataloge gefunden³⁾. Die Unterbringung einer Vorschrift wie Art. 19 Abs. 3 GG im Grundrechtsteil drängt durchaus nicht zwingend den Schluß auf, daß sich der Regelungsgehalt nur auf die vorhergehenden Grundrechte beziehen muß, vielmehr kann auch die legislatorische Erwägung Pate gestanden haben, daß eine die Grundrechtsgeltung für juristische Personen betreffende Vorschrift am besten in dem den Grundrechten besonders gewidmeten Abschnitt untergebracht ist⁴⁾. Im übrigen ist mit v. MANGOLDT/KLEIN darauf hinzuweisen⁵⁾, daß der ebenfalls den Ausdruck "Grundrechte" enthaltende Art. 1 Abs. 3 GG in seiner verfassungsmäßigen Wirkung nicht auf Grundrechte lediglich des Grundrechtskatalogs beschränkt verstanden wird, für ein andersartiges Verständnis bei Art. 19 Abs. 3 GG mangels einleuchtenden Grundes mithin kein Raum bleibt.

-
- 1) Art. 17 GG soll in der Folge nicht eingehend behandelt werden, da seine Effizienz nicht im Verhältnis zu der der übrigen Vorschriften steht. Für ihn gilt letztlich i.ü. das für die hier behandelten formellen Rechte herausgefundene Ergebnis gleichermaßen.
 - 2) Vgl. § 175 Satz 3 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 28.3.1849 (sog. Paulskirchenverfassung). In der Weimarer Verfassung vom 11.8.1919 befand sich Art. 105 WRV dann allerdings bereits im Abschnitt "Rechtspflege". Vgl. i.ü. § 138 Verfassung vom 28.3.1849 und Art. 114 Satz 2 WRV. Die Verfassung vom 16.4.1871 enthielt keine Grundrechte, da im Vordergrund die organisatorische Eini-gung des Reiches stand und die Grundrechte der Regelung der einzelnen Gliedstaaten überlassen bleiben sollte.
 - 3) HESSE, Grundzüge, S. 117; BEYER, S. 55
 - 4) So zu Recht FEILER, S. 17
 - 5) GG, Vorbemerkung B XIII 2

Ungeachtet dessen hat das BVerfG über die rein formale Argumentation hinaus zum Teil sogar den individualrechtlichen Charakter der Prozeßgrundrechte negiert¹⁾. Dem ist entgegenzutreten. Schon im Wortlaut der Vorschriften ("Anspruch (!) auf rechtliches Gehör") manifestiert sich der individualrechtliche Charakter²⁾. Auch das Gebot, niemanden seinem gesetzlichen Richter zu entziehen, ist nur das Korrelat zum Anspruch auf Entscheidung des Rechtsfalles durch eben diesen spezifizierten Richter³⁾. Die negative Formulierung des Verfassungsgebers kann nichts daran ändern, daß es sich bei Art. 101 Abs. 1 wie bei Art. 103 Abs. 1 GG um ein zumindest grundrechtsähnliches Recht handelt. Die entgegenstehende Meinung des BVerfG ist auch in sich widersprüchlich. Werden in einer Entscheidung die Prozeßgrundrechte lediglich als objektive Verfahrensgrundrechte charakterisiert⁴⁾, heißen sie in anderen wiederum Grundrechte⁵⁾. Dies läßt sich nur damit erklären, daß in letztgenannten Urteilen die Grundrechtsträgerschaft natürlicher Personen, in ersteren aber die von juristischen im Vordergrund stand. Dogmatische

-
- 1) BVerfGE 21, 362 (373): "Diese Verfassungsbestimmungen gehören formell nicht zu den Grundrechten im Sinne von Art. 19 Abs. 3 GG, sie gewährleisten auch nach ihrem Inhalt keine Individualrechte wie die Art. 1 bis 17 GG, sondern enthalten objektive Verfahrensgrundsätze, die für jedes gerichtliche Verfahren gelten und daher jedem zugutekommen müssen, der nach den Verfahrensnormen parteifähig ist oder von dem Verfahren unmittelbar betroffen wird..." Vgl. auch BVerfGE 1, 264 (280), wo noch die Grundrechtseigenschaft von Art. 19 insgesamt verneint wurde, da die Vorschrift lediglich Grundrechte schütze, nicht aber deren Träger.
 - 2) BETTERMANN, NJW 1969, 1321 (1322) treffend: "...wenn jedermanns Anspruch auf rechtliches Gehör kein Individualrecht ist, dann weiß ich nicht, was das BVerfG unter einem Individualrecht versteht." Vgl. ähnlich DÖRIG in MDHS, Art. 103, Rdnr. 8; v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 51 und 96; BEYER, S. 56
 - 3) Vgl. BETTERMANN, a.a.O.
 - 4) BVerfGE 21, 362 (373)
 - 5) So in BVerfGE 40, 356 (360); 17, 294 (299); 7, 275 (278); 1, 418 (429); 1, 323 (347)

Grundsätze können aber nicht davon abhängig sein, ob im Einzelfall ein Resultat erwünscht ist oder nicht¹⁾.

Nichts anderes gilt auch für Art. 19 Abs. 4 GG. Dessen ratio legis, den Bürger mittels einer formellen Rechtsweggarantie vor rechtsschutzlosen Übergriffen des Staates in seine Individualsphäre zu schützen, erfordert die Eigenschaft eines subjektiven Rechts, soll es nicht in den Händen des Rechtssuchenden schlechthin zur Ineffektivität verkümmern. Eine Beeinträchtigung des Rechts auf "Justizgewährung" stellt somit ihrerseits eine Grundrechtsverletzung dar²⁾. Folgerichtig ist auch die Vorschrift als Prüfungsmaßstab innerhalb des § 90 BVerfGG bei der Verfassungsbeschwerde zugelassen worden³⁾, obwohl dort nicht im Wortlaut aufgeführt.

Mit Recht stellt daher v. MUTIUS fest⁴⁾, daß diese - auch und gerade in Art. 93 Abs. 1 Ziff 4 a GG, § 90 Abs. 1 BVerfGG subjektiv verstandenen ("seiner") - verfassungsrechtlich konstituierten Rechte aus dem Anwendungsbereich des Art. 19 Abs. 3 GG nicht herausgenommen werden können, sondern daß wie bei allen anderen Grundrechten die Prüfung Platz greifen muß, ob sie "ihrem Wesen nach" auf juristische Personen anwendbar sind.

1) So auch BEYER, S. 56. In BVerfGE 21, 362 (373) stand das deutliche Bemühen im Vordergrund, dem sich an sich nicht auf Grundrechte berufen könnenden Hoheitsträger, der nach BVerfG nicht gleichzeitig Adressat und Berechtigter der Grundrechte sein kann, gleichwohl den Schutz der formellen Grundrechte zuzubilligen. Daher das Leugnen des subjektiven Charakters dieser Rechte.

2) So zu Recht DÖRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 4, Rdnr.2; im Ergebnis ebenso BACHOF, Die verwaltungsgerichtliche Klage, 1968, S. 84; DERSELBE in Gedächtnisschrift für Jellinek, 1955, S. 287 (301); LOENING, DÖV 1949, 324 (325); BETTERMANN in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.III/2, S. 783; MAUNZ, Staatsrecht, S. 152. Anderer Ansicht noch BVerfGE 1, 264 (280); v. MANGOLDT/KLEIN, GG, Art. 19 Anm. II 3 c; KLEIN, VVDStRL Bd.8 (1950), S. 67 (88 ff.)

3) Vgl. z.B. BVerfGE 13, 153 (161); 13, 132 (151)

4) In BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.22

Demgemäß ist es im Ergebnis ohne Belang, ob es sich, wie partiell vertreten wird, bei den Verfahrens- und Prozeßgrundrechten um lediglich grundrechtsähnliche Rechte¹⁾ oder um echte Grundrechte²⁾ handelt. Ihr Charakter als subjektive, statusbegründende Rechte, die zur Erhebung der Verfassungsbeschwerde berechtigen, steht außer Frage³⁾. In praktischer Hinsicht herrscht insoweit Einklang⁴⁾.

Danach ist abschließend zu folgern, daß der (positive) Anwendungsbereich des Art. 19 Abs. 3 GG auch die außerhalb des Grundrechtskatalogs aufgeführten subjektiven Rechte erfaßt und deren Anwendbarkeit im Grundsatz auf juristische Personen begründet⁵⁾.

-
- 1) So BVerfGE 3, 359 (363), wo Art. 19 Abs. 3 GG folglich "sinngemäß" auf die Rechte des neunten Abschnitts des Grundgesetzes angewandt wird; vgl. auch E 12, 6 (8); MAUNZ in MDHS, Art. 101 Rdnr.6 mit dem Argument (für Art. 101 Abs. 1 S. 2), daß andernfalls die explizite Aufzählung dieser Rechte in § 90 BVerfGG nicht recht verständlich sei; ebenso wohl ARNDT, NJW 1959, 6: "grundrechtsgleiche Gewährleistung"; nicht ganz deutlich ULE, DVBl 1959, 537 (541) für Art. 103 Abs. 1: "...kein echtes Grundrecht..."
 - 2) So DÜRIG in MDHS, Art. 103 Rdnr.7 f.; HAMANN in HAMANN/LENZ, GG, Art. 103 Anm. A 3; v. MANGOLDT/KLEIN, GG Bd. 1 Art. 19 Anm.VI 1; BEYER, S. 55 f.; HESSE, Grundzüge, S. 117; NAWIASKY, Grundgedanken, S. 32 und 131; THOMA in Recht-Staat-Wirtschaft, Bd.3, 1951, S. 9; wohl auch JAGUSCH, NJW 1959, 263 (265)
 - 3) So auch MAUNZ in MDHS, Art. 101 Rdnr.6 a.E.; z.B. BVerfGE 40, 356 (360)
 - 4) JAGUSCH, NJW 1959, 265
 - 5) So zu Recht DÜRIG, a.a.O., Art. 19 Abs. 3, Rdnr.10; HAMANN in HAMANN/LENZ, Art. 19 Anm. B 8; HESSE, a.a.O.; BETTERMANN, NJW 1959, 1321 (1322 f.); FEILER, S. 16 f.; SCHÜTZE, S. 12 ff.; BEYER, S. 55

II. Teleologische Reduktion der Inländerklausel in ihrer Anwendbarkeit auf formelle Grundrechte

Ist damit die oben aufgeworfene Frage nach dem Geltungsbereich der Vorschrift im Sinne der weitergehenden Ansicht beantwortet, müßte dieses Ergebnis eigentlich, gesehen im Licht der Inländerklausel, zur Nichtanwendung der Art. 17, 19 Abs. 4, 101 Abs. 1 Satz 2 und 103 Abs. 1 GG für juristische Personen des Auslands führen. Die positive, weit verstandene Wirkung müßte mit der restriktiv verstandenen ("inländisch") kongruent sein, diese mitumfassen.

Diese Konsequenz wird jedoch allgemein nicht gezogen. Vielmehr werden obengenannte Vorschriften im Ergebnis nahezu einhellig¹⁾ Unternehmen des Auslands zugebilligt. Zugunsten inländischer juristischer Personen soll Art. 19 Abs. 3 GG die Rechte des neunten Abschnitts des Grundgesetzes statusbegründend erfassen, die Ausschlußwirkung zu Lasten ausländischer Unternehmen eben diese Rechte nicht berühren - eine in der Tat prima facie den Verdacht nährende Auslegung, den Grundrechtsschutz "mittels jeden Kunstgriffs"²⁾ möglichst weit ziehen zu wollen. Dieser Eindruck aber, das wird zu belegen sein, entsteht aufgrund der das eigentliche Problem verfehlenden Begründung des BVerfG in den einschlägigen

1) V. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.51; DÖRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.30; v. MANGOLDT/KLEIN, GG Bd.1, Art. 19 Anm.VI 3; RÖFNER, AöR Bd.89 (1964), S. 261 (320); MATTERN in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHUENER, Grundrechte Bd.II, S. 631; NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1018); MEESSEN, JZ 1970, 602 (605); MAUNZ, Staatsrecht, S. 111; SERICK, Rechtsform und Realität, S. 172; FRIESENHAHN, Verfassungsgerichtsbarkeit, 1963, S. 76; Anderer Ansicht nur W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 173; GSCHWENDTNER, S. 235

2) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 173 Fn.58

Entscheidungen¹⁾, in denen vorwiegend auf die objektiv-verfahrensrechtlich-rechtsstaatliche Bedeutung dieser Rechte abgestellt wird:

"Auch eine ausländische juristische Person ist berechtigt, wegen Verletzung des Art. 103 Abs. 1 GG Verfassungsbeschwerde zu erheben. Art. 19 Abs. 3 GG steht dem nicht entgegen... Der in Art. 103 Abs. 1 GG verbürgte Anspruch auf rechtliches Gehör steht, wie schon der Wortlaut dieser Vorschrift erkennen läßt, jedem zu, der von dem Verfahren eines Gerichts der Bundesrepublik unmittelbar betroffen wird, gleichgültig, ob er eine natürliche oder eine juristische, eine inländische oder ausländische Person ist. Wollte man aus dem Kreis der möglichen Verfahrensbeteiligten eine bestimmte Gruppe (hier: ausländische juristische Personen) herausnehmen und ihr die in Art. 103 Abs. 1 GG gegebene Sicherung versagen, die allen anderen - also auch dem prozessualen Gegner der ausländischen juristischen Person - zukommt, so würde darin ein Einbruch in eines der zentralen Prinzipien des Grundgesetzes, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit liegen. Die Verfassungsbeschwerde dient der Durchsetzung der Grundrechte und der grundrechtsähnlichen Rechte.

1) BVerfGE 12, 6 (8); vgl. auch E 18, 441 (447) bezüglich Art. 101 Abs. 1 S. 2 mit Übernahme der Begründung aus E 12, 6 (8); E 3, 359 (363); 21, 363 (373) bezüglich Art. 101 Abs. 1 S. 2 und 103 Abs. 1 GG, wo (obiter dictum) ähnlich begründet wird.

Deswegen muß jedem die Befugnis zur Einlegung der Verfassungsbeschwerde zustehen, der Träger eines der in § 90 Abs. 1 BVerfGG sein kann..."¹⁾

Soweit das Gericht auf den Wortlaut der Vorschriften²⁾ abstellt, ist ihm entgegenzuhalten, daß die Formulierungen sich hinsichtlich des Grundrechtsträgers in ihrer abstrakten Fassung nicht von denen der Grundrechte des Katalogs unterscheiden, die nicht einer Beschränkung auf Deutsche unterworfen worden sind. Mit dem Wortlaut der insofern für alle Rechtssubjektive geltenden Grundrechte ließe sich ad finitum die Anwendung sämtlicher, auch materieller Grundrechte auf ausländische Unternehmen stützen. Ein Argument also, das jedenfalls die spezifische Sonderbehandlung der formellen Grundrechte, wie sie mit der Ausklammerung der restriktiven Normwirkung des Art. 19 Abs. 3 GG vorgenommen wird, nicht im mindesten zu erklären vermag.

Daß die Justizgrundrechte als objektive, in den Rang des Verfassungsrechts erhobene Verfahrensnormen zu qualifizieren sind³⁾, kann nicht bestritten werden. Als solche bilden

-
- 1) BVerfGE 12, 6 (8). Vgl. auch BVerfGE 3, 359 (363): "Diese verfassungsmäßigen Rechte (Art. 101 Abs. 1 S. 2, 103, Abs. 1) sollen ein ordnungsgemäßes Verfahren gewährleisten, auf sie muß sich daher berufen können, wer nach den einschlägigen Prozeßnormen parteifähig ist."
 - 2) Vgl. zum Wortlaut oben S. 49 Fn.4, 5
 - 3) BVerfGE 21, 362 (373); 12, 6 (8); 6, 45 (49): "...verfassungsrechtlich gesichertes prozessuales Recht..."; DÜRIG in MDHS, Art. 103 Rdnr.7, 14; Art. 19 Abs. 3, Rdnr.54; FÜß, DVBl. 1958, 739 (746): "...verfahrensrechtliche Elementarprinzipien..."; BEYER, S. 56

sie einen Annexschutz zu akzessorischen materiellen Grundrechten¹⁾ und müssen für jedes Verfahren gelten. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der im Grundsatz enthaltenen Rechtsstaatsmaxime²⁾ ist es dann tatsächlich unerlässlich, jedem der an einem Verfahren Beteiligten die Berufung auf diese Vorschriften zu gewähren. Etwas anderes würde in rechtsstaatliche Grundsätze und Inhalte wie etwa Waffengleichheit der Kontrahenten im Prozeß³⁾ empfindlich eingreifen und dem materiellen Gerechtigkeitsgedanken⁴⁾ zuwiderlaufen⁵⁾. Als wesentliches Kriterium tritt insoweit die Beteiligung am Prozeß nach den Regeln der Parteifähigkeit des jeweiligen unterverfassungsrechtlichen Verfahrensrechts in den Vordergrund. Diese Feststellungen gelten in vergleichbarer Weise auch für Art. 19 Abs. 4 GG. Der "Schlußstein im Gewölbe des Rechtsstaats"⁶⁾ muß nach den vom BVerfG entwickelten Grundsätzen als rechtsstaatliche Komplementärgarantie zur Effektivierung materieller subjektiver Rechte⁷⁾ - wenn gleich nicht ausdrücklich entschieden - auch auf ausländische juristische Personen Anwendung finden.

1) V. OLSHAUSEN, S. 153

2) RUFNER, AÖR Bd.89 (1964), S. 261 (320); BVerfGE 12, 6 (8)

3) DÜRIG in MDHS, Art. 3 Abs. 1, Rdnr.50 f.; Art. 103 Rdnr.3 Fn.2

4) DÜRIG in MDHS, Art. 20 Rdnr.59

5) Dies gilt umso mehr, als von der überwiegenden Ansicht zu Art. 19 Abs. 3 GG sogar dem Staat, dessen Grundrechtsträgerschaft im übrigen bestritten wird (vgl. nur BVerfGE 21, 362 (369 ff.); 35, 263 (271 f.); 38, 175 (184); DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 36 ff. m.w.N.), die Rechte aus Art. 101 Abs. 1 S. 2, 103 Abs. 1 gewährt werden (vgl. dazu DÜRIG, a.a.O., Rdnr.54; BETTERMANN, NJW 1959, 1321 (1326); MAUNZ in MDHS, Art. 101 Abs. 1 Rdnr.7; BVerfGE 6, 45 (49 f. für Staat als Fiskus); DÜRIG in MDHS, Art. 103 Abs. 1, Rdnr.14). Es wäre ein sonderbares Ergebnis, jur. Personen des öffentlichen Rechts mit rechtsstaatlich begründeten Erwägungen diese Rechte zuzugestehen und sie gleichwohl jur. Personen des privaten, wenngleich ausländischen Rechts vorzuenthalten.

6) THOMA in Recht-Staat-Wirtschaft, Bd.3, 1954, S. 9

7) V. OLSHAUSEN, S. 153

Allein mit diesen Erwägungen kann jedoch die Anwendung der Verfahrensgrundrechte ebensowenig erklärt werden wie mit dem Wortlautargument¹⁾. Denn mit der Unterstreichung der objektiv-verfahrensrechtlich-rechtsstaatlichen Komponente wird letztlich die für die rechtssuchende juristische Person entscheidene Frage der Durchsetzung éventueller Grundrechte im Wege der Verfassungsbeschwerde, wird die vom BVerfG stets aufrechterhaltene²⁾ Identität von materieller grundrechtlicher Position und Legitimation zur Erhebung der Verfassungsbeschwerde verkannt. Diese ist - trotz gewisser objektiver Merkmale mit Normenkontrollcharakter - ein subjektives Rechtsschutzverfahren³⁾. Leitmotiv bei ihrer Ausgestaltung war nicht, einen zusätzlichen, allgemeinen Rechtsbehelf zu den Verfahren vor den ordentlichen und Verwaltungsgerichten zu schaffen, sondern die spezifisch verfassungsrechtliche Individualsphäre des Grundrechtsträgers justiziell zu sichern⁴⁾. § 90 BVerfGG stellt deutlich auf die subjektive Seite der als verletzt gerügten Rechte ab: Das betroffene Subjekt muß Träger eines "seiner" (Grund-)Rechte sein können⁵⁾, d.h. die Verfassungsbeschwerde kann nur auf subjektive Individualrechte gestützt⁶⁾, nicht

1) Vgl. dazu oben S. 58

2) Vgl. z.B. BVerfGE 21, 362 (372 f.)

3) So BVerfGE 1, 4 (5); vgl. auch SCHMIDT-BLEIBTREU in MAUNZ/SCHMIDT-BLEIBTREU/KLEIN/ULSAMER, BVerfGG, § 90 Rdnr. 17

4) BVerfG, a.a.O.

5) So auch v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.96

6) So zu Recht LECHNER, BVerfGG, § 90 Anm.3; vgl. auch den treffenden Satz von SCHMIDT-BLEIBTREU, a.a.O., § 90 Rdnr.17: "Eine Verfassungsbeschwerde, die lediglich die fehlerhafte Anwendung objektiven Verfassungsrechts rügt, ist unabhängig von allen anderen Zulässigkeitsvoraussetzungen bereits aus diesem Grunde unzulässig. Das Grundgesetz kennt keine Popularklage."

aber mit der objektiv-verfahrensrechtlichen Funktion dieser Rechte begründet werden¹⁾. Diese Tatsache hat das BVerfG in den zitierten Entscheidungen regelmäßig unbeachtet gelassen.

Die entscheidende Weiche ist daher anders zu stellen: Bereits betont wurde²⁾, daß auch die Verfahrensgrundrechte den Charakter subjektiv-öffentlicher Berechtigungen aufweisen³⁾; nach hier vertretener Ansicht sind sie echte Grundrechte. Als solche haben sie Doppelcharakter⁴⁾. Träger dieser Grundrechte können sich daher als Destinatäre im Wege der Verfassungsbeschwerde gegen sie verletzende Eingriffe zur Wehr setzen. Nach der eigenen Rechtsprechung des BVerfG nämlich bilden objektives und subjektives Recht im Grundgesetz nicht einander notwendig ausschließende Gegensätze, sondern wechselseitige Ergänzung. Anders kann es nicht verstanden werden, wenn das Gericht ausführt, die Grundrechte seien nicht nur Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, sondern statuierten auch als objektive Normen ein Wertsystem, das als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des

1) Insoweit richtig der Ansatz bei GSCHWENDTNER, S. 235 f., der aber dann eine subjektive Berechtigung der ausländischen juristischen Person und damit die Möglichkeit, Verfassungsbeschwerde zu erheben, auch für die Verfahrensgrundrechte (entgegen der hM) ablehnt.

2) Vgl. S. 53 ff.

3) So deutlich RÖFNER, AöR Bd.89 (1964), S. 261 (32o f.); v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.51, 96; HAVERKÄMPER, Die verfassungsrechtlichen Grundlagen, Diss. Münster 1973, S. 162; BEYER, S. 56

4) Insoweit zu Recht FEILER, S. 62, der dann aber dem BVerfG folgt; verfehlt MASER, S. 168, der den subjektiven Charakter leugnet; vgl. auch HENDRICHs in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 19 Rdnr.31; vgl. auch DÜRIG in MDHS, Art. 1o3 Rdnr.7, 14; v. OLSHAUSEN, S. 153 ff.; BEYER, S. 56

Lebens Geltung beansprucht¹⁾. Auch die Grundrechte des Katalogs verkörpern danach, ungeachtet ihrer Funktion als Abwehrrechte, objektive Rechtsgrundsätze. Dies berücksichtigend, erweist sich die Begründung des Gerichts für die Ausnahme vom Regelungsgehalt des Art. 19 Abs. 3 GG im Fall der Justizgrundrechte als unzulänglich und "nicht recht verständlich"²⁾. Die Qualifizierung der Grundrechte des neunten Abschnitts des Grundgesetzes als objektive Verfahrensgarantien schließt daher die Annahme von Individualgrundrechten nicht aus, sondern legt sie im Gegenteil sogar nahe³⁾.

Ist damit zwar die Systematik in Zusammenschau mit den Regeln der Verfassungsbeschwerde gewahrt, erklärt sich daraus noch nicht die von der fast einhelligen Ansicht befürwortete⁴⁾ Anwendung der Justizgrundrechte auf juristische Personen des Auslands.

Der Ansatzpunkt zur sachgerechten Erklärung liegt vielmehr in der Anknüpfung an die von der herrschenden Ansicht zur restriktiven Wirkung der Inländerklausel entwickelten Thesen, an die an dieser Stelle erinnert sei⁵⁾. Werden die

1) Vgl. BVerfGE 21, 262 (371 f.); 33, 303 (330); 30, 173 (188, 193); 25, 256 (263); 10, 59 (81); 7, 198 (204 f.); 6, 55 (72); 6, 32 (40 f.); 5, 85 (204 ff.)

2) HENDRICHs, a.a.O., Rdnr.31; ablehnend auch BEYER, S. 56 f.

3) HENDRICHs, a.a.O.

4) Vgl. oben S. 56 Fn.1

5) Vgl. oben ausführlich S. 29 ff.

fehlenden Inlandsbeziehungen ausländischer juristischer Personen und die Notwendigkeit, der Bundesrepublik Deutschland einen fremdenrechtlichen Aktionsspielraum zur Aushandlung eventueller zwischenstaatlicher, die Rechtsstellung deutscher Unternehmen im Ausland möglicherweise verbessernder Verträge offenzuhalten, als sachlich legitime Rechtfertigung für die Vorenthaltung der Grundrechte gegenüber dem ausländischen Subjektskreis angesehen, darf sich gleichwohl nicht der Blick davor verschließen, daß Fallkonstellationen denkbar sind, in denen das Differenzierungskriterium zu sachlich nicht aufrechtzuerhaltenden, weil schlechthin unververtretbaren Ergebnissen führt. Unter diesem Aspekt müssen die Justiz- und Verfahrensgrundrechte in ihrer Relation zu Art. 19 Abs. 3 GG einer letztlich geltungserweiternden Betrachtung unterzogen werden.

Sind ausländische juristische Personen an einem vor deutschen Gerichten anhängigen Verfahren als Partei beteiligt, unterliegen sie wie jeder Inländer den Normwirkungen der entsprechenden prozessualen Verfahrensregeln. Insoweit sind sie inländischer Hoheitsgewalt, inländischen Gesetzen ohne Rücksicht auf ihre "Staatsangehörigkeit" gleichmäßig unterworfen. Das von W.W. SCHMIDT entworfene Bild des ausländischen Unternehmens, das mit dem Arm in den Hoheitsbereich der Bundesrepublik hineinreicht, dessen Kopf jedoch den Zugriffen des Staates entzogen bleibt¹⁾, verliert jedenfalls im Bereich des Verfahrensrechts seine scheinbar so bestechend prägnanten Konturen. Auch bei der juristischen Person des Auslands besteht in dieser Situation das Bedürf-

1) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 170

nis nach vom BVerfG insoweit zutreffend erkannten, rechtsstaatlich begründeten Garantien eines fairen und chancengleichen¹⁾ Gerichtsverfahrens, bzw. des Zugangs zu diesem. Insoweit ist die tatsächliche und rechtliche Stellung einer solchermaßen betroffenen ausländischen Gesellschaft als "situationsbedingt situationsgleich" mit der einer inländischen zu qualifizieren. Aus dieser Sachlage heraus eröffnet sich dann die Erkenntnis, daß das Differenzierungskriterium der fehlenden Inlandsbeziehung zumindest insoweit seine den Grundrechtsausschluß rechtfertigende Wirkung verliert²⁾.

In vergleichbarem Umfang entfällt auch die Forderung nach Erhaltung eines notwendigen fremdenrechtlichen Handlungsspielraums. Durch die Gewährung der erwähnten Rechte und der damit eröffneten Möglichkeit, Verfassungsbeschwerde wegen etwaiger Verletzung derselben zu erheben, können ausländische juristische Personen rechtsstaatliche Garantien in einem rechtsstaatlichen Verfahren wahrnehmen. Dadurch wird indessen die Bundesrepublik nicht gehindert, im Rahmen außen(handels-)politischer Verhandlungen günstige Rechtspositionen für die Tätigkeit inländischer Unternehmen im Ausland zu erwerben³⁾. Ihr Handlungsspielraum im Rahmen bilateraler Gespräche reicht letztlich bis zur vertraglichen Gewähr der vollen und uneingeschränkten Inländerbehandlung für ausländische Unternehmen.

1) So BETHGE, AöR Bd.104 (1979), S. 54 (85)

2) So wohl auch MEESEN, JZ 1970, 602 (605); v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 51

3) So wohl auch MEESEN, a.a.O., wenn er annimmt, es bestehe insoweit "keine Notwendigkeit", außenpolitischen Spielraum zu wahren; im folgend v. MUTIUS, a.a.O.; DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 30

Dieses Angebot bleibt ungeachtet der formellen Grundrechte an ausländische Gesellschaften als von der herrschenden Meinung für unumgänglich erachtetes "Druckmittel"¹⁾ erhalten, denn es werden ja nicht sämtliche, insbesondere inländischen juristischen Personen zustehenden, Grundrechte gewährt. DÜRIGS Postulat behält seine volle Gültigkeit: "Wenn ausländischen juristischen Personen die Inländerbehandlung erst eingeräumt werden muß, gibt das der Bundesrepublik die notwendigen Verhandlungsmöglichkeiten"²⁾. Dem steht die hier vorgenommene Auslegung nicht entgegen.

Trifft nach alldem der Normzweck der Inländerklausel zumindest für die hier behandelten formellen Grundrechte nicht zu, muß ihre beschränkende normative Wirkung insoweit entfallen³⁾.

1) RITTER, NJW 1964, 279 (281)

2) DÜRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.30

3) So im Ergebnis die ganz hM, vgl. oben S. 56 Fn.1
Anderer Ansicht W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 173. Er erkennt zwar den in diesem Zusammenhang extrem begrenzten Raum für eine Diskriminierung ausländischer jur. Personen an, meint aber gleichwohl, der restriktiven Wirkung der Inländerklausel nicht aus dem Wege gehen zu können. Er begründet das mit der Behauptung, der gegenteilige Standpunkt der hM beruhe auf dem Mißverständnis, die Nichtgewährung verfassungsmäßiger Rechte mit völliger Rechtlosigkeit zu identifizieren.
Bereits oben wurde das Gegenteil nachgewiesen, vgl. S. 43 ff. Es gibt keinen rechtsfreien Raum zum Nachteil ausländischer jur. Personen. Nur ist diese Frage von der Grundrechtssubjektivität mit der bedeutsamen Verfassungsbeschwerdemöglichkeit zu trennen. Einfaches Recht, durch das auch ausländische Gesellschaften grundsätzlich berechtigt werden, stellt schließlich nicht ohne weiteres einen Ersatz für verfassungskräftig garantierte Grundrechte dar!

Methodisch gesehen wird damit die Inländerklausel teleologisch reduziert¹⁾. Der Normgehalt des Art. 19 Abs. 3 GG muß insofern in zwei voneinander zu trennenden Komplexen gesehen werden:

Die Vorschrift normiert zum einen die Erstreckung der Schutzwirkung einzelner verfassungsrechtlicher Freiheitsrechte auf juristische Personen (konstitutive Wirkung), zum anderen grenzt sie den personellen Geltungsbereich der Grundrechte gegenüber juristischen Personen des Auslands ab (restriktive Wirkung).

Angesichts des im Grundsatz anzuerkennenden fremdenrechtlichen Normzwecks der Inländerklausel war eine generelle analoge Anwendung der konstitutiven Seite des Art. 19 Abs. 3 GG auf ausländische juristische Personen²⁾ mangels zugrundeliegender Regelungslücke zu verwerfen³⁾. Das Grundgesetz hat für die Fallgruppe der Unternehmen mit ausländischem Sitz eine - grundsätzlich negative - Regelung getroffen. Damit ist aber, wie gezeigt wurde, noch nicht von vorneherein über die Reichweite dieser restriktiven Seite entschieden. Die Beschränkung ist nach dem bisherigen Stand der Untersuchung zumindest im Bereich der Justizgrundrechte zu weit geraten⁴⁾ und unter Berücksichtigung zweckentsprechen-

1) Soweit ersichtlich, ausdrücklich nur bei v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 50 und DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 6). DORIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 30 spricht von einschränkender Auslegung. Das BVerfG hat den methodischen Weg nicht beschrieben, vgl. E 12, 6 (8): "... Art. 19 Abs. 3 steht dem nicht entgegen...". Auch MEESEN, JZ 1970, 602 ff. gibt keinen Hinweis. Angesichts des Wortlautes "inländisch" dürfte sich eine Auslegung verbieten, da nach herkömmlicher, auch im Verfassungsrecht anzuwendender Interpretationsmethodik der Wortsinn die Grenze der Auslegung markiert (LARENZ, Methodenlehre, S. 309). Eine Deutung, die nicht mehr im Bereich des möglichen Wortsinns liegt, ist bereits Rechtsfortbildung (LARENZ, a.a.O.).

2) Wie sie RITTER, NJW 1964, 279 ff. und HENDRICHS in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 19 Rdnr. 31 vertreten.

3) Vgl. dazu oben S. 38 ff.

4) So auch RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (380)

der Kriterien und rechtsstaatlicher Grundsätze¹⁾ teleologisch in ihrer einschränkenden Wirkung zu beschränken²⁾.

-
- 1) Der Versuch, die Wirksamkeit der Inländerklausel am Rechtsstaatsprinzip, bzw. dem Gleichheitsgrundsatz zu messen (so FEILER, S. 60 f., 14. f.) erscheint insofern als verfehlt, als schon die Fragestellung, ob Art. 19 Abs. 3 GG lex specialis zu Art. 20, 28, bzw. 3 GG bildet, in die Gefahr eines Zirkelschlusses gerät (so zu Recht BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), S. 54 (85); ausdrücklich dagegen auch v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 52; W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 173; GSCHWENDTNER, S. 237 f.; MEESEN, JZ 1970, 602 (604 f.)). Aus Rechtsstaatsmaxime und Willkürverbot gewonnene Inhalte sind jedoch im Rahmen des Normzwecks der Inländerklausel und damit der Reduktion derselben zu verarbeiten. Vgl. hierzu allgemein LARENZ, Methodenlehre, S. 378: "Die Rechtfertigung der teleologischen Reduktion liegt in dem Gebot der Gerechtigkeit, Ungleiches ungleich zu behandeln, d.h. die von der Wertung her erforderlichen Differenzierungen vorzunehmen."
 - 2) Rechtsmethodisch gesehen liegt, um mit LARENZ, a.a.O., S. 362 zu sprechen, eine "verdeckte Regelungslücke" vor. Von einer solchen wird gesprochen, wenn das Gesetz zwar eine auf Fälle dieser Art anwendbare Regel enthält, die aber ihrem Sinn und Zweck nach auf eine bestimmte Gruppe von Fällen nicht paßt, weil sie deren für die Wertung relevante Besonderheit außer acht läßt. Diese Lücke ist deshalb "verdeckt", weil es, wenigstens für den ersten Blick, an einer hier anwendbaren Regel nicht fehlt. Die Ausfüllung einer solchen Lücke, so LARENZ, S. 377, geschieht durch die Hinzufügung der sinngemäß geforderten Einschränkung.

B. Teleologische Reduktion der Inländerklausel hinsichtlich materieller Grundrechte bei vergleichbar gelagerten Sachverhalten

Ist die Anwendbarkeit gewisser Grundrechte auf ausländische juristische Personen bejaht worden, stellt sich in der Folge konsequenterweise die Frage, ob dort ermittelte und verwendete Grundsätze nicht auch auf andere, insbesondere materielle Grundrechte übertragbar sind. Sollte es, so muß man mit NIESSEN wenigsten fragen, wirklich unserer Verfassung entsprechen, daß ausländische juristische Personen den vollen Grundrechtsschutz zwar gegen Verletzungen des rechtlichen Gehörs oder die Entziehung des gesetzlichen Richters, nicht aber beispielsweise gegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes genießen?¹⁾ Sollte es tatsächlich verfassungsgewollt sein, daß juristische Personen mit ausländischem Sitz gegen eine Enteignung ihres in der Bundesrepublik Deutschland belegenen Grundeigentums mangels Grundrechtsfähigkeit keine Verfassungsbeschwerde erheben können, während Gesellschaften mit Sitz im Inland, aber etwa gleichzeitiger Zugehörigkeit zu einem ausländischen oder gar übernationalen Konzern, als inländische juristische Person dieses Recht in Anspruch nehmen dürfen? Und dies, obgleich eine Konstellation, in der solche rechtlich selbständigen Tochterunternehmen mit deutschem Sitz möglicherweise engeren Bindungen und strafferer Steuerung durch die ausländische Konzernleitung unterliegen als rechtlich unselbständige Zweigniederlassungen, nicht selten anzutreffen ist²⁾; die faktischen Gegebenheiten sich gegenüber den rechtlichen Gestaltungsformen unter gewissen Konditionen also geradezu entgegengesetzt ausnehmen? Ist es

1) NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1018)

2) Diese Möglichkeit muß selbst MIESEN, JZ 1970, 602 (603) einräumen

also wirklich Sinn und Zweck des Art. 19 Abs. 3 GG, ausländischen Gesellschaften den verfassungsrechtlichen Schutz im wesentlichen zu versagen, obgleich die deutsche Rechtsordnung deren wirtschaftliche Betätigung¹⁾ auf der Ebene einfachen Rechts²⁾ - wenn gleich mit gewissen Vorbehalten³⁾ - zuläßt und gerade im Bereich wirtschaftlicher Interessen die Verflechtung ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen⁴⁾ ein erklärtes Ziel der europäischen Einigungsbestrebungen bildet?

Die hiermit berührten Problemkreise sollen im folgenden näher beleuchtet werden. Dabei wird primär das teleologische Normzweckverständnis der herrschenden Ansicht bezogen auf den Ausschluß der materiellen Grundrechte allgemein in Frage gestellt⁵⁾ und daraufhin ein Lösungsversuch entwickelt werden.

1) Mit diesem Ansatz übereinstimmend RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

2) Vgl. dazu schon oben S. 43 ff.

3) Vgl. dazu noch unten S. 90 ff.

4) So auch RUPP-v. BRÜNNECK, a.a.O.

5) Dies bedeutet im wesentlichen ein Auseinandersetzen mit den diesbezüglichen Thesen W.W. SCHMIDTS, Grundrechte und Nationalität juristischer Personen, 1966

I. Analyse und Kritik der teleologischen Normzweckkriterien der hM für den Ausschluß ausländischer juristischer Personen vom materiellen Grundrechtsschutz

1. Inlandsbeziehungen ausländischer juristischer Personen

- a) Abgestufte Grundrechtsgewähr proportional zur Unterordnung unter inländische Territorialhoheit. Systemwidrigkeit des Ausschlusses ausländischer juristischer Personen

Der Ausschluß der ausländischen juristischen Person von der Teilhabe an materiellen Grundrechtspositionen wird zunächst mit dem in Relation zu Unternehmen mit inländischem Verwaltungssitz verringerten Subjektionsverhältnis¹⁾ unter die inländische Staatsgewalt begründet. Die Machtunterworfenheit sei bei bloßen inländischen Niederlassungen oder Filialen schwach ausgeprägt, juristische Personen des Auslands mit dort angesiedeltem Leitungszentrum trotz ihrer Tätigkeit im Inland nur sehr eingeschränkt kontrollierbar²⁾, so lautet der Ansatz.

1) Grundlegend ISAY, Die Staatsangehörigkeit juristischer Personen, 1907, S. 76 ff., allerdings ohne Bezug zur - damals zeitbedingt noch nicht aktuellen - Frage der Grundrechtsfähigkeit

2) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 84

Subjektive Grundrechte dienen der Bewahrung des Individuums vor der Macht des Staates. Insofern korreliert der Umfang der Grundrechtsgewähr mit der staatlichen Eingriffsmöglichkeit in die individuellen Freiheiten¹⁾. Nach der Erweiterung der Grundrechtsgeltung durch Art. 19 Abs. 3 GG muß diese Systematik auch bei juristischen Personen Geltung besitzen²⁾. Dies ist unzweifelhaft, solange sie ihren tatsächlichen Verwaltungssitz innerhalb der Staatsgrenzen der Bundesrepublik haben, also inländische Unternehmen nach dem Kriterium der herrschenden Sitztheorie³⁾ sind. Solche juristischen Personen unterliegen in einer dem einzelnen Staatsbürger vergleichbaren Weise den potentiellen Eingriffen durch die inländische Staatsgewalt.

Befinden sich Ausländer auf deutschem Territorium, unterwerfen sie sich gleichfalls, ohne Rücksicht auf einen möglicherweise entgegenstehenden Willen, dieser Gewalt⁴⁾. Folgerichtig stehen diesem Personenkreis gemäß der Ableitung des Grundrechtsschutzes aus dem bestehenden Subjektionsverhältnis Grundrechte in dem Maße zu, als sie sich Eingriffen der inländischen Hoheitsgewalt aussetzen. Dieser Schutz ist zwar im einzelnen durch den Vorbehalt der Deutschen zustehenden Rechte limitiert. Gleichwohl entsteht nach überwiegender Ansicht in diesen thematischen Bereichen⁵⁾ keine "Grundrechtslosigkeit",

-
- 1) Vgl. THOMAS HOBBS, Leviathan, Schlußwort der englischen Ausgabe, zitiert nach W.W. SCHMIDT, S. 85: "The mutual relation between protection and obedience"
 - 2) Die Ableitung des Grundrechtsschutzes aus dem Grad der Machtunterworfenheit wird bereits bei v. GIERKE, Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung, 1887, S. 191 Fn.3 angedeutet; vgl. auch GROSCH in Annalen des Deutschen Reiches, 1911, S. 434 ff. (445, Fn.57)
 - 3) Vgl. dazu oben S. 8 ff., insbesondere S. 8 Fn.1
 - 4) So auch W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 85
 - 5) A.A. hier z.B. MAUNZ in MDHS, Art. 12 Rdnr.6; v. MANGOLDT/KLEIN, Art. 8 Anm.V, Art. 12, Anm.V 3

vielmehr deckt Art. 2 Abs. 1 GG als "Auffanggrundrecht" auch in personaler Hinsicht diese Sphäre ab¹⁾. Daß der Schutz wegen der weit gefaßten Schrankentrias des allgemeinen Persönlichkeitsrechts mit der Hypothek potentiell intensiverer Eingriffe belastet ist, darf dabei angesichts der bei Ausländern fehlenden, sich im Merkmal der Staatsangehörigkeit manifestierenden Nationalitätszugehörigkeit nicht verwundern. W.W. SCHMIDT ist insoweit zuzustimmen, wenn er das Kriterium der Machtunterworfenheit unter inländische Staatsgewalt nicht als einziges Bestimmungsmerkmal für die Reichweite des Grundrechtsschutzes gelten lassen will²⁾.

Ergibt sich daher in einer Gesamtschau der Grundrechtssystematik das Bild eines differenzierten, nach dem jeweils betroffenen Subjekt abgestuften Grundrechtsschutzes in der Frage des Wie, dessen Umfang und Grenzen zumindest auch vom Maßstab des Subjektionsverhältnisses bestimmt werden, fällt die angebliche Nichtgewähr von subjektiven materiellen Verfassungsrechten des Katalogs an juristische Personen des Auslands als systemfremd auf.

Dabei wird bedacht, daß die Unterwerfung unter deutsche Hoheitsgewalt bei ausländischen Gesellschaften schwächer ausgeprägt ist als bei inländischen³⁾. Der Sitzstaat hat gegenüber der juristischen Person in weiterem Umfang Eingriffsmög-

1) Vgl. die anschauliche Zusammenstellung bei ISENSEE, VVDStRL 32 (1974), S. 49 (80 f. und Fn.73), wo auch DÜRIGS in MDHS, Art. 2 Abs. 1, Rdnr. 66 geäußerte Bedenken, der Ausländer könne bei Berufung auf Art. 2 Abs. 1 GG besser gestellt sein als der grundrechtlich an sich privilegierte Deutsche, widerlegt werden: Die allgemeine Handlungsfreiheit wird relativiert durch den weitgefaßten, elastischen Schrankenvorbehalt der Soweit-Klausel, "das umfassende Freiheitsblankett korrespondiert mit dem umfassenden Ordnungsblankett."

2) Grundrechte, S. 86

3) Vom Fehlen jeglicher Subjektion bei ausländischen Gesellschaften geht aber wohl BEYER, S. 98 aus.

lichkeiten als jeder andere Staat¹⁾. Er kann aufgrund seiner Gebietshoheit auf alle Handlungen der juristischen Person einwirken, die auf seinem Territorium vorgenommen werden. Die Willensbildung der inländischen Gesellschaft vollzieht sich nach dem Recht des Sitzstaates²⁾. Die juristische Person ist inländischen Gesetzen, als Erwerbsgesellschaft insbesondere dem Wirtschaftsrecht, den Steuergesetzen und wirtschaftslenkenden Maßnahmen des Staates unterworfen³⁾.

Dagegen ist die Schlußfolgerung W.W. SCHMIDTS, juristische Personen des Auslands ließen sich bezüglich ihrer Inlandstätigkeit nicht "in gleicher Weise fassen"⁴⁾, nicht uneingeschränkt zu folgen. Es steht außer Frage, daß auf nicht-deutschem Territorium keine inländische Hoheitsgewalt ausgeübt werden kann. Eingriffsmöglichkeiten bestehen jedoch im Inland, sobald und soweit die ausländische Gesellschaft mit ihren Zweigstellen und/oder Aktivitäten im Inland tätig wird. Insoweit unterfällt auch sie den Regeln des deutschen Wirtschaftsrechts⁵⁾, ist sie beispielsweise, allerdings beschränkt, steuerpflichtig⁶⁾ und unterliegt wirtschaftslenkenden Maßnahmen ebenso, wie sie am konjunkturellen Verlauf der inländischen Wirtschaft - zumindest was ihre Filialen im Inland anbetrifft - teilnimmt.

1) Vgl. ISAY, Staatsangehörigkeit, S. 76 ff.; W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 84

2) W.W. SCHMIDT, a.a.O.

3) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 84

4) W.W. SCHMIDT, a.a.O.

5) Vgl. dazu noch unten ausführlich S. 90 ff.

6) Vgl. dazu noch unten ausführlich S. 95 ff.

Die Auflösung einer ausländischen Gesellschaft durch den inländischen Hoheitsträger¹⁾ kommt zwar rechtlich nicht in Betracht, dies ist aber angesichts der Möglichkeit, bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen deren Teilorganisationen im Inland, bzw. deren hiesige Aktivitäten zu verbieten²⁾, nicht von solcher einschneidender Bedeutung, wie W.W. SCHMIDT es darstellt³⁾. Diese Möglichkeiten sind ausreichend, für das Inland risikoreiche Intentionen rechtlich zu unterbinden und geben die Befugnis für tatsächliche Eingriffsmaßnahmen.

Es zeigt sich demzufolge, daß aufgrund der zunehmenden Verflechtung wirtschaftlicher Interessen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen⁴⁾ von einer zwar verringerten, jedoch vorhandenen Unterwerfung unter die Inlandsgewalt auch für juristische Personen des Auslands zu sprechen ist, sofern sie mit ihren Aktivitäten, insbesondere mit Zweigniederlassungen, in das Inland hineinreichen. Ist dem aber so, besteht ein Wertungswiderspruch zwischen dem die Grundrechtsteilhabe insoweit nach dem Verständnis der herrschenden Ansicht ausschließenden Art. 19 Abs. 3 GG und der vom Grundgesetz gewählten, gestuften Systematik des Grundrechtsschutzes bei Inländern, Ausländern und inländischen juristi-

1) Vgl. W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 84

2) Vgl. § 396 Aktiengesetz v. 6.9.1965, BGBl. I, S. 1089 ff.; § 62 GmbHG v. 20.4.1892, RGBl. S. 846 ff.; § 81 Genossenschaftsgesetz v. 1.5.1889, RGBl. S. 55 ff.; Gesetz über die Auflösung und Löschung von Gesellschaften v. 9.10.1934, RGBl. S. 914 ff.; für Aufhebung von Stiftungen § 87 BGB v. 18.8.1896, RGBl. S. 195 ff. sowie die Stiftungsgesetze der Länder. Vgl. des weiteren § 17, 18 Vereinsgesetz v. 5.8.1964, BGBl. I, S. 593 ff., die auch auf Kapitalgesellschaften Anwendung finden, sofern sie Belange der Bundesrepublik gefährden, als Teilorganisationen einem Verbot zuwiderhandeln oder Ersatzorganisationen einer verbotenen Korporation sind.

3) A.a.O., S. 84

4) Vgl. RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

schen Personen in Relation zum Kriterium der Gewaltunterworfenheit.

Demgegenüber kann der Einwand, gerade Art. 19 Abs. 3 GG mit seiner Beschränkung auf inländische juristische Personen zeige, daß nicht die Unterwerfung unter deutsche Staatsgewalt den Umfang der Grundrechtssubjektivität bestimme¹⁾, nicht überzeugen. Dabei handelt es sich nämlich um einen Zirkelschluß: Der Ausschluß der ausländischen juristischen Personen wird mit der bekannten teleologischen Argumentation gerechtfertigt²⁾. Es kann aber dann nicht das erst zu rechtfertigende (!) Ergebnis als Beleg für die Nichtverwendungsfähigkeit des eher die gegenteilige Ansicht stützenden Kriteriums der Gewaltunterworfenheit herangezogen werden. Daß dieses Kriterium eher für die Grundrechtsfähigkeit streitet, erkennt selbst W.W. SCHMIDT an, wenn er schließlich konstatieren muß: "Andernfalls müßten die Grundrechte auch juristischen Personen des Auslands jedenfalls in dem Maße zugestanden werden, in welchem sie - vom Ausland aus - mit der deutschen Hoheitsgewalt in Berührung kommen."³⁾ Hier ist der treffende Ansatz gefunden.⁴⁾

1) So aber W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 85 f.

2) Vgl. dazu oben S. 29 ff.

3) Grundrechte, S. 86 (sic!)

4) Den W.W. SCHMIDT allerdings gemäß seiner Zielsetzung, die Maßgeblichkeit des Verwaltungssitzes für die Abgrenzung der inländischen von der ausländischen juristischen Person zu ergründen, nicht im Sinne der hier zu beantwortenden Frage weiterverfolgte.

Daß der völlige Ausschluß der Unternehmen mit Sitz im Ausland von jeglicher Grundrechtsteilhabe im Hinblick auf das Subjektionsverhältnis nicht zu halten war, wurde bereits bei der Untersuchung der Justizgrundrechte deutlich gemacht¹⁾. Bei der Teilnahme an einem Verfahren vor einem deutschen Gericht unterliegt die ausländische juristische Person den hoheitlichen Machtäußerungen durch die rechtsprechende Gewalt, ist ebenso wie der inländische Prozeßgegner in ein Über-Unterordnungsverhältnis eingebettet²⁾. Diese Eingliederung bildet einen tragenden Gesichtspunkt, der dazu berechnete - und sogar die hM, wenngleich mit nicht ganz treffender Argumentation, im Ergebnis dazu nötigte - in dem Maße Grundrechte zu gewähren, als diese Unterwerfung reichte, jedenfalls also im Bereich der angesprochenen Verfahrensgarantien. Warum dieser einerseits bestimmbare, andererseits begrenzbarer Aspekt dann nicht auch bei anderen, materiellen Garantien verwendbar sein soll, soweit mindestens (auch) vergleichbare Subjektion nachzuweisen ist, ist nicht einsichtig.

Aus dem Kriterium der Subjektion ist mithin jedenfalls zu entnehmen, daß solchermaßen Betroffenen, sei es natürliche oder juristische Person, sei es inländische oder ausländische, nicht jeglicher materieller Grundrechtsschutz vorenthalten werden kann. Zuzugeben ist dabei allerdings, daß dieses Kriterium über den Umfang der Grundrechtsteilhabe im einzelnen noch nichts Spezifisches auszusagen in der Lage ist; dies vielmehr von weiteren Bedingungen und in besonderem Maße vom Inhalt des einzelnen jeweils in Frage stehenden Grundrechts

1) Vgl. oben S. 56 ff.

2) Das meinte wohl auch BVerfGE 12, 6 (8), wenn es den Anspruch auf rechtliches Gehör jedem zusprach, der von einem Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik betroffen sei.

selbst abhängt. Der grundsätzliche Beleg für die entwickelte These findet sich mittelbar in der Rechtsprechung des BVerfG angelegt - freilich ohne daß dies deutlich zum Ausdruck gekommen wäre. Letztlich aber kann das Abstellen auf die Betroffenheit durch ein inländisches (Gerichts-)Verfahren, mithin die insoweit bestehende Situationsgleichheit mit dem inländischen Rechtssubjekt, nicht anders gedeutet werden.

b) Partielle Vergleichbarkeit von Aktivitäten ausländischer juristischer Personen mit denen inländischer Unternehmen

aa) "Staatsangehörigkeit" der juristischen Person

Daß die Unterwerfung unter inländische Staatsgewalt nicht der alleinige Maßstab für die Begünstigung durch Grundrechtsgewähr sein kann, wird bereits durch die unterschiedliche grundrechtliche Behandlung von Deutschen und Ausländern belegt. Andernfalls müßten nämlich Ausländern bei Aufenthalt in der Bundesrepublik aufgrund vergleichbarer Subjektion in gleichem Ausmaß wie Inländern der verfassungsrechtliche und damit insbesondere grundrechtliche Status gewährt werden.

Das bei Inländern entscheidende, die im einzelnen differenzierte Ausformung der Grundrechtsgeltung letztendlich rechtfertigende Merkmal liegt in einer besonderen staatsrechtlichen Verknüpfung mit dem Heimatstaat, der Staatsangehörigkeit zu diesem Dominium¹⁾. Dem Ausländer dagegen fehlt dieses Merkmal; ist er zwar bei Aufenthalt im Inland der inländischen Hoheit unterworfen, so untersteht er doch weiter-

1) So zu Recht W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 86

hin aufgrund seiner ausländischen Staatsangehörigkeit der Personalhoheit seines Heimatstaates. Diese Zuordnung zu zwei öffentlichen Gewalten ist treffend mit dem Modell eines Rechtsdreiecks (Ausländer - inländische öffentliche Gewalt - ausländische öffentliche Gewalt) gekennzeichnet worden¹⁾.

Dieser Gedanke, übertragen auf juristische Personen, bringt zunächst Schwierigkeiten in der Nomenklatur: Zweifelhaft ist bereits, ob bei diesen Gebilden überhaupt von Staatsangehörigkeit gesprochen werden kann²⁾. Die Kontroverse an dieser Stelle zu erörtern, erscheint angesichts der Tatsache, daß es sich letztlich um eine Frage des terminologischen Geschmacks handeln dürfte³⁾, als überflüssig. Denn daß gewisse Momente des Staatsangehörigkeitsbegriffes auf juristische Personen nicht angewendet werden können, steht schlechthin außer Zweifel, denkt man etwa an die Modalitäten des Staatsangehörigkeitserwerbs bei natürlichen Personen. Geleitet von der Erkenntnis, daß gleichwohl auch bei juristischen Personen ein der Staatsangehörigkeit zumindest vergleichbares Band zum Staatswesen bestehen kann, wie es bei natürlichen Personen durch eben dieses Charakteristikum gekennzeichnet wird, kommt es auf die Frage der Bezeichnung dieser besonderen Inlandsverknüpfung nicht mehr entscheidend an⁴⁾. Vielmehr muß sich der Blick auf die Bestimmung der inhaltlichen Kriterien der Inlandsbeziehung richten⁵⁾.

1) So ISENSEE, VVDStRL 32 (1974), S. 49 (55 f.)

2) Dazu schon ISAY, Staatsangehörigkeit, passim

3) So zu Recht W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 88

4) Daher zweifelhaft das formale Argument v. SEYDELS, Kommentar zur Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich, 1897, S. 56: "Wenn dreißig Unterthanen des Staates diese Form (Anm. des Verf.: der juristischen Person) für ihren vermögensrechtlichen Verkehr benutzen, so gewinnt dadurch der Staat keinen einunddreißigsten Unterthan."

5) Ebenso W.W. SCHMIDT, a.a.O.

bb) Zugehörigkeit der inländischen juristischen
Person zur inländischen Wirtschaft als
"staatsangehörigkeitsbestimmendes" Merkmal

Anders als bei der natürlichen Person, deren Betätigungsfeld mannigfache und verschiedenartigste Ausrichtung erfahren kann, ist das der juristischen Person überwiegend bei ihrer Gründung durch zugrundeliegenden Gesellschaftsvertrag oder Satzung fixiert. Ihr Rechtsleben wird im wesentlichen von der dort gesetzten Finalität, vom dort niedergelegten Zweck bestimmt.

Der hier interessierende Typus der juristischen Person¹⁾ ist die Kapitalgesellschaft, die gemäß Satzungszweck erwerbswirtschaftlich tätig wird und am Wirtschaftsleben im Inland aktiv teilnimmt. Von W.W. SCHMIDT, der die Maßgeblichkeit des Sitzprinzips für die Abgrenzung inländisch-ausländisch eingehend untersucht hat²⁾, stammt der Satz, die Staatsangehörigkeit der Erwerbsgesellschaft materialisiere sich in ihrer Zugehörigkeit zur inländischen Wirtschaft; jedenfalls stelle die so verstandene - wirtschaftliche - Inländereigenschaft ein der Staatsangehörigkeit analoges Verhältnis dar³⁾. Dem ist insofern nicht zu widersprechen, als das im Inland wirtschaftende inländische Unternehmen tatsächlich in vielfältiger Weise mit innerstaatlichen Wirtschaftssubjekten verbunden ist⁴⁾: Es pflegt Vertragsbeziehungen zu Rohstofflieferanten, Zulieferbetrieben und Kundenkreis, bedient sich des Angebots von Dienstleistungsunternehmen und fördert damit unmittelbar und mittel-

1) Vgl. dazu oben S.11f. Auch die Entscheidungen des BVerfG betrafen ausschließlich Kapitalgesellschaften, vgl. E 12, 6 ff.; 18, 441 ff.; 21, 207 ff.; 23, 229 ff.; 34, 338 ff.; 36, 310 ff.

2) Vgl. Grundrechte, S. 56-94

3) W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 89

4) W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 89

bar die Wirtschaftstätigkeit anderer Unternehmenseinheiten. Die inländische Gesellschaft beschäftigt Arbeitnehmer, bereichert den Sitzstaat auch durch Geschäfte, die sie im Ausland tätigt und ist als Gesellschaft mit Sitz im Inland unbeschränkt steuerpflichtig¹⁾; all dies eine Folge der Annahme, daß eine solche Gesellschaft den Schwerpunkt ihrer Erwerbsinteressen innerhalb der deutschen Wirtschaft hat. Insgesamt gesehen vermehrt sie durch ihren Beitrag das Bruttosozialprodukt des Sitzstaates als Teil der inländischen Wirtschaft.

Auf diesen Tatsachen beruht auch letztlich die Maßgeblichkeit des Verwaltungssitzes für die Abgrenzung der Nationalität der juristischen Person. Die Verflechtung mit der inländischen Wirtschaft wird bei einer Gesellschaft mit inländischem Sitz als derart intensiv angesehen, daß sich daraus ihre Qualifizierung als "inländisch" auch im Sinne des Verfassungsrechts rechtfertigt. Die wirtschaftliche Inlandsbeziehung bildet damit ein wesentliches, die Zubilligung des im Rahmen des Art. 19 Abs. 3 GG vollen Grundrechtsschutzes zugunsten inländischer Unternehmen begründendes Merkmal.

cc) Partielle Partizipation der ausländischen juristischen Person an der inländischen Wirtschaft

Wenn nicht alle, so doch einige der genannten, die besondere Inlandsverknüpfung darstellenden wirtschaftlichen Determinanten können auch bei juristischen Personen mit Sitz im Ausland zutreffen²⁾. Und auch das kumulative Auftreten der bezeichneten wirtschaftlichen Beziehungen zum Inland ist nicht völlig ausgeschlossen, wenn sich eine

1) W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 89

2) Diese Erkenntnis zeichnet sich auch bei W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 89 ab

ausländische juristische Person in ausgedehntem Ausmaß am inländischen Wirtschaftsleben beteiligt. Das gilt jedenfalls für die Tätigkeit in Form von inländischen Zweigstellen oder Niederlassungen. Auch hier bestehen vertikale Rechtsbeziehungen zu Lieferanten und Abnehmern, auch hier wird die Prosperität der inländischen Wirtschaft gefördert, wird die wirtschaftliche Freiheit inländischer Unternehmen unmittelbar und mittelbar durch die Tätigkeit ausländischer Wirtschaftssubjekte verwirklicht¹⁾.

Dies berechtigt nun nicht dazu, das vom Fremdenrecht und Internationalprivatrecht auf die verfassungsrechtliche Ebene übernommene Sitzprinzip²⁾ in Zweifel zu ziehen und die Abgrenzung zwischen ausländischen und inländischen juristischen Personen einer veränderten Betrachtungsweise zu unterwerfen. Der Versuch, ausländischen juristischen Personen Grundrechtsschutz auf diese oder vergleichbare Weise³⁾ über die juristische Hintertreppe unterschieds- und differenzierungslos in einem den inländischen Gesellschaften vergleichbaren Maße zuzubilligen, kann nicht überzeugen. Die notwendige Abgrenzung der inländischen von der ausländischen Gesellschaft nach dem dogmatisch einwandfreien und gleichermaßen praktikablen wie eindeutigen Maßstab des effektiven Verwaltungssitzes verbietet es, die bestehenden Unterschiede durch fließende und unscharfe Momente einzu-ebnen.

1) So zu Recht RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

2) Vgl. dazu oben S. 8 Fn.1

3) Nicht zuletzt deswegen mußte der Versuch, jur. Personen des Auslands Grundrechtsschutz über ihre Anerkennung im Inland zu vermitteln, verworfen werden, vgl. oben S. 35 ff.

Dagegen berechtigt die dargestellte wirtschaftliche Verflechtung mit dem Inland dazu, den generellen Ausschluß des in Rede stehenden ausländischen Subjektskreises von der Innehabung materieller Grundrechte nicht nur zu bezweifeln, sondern zu verneinen. Diese schon oben aus der punktuellen Machtunterworfenheit auch ausländischer Gesellschaften unter inländische Hoheitsbefugnisse hergeleitete Erkenntnis¹⁾ findet im Kriterium des Ausmaßes der aktiven und passiven Teilnahme an der inländischen Volkswirtschaft ihre Stütze wie zugleich Begrenzung.

Hierbei bietet sich wiederum²⁾ ein Vergleich mit der Ausgestaltung des Grundrechtsschutzes von ausländischen natürlichen Personen an. Das Fehlen der inländischen Staatsbürgerschaft bedingt die Nichtteilhabe an den Bürgerrechten der Deutschen. Die Frage hier außer acht lassend, wie diese Lücke zu füllen ist³⁾, stehen ihnen die menschenrechtlichen Gehalt positivernden subjektiven Rechte der Verfassung zu. Der Ausländer entbehrt also gegenüber dem Inländer der gewissermaßen "überschießenden" Eigenschaft der Staatsangehörigkeit des Gastlandes, nimmt aber bei Subjektion unter dessen Hoheitsmacht am status negativus insoweit teil, als er mit Inländern gleichgelagerte Eigenschaften hat. Und das bei allen natürlichen Personen gleichermaßen vorhandene Fundament der Rechtsgewähr besteht in der Erkenntnis, daß allen menschlichen Individuen gewisse Grundrechte zu eigen sind, die es rechtfertigen, entsprechende Menschenrechte als unveräußerlich anzusehen und auch positivrechtlich niederzulegen.

1) Vgl. oben S. 70 ff.

2) Vgl. oben S. 77 f.

3) Vgl. dazu oben S. 71 f.

Wie aber natürlichen Personen, gleich ob Inländer oder Ausländer, die Eigenschaft des Menschseins gemeinsam ist, bleibt bei allen hier interessierenden juristischen Personen¹⁾ als gemeinsames Substrat ihrer Existenz und satzungsimmanente Grundlage die wirtschaftlich orientierte Finalität, die sich eben auch bei ausländischen Gesellschaften auf das Inland erstrecken kann. Ist aber die wirtschaftliche Verknüpfung mit dem Inland neben damit verbundener Gewaltunterworfenheit²⁾ eine wesentliche Grundlage für die Zubilligung des Grundrechtsschutzes, muß der Vor- teil der Grundrechte - unabhängig von der ausländischen Nationalität - der rechtssuchenden juristischen Person in dem Umfang zugestanden werden, wie die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Inland als allen juristischen Personen mit erwerbswirtschaftlichen Zielen grundsätzlich gemeinsames Merkmal reicht.

Die genaue Abgrenzung, welches Grundrecht in welchem Umfang dabei im einzelnen zugunsten ausländischer Gesellschaften anwendbar ist, muß dabei von einer Betrachtung der Grundrechte als solcher abhängig gemacht werden, wobei der in ihnen verkörperte wirtschaftliche Aussagegehalt die entscheidende Rolle zu spielen hat³⁾. An dieser Stelle war lediglich die Frage zu beantworten, ob überhaupt Kriterien ersichtlich sind, die eine erweiternde Betrachtung zulassen und begründen können.

1) Vgl. oben S. 11 f.

2) Vgl. oben S. 70 ff.

3) Vgl. dazu noch unten S. 113 ff.

dd) Irrelevanz der hinter ausländischen Gesellschaften stehenden Auslandsinteressen

Diese Betrachtungsweise läßt sich nicht mit dem - an sich zutreffenden - Argument entkräften, hinter diesen der inländischen Wirtschaft zwar auch zugutekommenden Aktivitäten stünden schließlich ausländische Interessen; diese Tätigkeiten würden von ausländischen Zentralen aus gelenkt, ebenso, wie der Gewinn letztlich ins Ausland abfließe¹⁾. Diese Einwände gelten nämlich in gleicher Weise gegenüber lediglich "formal" inländischen juristischen Personen, deren maßgeblich beteiligte Anteilseigner Ausländer sein können. Wenn aber das gesamtökonomische Wohl des Inlands durch solche Form der Beeinflussung vom Ausland her nicht beeinträchtigt wird²⁾, oder jedenfalls die Beeinflussung, falls doch beeinträchtigend, nicht zu einer Reduktion des Grundrechtsschutzes für solche inländischen Gesellschaften Anlaß gibt, vielmehr von der herrschenden Ansicht an der Sitztheorie gehaftet wird³⁾, dann muß gefragt werden, ob dieser Gesichtspunkt den Grundrechtsausschluß sich auf inländischem Territorium betätigender ausländischer Gesellschaften sachlich rechtfertigen kann; eine Frage, die nach hier vertretener Ansicht zu verneinen ist.

Wird also der Nutzen für die inländische Wirtschaft durch die zum Teil nicht unmaßgebliche Beteiligung ausländischer Hand an inländischen Wirtschaftssubjekten nicht vermindert, stellt sich die Sachlage auch bei in ausländischer Hand befindlichen und ebensolcher Kontrolle unterliegenden Wirt-

1) So aber W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 90, mittelbar für ausländische juristische Personen, wenn er für inländische das Gegenteil behauptet.

2) So W.W. SCHMIDT, a.a.O.

3) Vgl. dazu oben S. 8 Fn.1

schaftsaktivitäten ausländischer Unternehmen mit Kontakten oder Filialen im Inland nicht anders dar¹⁾.

Gleiches gilt auch bei rechtlich selbständigen Tochterunternehmen ausländischer Gesellschaften oder multinationaler Konzerne. Diese mögen zwar ausländischen oder multinationalen Interessen dienen, sind jedoch in der Regel zu dem Zweck in der Bundesrepublik gegründet worden, für dieses Wirtschaftsgebiet Geschäfte abzuwickeln und Erträge abzuwerfen. Wenn W.W. SCHMIDT den angeblichen völligen Grundrechtsausschluß von Unternehmen mit ausländischem Sitz mit der Existenz keinem Staate mehr zurechenbarer, wegen ihrer überragenden Machtposition nationale Wirtschaftsvorgänge geradezu mitlenkender, zumindest aber -beeinflussender Konzerne und Kartelle zu rechtfertigen sucht²⁾, scheint dies auf einem Mißverständnis zu beruhen. Außer Zweifel steht zwar die von ihm als risikoreich empfundene und in der Tat großvolumige Wirtschaftsmacht dergestalter "Multis". Diese Tatsache bildet jedoch keine brauchbare Erwägung, ausländischen Unternehmen jeden Grundrechtsschutz zu versagen. Denn gerade solche Großunternehmen bedienen sich in der Regel rechtlich selbständiger und daher wegen ihres inländischen Sitzes als inländische juristische Person auch im Sinne des Verfassungsrechts anzusehender Tochterunternehmen mit zumindest formal selbständiger Leitung im Inland. Diese durch einen Blick auf die Organisationsstruktur derartiger Unternehmen zu belegende Realität müßte vom Standpunkt der hM aus an sich bedauert werden, an der Grundrechtsfähigkeit solcher Rechtssubjekte wird aber zwecks Vermeidung einer Aushöhlung der

1) Das erkennt W.W. SCHMIDT, a.a.O.

2) Grundrechte, S. 171

Sitztheorie nicht gezweifelt¹⁾. Auch hier schmälern also ausländische Interessen hinter einer inländischen juristischen Person den Grundrechtsschutz nicht, bzw. wird der ausländische Einfluß hingenommen, obgleich, worauf MEESSEN zu Recht hinweist²⁾, unter Umständen de iure selbständige Unternehmen eines solchen Konzerns de facto durchaus wesentlich strafferem Direktiven der Führungsetagen im Ausland unterliegen können, als dies bei rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen ausländischer Gesellschaften im Inland der Fall sein mag. Auf diese letzte Kategorie der Aktivität der ausländischen juristischen Person im Inland trifft mithin W.W. SCHMIDTS Argumentation gerade nicht zu.

ee) Zwischenergebnis

Damit läßt sich zusammenfassend feststellen, daß die ausdrückliche Grundrechtsgewähr in Art. 19 Abs. 3 GG rechtfertigende wirtschaftliche Inlandsbeziehung - neben der Unterwerfung unter die deutsche Staatsgewalt - wie bei inländischen auch bei ausländischen juristischen Personen vorliegen kann, wenngleich bei letzteren aufgrund ihres regelmäßigen Betätigungsschwerpunkts im Ausland in abgeschwächter Ausprägung.

Diese Bewertung zeigt, daß der von der hM vorausgesetzte Normzweck der restriktiv verstandenen Inländerklausel nicht in der zugrundegelegten Ausschließlichkeit zutrifft und zu einer nicht sachgerechten "Grundrechtslosigkeit" ausländischer Wirtschaftssubjekte im Bereich materieller Verfassungsrechte führt.

1) Anders aber insoweit RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (383), wenn sie einen "begrenzten Durchgriff" für angezeigt hält, um etwa einer von Ausländern gebildeten oder beherrschten juristischen Person mit Sitz im Inland die Berufung auf Art. 12 GG zu versagen.

2) JZ 1970, 602 (603)

c) Eingliederung ausländischer juristischer Personen
in die innerstaatliche einfachgesetzliche Rechts-
ordnung

aa) Wechselwirkende Inhalte von Verfassungsrecht
und einfachem Recht

In der Folge soll der Nachweis geführt werden, daß sowohl das Kriterium der Subjektion als auch das der Inlandsbeziehung in Form wirtschaftlicher Aktivität ausländischer juristischer Rechtssubjektive in der Ebene einfachen Rechts bereits Einzug gehalten hat¹⁾. Nicht zu verkennen ist dann die Möglichkeit, daß sich aus der Relation zwischen einfachem Recht und Verfassungsrecht Anhaltspunkte für ein erweiterndes Verständnis im Rahmen des Art. 19 Abs. 3 GG ergeben könnten, regelt und beeinflußt doch die innerstaatliche Rechtsordnung in einigen Normbereichen auch ökonomisch orientierte Lebenssachverhalte. Diese unterverfassungsrechtlichen Normen können nicht ohne Grundlage in der Ebene der verfassungsrechtlichen Wertung ein von dieser losgelöstes Eigenleben führen, sondern das durch den einfachen Gesetzgeber geschaffene Gefüge des wirtschaftliche Bereiche ordnenden Rechts wird determiniert von wirtschaftlich relevanten Verfassungsgehalten. Dem steht nicht entgegen, daß das Grundgesetz kein bestimmtes Wirtschaftssystem gewährleistet²⁾. Denn trotz der Zurückhaltung der Verfassung auf wirtschaftsverfassungsrechtlichem Gebiet sind in einigen Grundrechten im einzelnen auch wirtschaftliche Regelungsgehalte enthalten³⁾.

1) Vgl. dazu schon oben S. 43 ff.

2) So BVerfGE 4, 8 (Leitsatz 6); vgl. auch BVerfGE 7, 377 ff. (sog. Apothekenurteil)

3) Vgl. DÜRIG in MDHS, Art. 2 Abs. 1, Rdnr. 43 ff.

Beispielsweise findet die Gewerbebefreiheit des § 1 Gewerbeordnung ihre verfassungsrechtliche Ausprägung in einer entsprechend ausgestalteten Auslegung der Berufsfreiheit des Art. 12 GG, der unter anderem auch die gewerbliche Freiheit gewährleistet¹⁾, findet die zivilrechtliche Privatautonomie ihre verfassungsrechtliche Grundlage bei entsprechendem Normverständnis der allgemeinen Handlungsfreiheit in Art. 2 Abs. 1 GG²⁾. Den genannten Beispielen ließen sich noch manche hinzufügen. Die innerstaatliche wirtschaftliche Ordnung konstituierenden Normschichten sind mithin anzuwenden im Lichte auch der materiellen Grundrechte in ihrem wirtschaftlich relevanten Aussagegehalt³⁾. Darin allein erschöpfen sich indes die Beziehungen nicht, vielmehr stehen einfaches Recht und Verfassungsrecht in einer Art Wechselbeziehung, die auch zur Ausstrahlung der differenzierten Einzelvorschriften der unterverfassungsrechtlichen Ebene auf die Auslegung verfassungsrechtlicher Normgehalte und Wertungen führen kann⁴⁾.

-
- 1) Vgl. BVerfGE 17, 232 ff.; MAUNZ in MDHS, Art. 12 Rdnr.56; W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 82
 - 2) Vgl. BVerfGE 1, 321 (323); 2, 114 (115); 2, 118 (120); 3, 303 (304); 4, 332 (336). Vgl. auch m.w.N. LAUFKE in Festschrift für Lehmann, 1956, S. 145 (Anm.1); ansonsten DÜRIG in MDHS, Art. 2 Abs. 1, sub Rdnr.53 (Fn.1) ff.
 - 3) DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitationenvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 1)
 - 4) So ist letztlich auch die Anwendung der (international-privatrechtlichen) Sitztheorie im Verfassungsrecht erklärbar, vgl. dazu oben S. 8 Fn.1. W.W. SCHMIDT hat deren Verwendung im einfachen Recht als (zumindest auch) ihre Verwendung im Verfassungsrecht rechtfertigend nachgewiesen, vgl. Grundrechte, S. 56-94

Insbesondere der letzten Feststellung könnte das Bedenken entgegenstehen, daß damit einer inhaltlichen Abhängigkeit der Verfassung von in der Normenhierarchie darunter angesiedeltem Recht Vorschub geleistet und in extenso diese Rangfolge in ihr Gegenteil verkehrt würde¹⁾. Dies ist jedoch insofern unbegründet, als einer solchen Abhängigkeit nicht das Wort geredet werden soll, gleichwohl aber nicht an der Tatsache vorbeizukommen ist, daß jedenfalls bei vom Verfassungsgeber vorgefundenem Recht dessen Ausgestaltung und Interpretation auf die grundlegenden Rechtsgarantien unseres Staates prägende Auswirkung gehabt haben kann und noch hat²⁾. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Folgerung nicht fernliegend, daß Regelungsgehalte, die ausländische juristische Personen im einfachen Recht betreffen, bezüglich Inhalt und Grenzen zwar abstrahiert, dennoch aber von vergleichbarer inhaltlicher Ausprägung und Reichweite auf der verfassungsrechtlichen Ebene wiederkehren und dort die von der hM vertretene Grundrechtslücke im Lichte eines aufzulösenden, weil nicht sachgerecht vertretbaren Grundrechtsdefizits erscheinen lassen helfen.

1) Vgl. die Bedenken bei LEISNER in Recht und Staat, Bd. 286/287 (1964), passim und DERSELBE, JZ 1964, 201 (205)

2) So auch zu Recht W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 82 Fn.134

bb) Ausgestaltung der wesentlichen ausländische juristischen Personen betreffenden Normierungen im einfachen Recht

aaa) Gewerberecht

Nach § 12 der Gewerbeordnung wird die in § 1 zur Maxime des Gesetzes erhobene grundsätzliche Gewerbefreiheit zu Lasten ausländischer juristischer Personen durch einen Genehmigungsvorbehalt des jeweiligen Landeswirtschaftsministeriums beschränkt¹⁾. Nicht unter diese Einschränkung fallen allerdings ausländische Gesellschaften, die nach Rechtsvorschriften eines Mitgliedsstaates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet sind und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft haben²⁾. Soweit dies nicht der Fall ist, kommen zugunsten des öffentlichen Interesses primär zwei besonders hervorgehobene Versagungsgründe in Betracht: Schutz der inländischen Gläubiger vor unterkapitalisierten Gesellschaften und Wahrung der Interessen der deutschen Wirtschaft im Ausland durch Versagung der Genehmigung bei Nichtgewähr der Gegenseitigkeit an deutsche Unternehmen mit Auslandsaktivitäten³⁾.

-
- 1) Zur Entstehungsgeschichte des § 12 GewO vgl. W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 62 f. § 12 der GewO i.d.F. v. 1.1.1978 (Neubekanntmachung der GewO v. 21.6.1869)
- 2) § 12 a GewO. Hat eine solche juristische Person nur den satzungsmäßigen Sitz innerhalb der Gemeinschaft, muß ihre Tätigkeit in tatsächlicher und dauerhafter Verbindung mit der Wirtschaft eines Mitgliedstaates stehen, § 12 a Satz 2 GewO.
- 3) § 12 Abs. 2 GewO:
"Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn zu besorgen ist, daß die Tätigkeit der ausländischen juristischen Person dem öffentlichen Interesse widerspricht, insbesondere wenn
1. die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist oder
2. die ausländische juristische Person hinsichtlich der Höhe des Kapitals nicht entsprechenden Anforderungen genügt, wie sie das deutsche Recht an vergleichbare inländische juristische Personen stellt."

Unter Verzicht auf Einzelheiten bei der Auslegung der Vorschrift muß für die hier zu beantwortende Problematik immerhin festgestellt werden, daß der Ermessensspielraum für die Versagung der Genehmigung angesichts des Wortlautes von § 12 Abs. 2 GewO "...darf nur versagt werden, wenn..." denkbar gering ist¹⁾. Zwar zählt das Gesetz die genannten Versagungsgründe lediglich beispielhaft auf²⁾, aus dem eng gewählten Wortlaut wird man jedoch entnehmen müssen, daß eine Versagung lediglich aufgrund des allgemeinen öffentlichen Interesses - beispielsweise zum Schutz der inländischen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz - bei Nichtvorliegen der spezifizierten Versagungstatbestände nicht rechtmäßig sein kann³⁾. Andernfalls würde das vom Gesetz offenbar gewollte Regel- Ausnahme- Prinzip in sein Gegenteil verkehrt. Folglich besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung⁴⁾, wenn weder § 12 Abs. 2 Ziff. 1 noch Ziff. 2 GewO vorliegen.

1) So wohl auch W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 67

2) Vgl. den Wortlaut "insbesondere" (§ 12 Abs. 2 GewO)

3) So W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 67

4) So BENDER in LANDMANN/ROHMER, Gewerbeordnung, Bd.1 1979, § 12 Rdnr. 11; ebenso FUHR, Gewerbeordnung, 1960 ff., § 12 Anm.6 c; SIEG in SIEG/LEIFERMANN, Gewerbeordnung, 1978, § 12 Anm.9; vgl. auch BVerwG GewArch 57/58, 231 (232)

Betrachtet man § 12 GewO unter diesem Aspekt und bezieht man die Anzahl der de facto erteilten Genehmigungen¹⁾ in die Wertung mit ein, ergibt sich als Schlußfolgerung, daß ausländische Unternehmen durch den hier materiell vorliegenden bloßen Verbotsvorbehalt nicht entscheidend an der Aufnahme eines ins Auge gefaßten Gewerbes im Inland gehindert werden; einer solchen wirtschaftlichen Beteiligung bei Nichtdiskriminierung deutscher Gesellschaften im Sitzstaat und ausreichender Kapitalkraft des Unternehmens - die in der Regel gegeben sein dürfte, da andernfalls eine Auslandsaktivität für das betreffende Unternehmen selbst zu risikoreich wäre - nichts im Wege steht. Auf dem weit gespannten Feld des Gewerberechts ist eine generelle und differenzierungslose Sperre für Gesellschaften des Auslands jedenfalls nicht vorhanden.

Einer gesonderten Regelung unterliegen ausländische Gesellschaften im Rahmen des Bank- und Versicherungsgewerbes. Nach dem Gesetz über das Kreditwesen²⁾ bedürfen ausländische Unternehmen für die Aufnahme von Kredit- und Bankgeschäften durch eine im Inland unterhaltene Zweigstelle der Erlaubnis des Bundesaufsichtsamtes³⁾.

1) Das Bundesministerium für Wirtschaft stellt in gewissen Zeitabständen (alle zwei Jahre) fest, wieviel ausländische juristische Personen seit 1955 in der Bundesrepublik nach § 12 GewO zugelassen worden sind und wie sich die festgestellte Gesamtzahl auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Bei den folgenden Zahlen sind jur. Personen der EG nicht enthalten (wegen der Genehmigungsfreiheit nach § 12 a GewO), obgleich deren Tätigkeit im Inland einen nicht unwesentlichen Teil der ausländischen Aktivitäten bilden dürfte. An erster Stelle stand die USA mit 270 Zulassungen, Japan 193, Schweiz 186. Die meisten ausländischen jur. Personen sind tätig auf den Gebieten Repräsentation, Information, Werbung und Marktforschung (379), ferner auf den Sektoren Bau- und Montagearbeiten (59), Luftverkehr (56), Dienstleistungen (53). Vgl. Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 19.7.1977, GeschZ II B 6 - 121120/ - mit Zusammenstellung und tabellarischer Übersicht.

2) Vom 10.7.1961, BGBl. I S. 881 ff., i.d.F. v. 3.5.1976

3) §§ 53 Abs. 2 Ziff.5 i.V.m. 32 Abs. 1 KWG

Diese Erlaubnispflichtigkeit stellt per se keine Besonderheit dar, da auch inländische Unternehmen dieser unterliegen¹⁾, ist aber insofern intensiviert, als ein Versagungsgrund in der Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse liegen kann²⁾. Die Beschränkungsregelungen für ausländische Kreditunternehmen haben demnach einschneidenderen Charakter als die des übrigen Gewerberechts, was sich mit der generell empfindlicheren Natur des Kreditwesens im allgemeinen und der Vermeidung potentieller Störungen durch allzu massierte Errichtung von ausländischen Zweigstellen in der Bundesrepublik erklärt³⁾. Auch hier jedoch ist ein umfassender Ausschluß der ausländischen Gesellschaften von der Tätigkeit im Inland nicht vorgesehen.

Nichts anderes gilt im Ergebnis auch für den Bereich des Versicherungswesens⁴⁾, bei dem die Erlaubnis von der Verpflichtung der ausländischen Unternehmen zur Unterhaltung einer Filiale im Inland⁵⁾ und ansonsten vom "freien Ermessen"⁶⁾ der zuständigen Behörde abhängt.

1) Nach § 32 KWG

2) § 53 Abs. 2 Ziff.5 KWG. Nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses des Bundestages (vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Anlagen zu den Stenographischen Berichten zu Drucksache 2563, S. 17) soll die Vorschrift nicht gelten für Kreditinstitute, die ihren Sitz oder Niederlassung in einem EG-Staat haben.

3) Vgl. SZAGUNN/NEUMANN, Gesetz über das Kreditwesen, 1976, § 53 Rdnr.50

4) Vgl. §§ 105 Abs. 1, 106 Abs. 2 Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen v. 6.6.1931, RGBL. I, S. 750 ff.

5) § 106 Abs. 2 Ziff.3 Versicherungsaufsichtsgesetz

6) § 106 Abs. 2 Ziff.2 Versicherungsaufsichtsgesetz

bbb) Handels- und Gesellschaftsrecht

Im handels- und gesellschaftsrechtlichen Bereich bestehen, soweit ersichtlich, keine die erwerbswirtschaftliche Tätigkeit ausländischer Gesellschaften beschränkende Vorschriften¹⁾, wenn man davon absieht, daß alle handelsrechtlichen Anmeldungen, Zeichnungen, Einreichungen bei dem Gericht zu erfolgen haben, in dessen Bezirk die Zweigniederlassung besteht²⁾. Für Zweigstellen von Aktiengesellschaften ausländischen Sitzes gilt die spezielle Regelung in § 44 AktG³⁾, die aber gleichfalls keine Ge-

1) Art. 86 EGBGB, der die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Erwerb von Rechten durch juristische Personen beschränken oder von einer staatlichen Genehmigung abhängig machen, soweit Gegenstände im Werte von mehr als fünftausend Deutsche Mark betroffen sind, hat nur noch beschränkte Bedeutung. Art. 86 EGBGB ist zwar durch das Gesetz zur Wiederherstellung der Gesetzeseinheit auf dem Gebiet des Bürgerlichen Rechts vom 5.3.1953 (BGBl. I, S. 33 ff.) in seiner Anwendung gerade auf juristische Personen des Auslands beschränkt worden, hat jedoch durch das Bundesgesetz zur Aufhebung von Erwerbsbeschränkungen für Staatsangehörige und Gesellschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 2.4.1964 (BGBl. I, S. 248 ff.) insofern noch an Bedeutung verloren, als er nicht mehr anwendbar ist auf den Erwerb von Rechten durch marktangehörige Gesellschaften des Auslands im Sinne von Art. 58 Abs. 1 EWGV (§ 1 Abs. 1). Im übrigen haben Hamburg (hamb. Gesetz zur Aufhebung des § 28 des Gesetzes betreffend Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches v. 20.5.1955 (GVBl. S. 166)) und Hessen (hess. Gesetz v. 13.8.1948, aufgehoben durch hess. Gesetz v. 22.2.1966 (GVBl. I, S. 32)) die landesrechtlichen Beschränkungen aufgehoben.

2) § 13 b Handelsgesetzbuch v. 10.5.1897, RGBL. I, S. 219 ff.

3) Aktiengesetz v. 6.9.1965, BGBl. I, S. 1089 ff.

nehmungspflicht, sondern lediglich eine besondere Anmeldepflicht normiert. Auch auf diesem Sektor sind für die Tätigkeit von Gesellschaften des Auslands keine diese ausschließenden Rechtsvorschriften zu erkennen.

ccc) Steuerrecht

Ohne auf einzelne steuerrechtliche Vorschriften detailliert einzugehen, läßt sich als Anknüpfungstatbestand für die inländische Steuerhoheit bei juristischen Personen die Belegenheit des Sitzes oder der Geschäftsleitung im Inland bezeichnen¹⁾. Liegt keine dieser im Gesetz genannten persönlichen Beziehungen²⁾ zum deutschen Staatsgebiet vor, entfällt damit nicht etwa jegliche Steuerpflicht für ausländische Gesellschaften, die hier einer Wirtschaftstätigkeit nachgehen. Allerdings kommt eine auf deren Welteinkommen oder Weltvermögen ausgehende deutsche Steuerkompetenz nicht in Betracht; es besteht lediglich die beschränkte Kompetenz, diejenigen Einkünfte oder Vermögenswerte zu besteuern, die eine objektive Beziehung zum deutschen Staatsgebiet haben, indem sie aus dem Inland stammen (Quellentheorie) oder im Inland belegen sind (Belegenheitsprinzip)³⁾. Im Gegensatz zu der

1) Vgl. § 1 Abs. 1 KörperschaftssteuerG v. 31.8.1976, BGBl. I, S. 2597 ff., §§ 15 Abs. 3 Satz 1, 15 Abs. 1 SteueranpassungsG v. 16.8.1934, RGBl. I, S. 925 ff.

2) KLUGE in WEBER, Einführung in das Besondere Steuerrecht, Bd.3 1976, S. 33

3) BELLSTEDT, Die Besteuerung international verflochtener Gesellschaften, 1973, S. 17; KLUGE in WEBER, Einführung, S. 33

nach steuerrechtlichen Kriterien inländischen juristischen Person unterliegt die ausländische Kapitalgesellschaft damit der beschränkten Steuerpflicht¹⁾, die etwa im Bereich der Körperschaftssteuer nur die inländischen Einkünfte erfaßt²⁾. Dies setzt allerdings voraus, daß das ausländische Unternehmen im Inland eine Betriebsstätte³⁾ oder einen ständigen Vertreter⁴⁾ unterhält, da Gewinne aus gewerblicher Tätigkeit ohne einen derartigen territorialen Anknüpfungspunkt nicht der deutschen Steuerhoheit unterliegen. Betätigt sich die Gesellschaft lediglich durch Lieferungen aus dem Ausland am deutschen Markt, entstehen in der Bundesrepublik keine körperschaftssteuerlichen Wirkungen⁵⁾.

Die beschränkte Steuerpflicht unterscheidet sich außer in der Frage des Steuergegenstandes noch in einigen anderen Punkten von der unbeschränkten⁶⁾, was hier zu vertiefen jedoch zu weit führen würde. Für den Gang der Untersuchung ist zu fragen, worin der Grund für die unterschiedliche Behandlung von "Steuerinländern" und "Steuerausländern" liegt, wobei das Schwergewicht nur in vermindertem Maße auf dem Inhalt der differenzierenden Behandlung liegt, sondern vorzugsweise die Gründe für die Steuerpflicht ausländischer Unternehmen überhaupt zu ermitteln sind.

- 1) Vgl. § 2 Abs. 1 KörperschaftssteuerG i.V.m. § 49 EinkommensteuerG i.d.F. v. 21.6.1979, BGBl. I, S. 721 ff.; BFH BStBL. III, 1967, S. 400 (401); vgl. auch §§ 2 Abs. 1 Ziff.2, 9 Ziff.2 VermögenssteuerG i.d.F. v. 17.4.1974, BGBl. I, S. 949 ff.: beschränkte Steuerpflicht von "Steuerausländern", wozu auch jur. Personen des Auslands gehören; diese sind nur mit ihrem Inlandsvermögen steuerpflichtig.
- 2) Vgl. BELLSTEDT, a.a.O., S. 17; KLUGE in WEBER, a.a.O., S. 33
- 3) Zum Begriff der Betriebsstätte vgl. § 16 Abs. 1 SteueranpassungsG: "...jede feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die der Ausübung des Betriebes eines stehenden Gewerbes dient." Vgl. auch die in § 16 Abs. 2 SteueranpassungsG aufgeführten Beispiele.
- 4) Vgl. § 49 Abs. 1 Ziff.2 a EinkommensteuerG
- 5) KLUGE in WEBER, Einführung, S. 107
- 6) Vgl. dazu BELLSTEDT, a.a.O., S. 17 ff.; KLUGE, a.a.O., S. 33 f

Bei der im Inland ansässigen unbeschränkt steuerpflichtigen¹⁾ juristischen Person erfolgt die Besteuerung nach personellen Anknüpfungspunkten im universalen Umfang, weil diese in der Bundesrepublik den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit hat oder dies zumindest finanziert wird²⁾. Die umfassende Besteuerung entspricht in ihrer Umkehrung den vielfältigen Gewährleistungen, die der Staat den in seinem Hoheitsgebiet Lebenden³⁾ - und das sind in rechtlicher Hinsicht auch juristische Personen - bietet. Die beschränkt steuerpflichtige juristische Person des Auslands wird dagegen besteuert, weil sie im Inland Einnahmen erwirtschaftet hat. Die personellen Anknüpfungspunkte treten hinter sachlichen zurück, da der effektive Mittelpunkt der Interessen in der Regel im Ausland liegen dürfte. Art und Umfang der Besteuerung richten sich demgemäß nach Art und Umfang der Teilnahme und insbesondere Teilhabe an der inländischen Volkswirtschaft. Das Territorialprinzip verdrängt das bei der unbeschränkten Steuerpflicht geltende Universalprinzip: Relevant für die Steuerschuld sind Quantität und Qualität der im Hoheitsbereich der Bundesrepublik ausgeübten wirtschaftlichen Aktivitäten. Diese Betrachtungsweise wird letztlich von der Erwägung beseelt, daß die Staatsangehörigkeit⁴⁾ des Steuersubjekts zu einem anderen Staat

1) Anders im Gewerbesteuerrecht, wo die Unterscheidung unbeschränkte/beschränkte Steuerpflicht nicht getroffen, vielmehr jeder Gewerbebetrieb, der in einer inländischen Betriebsstätte ausgeübt wird, der Steuerpflicht unterworfen wird, vgl. §§ 2 Abs. 1 Satz 3 GewerbesteuerG i.d.F. v. 24.3.1977, BGBl. I, S. 484 ff., § 1 Abs. 1 Gewerbesteuerdurchführungsverordnung i.d.F. v. 22.4.1977, BGBl. I, S. 662

2) KLUGE in WEBER, Einführung, S. 34

3) DEBATIN, FR 1969, 277 (278)

4) Vgl. oben S. 77 ff.

noch nichts definitives über seine effektive wirtschaftliche Zugehörigkeit zu diesem Staat aussagt¹⁾.

Wie der Überblick zeigt, verschließt das deutsche Steuerrecht zugunsten des Staatsfiskus seine Augen nicht vor der Tatsache der intensiven und sich permanent intensivierenden grenzüberschreitenden ökonomischen Verflechtungen der Staaten²⁾ und insbesondere ihrer hier interessierenden Unternehmenseinheiten. Rechtliche Inhalte werden insoweit von der Intensität wirtschaftlicher Sachverhalte determiniert. Art und Umfang der Betätigung juristischer Personen des Auslands im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik bestimmen und begrenzen zugleich ihre Verpflichtung, an den innerstaatlichen Hoheitsträger Abgaben zu leisten. Es zeigt sich, daß im Steuerrecht ein Zusammenhang von wirtschaftlicher Betätigung im Inland und daraus resultierender öffentlich-rechtlicher Verpflichtung besteht. Soweit durch einfachgesetzliche Normierungen diese Betätigung zugelassen wird und auch tatsächlich erfolgt, reicht auch die Unterordnung unter, im Vergleich zu inländischen Gesellschaften in Einzelheiten zwar differenzierten, gleichwohl aber prinzipiell entsprechenden, verpflichtenden Normschichten.

Ein umfassender Ausschluß der juristischen Person des Auslands, der im Bereich des Steuerrechts zu ihren Gunsten gehen würde, läßt sich also auch auf diesem Sektor nicht nachweisen. Dagegen zeigt sich deutlich, daß hier der Grad der effektiven wirtschaftlichen Betätigung das Ausmaß der inländischen Steuerhoheit bestimmt.

1) So auch W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 75

2) Vgl. RUPP-v. BRÜNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

ddd) Außenwirtschaftsrecht

Der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Präsenz im Inland dominiert in der besonders gelagerten Materie des Außenwirtschaftsrechts über sonstige rechtliche Abgrenzungen der inländischen von der ausländischen juristischen Person. Das Außenwirtschaftsgesetz unterscheidet "Gebietsansässige" und "Gebietsfremde"¹⁾, wobei als im Wirtschaftsgebiet Ansässige nicht nur juristische Personen mit Sitz oder Geschäftsleitung auf diesem Territorium, sondern auch Zweigniederlassungen und Betriebsstätten, also rechtlich unselbständige Unternehmensteile ausländischer juristischer Personen definiert werden, sofern sie ein Mindestmaß an organisationstechnischer Selbständigkeit innehaben²⁾.

Diese weitgehend auf wirtschaftlich-geographisch-faktische Verhältnisse abstellende Regelung erklärt sich aus dem Zweck des Außenwirtschaftsgesetzes, den Wirtschaftsverkehr zwischen Inland und ausländischen Volkswirtschaften zu reglementieren³⁾. Insofern ist der Ausnahmecharakter dieser Vorschriften nicht zu vernachlässigen. Gleichwohl bleibt aber für die Untersuchung von Bedeutung, daß die effektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten, d.h. Art und Ausmaß der Inlandsbetätigung, rechtliche Wertungen beeinflussen können und, bei dem in Rede stehenden Gesetz seinem immanenten Zweck gemäß, sogar die sonst geltenden Kriterien der Sitztheorie außer acht lassend, eine eigene Abgrenzung von Gebietsansässigen und Gebietsfremden bestimmen.

1) Vgl. § 4 Abs. 1 Ziff.3, 4 AußenwirtschaftsG v. 28.4.1961, BGBl. I, S. 481 ff.

2) D.h. eigene Leitung und Buchführung, bzw. Verwaltung und Buchführung, sofern vorhanden, vgl. § 4 Abs. 1 Ziff.3 AußenwirtschaftsG

3) Vgl. SIEG/FAHNING/KÖLLING, Außenwirtschaftsgesetz, 1963 S. 51

eee) Internationales Arbeitsrecht und Privat-
rechtsverkehr

Von der durchaus inländergleichen Einbindung in das innerstaatliche Rechtsgefüge wird die ausländische juristische Person auch im Bereich des Arbeitsrechts nicht ausgenommen.

Zunächst unterliegt sie wie eine inländische Gesellschaft den zwingenden Anforderungen des Arbeitsschutzrechts¹⁾, soweit sie inländische Zweigstellen mit Personal besetzt. Vorschriften, die wie diese öffentlich-rechtlicher Natur und unverzichtbar sind²⁾, verlieren diesen ihren Charakter nicht etwa deshalb, weil im Inland Arbeitnehmer beschäftigende juristische Personen ihren effektiven Verwaltungssitz nicht auf deutschem, sondern fremden Territorium haben; es bleibt also auch für den deutschen Angestellten in der Düsseldorfer Niederlassung einer Turiner Firma³⁾ bei der Geltung deutscher Arbeitsschutzrechtsbestimmungen. Die Anwendbarkeit der genannten Vorschriften richtet sich gemäß ständiger Rechtsprechung im internationalen Arbeitsrecht nach dem Territorialitätsprinzip⁴⁾, an dem zumindest im Ergebnis auch in der Literatur festgehalten wird⁵⁾. "Öffentlich-

-
- 1) Demgemäß gelten also z.B. das MutterschutzG i.d.F. v. 18.4.1968, BGBl. I, S. 315 ff.; SchwerbehindertenG i.d.F. v. 8.10.1979, BGBl. I, S. 1649 ff.; JugendarbeitsschutzG v. 12.4.1976, BGBl. I, S. 965 ff.; Strahlenschutzverordnung i.d.F. v. 15.10.1965, BGBl. I, S. 1654; Arbeitsstättenverordnung i.d.F. v. 8.9.1975, BGBl. I, S. 2493 ff.; Arbeitszeitordnung v. 30.4.1938, RGBL. I, S. 447 ff. etc.
 - 2) PUTZO in PALANDT, Bürgerliches Gesetzbuch, 1980, Einf. vor § 611, Anm.8
 - 3) Vgl. DÄUBLER, AWD 1972, 1 f.
 - 4) RAGE 8, 195 (196); 9, 40 (42); RAG ARS 17, 401 (403); BAG AP Nr.4 zu § 1 SchwbeschG; LAG Düsseldorf AP Nr.1 zu IPR Arbeitsrecht
 - 5) So DÄUBLER, AWD 1972, 1 (2); BEITZKE, DB 1958, 224 (229); KAUFFMANN, DB 1960, 496 f.; TRINKNER, AWD 1966, 433 (436); SIMITIS, JUS 1966, 209 (215)

rechtliche Bestimmungen entspringen dem Gewaltverhältnis des Staates zu seinen Untertanen und können daher auf Rechtsverhältnisse, die im Ausland wurzeln, keine Anwendung finden, da ihre Anwendung auf der Macht des Staates beruht, welche nicht über die Landesgrenzen hinausreichen kann."¹⁾ Deutsches Arbeitsschutzrecht erfaßt somit jedes Arbeitsverhältnis, das sich in der Bundesrepublik realisiert²⁾, ein einem öffentlich-rechtlichen ordre public gleichkommender Satz³⁾, der einen - immerhin vorstellbaren - Versuch ausländischer Gesellschaften, die Geltung dieser Vorschriften durch Vereinbarung ausländischen Rechts mit dem deutschen Arbeitnehmer⁴⁾ zum Scheitern verurteilt.

Anders liegt es prima facie in den Bereichen des Arbeitsrechts, die dem privaten Recht zuzurechnen sind⁵⁾. Zwar unterliegen nach deutschem Recht geschlossene Arbeitsver-

1) So die Begründung in RAGE 9, 40 (42) für die strikte Anwendung des Territorialitätsgrundsatzes im Bereich des Arbeitsschutzrechtes

2) BEITZKE, RdA 1951, 134 (135)

3) So zu Recht FIKENTSCHER, RdA 1969, 204 (207)

4) Was i.d.R. zu Lasten des inländischen Arbeitnehmers ginge, vgl. dazu z.B. bei FIKENTSCHER, a.a.O., S. 204; BAG AP Nr. 11 zu IPR Arbeitsrecht

5) So z.B. das KündigungsschutzG i.d.F. v. 25.8.1969, BGBl. I, S. 1317 ff.; Bundesurlaubsgesetz v. 8.1.1963, BGBl. I, S. 2 ff.; vgl. auch bei TRINKNER, a.a.O., S. 436 und DERSELBE, BB 1967, 1290 (1293)

träge auch hier zwingenden Vorschriften¹⁾, gilt grundsätzlich das Recht des Arbeitsortes aufgrund ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung oder weil das Rechtsverhältnis dort seinen Schwerpunkt hat²⁾. In- des können die Parteien nach praktisch einhelliger An- sicht³⁾ in einem Vertrag mit Auslandsberührung⁴⁾ das maßgebliche Recht selbst bestimmen⁵⁾. Das aus dem deut- schen Schuldrecht resultierende, auch im International- privatrecht und damit im Internationalen Arbeitsrecht geltende Prinzip der Parteiautonomie erlaubt es grund- sätzlich, die kollisionsrechtliche Frage nach dem gelten- den Arbeitsstatut⁶⁾ des Arbeitsvertrages durch freie Rechts- wahl der Beteiligten zu beantworten⁷⁾. Für den Arbeitsver- trag des erwähnten Düsseldorfer Arbeitnehmers einer Turiner Gesellschaft könnte danach durchaus die Geltung italieni- schen Arbeitsrechts vereinbart werden.

-
- 1) Vgl. PUTZO in PALANDT, Bürgerliches Gesetzbuch, Einf. vor § 611, Anm.6; z.B. §§ 617, 618, 629 BGB, §§ 13 BURLG, 115, 115 a GewO
 - 2) So die ständige Rechtsprechung des BAG, vgl. z.B. E 7, 362 (363 f.); 16, 215 (222); so auch GAMILLSCHEG, Internationa- les Arbeitsrecht, 1959, S. 128 ff.
 - 3) So FIKENTSCHER, RdA 1969, 204 (205). Die den Grundsatz der Parteiautonomie bekämpfenden Ansichten im Internationalen Arbeitsrecht konnten sich nicht durchsetzen, vgl. TRINKNER, BB 1967, 1290 (1291). Gegner waren insbes. BEITZKE, RdA 1951, 134 ff.; SCHNORR v. CAROLSFELD, Arbeitsrecht, 1954, S. 52 und 421.
 - 4) Zur Frage der Auslandsberührung vgl. insbes. GAMILLSCHEG, AcP 157, 303 (313); TRINKNER, a.a.O., S. 1291 f.; SIMITIS, JUS 1966, 209 (211).
 - 5) So bereits RAGE 12, 184 (188); 15, 247 (248); ARS 17, 401 (402); wie auch BAG AP Nr. 2 zu § 124 a GewO; BAG AP Nr. 1 zu § 74 HGB; BAG Nr. 36 zu §§ 898, 899 RVO; BAG Nr. 4 zu § 1 SchwbeschG; BAG Nr. 3, 4, 9, 11 zu IPR Arbeitsrecht; TRINKNER, AWD 1966, 433 (434 f.); DERSELBE, BB 1967, 1290 (1292); GRÜTER, RdA 1964, 318 (319)
 - 6) Arbeitsstatut als Unterfall des allgemeinen international- privatrechtlichen Schuldstatus, vgl. GAMILLSCHEG, Interna- tionales Arbeitsrecht, S. 113; FIKENTSCHER, RdA 1969, 204
 - 7) FIKENTSCHER, a.a.O., S. 205

Dies gilt jedoch nicht schrankenlos. Grenze der Parteiautonomie bildet der *ordre public* des Art. 30 EGBGB, der die Anwendung eines ausländischen Rechtssatzes ausschließt, wenn dieser gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Die Vorbehaltsklausel greift dabei zugegebenermaßen nur in besonders krassen Fällen¹⁾ ein, aus ihrem grundsätzlichen Ausnahmecharakter²⁾ ergibt sich, daß sie nur zum Zuge kommen kann, wenn die Anwendung ausländischen Rechts zu im Einzelfall unerträglichen Ergebnissen³⁾ führen würde, nicht aber eine generelle Limitierung für die arbeitsvertragliche Vereinbarung solchen Rechts darstellt⁴⁾.

Wenngleich also im arbeitsvertraglich-individualrechtlichen Sektor - und dies gilt erweiternd betrachtet ebenso für das weitgespannte Feld des Privatrechtsverkehrs in seiner Gesamtheit, also auch beispielsweise beim Kontrahieren ausländi-

1) So BAG AP Nr. 10 zu IPR Arbeitsrecht, Bl. 159; für das Internationalprivatrecht allgemein vgl. die BGH-Formel in BGHZ 50, 370 (375); 54, 123 (130); 54, 132 (140), nach der für einen Verstoß gegen den Zweck darauf abzustellen ist, ob das Ergebnis der Anwendung ausländischen Rechts zu den Grundgedanken der deutschen Regelung und der in ihnen liegenden Gerechtigkeitsvorstellungen in so starkem Widerspruch steht, daß es von uns für untragbar gehalten wird.

2) KEGEL, Internationales Privatrecht, 1977, S. 237

3) GAMILLSCHEG, Internationales Arbeitsrecht, S. 63 Fn.1 a

4) So FIKENTSCHER, RdA 1969, 204 (205); TRINKNER, AWD 1966, 433 (435 f.). Dies ist auch der Grund für die verschiedentlich in der Literatur nachweisbaren Versuche, über kollisionsrechtliche Einzelschutzprinzipien die grundsätzlich freie Wahl des Vertragsrechts einzuengen - letztlich zugunsten des andernfalls nicht selten übervorteilten Arbeitnehmers, vgl. FIKENTSCHER, a.a.O., S. 207 f.; ähnlich auch DAUBLER, AWD 1972, 1 (8 ff.).

scher Unternehmen mit inländischen Wirtschaftssubjekten im Rahmen von internationalen Handelsbeziehungen - rechtsgeschäftliche Beziehungen ausländischem Recht unterstellt werden können, gilt jedoch letztlich die unübersteigbare Grenze des deutschen *ordre public*. Ein signifikanter Beleg für die Tatsache, daß selbst in Bereichen, die grundsätzlich der freien Rechtswahl der Parteien vorbehalten sind, ausländische juristische Personen jedenfalls in letzter Konsequenz Grundsätzen des einfachen inländischen Rechts unterworfen sind - immer unter der Voraussetzung gleichzeitig ausgeübter Inlandstätigkeit.

fff) Sonstige Rechtsbereiche

Die in den vorhergehenden Bereichen dargestellten Berührungspunkte ausländischer Gesellschaften mit inländischen Rechtsvorschriften lassen sich durch ihre Ausdrücklichkeit kennzeichnen. Dessen ungeachtet sind diese Gesellschaften, sofern sie im Inland tätig werden, nach den jeweils einschlägigen Gesetzen zu behandeln¹⁾, wobei diese Gesetze auch in dieser Anwendung nach den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit auszulegen sind²⁾.

So unterliegt es keinem Zweifel, daß auch eine ausländische juristische Person etwa bei Errichtung einer baulichen Anlage auf inländischem Territorium den Bestimmungen des Baurechts unterliegt³⁾, daß der Gesetzgeber sich im Bereich des Grundstückseigentums wie in den Materien des Bauland- und Enteignungsrechts im einfachgesetzlichen Bereich jeder Differenzierung zwischen inländischen

1) Vgl. dazu schon oben S. 43 ff.

2) So auch BLECKMANN, Grundrechtslehren, S. 109

3) Vgl. dazu den Sachverhalt bei BGH NJW 1980, 1567 und noch ausführlich oben S. 113 ff.

und ausländischen juristischen Personen enthalten hat¹⁾ und daß dies etwa im sicherheitsrechtlichen Bereich in gleicher Weise wie im Bereich des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozeßrechts²⁾ der Fall ist.

cc) Ausgestaltung im einfachen Recht als intensivierendes Moment für die Reduktion der Inländerklausel

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die ausländische juristische Person bei der Aufnahme wirtschaftlich orientierter Aktivitäten im Inland zwar Genehmigungserfordernissen und Anzeige-, bzw. Eintragungspflichten des einfachen Rechts unterliegt, nicht aber generell und vorbehaltlos von der Beteiligung an der inländischen Wirtschaft ausgeschlossen wird. Dieser im Grundsatz möglichen, aber bei ausländischem Sitz der Gesellschaft beschränkten erwerbswirtschaftlichen Verflechtung mit dem Inland entspricht eine gleichermaßen territorial beschränkte Subjektion unter Eingriffsbefugnisse der inländischen Staatsgewalt, wie sie sich insbesondere im abgabenrechtlichen Bereich manifestiert hat. Darüberhinaus unterliegt die ausländische juristische Person zahlreichen, nicht zwischen inländischem und ausländischem Subjektskreis differenzierenden Normbereichen, deren gesetzliche Ausgestaltung mithin sowohl inländische wie auch ausländische Gesellschaften erfaßt.

Diese Korrespondenz von wirtschaftlicher Inlandsbeziehung und rechtlicher Subjektion muß ihre Entsprechung in den in der Normenhierarchie auf oberster Stufe angesiedelten Normschichtungen, also auf der verfassungsrechtlichen Ebene

1) So auch neuerdings BGH NJW 1980, 1567 (1570)

2) Vgl. BLECKMANN, a.a.O., S. 109

finden, wie bereits gefordert wurde¹⁾. Die durch das Verständnis der hM im Zusammenhang mit Art. 19 Abs. 3 GG erzeugte Antinomie zu wirtschaftlich und rechtlich relevanten Sachverhalten zeigt sich sowohl systematisch als auch inhaltlich systemfremd und verkennt die zunehmende Verflechtung tatsächlicher wirtschaftlicher Interessen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen²⁾. Sie ist mithin korrekturbedürftig.

1) Vgl. oben S. 87 ff.

2) So zu Recht RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

2. Erhaltung des fremdenrechtlichen Aktionsspielraums der Bundesrepublik

Unbestreitbar hat die Inländerklausel in Art. 19
Abs. 3 GG einen fremdenrechtlichen Normzweck¹⁾:

"Der Schutz inländischer juristischer Personen ist im Ausland nicht überall vollkommen. Sie sind weder in allen Staaten anerkannt, noch genießen sie allerorten Betätigungsfreiheit. Um im Gegenzug der inländischen Staatsgewalt ein Druckmittel zu bieten, ist ihr die Tür zu Maßnahmen gegen ausländische juristische Personen offenzuhalten. Somit wird es im Wege von gegenseitigen Verträgen möglich, für die inländischen juristischen Personen eine günstigere Rechtsstellung einzuhandeln.... Zusammenfassend gesagt, sind es vor allem Schutzinteressen, die eine gesonderte Behandlung ausländischer juristischer Personen erfordern. Von hier aus wird die einschränkende Klausel des Art. 19 Abs. 3 GG verständlicher. Sie bedeutet, daß die Verfassung die deutsche Staatsgewalt nicht vorbehaltlos gegenüber fremden juristischen Personen binden, sondern ihr in jedem Fall größeren Handlungsspielraum geben will, als sie es bezüglich der inländischen juristischen Personen tut."²⁾

Ob dadurch der Grundrechtsschutz schlechthin ausgeschlossen sein soll, ist eine weitere Frage³⁾, die schon von der grundsätzlich ablehnenden überwiegenden Ansicht⁴⁾ im Bereich der Justiz- und Verfahrensgrundrechte verneint

1) Vgl. dazu v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 50; MEESSEN, JZ 1970, 602 (603); MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr. 12; GSCHWENDTNER, S. 256, vgl. auch oben S. 32 f., 64 f.

2) RITTER, NJW 1964, 279 (281)

3) RITTER, a.a.O.

4) Vgl. oben S. 33 Fn.3

wurde¹⁾.

Bei diesen gehe es nicht um die Einräumung materieller subjektiver Rechtspositionen mit Verfassungsrang, sondern die Zubilligung zugunsten ausländischer juristischer Personen führe lediglich dazu, daß sie ihre "vielleicht stark eingeschränkten" materiellen Rechte in einem rechtsstaatlichen Anforderungen genügenden Verfahren verfolgen können²⁾.

Nachgewiesen wurde aber bereits³⁾, daß nicht in erster Linie der formelle Charakter, auf den die hM in diesem Zusammenhang abstellen zu müssen glaubt, die Anwendung der Verfahrensgrundrechte auf alle denkbaren Grundrechtsdestinatäre rechtfertigt, sondern die als "situationsbedingt situationsgleich"⁴⁾ erkannte Verfahrensbetroffenheit vor der deutschen (rechtsprechenden) Hoheitsgewalt, der insoweit inländische wie auch ausländische juristische Personen unterfallen. Dieses Kriterium kann aber, auch bei noch näher zu untersuchenden materiellen Grundrechten des Katalogs auftreten⁵⁾. Dabei werden nun zwar ausländischen juristischen Personen materielle Grundrechtspositionen eingeräumt. Ist jedoch das Bedürfnis zur Wahrung eines fremdenrechtlichen Aktionsspielraums im Geltungsbereich der Verfahrensgrundrechte auf Null

1) Vgl. oben S. 56 Fn.1

2) So MEESEN, JZ 1970, 602 (605); ihm folgend v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.51

3) Vgl. oben S. 56 ff. (61 ff.)

4) Vgl. oben S. 64

5) Vgl. oben S. 68 ff.

reduziert, kann bei den aufgrund ebensolcher inländergleicher Eingliederung in die innerstaatliche Gewalt und Ordnung ausländischen Gesellschaften zumindest partiell zustehenden materiellen Grundrechten nicht anders geurteilt, muß also ein insoweit ebenso reduziertes Bedürfnis angenommen werden.

Der fremdenrechtliche Normzweck der Inländerklausel wird durch diese Betrachtungsweise nicht etwa aufgehoben, denn die deutsche Staatsgewalt wird nicht generell gegenüber fremden juristischen Personen gebunden; verliert nicht ohne weiteres jegliche Druckmittel¹⁾ beim Aushandeln die Wirtschaftstätigkeit deutscher Unternehmen im Ausland begünstigender Vertragsklauseln. Die hier vorgeschlagene Lösung gewährt Grundrechte nicht umfassend und einschränkungslos, sondern nur und ausschließlich bei entsprechender Inlandsbeziehung der ausländischen Gesellschaft, wie sie sich bei wirtschaftlicher Tätigkeit im Inland im Kriterium der Subjektion bei inländergleicher Verfahrensbetroffenheit²⁾ sublimiert. Juristische Personen des Auslands, die etwa kein im Inland belegenes Grundeigentum ihr eigen nennen, können sich insoweit nicht auf den Schutz durch Art. 14 GG berufen. Die Erweiterung des Grundrechtsschutzes darf schließlich nur soweit gehen, wie er sich vom Normzweck der Inländerklausel her rechtfertigen läßt. Ausländischen Gesellschaften mit Inlandsbeziehung wird fernerhin keine fremdenrechtlich umfassende Inländerbehandlung gewährt, wie dies in bilateralen völker-

1) RITTER, NJW 1964, 279 (281)

2) Vgl. dazu oben S. 63 f. und noch unten S. 113 ff.

rechtlichen Verträgen erfolgen kann¹⁾ und ausländischen Gesellschaften ohne Inlandsbeziehung wird nicht einmal dieser - partielle - Grundrechtsschutz zugestanden. Insofern ist die Stellung solcher fremder Unternehmen durch bilaterale Verträge durchaus noch verbesserungsfähig, verbleibt der Bundesrepublik Deutschland mithin immer noch ein beachtlicher Handlungsspielraum, ein nicht unbedeutendes "Lockmittel", das zur Verbesserung der Position deutscher juristischer Personen bei ihrer Tätigkeit im Ausland führen kann.

Die so begrenzte Bindung des Gesetzgebers ist auch nicht vorbehaltlos. Beispielsweise verlieren die einfachgesetzlichen Regeln des § 12 GewO oder § 44 Abs. 2 AktG²⁾ durch die beschränkte Grundrechtsgewähr an ausländische Gesellschaften kaum ihre rechtliche Gültigkeit³⁾. Eingriffe und Beschränkungen

-
- 1) Vgl. dazu oben S.32 Fn.1 die mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsverträge
 - 2) Vgl. oben S. 90 ff. bzw. S. 94 f.
 - 3) Das Gegenteil nimmt aber wohl W.W. SCHMIDT an, wenn er (Grundrechte, S. 83 f.) ausführt, daß Regelungen wie § 12 GewO allenfalls durch eine verfassungskonforme einschränkende Auslegung des Genehmigungsvorbehalts vor Verfassungswidrigkeit bewahrt werden könnten, wenn ausländischen Gesellschaften materieller Grundrechtsschutz zukäme. Diese Sicht verkennt, daß die Grundrechte, soweit gewährt, Einschränkungsmöglichkeiten durch Gesetzes- bzw. Interpretationsvorbehalte zulassen. Im Fall des § 12 GewO wäre der Bestand der Regelung vor Art. 3 Abs. 1 GG etwa durch die in § 12 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 GewO, sachliche Differenzierungsgründe gegenüber inländischen juristischen Personen bildende Schutzinteressen gewährleistet (vgl. zu § 12 GewO oben S. 90 ff.). In diesem Zusammenhang erfahren Schutzinteressen der Bundesrepublik ihre recht vornehmste Bedeutung; dies schließt jedoch nicht von vorneherein und generell, wie es W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 83 f. vertritt, die Grundrechtsfähigkeit überhaupt hinsichtlich ausländischer juristischer Personen aus.

werden dem inländischen Hoheitsträger von Verfassung wegen nicht völlig verwehrt; abgesehen vom Wesensgehalt unterliegen selbst Grundrechte bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen Gesetzes- oder zumindest Interpretationsvorbehalten, die unter Umständen weitere Beschränkungen zu Lasten solcher Unternehmen möglich machen, wobei wieder neue Druckmittel geschaffen werden¹⁾. Dies berücksichtigend bedarf es dazu nicht des von RITTER konstruierten "generellen Eingriffsvorbehalts"²⁾, vielmehr folgt dies schon aus Ausgestaltung und Auslegung der Grundrechte als solcher.

Die Kriterien der inländergleichen Gewaltunterworfenheit und der wirtschaftlichen Inlandsberührung, die Umfang wie auch notwendige Begrenzung der Grundrechtsträgerschaft ausländischer juristischer Personen determinieren, erweisen sich mithin als geeignet, bei sachlich gerechtfertigter, aber maßvoller Erweiterung des Grundrechtsschutzes gleichzeitig den nach dem Normzweck des Art. 19 Abs. 3 GG intendierten grundsätzlichen fremdenrechtlichen Aktionsspielraum

1) Im übrigen wäre zu fragen, ob die nach hier vertretener Ansicht ausländischen Gesellschaften partiell zu gewährenden Grundrechte nicht statt des von RITTER, NJW 1964, 279 (281) beschworenen "Druckmittel"-Verlusts u.U. zu einer Art Lockmittel werden, welches ausländische Vertragspartner möglicherweise zur Gleichstellung deutscher Gesellschaften zumindest im Sinne einer Inländergleichbehandlung anreizen könnte. Denn die "Druckmittel"-Funktion läßt sich jedenfalls nicht ohne weiteres belegen.

2) Vgl. oben S. 38 ff.

ausreichend zu wahren, so daß Belange der Bundesrepublik nicht vorschnell oder prinzipiell aufgegeben werden¹⁾. Der fremdenrechtliche Gehalt der Inländerklausel steht daher einer - nun im einzelnen vorzunehmenden - partiellen Erweiterung des Grundrechtsschutzes auf ausländische Wirtschaftssubjekte nicht entgegen.

II. Anwendbarkeit materieller Grundrechte auf ausländische juristische Personen im einzelnen

Dabei soll die Untersuchung mit den im Zusammenhang mit Art. 14 GG aufzuwerfenden Fragen begonnen werden. Dies bietet sich an, denn anhand des Eigentumsgrundrechts lassen sich Wertungswidersprüchlichkeiten des herrschenden Verständnisses der Inländerklausel beispielhaft dokumentieren, was nicht zuletzt anhand der jüngeren Rechtsprechung zu belegen sein wird. Erweiternd werden dann weitere Grundrechte in die Betrachtung einbezogen werden.

1) Selbst wenn ausländische Staaten deutschen juristischen Personen nicht generell Grundrechtsschutz gewähren, ist ZULEEG, DVBL 1974, 341 (345) beizupflichten, wenn er im Zusammenhang mit dem Grundrechtsschutz ausländischer natürlicher Personen meint, es bestehe kein Grund, die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Fremdenpolitik der Bundesrepublik zurückzuschrauben, weil die Nachbarländer "ein weit rigoroseres" Ausländerrecht praktizieren. Dies ist sinngemäß auf ausländische Gesellschaften zu übertragen.

1. Artikel 14 GG

- a) Grundeigentum. Urteile des LG München vom 20.9.1978 und des BGH vom 28.2.1980

Daß der Ausschluß ausländischer Gesellschaften vom materiellen Grundrechtsschutz zu sachlich nicht gerechtfertigten Differenzierungen und mit- hin unbilligen Ergebnissen führen kann, zeigt das Beispiel einer Anstalt liechtensteinischen Rechts mit Sitz in Vaduz, deren Betätigungsfeld im Inland auf dem Immobiliensektor lag¹⁾.

Dieser war eine Baugenehmigung für ein in München belegenes Grundstück verweigert worden, deren Er- teilung in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Ge- nehmigung nach dem Denkmalschutzgesetz stand. Dabei war, wie vorgetragen wurde, das behördliche Verfahren rechtswidrig bis zum Inkrafttreten des Denkmalschutz- gesetzes durch zahlreiche, zum Teil widersprüchliche, Änderungswünsche der Baugenehmigungsbehörde verzögert und schließlich aufgrund denkmalschutzrechtlicher Er- wägungen verweigert worden²⁾.

Diesen Tatsachenvortrag als gegeben unterstellt, wäre ein Entschädigungsanspruch zwar nicht nach Art. 14 GG unmittelbar, jedoch unter dem Aspekt des enteignungs- gleichen Eingriffs in Betracht gekommen, da nach der ständigen Rechtsprechung des BGH im Enteignungsrecht "bei Berücksichtigung der hier gebotenen wirtschaft-

1) LG München v. 20.9.1978, AZ 90 74 82/76 (unveröffent- licher Entscheidungsabdruck)

2) LG München, a.a.O., Entscheidungsabdruck S. 3 f.

lichen Betrachtungsweise für einen Eingriff einem behördlichen förmlichen Verbot eine hoheitliche Maßnahme rein tatsächlicher Art und Wirkung gleichzusetzen" ist, "die wie die behördliche förmliche Maßnahme den Betroffenen zu einem Opfer zwingt¹⁾. Zumindest in den Fällen, in denen weder die sachlichen Voraussetzungen für die Anordnung einer förmlichen Veränderungssperre, noch die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen nach allgemeinen Grundsätzen eine Bausperre einen lediglich eigentumsbeschränkenden Charakter hat, löst eine faktische Bausperre... einen Entschädigungsanspruch aus."²⁾ Das ist jedenfalls dann der Fall, wenn ein eindeutiges Verhalten der Behörde erkennbar wird, das Ausdruck der ernstesten Absicht ist, das Bauvorhaben nicht zur Durchführung gelangen zu lassen³⁾.

Der liechtensteinischen Gesellschaft wurde ungeachtet dessen erstinstanzlich jedwede Entschädigung verweigert, da dem aus Art. 14 GG entsprechend hergeleiteten Anspruch Art. 19 Abs. 3 entgegenstehe und "ausländische juristische Personen auch weitestgehend von den Verpflichtungen der deutschen Rechtsordnung nicht betroffen werden können."⁴⁾

1) BGH NJW 1972, 1713

2) BGH NJW 1966, 884 (885). Vgl. zum Problem der "faktischen Bausperre" grundlegend BGH NJW 1959, 2156, wonach diese nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln ist wie die Veränderungssperre nach dem BBauG; vgl. auch BGH NJW 1972, 1946 f.: 15 Monate langes Untätigbleiben der Behörde als "faktische Bausperre" zu behandeln; KIMMINICH in BK, Art. 14 Rdnr.147 f.

3) BGH NJW 1972, 1713

4) LG München v. 20.9.1978, AZ 90 74 82/76, Entscheidungsabdruck S. 7 f.

Die gegen dieses Urteil gerichtete Sprungrevision der Klägerin¹⁾ hatte insoweit Erfolg, als der BGH den Ausgangspunkt des LG, der Entschädigungsanspruch werde durch Art. 19 Abs. 3 GG ausgeschlossen, verwarf. Leider aber hat das Gericht dabei nicht die bisherige Auslegung der Inländerklausel einer eingehenden oder gar kritischen Betrachtung unterzogen, sondern Art. 19 Abs. 3 GG nicht für einschlägig erachtet, weil der Entschädigungsanspruch aus enteignungsgleichem Eingriff nicht allein der Grundrechtsebene, sondern "seine Ausgestaltung nach Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen im einzelnen" der Ebene einfachen Rechts zuzuordnen sei²⁾.

Dort aber habe sich der einfache Gesetzgeber gegen eine Verschiedenbehandlung ausländischer und inländischer juristischer Personen als Grundstückseigentümer entschieden. Ungeachtet dessen gebe es im grundrechtlichen Bereich keinen Schutz des Eigentums einer ausländischen Gesellschaft³⁾.

Es fällt schwer, sich dieser Begründung vorbehaltlos anzuschließen. Selbst wenn man die Ausgestaltung des Anspruchs im einzelnen dem einfachen Recht zuordnet⁴⁾, kann doch der verfassungsrechtliche Ursprung nicht außer Betracht bleiben.

1) BGH NJW 1980, 1567 ff.; vgl. für den Sonderfall, daß ein bilateraler Vertrag der ausländischen Gesellschaft Inländerbehandlung gewährt, jetzt BGH NJW 1980, 2457 (2459), sog. "Fluglotsen-Urteil", vgl. ausführlich noch unten S. 149 Fn.3

2) BGH, a.a.O., 1569

3) BGH NJW 1980, 1567 (1570)

4) So auch LERCHE, JUS 1961, 237 (240 f.)

Die Grundlage für den Entschädigungsanspruch aufgrund enteignungsgleichen Eingriffs ergibt sich unmittelbar aus Art. 14 GG¹⁾, im Wege einer rechtsergänzenden "Anbindung an die grundgesetzliche Entschädigungsnorm"²⁾. Basiert der Entschädigungsanspruch somit letztlich im Verfassungsrecht³⁾, läßt sich die damit verschmolzene Frage des Ob und Wie im einzelnen nicht durch den einfachen Hinweis auf einfachgesetzliche respektive einfachgewohnheitsrechtliche Normebenen erschöpfend zugunsten der ausländischen Gesellschaft lösen. Die damit vorgenommene Zäsur, das Retirieren hinsichtlich der grundrechtlichen Seite auf den Standpunkt der herrschenden Ansicht, steht im Widerspruch zu dem letztlich auf unterverfassungsrechtlicher Ebene herbeigeführten und dort als gerecht empfundenen (!) Ergebnis - Entschädigungsgewähr zugunsten der ausländischen Gesellschaft für den rechtswidrigen enteignungsgleichen Eingriff. Diese Lösungsmöglichkeit hätte vielmehr im Sinne einer auch verfassungsrechtlichen Eigentums- und Entschädigungsgarantie zugunsten ausländischer juristischer Personen vermieden werden können⁴⁾ - und sollen.

Bleibt nach Ansicht des BGH somit das Auseinanderklaffen von einfachgesetzlicher und verfassungsrechtlicher Wertungsstruktur erhalten, stimmt die Vorstellung bedenklich, das Gericht hätte sich im Ergebnis der Ansicht der

1) BGHZ 6, 270 (290 f.); 32, 208 (212); MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.94

2) BENDER, Staatshaftungsrecht, 1974, Rdnr.60

3) Vgl. RÜFNER in ERICHSEN/MARTEN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 1977, S. 393: "Verfassungsrechtlich zwingend... ist jedoch allenfalls der Gedanke, daß für rechtswidrige Eingriffe in das Eigentum überhaupt Entschädigung gewährt werden muß."

4) So wohl auch GRAMLICH, BayVBL 1980, 625, wenn er meint: "Gleichsam durch die Hintertür... bejahten die Karlsruher Richter jedoch einen Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff...."

Vorinstanz angeschlossen und die betroffene juristische Person hätte Verfassungsbeschwerde zum BVerfG wegen behaupteter Verletzung ihres Eigentumsgrundrechts erhoben. Sie wäre - die Grundsätze der herrschenden Ansicht zugrundegelegt - als unzulässig abgewiesen worden; mithin trotz rechtswidrigen Eingriffs in ihr Eigentum ohne Entschädigung geblieben! Ob es ein vom Grundgesetz in Wahrheit erstrebtes Ziel sein kann, den Rechtsschutz ausländischer juristischer Personen in solchen Fällen unter Kupierung verfassungsrechtlicher Rechtsbehelfe und materieller Rechte auf der Ebene der Revisionsinstanz enden zu lassen, muß bezweifelt werden und erscheint - um die Verbindung zu den formellen Grundrechten erneut zu knüpfen - auch unter rechtsstaatlichem Blickwinkel in einem bedenklichen, nicht hinnehmbaren Licht¹⁾.

Am Beispiel der liechtensteinischen Gesellschaft manifestiert sich die Unterworfenheit ihres im Inland belegenen Grundeigentums unter inländische Hoheitsgewalt. Insoweit wurde die Gesellschaft durchaus - entgegen der Ansicht der Vorinstanz²⁾ - von Verpflichtungen der deutschen Rechtsordnung betroffen, unterlag sie unbeschränkt den sich aus der innerstaatlichen Ordnung ergebenden Normwirkungen und Eingriffsmöglichkeiten. Besteht daher für ausländische Unternehmen in diesem Zusammenhang stets die Gefahr aktuellen Betroffenseins, wird diese Möglichkeit nicht etwa durch die Tatsache der Belegenheit des Sitzes im Ausland aufgehoben, sondern beurteilt sich unabhängig

1) Zur Frage des fremdenrechtlichen Aktionsspielraums vgl. oben S.

2) Vgl. dazu oben S.

von diesem, die Grundrechtsfähigkeit angeblich ausschließenden Aspekt nach der Eingebundenheit ihres Eigentums im inländischen Staatsgebiet, unterfällt dieses Eigentum daher Sozialbindung und Eingriffsmöglichkeiten des Art. 14 GG und daraus hergeleiteter Regelungen, ist nicht einsichtig, daß der Subjektion unter die Verpflichtungen nicht auch die korrelierenden Garantien gegenüberstehen sollen¹⁾.

Ist bei den Justizgrundrechten die Frage aufgeworfen und verneint worden, ob die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat Vorteil daraus ziehen sollte, daß infolge Verletzung des Art. 19 Abs. 4 GG und der Art. 101 ff. GG ausländische juristische Personen die ihnen zustehenden Rechte nicht durchsetzen können²⁾, so ist in gleicher Weise die Frage zu verneinen, ob es eine sachgerechte, tatsächlich von Art. 19 Abs. 3 GG geforderte Differenzierung bildet, wenn denselben Gebilden im konkreten Fall die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie vor-enthalten wird.

b) Eigentum am Gewerbebetrieb

Die entwickelten allgemeinen, beim wirtschaftlich genutzten Grundeigentum deutlich hervortretenden Grundsätze eröffnen bei Art. 14 GG erweiternd dessen Anwendungsbereich. Geschützt wird nicht nur Grundeigentum, sondern nach dem erweiterten Eigentumsbegriff des Verfassungsrechts³⁾ auch das bei wirtschaftlicher Betätigung besonders relevante

1) So auch DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitationsvortrag, unveröff. Manuskript, S. 5 f.)

2) So MEESEN, JZ 1970, 602 (605)

3) MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.32

Eigentum am Gewerbebetrieb¹⁾. Auch hier wird die ausländische juristische Person als Eigentümer für im Inland belegenes, wirtschaftlich genutztes Eigentum in die innerstaatliche Rechtsordnung inländergleich eingebunden, unterliegt im Rahmen der Sozialpflichtigkeit aufgrund situationsgleicher Situationsgebundenheit hoheitlichen Genehmigungs- wie Eingriffsbefugnissen vergleichbar mit jedem anderen inländischen Gewerbebetrieb. Wird also das sachlich-materialisierte Substrat ausländischer Wirtschaftstätigkeit im Inland dergestalt von verpflichtenden Normwirkungen des Art. 14 GG erfaßt, ist korrespondierend dazu die eigentumssichernde Funktion des Grundrechts zu gewähren, mithin der Schutz des Art. 14 GG solchen, die genannten Bedingungen erfüllenden ausländischen Unternehmen zuzubilligen, entfällt insoweit die mehrfach dargestellte, von der hM zugrundegelegte Normsituation²⁾ im Rahmen des Art. 19 Abs. 3 GG.

1) MAUNZ, a.a.O., Rdnr.32: "...in seinen Ausstrahlungen, nicht nur Betriebsgrundstücke und -räume, Einrichtungsgegenstände, Warenvorräte und Außenstände, sondern auch die geschäftlichen Verbindungen, der Kundenstamm usw., kurz alles, was in seiner Gesamtheit den wirtschaftlichen Wert des Betriebes ausmacht, stellt eine Rechtsposition dar."; vgl. auch BGHZ 23, 157 (162); 45, 150 (154); 48, 65 (66); LM, GG Art. 14, E a Nr.32; BVerfGE 1, 264 (277); 13, 225 (229)

2) Vgl. S. 29 ff., 64 ff.; a.A. für Art. 19 Abs. 3 GG jetzt BGH v. 28.2.80 NJW 1980, 2457 (2459), wo jedoch Eigentumschutz infolge Eingriffs in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb wegen des Handels-, Schifffahrts- und Freundschaftsvertrages mit den USA gewährt wird, (vgl. ausführlich unten S. 149 Fn. 3), Art. 19 Abs. 3 GG mithin gar nicht näher untersucht worden ist.

c) Gewerbliche Schutzrechte

Dies berücksichtigend gelangt man zu der Erkenntnis, daß die Verfassungsbeschwerde der amerikanischen Aktiengesellschaft mit New Yorker Sitz, die die Verletzung von Art. 14 GG (und Art. 3 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG) mit der Begründung gerügt hatte, jedenfalls auf den Gebieten des Patent- und Erfinderrechts sei Grundrechtsfähigkeit ausländischer Gesellschaften gegeben¹⁾, zumindest nicht als unzulässig hätte verworfen werden dürfen²⁾.

Art. 14 GG schützt auch das "geistige Eigentum" wie Patent- und sonstige Schutzrechte mit deren wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten³⁾. Hat die genannte ausländische Kapitalgesellschaft ein deutsches Patent erhalten und unterlag sie insofern in ihrem wirtschaftlichen Betätigungsfeld im Rahmen des Patenterteilungsverfahrens inländischen Normwirkungen wie eine inländische Gesellschaft, unterwarf sie sich den Regelungsbefugnissen des inländischen Hoheitsträgers in Gestalt des Deutschen Patentamts. Nach den ermittelten Grundsätzen bedarf es dann keiner weiteren Erörterung, daß die Grundrechtsfähigkeit in diesem Fall, ebenso wie im Bereich des Art. 14 GG überhaupt, hätte anerkannt werden müssen.

1) BVerfGE 21, 207 (208 f.); vgl. dazu schon oben ausführlich S. 27 f.

2) So im Ergebnis, jedoch mit anderer Begründung, auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019). Vgl. dazu noch unten S. 141 ff.

3) BVerfGE 31, 229 (238 f.); MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.32

Im Ergebnis kommt daher der Schutz der Eigentumsgarantie bei Vorliegen der dargestellten Inlandsberührungskriterien auch ausländischen juristischen Person zugute¹⁾.

2. Artikel 12 GG

Der Wortlaut des Absatzes 1 beschränkt die Geltung des Grundrechts auf Deutsche; der Schutz der Berufsfreiheit erstreckt sich infolgedessen nicht auf Ausländer²⁾. Eine erweiternde Betrachtung muß in diesem Grundrechtsbereich schon deshalb fehlgehen, da der Grundrechtsschutz ausländischer juristischer Personen kaum weiter gehen kann, als der des einzelnen Ausländers³⁾ will man nicht Kategorien der Sitztheorie⁴⁾ in Zweifel ziehen und einen "Durchgriff" auf die hinter der Gesellschaft stehenden

1) So wohl auch RUPP-v. BRÖNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382). Unterstützende Argumentation bei MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.7: "...stellt die Eigentumsgewährleistung eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, daß ausländische Unternehmungen im Inland Investitionen vornehmen. Sie fördert mit anderen Worten die weltwirtschaftliche Verflechtung. Ein Staat, der das Eigentum nicht garantiert, wird nur schwer mit ausländischen Investitionen rechnen können, die oft entscheidend zum wirtschaftlichen Aufstieg bzw. zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Status beitragen können; denn der private Kapitalgeber wird im allgemeinen nur das wirtschaftliche Risiko von Auslandsinvestitionen übernehmen wollen und können, wenn er die Sicherheit hat, daß diese Investitionen vor Beschlagnahme, Enteignung und Liquidation geschützt sind. Art. 14 GG stellt mithin auch die Vertrauensgrundlage für ausländische Investitionen und den internationalen Handel dar."

2) Vgl. nur MAUNZ, a.a.O., Art. 12 Rdnr.6

3) So zu Recht HENDRICHs in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 19 Rdnr.31 a.E.; MASER, S. 14; BACHOF in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHNEURER, Grundrechte Bd.III/1, S. 178 Fn.92; im Ergebnis auch RITTER, NJW 1964, 279 (282); DEGENHART, Grundrechtsschutz, (Habilitationvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 7)

4) Vgl. oben S. 8 Fn.1, S. 81

Mitglieder derselben befürworten¹⁾.

3. Artikel 2 Absatz 1 GG²⁾

Für die hier zu prüfende Frage ist entscheidend, daß die allgemeine Handlungsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiet von Art. 2 Abs. 1 GG mitumfaßt wird³⁾. Sieht man die Vorschrift als in diesem Sinne weitgefaßtes Grundrecht, muß juristischen Personen der Schutz dieses Rechts zugesprochen werden; der status negativus ist im Rahmen der

-
- 1) So aber RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382 f.), wenn sie es für bedenklich hält, im auf Deutsche beschränkten Wortlaut eine Rechtfertigung für den völligen Ausschluß ausländischer juristischer Personen vom Schutz des Grundrechts zu finden. Insofern schließt sich ihr Gedanke an, bei einer von Deutschen gebildeten Gesellschaft mit Sitz im Ausland die Berufung auf Art. 12 GG mittels eines "begrenzten Durchgriffs" zuzulassen.
 - 2) Außer Betracht bleibt der Streit, ob Art. 2 Abs. 1 GG überhaupt auf juristische Personen Anwendung finden kann, wozu DÖRIG in MDHS, Art. 2 Abs. 1, Rdnr. 68 zu Recht ausgeführt hat, daß eine einheitliche Betrachtungsweise fehlt am Platze sein muß, vielmehr darauf abzustellen ist, ob die in Frage stehende jeweilige Erscheinungsform der allgemeinen Handlungsfreiheit "ihrem Wesen nach" auf jur. Personen zutreffen kann. Zu den abweichenden Ansichten vgl. die Darstellung bei MASER, S. 35 ff.; FEILER, S. 73 ff.
 - 3) So die überwiegende Ansicht, vgl. BVerfGE 10, 89 (99) m.w.N.; 12, 341 (347); DÖRIG, a.a.O., Art. 2 Abs. 1, Rdnr. 12, 43, 67; BAG NJW 1964, 2269 (2272); BVerfG NJW 1964, 2075 (2076); SCHEUNER, Berufsständische Versorgungseinrichtungen, 1954, S. 31; a.A. SCHÖLE, VVDStRL Bd. 11 (1952), S. 75 (85, 143)

allgemeinen wirtschaftlichen Handlungsfreiheit durch die Wesensklausel des Art. 19 Abs. 3 GG für juristische Personen gesichert¹⁾.

Erschließt das Kriterium der inländergleichen Subjektion in Verbindung mit wirtschaftlicher Betätigung auf inländischem Territorium den Schutzbereich des Art. 14 GG zugunsten ausländischer juristischer Personen, begründet dieser Gesichtspunkt die teleologische Reduktion des an sich restriktiven Normgehalts der Inländerklausel in Art. 19 Abs. 3 GG und hat die Entfaltung der grundrechtsbegründenden verbleibenden Normwirkung der Vorschrift zur Folge, wird diese Wirkung mithin auch zugunsten der ausländischen Gesellschaft konstituiert, so läßt sich dieser Gesichtspunkt im Grundsatz erweiternd übertragen auf den in der allgemeinen Handlungsfreiheit mitverkörpertten wirtschaftsverfassungsrechtlichen Gehalt²⁾. Auch Art. 2 Abs. 1 GG muß dann einklagbare, mit der Ver-

1) Vgl. HUBER, Verfassungsproblematik eines Kartellverbots, 1955, S. 10, wo Art. 2 Abs. 1 im Hinblick auf juristische Personen als "Wirtschaftsgrundrecht" bezeichnet wird. Für die Anwendung des Art. 2 Abs. 1 im Bereich wirtschaftlicher Tätigkeit: SCHEUNER, VVDStRL Bd.11 (1952), S. 1 (5 Fn.12); BVerfGE 10, 89 (99); BFH NJW 1961, 2135; BAG NJW 1963, 2289 (2291); STRICKRODT, NJW 1955, 1697 (1699); SCHÜTZE, S. 12.
Für die Anwendung ohne Beschränkung auf wirtschaftliche Bereiche: BALLERSTEDT in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.III/1, S. 69; BELLSTEDT, DÖV 1961, 161 (165); ERLER, Freiheit und Grenze, 1952, S. 23; FORSTHOFF, Verfassungswidrigkeit der Zweigstellensteuer (Gutachten), Unternehmung und Steuer, 3. Folge, Heft 4, 1960, S. 22; KLEIN, VVDStRL, Bd.8, S. 67 (103)

2) So RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)

fassungsbeschwerde rügbare Abwehrpositionen ausländischer juristischer Personen gegenüber nationalitätsbedingten Diskriminierungen statuieren¹⁾, soweit nicht gerade der betroffene Sektor wirtschaftlicher Betätigungsfreiheit seine thematische Platzierung innerhalb der benannten Grundrechte erfahren hat²⁾, denn es bleibt auch auf wirtschaftlichem Gebiet dabei, daß Art. 2 Abs. 1 GG erst dort - aber überall dort -, wo die extensive Interpretation der speziellen Freiheitsrechte thematisch versagt, als Hauptfreiheitsrecht mit Auffangcharakter selbständige Bedeutung erlangt³⁾.

Aus dieser Konzeption heraus läßt sich dann auch die Frage beantworten, ob ausländische juristische Personen hinsichtlich der bei Deutschen, bzw. inländischen Gesellschaften von Art. 12 GG abgedeckten Materie schutzlos sind. Nicht nur bei thematischem Versagen benannter Freiheitsrechte, sondern auch in personaler Hinsicht schließt die allgemeine (hier erwerbswirtschaftliche) Handlungsfreiheit die entstandenen Grundrechtsbreschen⁴⁾. Dieser beim

1) So wohl auch RUPP-v. BRÜNNECK, a.a.O.

2) So hat etwa die Materie Eigentumserwerb und -gebrauch in Art. 14 GG ihre Sonderregelung erfahren, die den Rückgriff auf Art. 2 Abs. 1 erspart. Ebenso läßt sich bei behutsam extensiver Interpretation des Art. 12 Abs. 1 GG dort die gesamte Materie des Berufsrechts - inclusive Berufswahl, Berufsausübung und Berufsaufnahme (-zulassung) einordnen, ohne Art. 2 Abs. 1 GG bemühen zu müssen, vgl. zum Ganzen DÜRIG in MDHS, Art. 2 Abs. 1, Rdnr.11, 43

3) DÜRIG, a.a.O., Rdnr.11 a.E.

4) Insoweit a.A. DÜRIG in MDHS, Art. 2 Abs. 1, Rdnr.66. Richtig aber z.B. ROLVERING, Die Rechtsgarantien für eine politische Betätigung von Ausländern in der BRD, Diss. Tübingen 1970, S. 120 f.: "Eine andere Betrachtungsweise widerspräche dem Charakter des Art. 2 Abs. 1 als Auffanggrundrecht."

einzelnen Ausländer anerkannte¹⁾ und systemgerechte²⁾ Ansatz ist zu übertragen auf die letztlich strukturell eine Vereinigung von ausländischen Individuen verkörpernde³⁾ ausländische juristische Person.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß der insoweit wieder-auflebende Schutz dieses Grundrechts im Bereich der beruflichen, bzw. gewerblichen Freiheit zwar ein umfassendes Freiheitsblankett bedeutet, gleichzeitig jedoch durch einen weitgefaßten und elastischen Schrankenvorbehalt relativiert wird, also ein umfassendes Ordnungsblankett beinhaltet⁴⁾. Dem inländischen Hoheitsträger sind danach also nicht etwa Eingriffe und Beschränkungen gegenüber Unternehmungen mit ausländischem Sitz verwehrt⁵⁾, sondern im Gegenteil in intensiverem Maße erlaubt, als dies bei Geltung des Art. 12 GG der Fall sein würde⁶⁾. Insofern wird durch die hier vorgeschlagene Lösung nicht

-
- 1) So die hM, vgl. BVerfGE 35, 382 (399); JZ 1975, 441 (442); BACHOF in BETTERMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.III/1, S. 178; ZULEEG, DÖV 1973, 361 (362 f.); ISENSEE, VVDStRL Bd.32 (1974), S. 49 (80); v. MÜNCH in BK, Art. 8 Abs. 2, Rdnr.2, Art. 9 Abs. 2, Rdnr.2. Dagegen v. MANGOLDT/KLEIN, GG Bd.1, Art. 8 Anm.II 4; MAUNZ in MDHS, Art. 12 Rdnr. 6; DÜRIG, a.a.O.; DOLDE, Die politischen Rechte der Ausländer in der Bundesrepublik, 1972, S. 45 ff. m.w.N.; SCHNAPP, DÖV 1973, 593 (594)
 - 2) ISENSEE, a.a.O.
 - 3) Insoweit zu Recht RITTER, NJW 1964, 279 (281 f.); RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382)
 - 4) So treffend ISENSEE, VVDStRL Bd.32 (1974), S. 49 (80 Fn.73), damit DÜRIGS Ansicht in MDHS, Art. 2 Abs. 1, Rdnr.66 widerlegend, der Ausländer könne bei Berufung auf Art. 2 Abs. 1 GG (systemwidrig) besser gestellt sein als der sich auf Art. 12 GG berufende Deutsche.
 - 5) Vgl. dazu schon oben S. 110 f.
 - 6) So zu Recht ZULEEG, DÖV 1973, 361 (362): "Die Grenzen für die Einschränkung sind bei den Bürgerrechten enger gezogen als bei Art. 2 Abs. 1 GG."

etwa der vom Grundgesetz erwünschte, nach dem Normzweck des Art. 19 Abs. 3 GG begründete höhere Grundrechtsstandard inländischer juristischer Personen aus den Angeln gehoben, sondern die - abgesehen von den Prozeß- und Justizgrundrechten - angebliche völlige "Grundrechtslosigkeit" ausländischer Gesellschaften zugunsten einer differenzierten und elastischen Lösung im Bereich wirtschaftlicher Inlandsbeziehungen abgemildert.

Art. 2 Abs. 1 GG ist infolgedessen nicht nur in seinem wirtschaftlichen Aussagegehalt allgemein, sondern auch als Auffanggrundrecht im Bereich der gewerblichen Betätigung der ausländischen juristischen Person mit wirtschaftlicher Betätigung im Inland anwendbar¹⁾.

1) So im Ergebnis auch, wenngleich mit anderer Begründung RITTER, NJW 1964, 279 (282); HENDRICHS in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 19 Rdnr.31; wohl auch wie hier RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382); DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitationenvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 7).

Wenn BLECKMANN, Grundrechtslehren, S. 109 meint, die ausländischen juristischen Personen seien ganz so gestellt, "als ob" sie sich auf Art. 2 Abs. 1 GG berufen könnten, deckt sich dies nicht mit der hier vertretenen Ansicht. BLECKMANN versteht darunter vielmehr lediglich die Geltung des Vorbehalts des Gesetzes bei Eingriffen in Eigentum und Freiheit der ausländischen juristischen Person, sowie aus dem Rechtsstaatsgrundsatz folgende Prinzipien wie etwa Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit der Gesetze. Insofern nähert er sich damit der Ansicht RUFNERS von der "mittelbaren Auswirkung" der Grundrechte zugunsten ausländischer juristischer Personen, vgl. AöR Bd.89 (1964), S. 261 (277 f.), vgl. auch oben S. 43 ff.

4. Artikel 3 Absatz 1 GG

Nach heutiger Auffassung bedeutet der in Art. 3 Abs. 1 GG niedergelegte allgemeine Gleichheitssatz, daß sachverhaltlich Gleiches rechtlich gleich, sachverhaltlich Ungleiches (Verschiedenes) seiner Eigenart entsprechend rechtlich ungleich (unterschiedlich) zu behandeln ist¹⁾. Daß auch juristische Personen sich, trotz der Verwendung des Ausdrucks "Menschen" im Wortlaut, auf den Gleichheitssatz berufen können, wird nicht ernstlich bestritten²⁾. Eine Beschränkung auf Deutsche enthält Art. 3 Abs. 1 GG nicht; die Vorschrift gilt demgemäß auch für ausländische Staatsangehörige, wobei allerdings die fremde Nationalität einen zulässigen Anknüpfungspunkt für Differenzierungen bilden kann³⁾, jedenfalls solange, wie die Gegenseitigkeit für Deutsche im Ausland nicht gewährt wird⁴⁾.

Dies vorausgesetzt, gelangt man nach der hier vertretenen Ansicht zur Anwendung des allgemeinen Gleichheitssatzes auch zugunsten juristischer Personen des Auslands, sofern nur die geforderte inländergleiche Subjektion, verbunden mit entsprechender wirtschaftlicher Inlandsbeziehung, vorliegt. Auch hier ist jedoch der Normgehalt der Inländerklausel nur soweit einschränkbar, als das reduktionsbegrün-

1) So v. MANGOLDT/KLEIN, GG Bd.1, Art. 3 Anm.III 1; BVerfGE 3, 58 (135 f.); 1, 14 (52); 9, 237 (244); 18, 37 (46)

2) So DÜRIG in MDHS, Art. 3 Abs. 1, Rdnr. 289; vgl. auch BVerfGE 4, 7 (12)

3) So zu Recht DÜRIG in MDHS, Art. 3 Abs. 1, Rdnr. 287

4) Vgl. dazu jüngst BGH NJW 1980, 1567 (1568)

dende Kriterium reicht, was bei den hier interessierenden juristischen Personen des Auslands im Ergebnis dazu führt, die Zubilligung des allgemeinen Willkürverbots auf die Gleichheit im wirtschaftlichen Bereich zu beschränken¹⁾.

Auch im Rahmen des Gleichheitsgrundrechts zeigt sich damit das ermittelte teleologische Merkmal der vergleichbaren Inlandsbeziehung als partiell die Grundrechtsgestaltung erweiternd wie auch zugleich diese Erweiterung sachlich limitierend. Denn auch hier werden, wie schon bei der beschränkten Anwendung des Art. 2 Abs. 1 GG, Eingriffe und Beschränkungen durch die inländische Hoheitsgewalt nicht generell ausgeschlossen, sondern bleiben etwaige - beispielsweise dem § 12 GewO vergleichbare - Differenzierungen gegenüber inländischen juristischen Personen letztlich aufgrund sachgemäßer²⁾ und sachlich vertretbarer³⁾ zureichender Gründe - wie etwa das Genehmigungserfordernis des § 12 GewO⁴⁾ durch Kontroll- und Schutzinteressen der Bundesrepublik Deutschland⁵⁾ vor Art. 3

-
- 1) So auch RUPP-v. BRÖNNECK in Festschrift für Arndt, S. 349 (382); im Ansatz auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1018): "Sollte es wirklich unserer Verfassung entsprechen, daß ausländische juristische Personen den vollen Grundrechtsschutz zwar gegen Verletzungen des rechtlichen Gehörs oder die Entziehung des gesetzlichen Richters, nicht aber gegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes genießen?"; vgl. auch GRAMLICH, BayVBL 1980, 625 (627): "...ob Art. 19 III GG, wie er gemeinhin verstanden wird, nicht einen anderen Ansatz verlangte, nämlich: legt die Bestimmung einer Gleichbehandlung von in- und ausländischen juristischen Personen Hindernisse (welche?) in den Weg...?" Wie hier wohl auch DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 7)
- 2) Vgl. BVerfGE 3, 183 (383 ff.); 4, 7 (23); 9, 213 (222); 10, 89 (103 ff.); 13, 356 (362); 23, 229 (241)
- 3) Vgl. BVerfGE 25, 314 (321)
- 4) Vgl. dazu oben S. 90 Fn.3
- 5) Vgl. dazu oben S. 90 ff.

Abs. 1 GG zu rechtfertigen ist - im Bereich des Möglichen. Eine vorbehaltlose Bindung der deutschen Staatsgewalt¹⁾ tritt also auch insoweit nicht ein.

Art. 3 Abs. 1 GG ist damit eingedenk der Erfüllung der dargestellten Kriterien auf ausländische juristische Personen im Bereich der wirtschaftlichen Gleichheit²⁾ anwendbar.

1) Wie sie etwa v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.51 befürchtet

2) So wohl auch RUPP-v. BRÖNNER in Festschrift für Arndt, S. 349 (382); DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitation-vortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 7); im Ergebnis auch, wenngleich mit anderer Begründung und weitergehend RITTER, NJW 1964, 279 (282), HENDRICHs in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 19 Rdnr.31; im Ansatz auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1018), vgl. oben S. 68
Wenn LENZ in HAMANN/LENZ, GG, Art. 19 Anm.8 ausländischen juristischen Personen Art. 3 GG als überpositives Recht zubilligen will, hilft dies nicht weiter. Der in Art. 3 GG unzweifelhaft enthaltene überpositive Gehalt (vgl. BVerfGE 23, 98 (106 f.); 1, 208 (233); BayVerfGH 24, 181 LS 2) erklärt noch nicht, ob und wie ausländische juristische Personen überpositive Rechte verfassungsrechtlich geltend machen können. Eine Antwort hierauf dürfte sich auch schwer finden lassen, da zweifelhaft erscheint, ob man mit der Zubilligung überpositiver Rechte staatlich positiviertes Recht umgehen kann, vgl. BVerfGE 1, 208 (233): "...daß auf den überpositiven Rechtsgrundsatz zurückgegriffen werden müßte, wenn der Gleichheitssatz nicht in Art. 3 GG geschriebenes Verfassungsrecht geworden wäre." (Hervorh. v. Verf.).

Im übrigen hat GASSDORF, Inanspruchnahme von Freiheitsrechten durch juristische Personen öffentlichen Rechts, Diss. Köln 1958, S. 16 zutreffend ausgeführt, daß überpositive Rechte juristischen Personen schon deshalb nicht zustehen können, da letztere ihre Existenz als Rechtsträger gerade dem Staat verdanken; jedenfalls jur. Personen des privaten Rechts sind vom Staate existentiell abgeleitet (GASSDORF, S. 17), überpositive, vorstaatliche Rechte zugunsten juristischer Personen daher schon begrifflich nicht denkbar; so auch zu Recht FEILER, S. 60.

5. Sonstige Grundrechte

Daß die Anwendung von Deutschen vorbehaltenen Grundrechten keiner erweiternden Betrachtung zugänglich sein kann, wurde bereits deutlich gemacht¹⁾.

Soweit verbleibende Grundrechte nicht diesem personellen Vorbehalt unterliegen, steht der Annahme, daß auch diese bei Vorliegen der entwickelten reduktionsbegründenden Maßstäbe im konkreten Anwendungsfall zugunsten ausländischer Wirtschaftssubjekte wirken können, nichts entgegen. Dies ist etwa im Bereich des Art. 4 GG, in dessen Regelungsbereich sich kaum wirtschaftlich-normativer Gehalt nachweisen lassen dürfte, kaum vorstellbar, umso mehr jedoch etwa im Bereich der grundrechtlich garantierten Koalitionsfreiheit des Art. 9 Abs. 3 GG²⁾.

Vorausgesetzt werden muß also zusätzlich zu den mehrfach dargestellten Kriterien das Hinzutreten eines wirtschaftlich relevanten Normgehalts beim jeweils geltend gemachten Grundrecht, um die Grenzen des Art. 19 Abs. 3 GG nicht normzweckwidrig zu sprengen. Nur bei Kongruenz von wirtschaftlich relevantem Sachverhalt und wirtschaftlich verfassungsrechtlichem Norminhalt - wie dies bei den Art. 14, 3 Abs. 1 und 2 Abs. 1 GG in besonderer Deutlichkeit hervortritt - kann die entwickelte Einschränkung der Inländer-

1) Vgl. oben S. 121 f.

2) So wendet auch SCHOLZ in MDHS, Art. 9 Abs. 3 GG, Rdnr.188 dieses Grundrecht auf ausländische juristische Personen an, allerdings mit anderer Begründung: Die menschenrechtliche Qualität des Art. 9 Abs. 3 erfordere insoweit eine Ausnahme von Art. 19 Abs. 3 GG

klausel vom Normzweck her gerechtfertigt werden¹⁾.
Diese Kriterien erschließen somit verallgemeinernd
deren Anwendungsbereich, wie sie auch die notwendige
Begrenzung bilden.

Diese schon vom innerstaatlichen Verfassungsrecht ge-
forderte Begrenzung des Grundrechtsschutzes kann, wie
noch zu untersuchen sein wird, möglicherweise durch
Bindungen aus zwischenstaatlichem oder überstaatlichem
Recht zugunsten einer unterschiedslosen Inländergleich-
behandlung variiert werden. Im Bereich nationalen Ver-
fassungsrechts verbietet sich jedoch eine weitergehende
Normreduktion, als sie im vorbeschriebenen Umfang durch-
geführt wurde.

1) So wohl auch RUPP-v. BRÜNNECK in Festschrift für Arndt,
S. 349 (382)

III. Zusammenhang verfahrenssichernder und materieller Verfassungsgehalte

Abschließend soll noch einem - auf den ersten Blick nahe-
liegenden - Einwand vorgebeut werden. Es ist daran zu
erinnern, daß der Ansatzpunkt für die Normreduktion des
Art. 19 Abs. 3 GG im Zusammenhang mit den formellen Grund-
rechten gewonnen wurde. Im gerichtlichen Verfahren sind
ausländische Organisationen wie jeder Inländer inländi-
schen Prozeßrechtsnormen, inländischer (judikativer) Ho-
heitsgewalt unterworfen. Insofern besteht auch bei diesen
Gesellschaften ein rechtstaatlich begründeter Anspruch auf
grundrechtliche Garantie eines willkürfreien und chancen-
gleichen Verfahrens, gleich, ob dies den Zugang (Art. 19
Abs. 4 GG) oder den Ablauf (Art. 101 Abs. 1 Satz 1, 103
Abs. 1 GG) desselben betrifft¹⁾.

Die im Verfahrensrecht entwickelten Kriterien für die Er-
weiterung des Grundrechtsschutzes wurden verallgemeinernd
übertragen auf materielle Grundrechtspositionen, soweit
diese wirtschaftlichen Normgehalt verkörpern; das Kriterium
der inländischen situationsbedingt situationsgleichen Ver-
fahrensbetroffenheit abstrahiert zum Kriterium der inlän-
dischen situationsbedingt situationsgleichen Gewaltunter-
worfenheit²⁾.

Der potentielle, jedoch widerlegbare Einwand läßt sich in
die daraus resultierende Frage kleiden, ob die Gewinnung
der genannten Normreduktionskriterien im verfahrensrecht-
lichen Bereich einer Übertragung in den materiellen Grund-
rechtszusammenhang entgegensteht. Die Frage ist letztlich

1) Vgl. dazu oben S. 49 ff., insbesondere 56 ff.

2) Vgl. dazu oben S. 68 ff., insbesondere 70 ff.

zu verneinen:

Das Kriterium der Gewaltunterworfenheit ist kein spezifisch verfahrensmäßiges und lediglich in diesem Zusammenhang auftretendes, sondern vielmehr ein (auch) materiell determiniertes Kriterium. Subjektion unter inländische Hoheitsgewalt beschränkt sich nicht auf Verfahrensabläufe innerhalb staatlich gesetzter Prozeßordnungen, lassen sich doch ebenso Eingriffsmöglichkeiten der staatlichen Gewalt im Bereich materieller Rechtspositionen und -werte nachweisen. Gewaltunterworfenheit bedeutet insofern Unterwerfung unter und Betroffenheit von formellen und materiellen Normgehalten, verklammert im vorliegenden Zusammenhang vom tatsächlichen Faktor der (wirtschaftlichen) Aktivität im Inland, etwa der Inlandsbelegenheit von gewerblich genutztem Grundeigentum¹⁾. Diese Verknüpfung läßt sich auch im Grundrechtsbereich nicht auflösen.

Der damit berührte Zusammenhang verfahrenssichernder und materieller Verfassungsgehalte ist als eine der wichtigsten Tendenzen der neueren Grundrechtsinterpretation bezeichnet worden²⁾. Um die Funktion der Grundrechte in der sozialen Wirklichkeit erhalten zu können, bedarf es nicht nur näherer Ausgestaltung inhaltlicher Normierungen, sondern auch geeigneter Verfahrensregelungen³⁾. Wirken die Grundrechte auf das bestehende Verfahrensrecht ein, hat

1) Vgl. dazu oben S.113 ff.

2) HESSE, EuGRZ 1978, 427 (434 f.)

3) DERSELBE, a.a.O.

sich neuerdings die Erkenntnis durchgesetzt¹⁾, daß diese Wirkung nicht auf die eigentlichen Verfahrensgrundrechte beschränkt bleiben kann, sondern auch durch materielle Grundrechte ausgeübt wird²⁾. Diese beeinflussen ihrerseits nicht nur die Ausgestaltung materiellen Rechts, sondern setzen auch Maßstäbe für eine verfassungskonforme Anwendung der vorhandenen Verfahrensvorschriften sowie für eine den Grundrechtsschutz effektuierende Verfahrensgestaltung³⁾. Nach diesem Verständnis haben die staatlichen Organe nicht nur die Pflicht, materielle Grundrechte zu beachten, sie müssen ihnen darüberhinaus durch entsprechende formelle Sicherungen Wirksamkeit verschaffen⁴⁾. Modalitäten staatlichen Vorgehens werden insofern nicht nur auf der Ebene von gerichtlichen Verfahren grundrechtlich festgelegt, auch außerhalb dessen ist die Festschreibung und Begrenzung der Bahnen, in denen Eingriffe in materielle Rechtspositionen geduldet werden können, aus den materiellen Grundrechten selbst herzuleitendes Gebot⁵⁾.

1) Vgl. zur Rechtsprechung des BVerfG insoweit E 37, 132 (141, 148); 46, 325 (334); 49, 220 (225); 39, 276 (294); 44, 105 (119 ff.); 45, 422 (430 ff.); 51, 324; NJW 1979, 2607; NJW 1980, 759 (763)

2) Vgl. dazu Sondervotum der Richter SIMON und HEUBNER zu BVerfG NJW 1980, 759 (764)

3) SIMON und HEUBNER, a.a.O.

4) Vgl. Sondervotum BÖHMER zu BVerfGE 49, 220 (235)

5) So ist aus Art. 2 Abs. 2 GG die Pflicht zu einer die Verletzung der durch dieses Grundrecht geschützten Rechtsgüter tunlichst ausschließenden Verfahrensgestaltung hergeleitet worden (BVerfGE 51, 324 (346 ff.); NJW 1979, 2607). Aus Art. 16 GG folgt die Pflicht, in der Verfahrensgestaltung auf einen "bestmöglichen Schutz" dieses Grundrechts hinzuwirken (BVerfG NJW 1980, 516 (518)). Aus Art. 12 GG wurden gleichgelagerte verfahrensrechtliche Konsequenzen gezogen (vgl. BVerfGE 39, 276 (294); 41, 251 (265); 44, 105 (119 ff.); 45, 422 (430 ff.); 48, 292 (297 f.); So, 16 (30)).

Beispielhaft bezogen etwa auf Art. 14 GG bedeutet dies zunächst, daß bei Eingriffen in dieses Grundrecht effektiver Rechtsschutz in Gestalt wirksamer gerichtlicher Kontrolle unter fairer Verfahrensführung zu gewähren ist¹⁾. Wird jedoch diese Garantie bereits unmittelbar aus dem materiellen Einzelgrundrecht entnommen, kann dies nach den dargestellten Grundsätzen nur dazu führen, daß auch die rechtsstaatliche Gestaltung des jeweils vorgelagerten behördlichen Verfahrens bereits von Art. 14 GG gefordert wird²⁾. Neben die materielle Garantie des Eigentums in seinen vielschichtigen Ausprägungen³⁾ tritt für den Betroffenen eine formelle Sicherung in Form eines je nach der Eigenart der eigentums-eingreifenden Maßnahme unterschiedlich ausgestalteten Verfahrensablaufes⁴⁾.

Beleg hierfür bildet der Fall der Anstalt mit Sitz in Liechtenstein⁵⁾, deren Eigentumsrecht durch eine "faktische Bausperre" beeinträchtigt worden war. Die vom Gesetzgeber aufgestellten gesetzlichen Voraussetzungen für

1) Vgl. BVerfGE 24, 367 (401); 35, 348 (361); 37, 132 (141, 148); 45, 297 (322, 333); 46, 325 (334); 49, 220 (225); 51, 150

2) Vgl. (für Art. 2 Abs. 2) Sondervotum SIMON und HEUBNER, a.a.O., S. 765

3) Vgl. oben S.113 ff.

4) So z.B. §§ 104 ff. BBauG v. 18.8.1976, BGBl. I, S. 2257 ff., die das formelle Enteignungsverfahren im Baurecht regeln

5) Vgl. oben S.113 ff.

den satzungsmäßigen Beschluß einer förmlichen Bausperre¹⁾ bilden die verfahrensmäßige Garantie für die vorzunehmende umfassende, an Art. 14 GG orientierte Abwägung zwischen Eigentumssach- und Eigentumswertgarantie, sollen mithin die dem zu Enteignenden zustehende sorgfältige Prüfung und dem Enteigneten zustehende angemessene Entschädigung formell absichern. Verhindert die zuständige Behörde dies, indem sie trotz Nichtvorliegens einer förmlichen Veränderungssperre eine nach dem allgemeinen Baurecht an sich zulässige Bebauung tatsächlich hindert, ist die faktische Sperre nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln wie die Veränderungssperre nach dem BBauG²⁾. Unter diesem Aspekt findet sich die ausländische juristische Person verfahrensmäßig wie materiell in der gleichen Situation "betroffen" wie jeder andere, auch inländische Grundstückseigentümer.

Situationsgleich, vom Aspekt der Verfahrensbetroffenheit her beurteilt, stellt sich unter diesem Blickwinkel auch der Fall der amerikanischen Aktiengesellschaft mit Sitz in New York³⁾ dar. Diese hatte sich zwecks Erhalt eines Patents im Inland dem Erteilungsverfahren nach deutschem Patentrecht unterworfen und dem aufhebenden Beschluß des Bundespatentgerichts beugen müssen. Auch in diesem Zusammenhang erfährt das von Art. 14 GG umfaßte gewerbliche Schutzrecht seine verfahrensmäßige Sicherung, gleichzeitig aber auch Begrenzung durch formelle Normen des Patentrechts,

1) Heute in § 14 BBauG: Veränderungssperre

2) So BGH NJW 1966, 884 f.

3) Vgl. oben S. 27 BVerfGE 21, 207 (209)

wird die ausländische Aktiengesellschaft von inländischen Verfahrensregeln und materiellen Regeln betroffen wie jeder andere, der den Schutz eines inländischen Patents in Anspruch nehmen will.

Aus den materiellen Grundrechten herzuleitende rechtsstaatliche Verfahrensanforderungen¹⁾ determinieren infolgedessen - neben den das gerichtliche Verfahren bestimmenden "eigentlichen" formellen (Justiz-)Grundrechten - die Sicherung und Ausgestaltung materieller Rechtspositionen bereits im vorgelagerten behördlichen Bereich. Dieser Zusammenhang verfahrenssichernder und materieller Verfassungsgehalte birgt also eher eine zusätzliche Rechtfertigung für die vorgenommene Reduktion der Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG: Eine Anerkennung der grundrechtlich-rechtsstaatlichen Notwendigkeit gleichmäßigen Rechtsschutzes für inländische wie ausländische juristische Personen ist im Ausmaß gleichartiger verfahrensspezifischer Betroffenheit auch im materiellen Grundrechtsbereich nicht zu vermeiden.

1, Vgl. dazu zusammenfassend Sondervotum SIMON und HEUBNER zu BVerfG NJW 1980, 759 (765)

ZWEITER TEIL

ZWISCHEN- UND ÜBERSTAATLICHES RECHT

1. KAPITEL: ZWISCHENSTAATLICHES RECHT

1. Abschnitt: Allgemeine Völkerrechtsgrundsätze als Relativierung der innerstaatlichen Inländerklausel?

Nach Art. 25 Satz 2 GG gehen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts den innerstaatlichen Gesetzen vor. So wäre es immerhin denkbar, daß - unabhängig von der hier im Ersten Teil der Untersuchung vorgenommenen verfassungsrechtlichen Normreduktion - die Einschränkung des Art. 19 Abs. 3 GG von derartigem zwischenstaatlichen Recht verdrängt werden könnte¹⁾.

Indes enthält das allgemeine Völkerrecht lediglich eine geringe Anzahl Regeln, die die Rechtsstellung des Ausländers oder gar der ausländischen juristischen Person betreffen²⁾; die Gleichstellung mit Inländern oder in-

1) Die Frage nach dem Rang von allgemeinem Völkerrecht und nationalem Verfassungsrecht ist streitig. Für Überverfassungsrang z.B. NIPPERDEY in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHNEIDER, Grundrechte Bd.II, S. 47; MAUNZ, Staatsrecht, S. 344 f.; PIGORSCH, Einordnung völkerrechtlicher Normen, 1959, S. 56 ff.; GREWE, VVDStRL Bd.12 (1954), S. 129 (148); MENZEL, DÖV 1971, 528 (533 f.); wohl auch MAGIERA in MENZEL/IPSEN, Völkerrecht, 1979, S. 63.

Für Gleichrang mit Verfassungsrecht z.B. RUDOLF, Völkerrecht und deutsches Recht, 1967, S. 266; CURTIUS, DÖV 1955, 145 f.; PARTSCH, Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 6, 1964, S. 13 (61); wohl auch BVerfGE 6, 309 (363); 27, 253 (274).

Zwischenrang über einfachem Recht unter Verfassungsrecht nimmt z.B. HESSE, Grundzüge, S. 41 f. an.

2) ERDMANN, Europäisches Fremdenrecht, 1969, S. 28

ländischen Gesellschaften bleibt im wesentlichen der bilateralen staatsvertraglichen Regelung vorbehalten¹⁾. Das Völkerrecht bestimmt gewisse Grenzen des Spielraumes der Ausländerdiskriminierung mittels Ausformung des sog. Mindeststandards²⁾, unter den der Komplex der Mindestrechte innerstaatlich nicht abgesenkt werden darf. Ist der gleichwohl verbleibende Diskriminierungsspielraum schon bei ausländischen natürlichen Personen außerordentlich weitgehend, so ist der Mindeststandard bei juristischen Personen noch mangelhafter ausgeformt³⁾.

Immerhin läßt sich in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Frage der Enteignung von Auslandsvermögen der allgemein anerkannte Grundsatz des Völkerrechts anführen, nach dem Enteignungen nur dann zulässig sind, wenn sie im öffentlichen Interesse vorgenommen werden, sich nicht gezielt gegen Ausländer richten⁴⁾ und eine prompte, angemessene und effektive Entschädigung gewährt wird⁵⁾. Ein entschädigungsloser Eigentumseingriff, wie ihn die Vorin-

1) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 175

2) Vgl. VERDROSS/SIMMA, Universelles Völkerrecht, 1976, S. 586; DAHM, Völkerrecht, Bd.1, 1958, S. 503 ff.

3) ERDMANN, Europäisches Fremdenrecht, S. 29

4) ERDMANN, a.a.O.; VERDROSS/SIMMA, Universelles Völkerrecht, S. 589 f.

5) WEHSE in MENZEL/IPSEN, Völkerrecht, S. 177 f.; VERDROSS/SIMMA, a.a.O.

stanz im Falle der liechtensteinischen Anstalt annahm¹⁾,
würde daher jedenfalls diesem Grundsatz zuwiderlaufen²⁾.

Damit aber wird die Bedeutung der Regel für die vor-
liegende Untersuchung sogleich gemindert: Wird Entschä-
digung gewährt³⁾, ist das völkerrechtlich gebotene
Mindestefordernis eingehalten. Gefordert wird aber in-
sofern nicht die grundrechtliche Gleichbehandlung von
Inländern und Ausländern oder von inländischen und aus-
ländischen juristischen Personen im Hinblick auf Art.
14 GG. Ebensowenig läßt sich eine allgemeine Regel des
Völkerrechts nachweisen, die die grundrechtliche Gleich-
stellung ausländischer Wirtschaftssubjekte überhaupt
geböte.

Über Art. 25 GG kann mithin für juristische Personen des
Auslands kein über den im Bereich innerstaatlichen Ver-
fassungsrechts bereits gewonnenen hinausgehender Grund-
rechtsschutz begründet werden.

1) Vgl. oben S.113 f.; LG München v. 20.9.1978, AZ 90 74 82/76
(unveröffentlichter Entscheidungsabdruck)

2) So wohl auch BGH NJW 1980, 1567 (1570) unter ausdrück-
licher Nennung dieses Grundsatzes

3) Wie bei BGH NJW 1980, 1567 ff.

Dieser Auffassung kann nicht entgegengehalten werden, den beschriebenen Regelungen in völkerrechtlichen Vereinbarungen komme über die Transformationswirkung des erst zur innerstaatlichen Anwendbarkeit führenden Zustimmungsgesetzes nach Art. 59 Abs. 2 GG lediglich der Rang einfachen Bundesrechts zu¹⁾; grundrechtliche Verfassungsinhalte könnten mithin nicht durch derartige Vertragsgesetze erweitert werden²⁾. Dieser - an sich zutreffende - Einwand verkennt die eigentliche Fragestellung. Es geht nicht um die Derogation der Inländerklausel in Art. 19 Abs. 3 GG durch in einfaches Bundesrecht transformierte zwischenstaatliche Abkommen, nicht um die "Änderung der deutschen Verfassung durch einen völkerrechtlichen Vertrag"³⁾. Das Spannungsfeld zwischen vertraglicher Verpflichtung zu inländergleichem Eigentumschutz und ebensolcher allgemeiner Inländergleichbehandlung beim Zugang zu den Gerichten einerseits und Art. 19 Abs. 3 GG andererseits kann nicht ohne weiteres durch den Hinweis auf die Rangfolge von Verfassungsrecht und einfachem Recht in der innerstaatlichen Normenhierarchie aufgelöst werden⁴⁾. Die für eine solche Betrachtung erforderliche Normenkollision liegt im hier relevanten Zusammenhang gar nicht vor. Die hier entscheidende Frage lautet vielmehr, ob zwischenstaatliches Recht in Gestalt der genannten bilateralen Verträge zur Gleichbehandlung ausländischer Gesellschaften mit inländischen letztlich bei Anwendung innerstaatlichen Rechts, gleich auf welcher Rangstufe, führt.

-
- 1) Vgl. dazu RUDOLF, Völkerrecht, S. 212; MAGIERA in MENZEL/IPSEN, Völkerrecht, S. 69; VERDROSS/SIMMA, S. 431 und 435; vgl. auch die Rechtsprechungsnachweise bei v. MÜNCH, ZaöRV Bd. 20 (1959/60), S. 235 ff.
 - 2) So aber MEESEN, JZ 1970, 602 (604); v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.52
 - 3) NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019)
 - 4) Vgl. DEGENHART, Grundrechtsschutz (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 12)

Anders, vom Normzweck der Inländerklausel her ausgedrückt: Ist Art. 19 Abs. 3 GG so zu verstehen, daß er nicht die Grundrechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen im hier verstandenen Umfang überhaupt entziehen will¹⁾, sondern durch die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarung der Gegenseitigkeit dem Gesetzgeber mittelbar eine Dispositionsbefugnis verleiht, ausländische Unternehmen wie inländische unter Einbezug der Grundrechtsebene anzusehen?

Zur Beantwortung dieser Frage muß erneut die Bedeutung des Begriffes "inländisch" beleuchtet werden. Im Gegensatz zur Rechtslage bei natürlichen Personen, deren Inländerstatus im Sinne des Grundgesetzes in Art. 116 GG verfassungsrechtlich fixiert ist²⁾, enthält das Grundgesetz bekanntlich für juristische Personen keine Begriffsbestimmung der Inländereigenschaft. Das Merkmal "inländisch" hat seine entscheidende Ausprägung infolgedessen durch Normen erfahren, die im Range unter dem Verfassungsrecht stehen³⁾. Ohne daß dies immer in voller Klarheit gesehen würde, prägt hier die "Staatsangehörigkeit" der juristischen Person nach dem tatsächlichen Sitz der Hauptverwaltung bestimmende herrschende Ansicht

-
- 1) So auch MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.12, wobei nicht ganz deutlich wird, ob MAUNZ seine Auslegung des Art. 19 Abs. 3 GG auf Art. 14 GG beschränkt verstanden wissen will oder generell für dieses Verständnis der Inländerklausel eintritt. Für die erste Annahme spricht die systematische Position seiner Ausführungen, der Inhalt derselben läßt auch die zweite Deutungsmöglichkeit zu. An anderer Stelle hat MAUNZ (Staatsrecht, S. 111) die Einschränkung generell bedauert.
 - 2) Art. 116 Abs. 1 GG: "Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat."
 - 3) Das gibt auch MEESEN, JZ 1970, 602 (604) zu

im deutschen internationalen Privatrecht¹⁾ verfassungsrechtliche Normierungen mit. Da die Einschränkung des Grundrechtsschutzes nach überwiegendem teleologischen Auslegungsverständnis²⁾ den Spielraum für fremdenrechtliche Differenzierungen offenhalten soll, wird von einer Kongruenz der Abgrenzungskriterien im Verfassungsrecht und einfachem Recht ausgegangen³⁾ und nur die juristische Person mit Sitz, d.h. tatsächlichem Verwaltungsmittelpunkt im Inland als inländisch angesehen⁴⁾.

Wie aber, so muß hypothetisch gefragt werden, wenn die Sitztheorie temporär bedingt im einfachen Recht durch Rechtsprechung und Lehre gewisse Modifikationen erführe? Dann müßte nach dem Gesagten konsequenterweise auch die verfassungsrechtliche Wertung durch diese Veränderung mitberührt werden. Wenn aber Rechtsprechung und Lehre insoweit mittelbar auf den Inhalt dessen, was verfassungsrechtlich unter "inländisch" zu verstehen ist, einzuwirken und dessen Konturen zu verschieben in der Lage sind, muß diese Befugnis dem einfachen Gesetzgeber erst recht zugestanden werden. Der Bedeutungsgehalt der Inländerklausel ist danach dergestalt vom einfachen Gesetzgeber abhängig, als dieser durch generelle Normen den allgemein im Fremdenrecht geltenden Anknüpfungspunkt Sitz im Inland

1) Vgl. oben S. 8 Fn. 1

2) Vgl. oben S. 29 ff.

3) So auch MEESSEN, JZ 1970, 602 (604); W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 82

4) Vgl. dazu W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 56 ff.

ausgestaltet oder modifiziert¹⁾, was er allerdings bisher nicht getan²⁾, sondern der Ausgestaltung durch Wissenschaft und Praxis überlassen hat.

Ermächtigt Art. 19 Abs. 3 GG insoweit den einfachen Gesetzgeber mittelbar zur generellen Ausgestaltung³⁾ der verfassungsrechtlichen Inländerklausel⁴⁾, eröffnet sich der Zugang zur Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach der Dispositionsbefugnis hinsichtlich der - auch verfassungsrechtlichen - Inländergleichbehandlung durch den mehrfach erwähnten, gerade von der herrschenden Ansicht geteilten fremdenrechtlichen Normzweck⁵⁾ des Art. 19 Abs. 3 GG:

1) So sogar MEESSEN, JZ 1970, 602 (605); v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3 GG, obgleich beide grundsätzlich die von RÜFNER, AöR Bd.89 (1964); S. 261 (275 f.) behauptete unbeschränkte Dispositionsbefugnis des einfachen Gesetzgebers (zu Recht) ablehnen. In der Tat dürfte es zu weit gehen, dem einfachen Gesetzgeber freizustellen, die Abgrenzung der In-, bzw. Ausländereigenschaft nicht bloß generell zu regeln, sondern auch "implizit zu bestimmen", indem er bei hinreichenden Anknüpfungspunkten, z.B. ausländischer Kapitalmehrheit, Diskriminierungen vorschreibe (so aber RÜFNER, a.a.O.)

2) Beim Begriff "juristische Person" hat der Gesetzgeber den Inhalt durch (allgemeine) Normierungen ausgefüllt, vgl. v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.42 ff., 58

3) Vgl. v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.58; MEESSEN, JZ 1970, 602 (605)

4) MEESSEN, JZ 1970, 602 (604) ist zwar zuzugeben, daß eine ausdrückliche Ermächtigung in Art. 19 Abs. 3 GG nicht enthalten ist. Daß jedoch auch ohne ausdrückliche Befugung Ermächtigungen des einfachen Gesetzgebers verfassungsrechtlich möglich sind, kann nicht geleugnet werden, vgl. etwa MAUNZ in MDHS, Art. 116 Rdnr.3: "Trotz des auffallend weit formulierten Gesetzesvorbehaltes (Anm. des Verf.: in Art. 116 Abs. 1 GG) ist die Rechtslage nicht viel anders als dort, wo ohne Gesetzesvorbehalt Begriffe im Grundgesetz verwendet werden, während die Inhaltsbestimmung der Begriffe dem einfachen Gesetzgeber überlassen bleibt."

5) Vgl. dazu oben S. 32 f.

Dient die Inländerklausel nach der Intention des Verfassungsgebers sowie Sinn und Zweck zur Erhaltung des außenwirtschaftspolitisch-völkerrechtlichen Handlungsspielraumes, um die Stellung inländischer Unternehmen mit wirtschaftlichen Aktivitäten im Ausland verbessern zu können, muß eben dieser Normzweck entfallen, wenn die entsprechenden bilateralen Verträge abgeschlossen sind; denn dann besteht gegenüber juristischen Personen des jeweiligen Vertragsstaates schlechthin nicht mehr der Einwand des erhöhten Risikos und der verfrühten grundrechtlichen Vorleistung. Sollte dem Gesetzgeber zunächst ein fremdenrechtlicher Aktionsradius offengehalten werden, hat sich dieser verbraucht, wenn die Aktion erfolgt ist. Machen die Gegner der hier vertretenen Ansicht geltend, es sei unzumutbar, ausländischen Organisationen voreilig innerstaatliche Grundrechtspositionen einzuräumen, da dann solche Positionen nicht mehr als disponible Gegenleistung zur Verfügung stünden¹⁾, dann ist die Folgerung zwingend, daß bei erfolgtem Abschluß solcher Handels-, Freundschafts- und Schiffsverkehrsverträge Grundrechtspositionen vertraglich mitgewährte Leistungen darstellen, diese mithin ausländischen Gesellschaften garantiert werden; auch wenn dies in den Verträgen nicht ausdrücklich, sondern lediglich als "Inländerbehandlung" bezeichnet wird.

Die Gestaltungsbefugnis, die fremdenrechtliche Sperre des Art. 19 Abs. 3 GG zu beseitigen, umfaßt also die verfassungsrechtlich vorgesehene Ermächtigung, im Wege von Vertragsgesetzen inländergleichen Rechtsschutz für ausländische Wirtschaftssubjekte herbeizuführen²⁾. Die Ausgestaltung dieses

1) Vgl. dazu oben S. 32 f.

2) Vgl. DEGENHART, Grundrechtsschutz, (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 12)

Rechtsschutzes obliegt der innerstaatlichen Rechtsordnung, muß aber ohne nationalitätsbedingte Diskriminierung mithin - wie bei der generellen Ermächtigung des einfachen Gesetzgebers zur Beeinflussung verfassungsrechtlicher Abgrenzung des internationalprivatrechtlichen Sitzprinzips - unter Einbezug auch der Grundrechtsebene¹⁾ erfolgen.

Art. 19 Abs. 3 GG läßt es somit, normzweckkonform verstanden zu, ausländischen juristischen Personen im Umfang vertraglich vereinbarter Inländerbehandlung Grundrechte wie inländischen juristischen Personen zu gewähren²⁾.

- 1) So übereinstimmend DEGENHART, Grundrechtsschutz, (Habilitationvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 12)
- 2) So auch MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.12 jedenfalls für Art. 14 GG (vgl. auch oben S. 143 Fn.1); NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019); GSCHWENDTNER, S. 256 f.; KIMMINICH in BK, Art. 14, Rdnr.90; wohl auch WEBER in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHNEIDER, Grundrechte Bd.II, S. 361; v. MANGOLDT/KLEIN, GG Bd.I, Art. 19 Anm. VI 2; HENDRICH in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 19 Rdnr.32; nicht ganz deutlich DICKE in v. MÜNCH, GG Bd.1, Art. 14 Rdnr.5. Vgl. auch den Ansatz bei GRAMLICH, BayVBL 1980, 625 (627): "...müßte sie (Anm. des Verfassers: Art. 19 III GG)... nicht völkerrechtsfreundlich restriktiv interpretiert werden?" Darüberhinaus will MAUNZ, a.a.O. Grundrechtsschutz, jedenfalls für Art. 14 GG, dann gewähren, wenn faktisch Gegenseitigkeit besteht, d.h. deutsche Unternehmen im Ausland gleichbehandelt werden, ohne daß entsprechende völkerrechtliche Bindungen bestehen. Ob allerdings - und dies bleibt dem entgegenzuhalten - der rein "faktischen Gegenseitigkeit" nicht die Gefahr einer im Einzelfall abweichenden Praxis durch den betreffenden Staat gegenüber deutschen Unternehmen inhärent ist, bleibt zweifelhaft. Wodurch, so muß gefragt werden, wird die Verweigerung der Inländerbehandlung in prekären Fällen ad libitum verhindert? Ein Entzug des Rechtsschutzes auf deutscher Seite als Reaktion auf solche Aktionen des Auslands ist jedenfalls nicht mit der erforderlichen Beständigkeit und Rechtssicherheit im Bereich deutschen Verfassungsrechts zu vereinbaren (vgl. ähnlich MEESEN, JZ 1970, 602 (603 Fn.16)). Außerdem würde, folgte man der MAUNZ'SCHEN These, die Anwendung deutschen Verfassungsrechts mittelbar davon bestimmt, wie ausländische Staaten faktisch gegenüber deutschen Gesellschaften vorgehen. Ob der Grundrechtsschutz in dieser Weise vom Ausland her beeinflußt werden darf, erscheint fragwürdig. Die Grundrechtsgewähr, insbesondere die Frage nach der Grundrechtsträgerschaft verlangt höchstmögliche Präzision und Eindeutigkeit, damit aber ist die MAUNZ'SCHE Lösung in dem angesprochenen Bereich nicht vereinbar (vgl. die ähnliche Andeutung bei MEESEN, a.a.O., S. 603 Fn.16).

Der Einwand MEESENS, nach dem Grundsatz *lex posterior derogat legi priori* könne der einfache Gesetzgeber durch späteres Gesetz den durch transformiertes Vertragsrecht gewährten Grundrechtsschutz wieder beliebig beschränken oder ganz entziehen, weshalb dieser wertlos sei¹⁾, knüpft dagegen unzutreffend wieder an die Einordnung von Vertragsvölkerrecht in die innerstaatliche Normenhierarchie an. Abgesehen davon würde die Bundesrepublik Deutschland sich gegenüber ihrem Vertragspartner in einem solchen Falle eines Vertragsbruches schuldig machen - deshalb scheint das Argument MEESENS auch weitgehend theoretischer Natur zu sein.

Nicht zu übersehen bleibt indessen, daß nach der hier vertretenen Ansicht konsequenterweise bei Auflösung eines Vertrages, sei es durch Zeitablauf oder sonstige Ereignisse, die fremdenrechtliche Sperre des Art. 19 Abs. 3 GG gegenüber Gesellschaften des betreffenden Staates wiederaufleben muß. Die Folge wäre eine dann wieder auf den Umfang reduzierte Grundrechtsträgerschaft, wie sie vor Abschluß des Vertrages bestand und im Ersten Teil der Untersuchung entwickelt wurde. Dies läßt sich auch mit der erforderlichen Beständigkeit und Rechtssicherheit nationalen Verfassungsrechts²⁾ vereinbaren: Zum einen dürften die Fälle der Vertragsauflösung nicht allzu häufig eintreten, zum anderen wäre eine Reduzierung der durch vertragliche Inländerbehandlungsklauseln zunächst vereinbarten Grundrechtsgewähr den Interessen der Bundesrepublik jedenfalls nicht schädlich,

1) JZ 1970, 602 (605); ähnlich v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr.58.

Zum grundsätzlichen Problem der Aufhebung transformierten Vertragsrechts durch späteres widersprechendes Bundesrecht vgl. RUDOLF, Völkerrecht, S. 212 m.w.N.

2) Wie sie MEESEN, JZ 1970, 602 (603 Fn.16) gegenüber MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.12 fordert

wird doch dadurch der "regelmäßige" Grundrechtsstandard ausländischer juristischer Personen wiederhergestellt, nicht aber eine unsichere Rechtslage hervorgerufen.

Im praktischen Ergebnis bedeutet die hier vertretene Ansicht, daß die Verfassungsbeschwerde der Aktiengesellschaft mit Sitz in New York¹⁾ schon deshalb nicht als unzulässig hätte verworfen werden dürfen, da sich die Bundesrepublik Deutschland durch den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Vereinigten Staaten²⁾ zur uneingeschränkten Inländerbehandlung von juristischen Personen dieses Staates verpflichtet hat³⁾. Was aber im Verhältnis zu den USA gilt, muß dann auch im Verhältnis zu allen anderen Staaten gelten, mit denen gleichgeartete Verträge vergleichbaren Inhalts⁴⁾ bestehen.

1) BVerfGE 21, 207 ff; vgl. auch oben S. 27, 120

2) Vom 29.10.1954, BGBl. 1956 II, S. 487 ff.

3) Vgl. dazu neuerdings BGH vom 28.2.1980, NJW 1980, 2457 (2459), sog. "Fluglotsen-Urteil": "Ausländische juristische Personen nehmen allerdings, auch wenn sie im Inland anerkannt (zuge-lassen) sind, gem. Art. 19 Abs. 3 GG am Schutz durch die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) nicht teil... Insoweit ist jedoch die durch den Deutsch-Amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 29.10.1954 geschaffene Rechtslage zu beachten... Angesichts dieser mit unmittelbarer Geltung für das innerstaatliche Recht versehenen Regelung des Eigentumsschutzes, die in allen wesentlichen Punkten der in Art. 14 GG gewährten Garantie folgt, ist es nicht zweifelhaft, daß auch die Klägerin (Anm. des Verf.: Ein amerikanisches Charterluftfahrtunternehmen) Rechtsschutz für ihr Eigentum im Inland in einem Umfang beanspruchen kann, der ihr eine "Rechtsposition" im Sinne des Enteignungsrechts vermittelt."

Zumindest für den Bereich des Eigentumsschutzes ist nun auch der BGH der Auffassung, daß bilaterale, Inländerbehandlung gewährende Abkommen echte Rechtspositionen für ausländische Unternehmen begründen. Nicht ganz deutlich wird dabei, ob der Senat damit verfassungsrechtliche Positionen meint, da die Klage wiederum (vgl. oben S.113 ff) auf enteignungsgleichen Eingriff gestützt war. Dafür spricht jedoch die allgemein gehaltene Formulierung, ohne - wie BGH NJW 1980, 1567 (1569) - auf die einfachgesetzliche Natur dieses Anspruchs hinzuweisen. Zudem beruft sich das Gericht auf MAUNZ in MDHS, Art. 14, Rdnr.11; NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019) und auf RUPP-v.BRÜNNECK in Festschrift für ARNDT, S. 349 (382), zitiert MEESSEN, JZ 1970, 605 als "a.A." und scheint die dargestellte Rechtslage als nahezu selbstverständlich zu erachten.

4) Vgl. dazu oben S. 32 Fn.1

3. Abschnitt: Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (MRK)

A. Anwendbarkeit von Konventionsgrundrechten auf juristische Personen

Hat der Gesetzgeber seinen fremdenrechtlichen Handlungsspielraum ausgefüllt durch Zustimmung zu den genannten bilateralen Abkommen und läßt sich hieraus inländergleicher Grundrechtsschutz herleiten, schließt sich systematisch die Frage an, ob ein vergleichbarer Bezug auch bei der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, unterzeichnet am 4. November 1950 von den Regierungen der Europarat-Mitgliedstaaten in Rom¹⁾, herstellbar ist.

Das Vertragswerk sichert als Ergebnis eines Kompromisses ausweislich der dort niedergelegten Rechte und Freiheiten ein Minimum an auf völkerrechtlicher Ebene angesiedeltem Grundrechtsschutz in den europäischen Staaten²⁾, verbunden mit einem völkerrechtlichen Rechtsschutzsystem, das eine unmittelbare Beschwerdeberechtigung natürlicher sowie juristischer Personen an die Menschenrechtskommission beinhaltet.

1) BGBl II, S. 685 ff., Zustimmungsgesetz v. 7.8.1952; vgl. auch die nachträgliche Erweiterung durch Aufnahme weiterer Grundrechtsartikel in das Erste Zusatzprotokoll, BGBl. II, S. 1879 ff., Zustimmungsgesetz v. 20.12.1956

2) W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 176

3) Vgl. Art. 25 ff. MRK. Das Beschwerdegesetz setzt eine entsprechende Erklärung der Staaten voraus, von der Bundesrepublik abgegeben zuletzt mit Wirkung vom 1.7.1976 für weitere 5 Jahre (BGBl. 1976 II, S. 1464)

Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bereits hinsichtlich der Anwendbarkeit der Grundrechte der Konvention auf überindividuelle Organisationseinheiten. Lediglich für den Schutz des Eigentums bestimmt Art. 1 des Ersten Zusatzprotokolls¹⁾ ausdrücklich:

"Jede natürliche oder juristische Person²⁾ hat ein Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, daß das öffentliche Interesse es verlangt, und nur unter den durch Gesetz und durch die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts vorgesehenen Bedingungen. Die vorstehenden Bestimmungen beeinträchtigen jedoch in keiner Weise das Recht des Staates, diejenigen Gesetze anzuwenden, die er für die Regelung der Benutzung des Eigentums im Einklang mit dem Allgemeininteresse oder zur Sicherung der Zahlung von Steuern oder sonstigen Abgaben oder von Geldstrafen für erforderlich hält."

Die sonstigen Rechte außerhalb des Ersten Zusatzprotokolls erwähnen juristische Personen nicht, sprechen vielmehr überwiegend von "jedermann" bzw. "niemand"³⁾. Auch Art. 1 MRK spricht von "Personen" allgemein. Alles dies schließt jedoch die Annahme einer Geltung der Konvention auch für Gesellschaften nicht aus, soweit die Rechte ihrer Natur nach - insoweit der Wesensklausel des Art. 19 Abs. 3 GG

1) Vgl. S. 150 Fn.1

2) Hervorhebung v. Verfasser

3) "everyone", "toute personne", bzw. "no one", "nul"

ähnelnd - auf sie anwendbar sind¹⁾. Dies ergibt sich richtigerweise aus Art. 25 Abs. 1 des Vertragswerkes, aufgrund dessen nichtstaatliche Organisationen und Personenvereinigungen die Menschenrechtskommission wegen Verletzung ihrer Rechte anrufen können. Die damit gewährte Aktivlegitimation ist nur in Verbindung mit der Trägerschaft materieller Konventionsgrundrechte sinnvoll, andernfalls ginge das formelle Recht "ins Leere"²⁾. Verfehlt wäre es demzufolge, aus der ausdrücklichen Erwähnung der juristischen Person in Art. 1 ZPMRK e contrario auf die Nichtberechtigung überindividueller Rechtssubjekte im übrigen zu schließen³⁾.

In Abweichung vom im Völkerrecht regelmäßig herrschenden Reziprozitätsprinzip haben sich die Signatarstaaten verpflichtet, auch Angehörigen solcher Staaten den Konventionsschutz zuteil werden zu lassen, die ihr nicht beigetreten sind⁴⁾. Der Schutz kommt danach allen der Herrschaftsgewalt eines Vertragsstaates unterstehenden Personen zu⁵⁾, mithin auch ausländischen juristischen Personen, inklusive solcher mit Sitz in einem der Konvention nicht beigetretenen Land, sofern nur irgendeine, auch nur

1) Vgl. SCHORN, Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, 1965, S. 51; vgl. auch W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 177, vgl. auch Fn.70 ebenda

2) So auch SCHORN, MRK, S. 51; GURADZE, Die Europäische Menschenrechtskonvention, 1968, Einleitung § 3 Anm.IV, Art.1 Anm.4; EISSEN, Diskussionsbeitrag zum Straßburger Kolloquium von 1960 (1965), S. 200; VASAK, La Convention Européenne de Droits de l'Homme, 1964, S. 77; W.W. SCHMIDT, Grundrechtsschutz, S. 177; wohl auch MASER, S. 14

3) So zu Recht W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 178; VASAK, a.a.O., S. 77; insoweit wohl a.A. NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019)

4) W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 178, bezeichnet dies als Ausdruck des "Missionsgedankens" in den europäischen Menschenrechten

5) Vgl. Art. 1 MRK

partielle Berührung mit der Staatsgewalt eines der Vertragsländer festgestellt werden kann¹⁾; eine Auslegung, die an die im Bereich innerstaatlichen Verfassungsrechts vorgenommene erinnert und zugleich einen Beleg für deren Verwendungsfähigkeit auf dieser Ebene bildet.

Zu Recht weist aber W.W. SCHMIDT auf den beschränkten Wert der durch die Konvention gewährten Rechte für juristische Personen hin²⁾. Diese manifestiert entsprechend ihres Kompromißcharakters lediglich einen Grundstandard an Menschenrechten, erweist sich aber insofern als nicht schlagkräftig, als für Wirtschaftssubjekte bedeutungsschwere Grundrechte mit wirtschaftlichem Schutzgehalt - sieht man von Art. 1 ZPMRK ab - keinen Eingang gefunden haben³⁾; der Bestand an Grundrechten in der Konvention gegenüber dem des Grundgesetzes der Bundesrepublik jedenfalls in diesem sachlichen Regelungsbereich zurückbleibt. Die Konvention begründet insbesondere kein allgemeines Recht auf Niederlassung und wirtschaftliche Betätigung⁴⁾. Gleichwohl bleibt aber die Frage interessant, ob die ausländischen Gesellschaften zustehenden Rechte der MRK zu einer Verbesserung

1) Art. 1 ZPMRK gilt nach Ansicht der Europäischen Menschenrechtskommission ausschließlich zugunsten von Ausländern und ausländischen jur. Personen, vgl. Appl. Nr. 511/59 v. 20.12.1960, Yearbook of the European Convention, S. 394 (422 ff.), Gudmundsson vers. Island; a.A. wohl VASAK, Covention, S. 66

2) Grundrechte, S. 179

3) Im übrigen stehen von den enthaltenen Rechten juristischen Personen zu: Art. 6 (Anspruch auf ordnungsgemäße Justizgewähr, Art. 8 (Recht auf Achtung der Korrespondenz), Art. 10 (Recht auf Freiheit des Empfanges oder der Mitteilung von Informationen), Art. 11 (Recht der Vereinsfreiheit), Art. 14 (Diskriminierungsverbot) sowie Art. 1 ZPMRK; vgl. GURADZE, MRK, Einleitung § 3 Anm. IV

4) BVerwGE 3, 235 (236)

des Grundrechtsschutzes unter innerstaatlichem Blickwinkel führen, ungeachtet des hier bereits im Ersten Teil der Untersuchung vertretenen erweiternden Verständnis des Art. 19 Abs. 3 GG nach nationalem Recht.

B. Konventionsgrundrechte als Grundrechte im Sinne des § 90 BVerfGG?

Daß den genannten Rechtssubjekten nach der Konvention Rechtsschutz durch die Möglichkeit geboten wird, nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsmittelzuges¹⁾ die Europäische Kommission wegen behaupteter Verletzung ihrer im Vertrag niedergelegten Rechte anzurufen²⁾, steht außer Zweifel. Zum innerstaatlichen Rechtsmittelweg in diesem Sinne gehört nach der Rechtsprechung der Kommission³⁾ auch die Verfassungsbeschwerde an das BVerfG. Soweit ausländischen juristischen Personen nationaler Grundrechtsschutz zuzubilligen ist⁴⁾, muß die Kommission diese also zunächst auf den Weg nach Karlsruhe verweisen⁵⁾.

Davon ist jedoch die sich aus diesem Ansatz ergebende weiterführende Frage zu trennen, ob ausländische juristische Personen auch vor nationalen Gerichten erweiterten Schutz durch die Konvention insoweit erfahren, daß sie sich im Rahmen

1) Art. 26 MRK

2) Art. 25 MRK

3) Vgl. z.B. Beschwerdesache Nr. 27/55, European Commission of Human Rights, Yearbook of the European Convention 1965, S. 138 f.

4) Was bereits geschehen ist, vgl. Entscheidung v. 16.12.1961, Nr. 712/60, Retimag vers. Bundesrepublik Deutschland, Yearbook of the European Convention 1961, S. 385 f. (400 ff.)

5) Was nach der hM lediglich hinsichtlich der Justizgrundrechte der Fall ist, vgl. oben S. 49 ff.; anders jedoch nach hier vertretener Ansicht, vgl. dazu S. 68 ff.

des Verfassungsbeschwerdeverfahrens etwa auf die ihr ausdrücklich zugesprochene Eigentumsgarantie des Art. 1 ZPMRK berufen¹⁾. Anders gewendet: Gehören Rechte der Konvention zu den in § 90 Abs. 1 BVerfGG gemeinsamen Grundrechten?

Die Frage ist vom BVerfG mehrfach verneint worden, wobei eine überzeugende Begründung allerdings zu vermissen ist²⁾. Der daraus resultierenden Streitfrage in der Literatur³⁾ soll im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgegangen werden, da sie über die zu behandelnde Thematik, ob die Konvention zu inländergleichem Grundrechtsschutz im Lichte deutscher Grundrechte führt, hinausgeht⁴⁾.

1) So auch die Andeutung der Problematik bei MASER, S. 14

2) BVerfGE 4, 110 (111): "Eine Erörterung der auf Verletzung der Konvention vom 4. November 1950 in Verbindung mit Art. 25 GG gestützten Angriffe erübrigt sich, da diese Bestimmung in § 90 BVerfGG nicht aufgenommen, daher wegen ihrer Verletzung die Verfassungsbeschwerde nicht gegeben ist." Ähnlich auch E 6, 389 (440); 10, 271 (274); offengelassen in E 9, 36 (39). DÜRIG in MDHS, Art. 1 Abs. 2, bezeichnet den Hinweis des Gerichts auf den Wortlaut zu Recht als "formal".

3) Vgl. dazu (gegen das BVerfG) GURADZE, DÖV 1960, 286 ff., DÖV 1961, 12 ff., Anm. zu BVerfGE 10, 271 ff. in NJW 1960, 1243; Kritisch auch SPANNER, AöR Bd. 90 (1965), S. 98 (104 f.); SCHWENK, NJW 1962, 1321 (1325); wie BVerfG HERZOG, DÖV 1960, 775 ff.

4) Gleichwohl dürften die Ausführungen GURADZES, a.a.O., einiges für sich haben; so auch zu Recht MASER, S. 14

C. Inländergleichbehandlung aufgrund Normwirkungen
der Konvention?

Vielmehr ist, anknüpfend an die mit den bilateralen Verträgen gefundene Lösung¹⁾, zu erwägen, ob nicht auch im sachlichen Geltungsbereich der Konvention als eines mehrseitigen zwischenstaatlichen Abkommens der innerhalb der Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG dem einfachen Gesetzgeber zunächst vorbehaltene fremdenrechtliche Handlungsradius durch Ratifikation der Konvention verbraucht worden ist, mithin die in teleologischer Betrachtung ermittelte²⁾ verfassungsrechtliche Grundrechtssperre, soweit bestehend, zu relativieren, auch insoweit genutzt worden ist, als Normschichten der MRK inländergleich, d.h. auch grundrechtsgleiche Behandlung ausländischer Wirtschaftssubjekte erfordern.

Der damit vorgenommene Ansatz erweist sich, wie bei den zweiseitigen Verträgen³⁾, nicht schon deshalb als unbrauchbar, weil auch der Menschenrechtskonvention nach überwiegender Ansicht nach dem Transformationsakt unmittelbare innerstaatliche Geltungskraft lediglich auf der Ebene eines einfachen Bundesgesetzes zukommt⁴⁾. Denn die Ein-

1) Vgl. oben S. 147

2) Vgl. oben S. 32 f., 146 f.

3) Vgl. oben S. 141 ff.

4) So z.B. DÜRIG in MDHS, Art. 1 Abs. 2, Rdnr.59; WEBER in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHEUNER, Grundrechte Bd.II, S. 337; W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 180; HERZOG, AöR Bd.86 (1961), S. 194 (195); SÖSTERHENN, DVBL 1955, 753 (754); OVG Münster, NJW 1956, 1374 (1375); OLG Bremen, NJW 1960, 1265 (1266).

Zum Teil differenziert wird jedoch entgegen der st. Rspr. und hM eine verfassungsrechtliche Garantie angenommen, vgl. z.B. ECHTERHÖLTER, JZ 1955, 689 (691); GURADZE, Stand der Menschenrechte im Völkerrecht, 1956, S. 173 ff.; DERSELBE, DÖV 1960, 286 ff., DÖV 1961, 12 f.; DERSELBE, MRK, Einleitung § 5, Anm. IV; SCHORN, MRK, Vorgeschichte, Anm. 43 ff.; vgl. auch W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 181 f.

ordnung in das innerstaatliche Normengefüge erweist sich auch in diesem Zusammenhang als nicht relevant. Durchschlagskraft im Sinne einer zumindest partiellen inländergleichen Einordnung ausländischer juristischer Personen kann der Konvention indessen nur dann zugesprochen werden, falls ihr ein entsprechender Normbefehl, wenigstens in Gestalt eines Diskriminierungsverbotes aus Gründen der Nationalität - denn ein positives Gebot der Inländergleichbehandlung enthält die Konvention nicht - entnommen werden kann.

I. Art. 14 MRK

Das somit in den Vordergrund zu rückende Diskriminierungsverbot des Art. 14 MRK, das den "Genuß der in der ... Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten... ohne Unterschied... nationaler... Herkunft... oder des sonstigen Status gewährleistet..." kann, isoliert betrachtet, einen solchen Bezug nicht herstellen. Zunächst enthält Art. 14 MRK kein allgemeines Gleichbehandlungsgebot¹⁾. Dies stellt, zusammen mit der Tatsache, daß sich das Verbot unterschiedlicher Behandlung aus Gründen der Nationalität zwar nicht unter den Begriff "nationale Herkunft"²⁾, aber unter die Generalklausel "sonstiger Status" einreihen läßt³⁾, kein

1) Die Einführung der allgemeinen Rechtsgleichheit ist laut W.W. SCHMIDT, a.a.O., S. 180 Fn.85 vorgesehen gewesen; vgl. Abdruck des Entwurfes bei Gordon L. WEIL, The European Convention on Human Rights, 1963, S. 245 f. ("All persons are equal before the law"). Bis heute ist jedoch ein diesbezügliches Zusatzprotokoll nicht vereinbart worden.

2) "Nationale Herkunft" entspricht dem Heimatbegriff des Art. 3 Abs. 3 GG und ist jedenfalls unabhängig von der Staatsangehörigkeit zu sehen, so zu Recht GURADZE, MRK, Art. 14 Anm. 11; a.A. wohl SCHORN, MRK, Art. 14 Rdnr.11

3) GURADZE, MRK, Art. 14 Anm. 15

entschiedenes Hindernis dar; ein allgemeines Gleichbehandlungsgebot, wie es etwa Art. 3 Abs. 1 GG verkörpert, ist im vorliegenden Zusammenhang insofern gar nicht erforderlich.

Entscheidend ist indessen, daß Art. 14 MRK selbst lediglich die Schlechterstellung bezogen auf Konventionsgrundrechte und -freiheiten verbietet. Auch die Zusammenschau mit dem gleichfalls die Differenzierung zwischen inländischen und ausländischen Rechtssubjekten verbietenden Art. 1 MRK¹⁾, der allen der Herrschaftsgewalt der Unterzeichnerstaaten unterstehenden Personen "die in Abschnitt I dieser Konvention²⁾ niedergelegten Rechte und Freiheiten" zusichert, bestätigt diese Auffassung. Auch diese Sicherung bezieht sich, wie zudem Art. 25 MRK belegt³⁾, nur auf die genannten Rechte der Konventionsebene, umfaßt jedoch nicht ein Gleichbehandlungsgebot in der Anwendung innerstaatlicher verfassungsrechtlicher Normbereiche.

1) So SCHORN, MRK, Art. 14 Anm. 11; GURADZE, MRK, Art. 14 Anm. 15, Art. 1 Anm. 3

2) Hervorhebung v. Verfasser

3) Art. 25 Abs. 1 MRK: "Die Kommission kann durch ein an den Generalsekretär des Europarates gerichtetes Gesuch jeder natürlichen Person, nichtstaatlichen Organisation oder Personenvereinigung angegangen werden, die sich durch eine Verletzung der in dieser Konvention anerkannten Rechte durch einen der Hohen Vertragschließenden Teile beschwert fühlt,...."
(Hervorhebung v. Verfasser)

II. Art. 1 ZPMRK in Verbindung Art. 14 MRK

Bezieht man die Grundrechte der Konvention in die Betrachtung mit ein, ergibt sich kein abweichendes Ergebnis. Das läßt sich modellhaft am schon erwähnten¹⁾, das Eigentumsrecht explizit auch juristischen Personen garantierenden Art. 1 ZPMRK aufzeigen. Danach haben zwar auch ausländische juristische Personen ein Recht auf Achtung ihres Eigentums eingedenk der dort erwähnten Eingriffsmöglichkeiten²⁾. Wird Art. 1 ZPMRK im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot des Art. 14 MRK gesehen, ergibt sich zwar das Gebot, das Eigentum einer ausländischen Gesellschaft nicht aus nationalitätsbedingten Gründen zu verletzen, nicht in diskriminierender Weise auf die Plazierung des Sitzes, die Staatsangehörigkeit der juristischen Person Bezug zu nehmen. Auch dieses Gebot bewegt sich indessen auf der ausschließlichen Rechtsebene der Konvention. Art. 1 ZPMRK bildet lediglich eine Mindestgarantie³⁾; der innerstaatlichen Rechtsordnung wird dadurch nicht die Befugnis genommen, den Inhalt des auch durch die Konvention zwischenstaatlich abgesicherten Eigentumsrechts im einzelnen auszugestalten, wie es das Grundgesetz in Art. 14 GG und die diesen Bereich abdecken-

1) Vgl. oben S. 158

2) Zwar haben juristische Personen des Auslands nach hier vertretener Ansicht schon nach innerstaatlichem Verfassungsrecht das Grundrecht des Art. 14 GG inne, sofern sie von der Hoheitsgewalt der Bundesrepublik bei Betätigung im Inland betroffen werden. Unabhängig davon stellt sich jedoch die Frage, ob sich dieses Ergebnis auch unter dem Blickwinkel der Konvention erreichen läßt.

3) So zu Recht NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1018)

den einfachen Gesetze getan haben. Demgemäß gewährt das nationale deutsche Recht sogar weitergehenden Schutz und eine präzisere Ausformung der Eigentums-garantie als Art. 1 ZPMRK, die an keiner Stelle hinter dessen Aussageinhalt zurückbleibt¹⁾.

Wurde im Rahmen der zweiseitigen zwischenstaatlichen Verträge umfassende Inländerbehandlung vereinbart, mit-hin die Anwendung geltenden nationalen Rechts der Bun-desrepublik einschließlich Verfassungsrechts auch auf juristische Personen des jeweiligen Vertragspartners festgelegt²⁾, offenbart sich die Konvention im Unter-schied dazu als Rechtskomplex mit Ausformung eigener Grundrechte, deren Anwendung im Verein mit dem Dis-kriminierungsverbot des Art. 14 MRK auf alle der Herr-schaftsgewalt der Bundesrepublik Deutschland unterfal-lenden Gesellschaften ohne nationalitätsbedingte Dis-kriminierung erfolgen muß. Eine Verletzung dieser Kon-ventionsgarantien in Form etwaiger Schlechterstellung ist dann systemkonform nach dem der Konvention zuteil gewordenen Rechtsweg, d.h. mit der Beschwerde nach den Art. 25 ff. MRK zur Europäischen Kommission geltend zu machen, kann jedoch nicht im Sinne einer umfassenden In-länderbehandlung dazu führen, den personellen Anwendungs-bereich innerstaatlicher Grundrechtsgarantien auf aus-ländische juristische Personen auszudehnen. Was dabei für das hier primär angesprochene ausdrücklich erwähnte Eigen-tumsrecht des Zusatzprotokolls gilt, ist auf die übrigen Rechte der Konvention, soweit sie für juristische Personen von Belang sind, in gleicher Weise zu übertragen.

1) Beispielsweise fehlt eine ausdrücklich geregelte Entschä-digungspflicht in Art. 1 ZPMRK, obgleich die deutschen Vertreter in den Verhandlungen auf eine Aufnahme drängten, vgl. MÜHLENHÖVER in Bulletin des Presse und Informations-amtes der Bundesregierung, 1953, S. 247

2) Vgl. oben S. 141 ff.

Somit sind nationale Grundrechtsgarantien nicht wegen der Zustimmung des Gesetzgebers zur Konvention zugunsten ausländischer juristischer Personen anwendbar; ebenso wenig können diese mit der Verfassungsbeschwerde etwa Verletzung der Vereinsfreiheit rügen, weil durch die personell umfassende Garantie dieses Rechts in Art. 11 Abs. 1 MRK in Kombination mit dem allgemeinen Diskriminierungsverbot der Konvention der nationale verfassungsrechtliche Schutzgehalt des Art. 9 Abs. 1 GG auch auf ausländische Organisationseinheiten erweitert würde¹⁾.

D. Zusammenfassung

Art. 14 MRK erfordert mithin nicht die Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen juristischen Personen hinsichtlich einiger oder gar aller Grundrechte des deutschen Grundgesetzes²⁾. An diesem Ergebnis ändert sich auch dann nichts, wenn Art. 14 MRK im Zusammenhang mit Art. 1 ZPMRK oder anderen Konventionsgrundrechten gesehen wird. Der Gesetzgeber hat seinen fremdenrechtlichen Gestaltungsspielraum - im Lichte des Art. 19 Abs. 3 GG besehen - durch Zustimmung zu Konvention und Erstem Zusatzprotokoll insoweit nicht wahrgenommen, als er dadurch nicht punktuell oder generell Inländerbehandlung bei Zugang zu nationalen Gerichten vereinbart, sondern sich auf die Niederlegung von Mindestgarantien sui generis beschränkt hat³⁾.

1) So auch W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 180; FÜBLEIN in NEUMANN/NIPPERDEY/SCHUENER, Grundrechte Bd.II, S. 442 Fn.87; anderer Ansicht aber für natürliche Personen GURADZE, Stand der Menschenrechte, 1956, S. 212 für Art. 8, 9 GG; SCHORN, MRK, Art. 1 ZPMRK, Anm. 10 für Art. 14 GG, wohl auch für Art. 8 GG wenn er in Art. 11 Anm. 17 eine Verpflichtung der BRD zur Einräumung dieses Rechts sieht.

2) So wohl auch im Ansatz W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 180 Fn.86

3) So auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1019); a.A. wohl DEGENHART, Grundrechtsschutz, (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 8 ff. (12))

2. KAPITEL: SUPRANATIONALES RECHT.
GEMEINSCHAFTSRECHTLICHE DISKRIMINIERUNGS-
VERBOTE ALS GRUNDRECHTSGELTUNGSERWEITERNDE
ANWENDUNGSBEFEHLE FÜR INNERSTAATLICHES
VERFASSUNGSRECHT

1. Abschnitt: Anwendbarkeit des allgemeinen Diskriminie-
rungsverbotes in Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag
auf juristische Personen. Art. 58 EWG-Vertrag

Im vorhergehenden Kapitel wurde gezeigt, daß Inländergleich-
behandlungsvereinbarungen in zwischenstaatlichen Abkommen
die gleichmäßige Eingliederung ausländischer Gesellschaften
in die innerstaatliche Ordnung zur Folge haben, zwischen-
staatliches Recht mithin zur Gleichbehandlung bei Anwendung
der innerstaatlichen Verfassungsnormen führt; die Frage einer
Normenkollision sich demgemäß nicht stellte.

Dies läßt sich für den Bereich des EG-Rechts nicht in glei-
cher Weise behaupten. Art. 7 Abs. 1 EWGV verbietet in der
europäischen Wirtschaftsgemeinschaft grundsätzlich jede
Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit¹⁾. Die
Vorschrift ist nicht nur auf natürliche, sondern auch auf
juristische Personen anwendbar²⁾. Angesichts dieser Einig-
keit im Schrifttum ist die Frage zu vernachlässigen, ob es

1) Art. 7 Abs. 1 EWGV: "Unbeschadet besonderer Bestimmungen
dieses Vertrages ist in seinem Anwendungsbereich jede
Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ver-
boten."

2) A.A., soweit ersichtlich, nur BODE, Diskriminierungsver-
bote im EWG-Vertrag, 1968, S. 300 mit dem allzu formalen
Argument, "Staatsangehörigkeit" komme begrifflich nur
natürlichen Personen zu. Vgl. dagegen schon oben S. 77 f.

hierzu des Rückgriffs auf Art. 58 EWGV¹⁾ bedarf²⁾ oder ob die Anwendung insoweit schon aus Art. 7 Abs. 1 EWGV selbst und der wirtschaftlichen Zielsetzung der Gemeinschaft folgt³⁾, die eine ausschließliche Begünstigung von natürlichen Personen schlechthin als nicht vertragskonform erscheinen läßt, da der Vorschrift dann nur reduzierte Schlagkraft zukäme⁴⁾.

-
- 1) Art. 58 Abs. 1 EWGV: "Für die Anwendung dieses Kapitels stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind."
 - 2) So WOHLFAHRTH in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, 1960, Art. 7 Anm. 7, wonach trotz des engen Wortlauts des Art. 58 Abs. 1 und dessen systematischer Stellung im Kapitel "Niederlassungsrecht", bzw. in Verbindung mit Art. 66 "Dienstleistungen", die Analogie zwingend sei, weil "Staatsangehörigkeit" nicht auf natürliche Personen beschränkt verstanden werden könne und beim Diskriminierungsverbot des Art. 60 Abs. 1 des Montanvertrages die Rechtsprechung des EuGH gleichgelagert verfare; zustimmend NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020); HOCHBAUM, Diskriminierungs- und Subventionsverbot in der EGKS und EWG, 1962, S. 171; MEIER, ZHR 133 (1969), S. 61 (62); BLECKMANN, Europarecht, 1978, S. 284; WÄGENBAUR in von der GROEBEN/ von BOECKH/THIESING, Kommentar zum EWG-Vertrag, Bd.1, 1974, Art. 7 Anm. II 2
 - 3) So FEIGE, Der Gleichheitssatz im Recht der EWG, Diss. Tübingen 1973, S. 23 f., der zu Recht betont, daß auf die Analogie zu Art. 58 Abs. 1 verzichtet werden kann, wenn man, wie in anderen Vertragstexten (Französisch: nationalité; Italienisch: nationalità; Niederländisch: nationaliteit) auf die Nationalität abstellt. Danach ist die Geltung des Art. 58 Abs. 1 auf die Kapitel Niederlassungsrecht, bzw. Dienstleistungsrecht beschränkt.
 - 4) So FEIGE, Gleichheitssatz, S. 24

Wirkt Art. 7 Abs. 1 EWGV somit zugunsten der in Art. 58 Abs. 2 EWGV bezeichneten Gesellschaften¹⁾, jedenfalls also hinsichtlich der juristischen Personen im Sinne dieser Untersuchung, sofern sie nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedsstaates gegründet sind und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft haben, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Vorschrift auf die innerstaatliche Verfassungsregelung des Art. 19 Abs. 3 GG im Sinne einer möglichen Erweiterung des Schutzes durch deutsche Grundrechte für die beschriebenen Destinatäre haben könnte. Diese Frage stellt sich auch dann, wenn über die im Sinne der herrschenden Auslegung des Art. 19 Abs. 3 GG hinausgehende Gewähr der formellen Grundrechte partiell auch materielle Grundrechte ausländischen juristischen Personen aufgrund zweckentsprechender Auslegung des innerstaatlichen Rechts zugestanden werden, da der Ansatzpunkt bei Art. 7 EWGV dahingehend einzugrenzen ist, ob das im überstaatlichen Recht ausgesprochene umfassende Verbot nationalitätsbedingter Diskriminierung innerstaatliches, dahinter zurückbleibendes Verfassungsrecht kollisionsrechtlich relativieren und im Ergebnis zu einer Inländergleichbehandlung wie bei den bilateralen Verträgen führen kann.

Zu diesem Zweck ist zunächst der Inhalt des Art. 7 Abs. 1 EWGV einer näheren Betrachtung zu unterziehen und darauf folgend das Rangverhältnis dieser Regel zur Inländerklausel des nationalen Verfassungsrechts auszuloten.

1) Art. 58 Abs. 2: "Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen."

2. Abschnitt: Inhalt des allgemeinen Diskriminierungs-
 verbotes in Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag¹⁾
 hinsichtlich juristischer Personen.
 Inländerbehandlung

Art. 19 Abs. 3 GG erlaubt in gewissen dargestellten Grenzen²⁾ nationalitätsbedingte Schlechterstellung, also Diskriminierung ausländischer Gesellschaften. Art. 7 Abs. 1 EWGV verbietet dies. Inhaltlich konkretisiert die Vorschrift kein allgemeines Diskriminierungsverbot im Sinne eines umfassenden Gleichbehandlungsgebotes auf allen Lebensbereichen³⁾, wie es etwa Art. 3 Abs. 1 GG auf nationaler Ebene darstellt, untersagt jedoch dem Normverpflichteten, innerhalb des Anwendungsbereiches des Grundsatzes an die Nationalität der Schutzberechtigten anzuknüpfen, um diesen eine verglichen mit den eigenen Staatsangehörigen unterschiedliche Behandlung zuteil werden zu lassen⁴⁾, diese als wesentlich verschieden anzusehen⁵⁾. Positiv gewendet ist Art. 7 Abs. 1 EWGV identisch mit dem Gebot der Inländerbehandlung⁶⁾, d.h. die Staats-

1) Zu Inhalt und Reichweite allgemein vgl. STEINDORFF, Der Gleichheitssatz im Wirtschaftsrecht des Gemeinsamen Marktes, 1965; BODE, Diskriminierungsverbote; FEIGE, Gleichheitssatz

2) Vgl. oben Erster Teil der Untersuchung

3) Vgl. WÄGENBAUR in von der GROEBEN/von BOECKH/THIESING, EWGV Bd.1, Art. 7 Anm. II 2; WOHLFAHRTH in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, EWGV, Art. 7 Anm. 8; FEIGE, a.a.O., S. 71 ff.

4) WÄGENBAUR, a.a.O., Art. 7 Anm. II 1; vgl. dazu auch EuGH Rs 14/68, RsprGH XV, 1 (16)

5) WOHLFAHRTH in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, EWGV, Art. 7 Anm. 3

6) WOHLFAHRTH, a.a.O., Art. 7 Anm. 4; WÄGENBAUR in von der GROEBEN/von BOECKH/THIESING, EWGV Bd.1, Art. 7 Anm. II 1; IPSEN, Europäisches Gemeinschaftsrecht, 1972, S. 592, 600; BLECKMANN, Europarecht, S. 283

angehörigen und mithin auch juristischen Personen der EG-Staaten müssen im Inland ebenso behandelt werden wie eigene Staatsangehörige und im Inland ansässige juristische Personen¹⁾. Der Grundsatz der Inländerbehandlung ist nach der Rechtsprechung des Gerichtshofes einer der grundlegenden Rechtssätze der Gemeinschaft²⁾. Daraus erklärt sich das Bestreben, dem Grundsatz in größtmöglichem Umfang Wirksamkeit angedeihen zu lassen, sei es über die dem allgemeinen Diskriminierungsverbot vorgehenden³⁾ Spezialvorschriften⁴⁾, sei es als Auslegungsregel für das gesamte Vertragsrecht, sei es im verbleibenden Anwendungsbereich des Grundsatzes selbst⁵⁾.

1) NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020); MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr.11; WOHLFAHRTH, a.a.O., Art. 7 Anm. 4; WÄGENBAUR, a.a.O., Art. 7 Anm. II 1

2) EuGH Rs 2/74 (Reyners vers. Belgien), RsprGH XX, 631 (652); vgl. auch IPSEN, a.a.O., S. 592: "... Magna Charta der Wirtschaftsintegration..."

3) WOHLFAHRTH, a.a.O., Art. 7 Anm. II 4; WÄGENBAUR, a.a.O., Art. 7 Anm.11 ff.; FEIGE, Gleichheitssatz, S. 30 ff.; BLECKMANN, Europarecht, S. 291; IPSEN, a.a.O., S. 593 f.; für Art. 52 EuGH Rs 2/74, RsprGH XX, 631 (651)

4) Z.B. Art. 48 (Freizügigkeit der Arbeitnehmer); Art. 52 (Niederlassungsfreiheit), Art. 60 (Dienstleistungsverkehr), 67, 68 (Kapitalverkehr), 76 (Verkehr). Vgl. die auch für Art. 7 Abs. 1 relevanten, zu Art. 48 ergangenen EuGH Rs 44/72, RsprGH VIII, 1243 (1249); Rs 15/69, RsprGH XV, 363 (371)

5) Vgl. auch FEIGE, Gleichheitssatz, S. 44: "Art. 7 beinhaltet demnach ein absolutes Differenzierungsverbot, das mit ganzer Schärfe die von ihm erfaßten Diskriminierungen verhindern soll. Unabdingbare Gleichbehandlung lautet der Befehl; weiche, relative Interpretationen des Gebots sind nach der Tatbestandsfassung ausgeschlossen." Ähnlich auch DROBNIG, RabelsZ 34 (1970), 636 (640, 642)

3. Abschnitt: Vorrang von Gemeinschaftsrecht vor nationaler Inländerklausel

A. Die Rangfrage im Allgemeinen

Fordert Art. 7 Abs. 1 EWGV danach Inländerbehandlung für juristische Personen der EG-Staaten, verbietet er im Gegensatz zu Art. 19 Abs. 3 GG nationalitätsbedingte Diskriminierung, ist sein Verhältnis zu dieser Vorschrift von besonderem Interesse. Diese Erkenntnis führt zu der< Bibliotheken füllenden Rangproblematik von EG-Recht in Relation zu nationalen Normschichtungen. Es würde zwar Rahmen und Thema dieser Untersuchung sprengen, wollte man zu diesem Problem auch nur annähernd den Versuch eines Beitrages liefern. Gleichwohl muß zur Lösung der hier zu behandelnden Frage eine Übersicht über den Stand der Diskussion als ebenso notwendig wie ausreichend erachtet werden.

Festzustellen ist, daß mittlerweile nach klärenden Urteilen sowohl des EuGH, als auch, für die nationale Sicht, des BVerfG, jene Ansätze in den Hintergrund getreten sind, die ausgehend vom herkömmlichen Verständnis des Verhältnisses von Völkerrecht und innerstaatlichem Recht eine Lösung der Frage mit dem in diesem Zusammenhang angebotenen traditionellen völkerrechtlichen Instrumentarium versucht haben¹⁾. Hier hat das BVerfG einen deutlichen Schlußpunkt gesetzt, indem es darauf hingewiesen hat, daß Gemeinschaftsrecht jedenfalls weder Völkerrecht noch nationales Recht der Mitgliedstaaten ist²⁾. Ebenso sind die Versuche gescheitert,

1) Vgl. etwa SCHEUNER in Festschrift für Verdross, 1960, S. 229 (240 f.); v. MÜNCH, BerDGesVöR 2 (1958), 73 ff. passim; ERLER, VVDStRL 18 (1960), 7 ff. passim; SCHLOCHAUER, ArchVR Bd.11 (1963/64), 1 (8, 22)

2) BVerfGE 22, 293 (296); 37, 271 (277 f.)

eine Lösung in Gestalt bundesstaatlicher oder bundesstaatsähnlicher Konzeption zu suchen¹⁾. Die Annahme einer derartigen Rechtsnatur erscheint allzu begriffsjuristisch und realitätsfern²⁾. Die Gemeinschaften sind nicht Bundesstaaten³⁾, und sie haben sich einem solchen auch nach dem jetzigen Stand der Integration noch nicht soweit genähert⁴⁾, daß von Bundesstaatsähnlichkeit gesprochen werden könnte.

Die heute gefestigte, mit dem Urteil des EuGH in Sachen Costa ./ ENEL⁵⁾ erstmals einen dogmatischen Höhepunkt erreichende⁶⁾ Ansicht geht im Grundsatz vom Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor nationalem Recht aus. Mit dem "Vehikel"⁷⁾ der völkerrechtlichen Verträge haben die Signatarstaaten eine neue, eigene Rechtsordnung geschaffen, die mit eigenen Organen ausgestattet wurde, welche von den Mitgliedstaaten grundsätzlich unabhängig sind⁸⁾. Durch die Gründung einer Gemeinschaft für unbegrenzte Zeit, ausgestattet mit Rechts- und Geschäftsfähigkeit, mit internationaler Handlungsfähigkeit und insbesondere mit echten, aus der Beschränkung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten

1) So z.B. MAUNZ in MDHS, Art. 24 Rdnr.7; OPHÜLS in Festschrift Carl Heymanns Verlag, 1965, S. 544 (554, 574 Fn. 164, 588 Fn. 192), WOHLFAHRTH, Europäische und deutsche Rechtsordnung, 1965, S. 181

2) So zu Recht IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 274; BLECKMANN, Europarecht, S. 174 f.

3) IPSEN, a.a.O., S. 274

4) BLECKMANN, a.a.O., S. 174

5) EuGH (v. 17.5.1964), Rs 6/64, RsprGH X, 1251 ff.; bestätigt durch Rs 14/68, RsprGH XV, 16 ff.; Rs 11/70, RsprGH XVI, 1134 ff.; Rs 48/71, RsprGH XVIII, 533 ff.

6) So BENDA/KLEIN, DVBL 1974, 390 (392)

7) RIEGEL, BayVBL 1974, 358

8) RIEGEL, BayVBL 1973, 96 (97)

oder der Übertragung von Hoheitsrechten derselben auf die Gemeinschaft herrührenden Hoheitsrechten haben die Mitgliedstaaten einen Rechtskörper geschaffen, der für ihre Angehörigen und sie selbst verbindlich ist¹⁾. Es mußte von Anfang an klar sein, daß die formell auf dem Wege klassischen Völkerrechts entstandenen Gemeinschaften mit den eingeräumten Kompetenzen mehr waren als die Schaffung einer weiteren "normalen" internationalen Organisation²⁾. Hier wurde der Erstentwurf einer Art "europäischen Verfassung" in Kraft gesetzt, der von da an weitestgehend eigenständig sein und seine eigene Dynamik entwickeln sollte³⁾. Dies entsprach auch dem politischen Willen der "Verfassungsgeber"⁴⁾. Ob und wonach die Organe der Bundesrepublik hierzu innerstaatlich ermächtigt waren, und die eventuellen Grenzen einer solchen Ermächtigung bleiben noch zu erörtern. Jedenfalls darf aber als feststehend erachtet werden, daß eine eigene, autonome Gemeinschaftsrechtsordnung geschaffen werden sollte und wurde⁵⁾. Diese Rechtsordnung ist nicht nur autonom und originär, sie ist vielmehr nach ihrer Struktur und nach dem Willen der Vertragsstaaten supranational, also übergeordnet⁶⁾. Andernfalls wäre die Schaffung dieses juristischen "phénomène nouveau"⁷⁾ auch gar nicht erforderlich

1) EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1256)

2) So zu Recht CONSTANTINESCO, *JUS* 1965, 289 (292)

3) RIEGEL, BayVBL 1974, 358 (359); vgl. auch IPSEN, *Gemeinschaftsrecht*, S. 64: "...materielle Verfassung..."

4) RIEGEL, BayVBL 1974, 33; PESCATORE, *Le Droit de L'Integration, Emergence d'un phénomène nouveau dans les relations internationales selon l'expérience des Communautés Européennes*, 1972, S. 14 f.

5) Vgl. EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1269 f.); BVerfGE 22, 293 (295 f.); E 31, 145 (173 f.); 37, 271 (277 f.)

6) RIEGEL, BayVBL 1976, 353 (355)

7) PESCATORE, *Le Droit de L'Integration*, S. 55

gewesen.

IPSEN entwickelte den Vorrang des Gemeinschaftsrechts aus dem europarechtlichen Prinzip der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaften¹⁾, ein Argument, das der EuGH letztlich übernommen hat, wenn er den Vorrang daraus folgert, daß andernfalls der Charakter als Gemeinschaftsrecht in Frage stehe und damit letztlich die Grundlage der Gemeinschaft überhaupt erschüttert werde²⁾. Als beispielhafte Untermauerung der Prävalenz wird Art. 189 Abs. 2 EWGV³⁾ angesehen⁴⁾, der nach Wortlaut zwar lediglich auf sekundäres Gemeinschaftsrecht abstellt, gleichwohl aber wegen seiner exemplarischen Bedeutung in Verbindung mit einem argumentum a minore ad maius Anwendung auf primäres Gemeinschaftsrecht finden muß⁵⁾. Eine weitere Bestimmung, die für die Richtigkeit der These vom Vorrang des Gemeinschaftsrechts spricht, ist Art. 7 Abs. 1 EWGV selbst. Ließe man in den verschiedenen Staaten dem Gemeinschaftsrecht widersprechendes innerstaatliches Recht zu, bestünde man also nicht auf dem Primat des ersteren, würde dies einen Verstoß gegen Art. 7 Abs. 1 darstellen, denn die Folge, daß Gemeinschaftsrecht eben nicht mehr das Recht der von allen gewollten Gemeinschaft bedeuten könnte, liefe letztendlich dem Sinn derselben gerade zuwider⁶⁾. Und nicht zuletzt hält

-
- 1) IPSEN, Das Verhältnis des Rechts der Europäischen Gemeinschaften zum nationalen Recht in: Aktuelle Fragen des Europäischen Gemeinschaftsrechts (Bensheim-Kolloquium), 1965, S. 17; DERSELBE, Gemeinschaftsrecht, S. 280
 - 2) EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1270)
 - 3) Art. 189 Abs. 2: "Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat."
 - 4) IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 281; ALDER, Koordination und Integration als Rechtsprinzipien, 1969, S. 146 f.; EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1270)
 - 5) IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 289; ZULEEG, Das Recht der Europäischen Gemeinschaft im innerstaatlichen Bereich, 1969, S. 155
 - 6) Vgl. CONSTANTINESCO, JUS 1965, 340; EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1269)

Art. 5 Abs. 2 EWGV, der den Mitgliedstaaten alle Maßnahmen untersagt, welche die Verwirklichung der Vertragsziele gefährden könnte, diese von nachträglicher nationaler Gesetzgebung ab, die nach der lex-posterior-Regel das Gemeinschaftsrecht unter den Staaten zu von staatlichen Wollensbedingungen abhängigen Vertragspflichten denaturieren würde¹⁾.

Dem Gemeinschaftsrecht als solchem, exemplarisch belegt durch dessen Einzelschriften, ist also die Prävalenz gegenüber nationalem Recht zu entnehmen. Weist diese Qualifizierung des Gemeinschaftsrechts es als unantastbar durch nationales Recht aus, ist in der exemplarisch positivierten Sachnorm des Art. 189 Abs. 2 EWGV zugleich eine Kollisionsregel inkorporiert²⁾. Damit ist indes deren Verbindlichkeit im nationalen Rechtsraum, für den nationalen Rechtsanwender, etwa den streitentscheidenden Prozeßrichter, noch nicht erklärt. Isoliert aus ihrer lediglich gemeinschaftsrechtlichen Existenz folgt noch nicht deren nationale Anwendungsfähigkeit³⁾.

Da EG-Recht und innerstaatliches Recht nicht in einem Stufenverhältnis zueinander stehen, das die Aufstellung abstrakter Derogationsregeln gestatten würde⁴⁾, ist der für die innerstaatliche Rechtsordnung verbindliche Anwendungsbefehl in der Bestimmung zu suchen, die die Eingliederung der supranationalen Rechtsordnung in die innerstaatliche Ordnung bestimmt.

1) So IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 299; vgl. auch EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1269 f.)

2) IPSEN, a.a.O., S. 285

3) IPSEN, a.a.O., S. 285

4) IPSEN, a.a.O., S. 287 f., 278 f.

Dies ist im Hinblick auf die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland Art. 24 GG als "Integrationshebel"¹⁾, womit verfassungskräftig die Existenz, Geltung und Wirksamkeit von Gemeinschaftsnormen neben dem nationalen Rechtssystem anerkannt wird. Dabei sind zwei Funktionen der Vorschrift zu trennen:

Der EWG-Vertrag gilt in der Bundesrepublik, weil ihm durch Gesetz vom 27.7.1957²⁾ innerstaatliche Wirksamkeit zuerkannt wurde. Aus der Tatsache, daß die Zustimmung durch einfaches Gesetz erfolgte, kann indes nicht etwa gefolgert werden, dem Gemeinschaftsrecht komme lediglich der Rang einfachen Rechts zu³⁾. Das hieße, die dargestellten Besonderheiten verkennen⁴⁾. Schaffung und Zustimmung zu den Verträgen ist eine Seite, das Fortwirken der geschaffenen Gemeinschaftsrechtsordnung eine andere⁵⁾. In der Ermächtigung des Art. 24 GG als innerstaatliche Grundlage für den gesetzlichen Errichtungsakt erschöpft sich dessen Bedeutungsgehalt daher nicht.

Art. 24 GG spricht von der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen. Das ist nicht wörtlich zu nehmen im Sinne einer echten *cessio iuris*⁶⁾, sondern als Verzicht auf die Aus-

-
- 1) IPSEN, Benheim-Kolloquium, S. 26; DERSELBE, Gemeinschaftsrecht, S. 285
 - 2) BGBl. 1957 II, S. 753 ff.
 - 3) Vgl. dazu schon oben S.167 f., insbesondere Fn.1 ebenda
 - 4) Vgl. oben S. 168 ff.
 - 5) RIEGEL, BayVBL 1976, 353 (356)
 - 6) Womit die Folgen des *nemo plus iuris transferre quam ipse habet* unvermeidlich wären, so zu Recht MAUNZ in MDHS, Art. 24, Rdnr.7, ebenso IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 56; SPANNER, BayVBL 1970, 341

übung bestimmter Hoheitsrechte und deren kompensierende Aufnahme durch die Gemeinschaften¹⁾, mithin im Sinne einer Öffnung der nationalen Rechtsordnung dergestalt, daß "der ausschließliche Herrschaftsanspruch der Bundesrepublik Deutschland im Geltungsbereich des Grundgesetzes zurückgenommen und der unmittelbaren Geltung und Anwendbarkeit eines Rechts anderer Quelle innerhalb des staatlichen Herrschaftsbereiches Raum gelassen wird"²⁾. Die nationale Rechtsordnung kann nicht von sich aus die einheitliche Geltung in allen Gemeinschaftsstaa-ten herstellen, die das Wesen des Gemeinschaftsrechts ausmacht, die Geltung kommt dem Gemeinschaftsrecht durch sich selbst zu, die nationale Rechtsordnung erkennt sie lediglich an³⁾.

B. Vorrang des Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag auch vor nationalem Verfassungsrecht, insbesondere Art. 19 Abs. 3 GG

Aus dem Vorstehenden ergibt sich im Grundsatz der Vorrang des allgemeinen Diskriminierungsverbotes, einfließend in die deutsche Rechtsordnung über Art. 24 Abs. 1 GG. Dies hieße, bezogen auf den aus dem gemeinschaftsrechtlichen Grundsatz zu folgernden Befehl zur Inländerbehandlung, daß die Bundes-

1) MAUNZ, a.a.O., Rdnr.7; vgl. auch Zwischenbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Frage der Verfassungsreform, "Zur Sache", Themen Parlamentarischer Beratung, Bonn Heft 1, 1973, S. 60, wo zur Frage des Art. 24 GG klargestellt wurde, daß zwischenstaatliche Einrichtungen originäre Befugnisse haben.

2) So BVerfGE 37, 271 (280), "Solange"-Beschluß, vgl. auch IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 70: "...nationale Verfassungsentscheidung zur Öffnung der Staatlichkeit..."

3) OPHÜLS in Festschrift Carl Heymann Verlag, S. 519 (567 f.)

republik insoweit ihren fremdenrechtlichen Aktionsspielraum¹⁾ durch den Übertragungsvorbehalt für innerstaatliche Hoheitsgewalt zur Disposition der supranationalen Gemeinschaftsrechtsordnung gestellt hat; ein Ergebnis, das sicherlich von den Finalitäten des EWG-Vertrages umfaßt wird. Damit ist indessen noch nicht ohne weiteres festgelegt, ob auch die fremdenrechtliche Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG zur Disposition gestellt wurde, mithin, ob die Schlechterstellung der ausländischen juristischen Personen auch für den Grundrechtsbereich durch überstaatliches Recht aufgehoben werden kann.

Dies könnte nämlich von der weiterführenden Frage abhängig sein, ob und inwieweit die im Grundsatz vorrangige Rechtsordnung der EG an Verfassungsschranken nationalen Rechts, insbesondere an Grundrechten²⁾, ihre Grenze findet. Anders gewendet: Der Rang des Art. 7 Abs. 1 EWGV im Verhältnis zu nationalen Grundrechten hängt von der Reichweite der verfassungsrechtlich eingeräumten Kompetenz des Gesetzgebers in Art. 24 Abs. 1 GG ab³⁾. Diese Vorschrift bildet zwar den Anwendungsbefehl im nationalen Recht, der eine Bresche in den Souveränitätspanzer schlägt⁴⁾ und die innerstaatliche Grundlage für das Einfließen des Gemeinschaftsrechts mit dessen Vorrang legt. Die Frage ist aber, ob dieser Befehl uneingeschränkt gilt.

1) Vgl. dazu oben S. 32 f., 107 ff.

2) In BVerfGE 31, 145 ff. wurde lediglich der Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor einfachem Bundesrecht anerkannt.

3) So ERICHSEN, VerwArch Bd. 64 (1973), 101 (106)

4) BLECKMANN, Europarecht, S. 177, 180

Der in diesem Zusammenhang an sich bedeutsame "Solange"-Beschluß des BVerfG¹⁾, in dem sich das Gericht in Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung des EuGH gesetzt hat, der seit der Costa ./ ENEL-Entscheidung²⁾ nicht mehr von seiner Auffassung des unbedingten Vorranges des Gemeinschaftsrechts vor allem staatlichen Recht abweicht³⁾, spielt für die Frage des Verhältnisses von Art. 7 Abs. 1 EWGV zur nationalen Inländerklausel aus zwei Gründen keine Rolle:

- Zwar steht Art. 19 Abs. 3 GG nach Systematik und Inhalt in enger Beziehung zum Grundrechtskatalog. Ob man die Grundrechtsträger im einzelnen Grundrecht festschreibt⁴⁾, oder umfassend durch eine geltungserweiternde Sondervorschrift regelt, ist letztlich eine Frage des sprachstilistischen und gesetzessystematischen Geschmacks des Verfassungsgebers, darf jedoch nicht zur Vernachlässigung der Tatsache führen, daß Art. 19 Abs. 3 GG mit den ein-

-
- 1) E 37, 271: "Solange der Integrationsprozeß der Gemeinschaft nicht soweit fortgeschritten ist, daß das Gemeinschaftsrecht auch einen von einem Parlament beschlossenen und in Geltung stehenden formulierten Katalog von Grundrechten enthält, der dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes adäquat ist, ist nach Einholung der in Art. 177 des Vertrags geforderten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes die Vorlage eines Gerichts der Bundesrepublik Deutschland an das Bundesverfassungsgericht im Normenkontrollverfahren zulässig und geboten, wenn das Gericht die für es entscheidungserhebliche Vorschrift des Gemeinschaftsrechts...für unanwendbar hält, weil und soweit sie mit einem der Grundrechte des Grundgesetzes kollidiert."
 - 2) EuGH Rs 6/64, RsprGH X, 1251 (1269 f.)
 - 3) Vgl. dazu neuerdings EuGH (v. 9.3.1978) Rs 106/77, EuR 1979, 277 ff. ("Simmenthal II"), in dem der EuGH dem Vorrang des Gemeinschaftsrechts eine bislang in solcher Intensität und Effizienz noch nicht verlaubliche Wirksamkeit und Tragweite zugemessen hat, so zu Recht IPSEN, EuR 1979, 223
 - 4) Wie dies im Bonner Grundgesetz hinsichtlich der natürlichen Personen geschehen ist

zelnen Grundrechten in engem funktionellen Zusammenhang steht. Das BVerfG hat im "Solange"-Beschluß¹⁾ jedoch nicht die These aufgestellt, daß der Grundrechtsteil generell der EG-Rechtsordnung nicht weicht, sondern Art. 24 GG nur dahingehend interpretiert, daß konstitutive Elemente des Grundgesetzes nicht ange- tastet werden können²⁾, wozu (auch) der Kernbestand der Grundrechte gehört. Die Beschränkung des Art. 19 Abs. 3 GG auf inländische juristische Personen gehört indessen - dies wird man mit hinreichender Sicherheit behaupten können - nicht zu diesem elementaren Kernbestand.

- Im übrigen war der zitierte Beschluß des Zweiten Senats auf das Verhältnis von sekundärem Gemeinschaftsrecht zu Grundgarantien des Grundgesetzes beschränkt³⁾;

1) BVerfGE 37, 271 ff.

2) BVerfGE 37, 271 (279)

3) BVerfGE 37, 271 (277): "Der vorliegende Fall zwingt nur zur Klärung des Verhältnisses zwischen den Grundrechtsgarantien des Grundgesetzes und den Vorschriften des sekundären Gemeinschaftsrechts..."

Art. 7 Abs. 1 EWGV ist dagegen primärrechtlicher Natur¹⁾.

- 1) Angemerkt sei aber folgendes: Der "Solange"-Beschluß des BVerfG hat herbe Kritik erfahren, vgl. z.B. MEIER, NJW 1974, 1704 ff.; RIEGEL, NJW 1974, 2176 ff.; GOLSONG, EuGRZ 1974, 17 ff.; BÜLOW, EuGRZ 1974, 19 ff.; LOUIS, EuGRZ 1974, 20 ff.; PESTALOZZA, DVBL 1974, 716 ff.; EMMERICH, JUS 1975, 182 ff.; ZULEEG, DÖV 1975, 44 ff.; ERICHSEN, VerwArch 1975, 177 ff.; DERINGER/SEDEMUND, NJW 1975, 482 ff.; IPSEN, EuR 1975, 1 ff.; SCHEUNER, AöR Bd.100 (1975), 30 ff.; BÖRNER, NJW 1976, 1041 ff.; FEIGE, JZ 1975, 476 ff.; RIEGEL, BayVBL 1976, 353 ff. Vgl. auch das Urteil des italienischen VGh vom 18.12.1973, Nr. 183, EuR 1974, 255 ff., welches eher in die Richtung des EuGH schlägt.

Zustimmend dagegen RUPP, NJW 1975, 2153 ff.; BLECKMANN, ZaöRV 1975, 81 ff.; SCHWAIGER RIW/AWD 1975, 190 ff.; SCHUMACHER, DB 1975, 677 ff.

Zweifelhaft auch, ob das BVerfG heute noch ebenso entscheiden würde, nachdem der Integrationsprozeß dergestalt fortgeschritten ist, daß ein Europäisches Parlament gebildet (so wohl auch IPSEN, EuR 1980, 71 (74)) und der EuGH am 13.12.1979, Rs 44/79, NJW 1980, 505 ff. ("Hauer"), den Grundrechtsstandard in der EG entscheidend ausgebaut hat, wenn er ausführt (S. 505 LS 1, 2), die Frage einer Grundrechtsverletzung durch Handlungen eines Gemeinschaftsorgans könne nur im Rahmen des Gemeinschaftsrechts selbst beurteilt werden und bei der Gewährleistung der Grundrechte durch das Gemeinschaftsrecht sei von den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten auszugehen. Der Weg zu einer neuen Sicht durch das BVerfG scheint obiter dictum bereits in der Entscheidung vom 25.7.1979, EuGRZ 1979, 547 (551) angelegt zu sein (so wohl auch IPSEN, EuR 1980, 71 (73 f.)): "Der Senat läßt offen, ob und gegebenenfalls inwieweit - etwa angesichts mittlerweile eingetretener politischer und rechtlicher Entwicklungen im europäischen Bereich - für künftige Vorlagen von Normen des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts die Grundsätze des Beschlusses vom 29. Mai 1974 (BVerfGE 37, 271 ff. = EuGRZ 1974, 5 ff.) weiterhin uneingeschränkt Geltung beanspruchen können."

Zum Verhältnis von primärem Gemeinschaftsrecht zu nationalem Verfassungsrecht hat das BVerfG neuerdings¹⁾ insofern Stellung bezogen, als es den Vorrang des Primärrechts ebenso anerkannt hat, wie zuvor schon den Vorrang des Sekundärrechts²⁾. Anders kann es nicht verstanden werden, wenn es sich in seinen Ausführungen der Diktion des EuGH bedient³⁾ und im Interesse des Zusammenwirkens der Gerichte, des Vertragsinteresses fortschreitender Integration und dem Gebot der Rechtsanwendungsgleichheit zu der Feststellung findet, das Gericht könne bei der Frage, ob der Anwendung von Vorschriften des EWG-Vertrages Normen oder Grundsätze des Grundgesetzes entgegenstehen, im Rahmen der abstrakten Normenkontrolle⁴⁾ allenfalls das deutsche Zustimmungsgesetz zum EWG-Vertrag, nicht aber die Anwendung von primären gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen als Prüfungsgegenstand betrachten⁵⁾. Das BVerfG hat somit zwar die Frage seiner Prüfungscompetenz gegenüber Primärrecht als solchem nicht zu beantworten brauchen, da ein nationaler Prüfungsgegenstand in Gestalt des Zustimmungsgesetzes vorlag. Es ist auch nicht von seiner bisherigen Auffassung abgewichen, daß sich EG-Recht - gleichgültig ob primäres oder sekundäres - an bestimmten konstitutiven Normen unserer Verfassungsordnung messen lassen muß⁶⁾.

1) Vgl. BVerfG v. 25.7.1979, EuGRZ 1979, 547 ff.

2) Vgl. BVerfGE 37, 271 ff. ("Solange"-Beschuß)

3) BVerfG v. 25.7.1979, EuGRZ 1979, 547 ff.

4) Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 80 ff. BVerfGG

5) Vgl. BVerfG, EuGRZ 1979, 547 (550)

6) Vgl. BVerfGE 37, 271 ff. ("Solange"-Beschuß)

Dies ist indes für die Lösung des vorliegenden Problems nicht entscheidend, denn zu diesen Normen gehört Art. 19 Abs. 3 GG nicht. Die Inländerklausel fällt vielmehr unter den Kreis von nationalen Normen, für die nunmehr auch das BVerfG in Übereinstimmung mit der gefestigten Rechtsprechung des EuGH¹⁾ annimmt, daß sie dem primären Gemeinschaftsrecht im Range nachgehen.

Ist dem aber so, bleibt zu folgern, daß der Übertragungsvorbehalt in Art. 24 Abs. 1 GG auch den fremdenrechtlichen Aktionsspielraum hinsichtlich der grundgesetzlichen Inländerklausel in Art. 19 Abs. 3 GG erfaßt und zur Disposition der europarechtlichen Ordnung gestellt hat²⁾, die Schlechterstellung ausländischer juristischer Personen der EG-Mitgliedstaaten auch im Grundrechtsbereich der nationalen Verfassung von der Integrationswirkung des allgemeinen Diskriminierungsverbotes mithin nicht ausgenommen werden kann.

1) Vgl. zu dieser Rspr. neuerdings Rs 106/77 v. 9.3.1978, EuR 1979, 277 ff. ("Simmenthal II")

2) So im Ergebnis auch DEGENHART, Grundrechtsschutz, (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 14)

C. Durchgriffscharakter des Art. 7 Abs. 1 EWG-Vertrag

Fordert Art. 7 Abs. 1 EWGV nach diesen Grundsätzen mit Vorrangwirkung gegenüber nationalem Recht Inländerbehandlung für marktangehörige juristische Personen des Auslands, liegt eine wirkliche Kollision mit der grundsätzlich das Gegenteil anordnenden Inländerklausel des nationalen Verfassungsrechts nur dann vor, wenn der gemeinschaftsrechtlichen Norm zusätzlich Durchgriffswirkung zukommt¹⁾, sie also ohne Mitwirkung des Mitgliedstaates unmittelbar gegenüber den Adressaten ihre Rechtswirkungen ausübt, Normwirkungen gleichkommend, die innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten ansonsten lediglich dem nationalen Recht beizulegen sind. Nur dann können überstaatliches Recht und innerstaatliches Verfassungsrecht auf die gleichen Tatbestände bezogen, auf identische Normadressaten anwendbar sein, mithin bei unterschiedlichem widersprechenden Normgehalt kollidieren.

Daß Art. 7 Abs. 1 EWGV nach Wortlaut, Inhalt und Auslegung der Primärnorm zu ermittelnde²⁾ unmittelbare Durchgriffswirkung zukommt, ist kaum zu bezweifeln. Die Vorschrift enthält nicht etwa einen bloßen Programmsatz³⁾, sondern gilt als unmittelbares Ge- und Verbot in den Mitgliedstaaten⁴⁾, die jedenfalls Normadressaten sind⁵⁾, ent-

1) IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 280

2) DERSELBE, a.a.O., S. 280

3) So aber wohl SPENGLER, Wettbewerbsregeln, S. 33; FUß, Die europäischen Gemeinschaften und der Rechtsstaatsgedanke, 1968, S. 42; zweifelnd JAENICKE, ZaöRV 19 (1958), 153 (157)

4) EuGH Rs 2/74, RsprGH XX, 631 (652); Rs 36/74, RsprGH XX, 1405 (1419 ff.); wohl auch Rs 14/68, RsprGH XV, 1 (15 f.); WÄGENBAUR in von der GROEBEN/von BOECKH/THIESING, EWGV, Art. 7 Anm. 5; WOHLFAHRTH in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, Art. 7 Anm. 9; STEINDORFF, Gleichheitssatz, S. 32; FEIGE, Gleichheitssatz, S. 52; HOCHBAUM Diskriminierungsverbot, S. 151; WYBO, Discrimination et Marché Commun, 1966, S. 32; NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020). Entscheidendes Argument ist der Wortlaut des Art. 7 Abs. 1 im Gegensatz zu Art. 7 Abs. 2, der eine bloße Kann-Vorschrift enthält.

5) Einhellige Ansicht, vgl. WÄGENBAUR, a.a.O.; WOHLFAHRTH, a.a.O.; IPSEN, a.a.O., S. 599; FEIGE, a.a.O., S. 53 f.; WYBO, a.a.O., S. 110; BLECKMANN, Europarecht, S. 290

faltet also unmittelbare Rechtsbeziehungen zwischen den einzelnen Marktbürgern, respektive Markt-Gesellschaften und diesen Staaten. Das Diskriminierungsverbot richtet sich als unmittelbar geltendes Gemeinschaftsrecht nicht nur an den innerstaatlichen Gesetzgeber, vielmehr auch an die Verwaltung und die Gerichte¹⁾, worauf in der Folge noch zurückzukommen sein wird.

D. Auswirkungen des unbeschränkten Vorrangs von Art. 7

Abs. 1 EWG-Vertrag auf die Inländerklausel des Art. 19

Abs. 3 GG

Zu beantworten bleibt die Frage nach der konkretisierten Auswirkung des festgestellten Vorrangs des gemeinschaftsrechtlichen Diskriminierungsverbots gegenüber der nationalen Inländerklausel.

Allgemein hat das EuGH zu den damit berührten Anwendungsproblemen ausgeführt²⁾, "nach dem Grundsatz des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts haben die Vertragsbestimmungen... in ihrem Verhältnis zum internen Recht der Mitgliedstaaten ...zur Folge, daß allein durch ihr Inkrafttreten jede entgegenstehende Bestimmung des geltenden staatlichen Rechts ohne weiteres unanwendbar wird."³⁾ Der im Rahmen seiner Zuständigkeit angerufene staatliche Richter ist danach verpflichtet, das Gemeinschaftsrecht uneingeschränkt anzuwenden und die Rechte, die es dem Einzelnen verleiht, zu schützen, indem er jede entgegenstehende Bestimmung des nationalen

1) BLECKMANN, Europarecht, S. 290; dazu neuerdings auch dezidiert EuGH Rs 106/77, EuR 1979, 277 (LS 2)

2) EuGH Rs 106/77, EuR 1979, 277 ff. ("Simmenthal II")

3) EuGH a.a.O., S. 277 LS 3

Rechts, gleichgültig, ob sie früher oder später als die Gemeinschaftsnorm ergangen ist, unangewendet läßt, ohne daß er die vorherige Beseitigung dieser Bestimmung auf gesetzgeberischem Wege oder durch irgendein anderes verfassungsrechtliches Verfahren beantragen oder abwarten müßte¹⁾.

Damit hat sich der Gerichtshof im Sinne von IPSENS Anwendungsvorrang²⁾ festgelegt, was bedeutet, daß die Kollisionsentscheidung weder die Nichtigkeit der nationalen Rechtsnorm feststellt noch eine richterliche Nichtigerklärung oder Aufhebung in Frage kommt, vielmehr von beiden entscheidungserheblichen Normen diejenige des Gemeinschaftsrechts der Sachentscheidung zugrunde zu legen, die des nationalen Rechts nicht anzuwenden ist³⁾. Mithin ist eine Berufung auf die Gemeinschaftsnorm nur denkbar, sofern eine mitgliedschaftliche Anwendungsinstanz die Nichtanwendung der nationalen Regelung im Einzelfall praktiziert⁴⁾.

Für den hier zu entscheidenden Kollisionsfall bedeutet dies, daß die Inländerklausel im Grundrechtsteil der nationalen Verfassung zwar nicht generell unwirksam ist⁵⁾. Ihr kommt

1) EuGH Rs 106/77, EuR 1979, S. 277 (280)

2) IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 288; vgl. auch DERSELBE, EuR 1979, 223 (235 f.)

3) IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 288

4) IPSEN, EuR 1979, 223 (235). Diesen Grundsätzen ist auch das BVerfGE 31, 145 (174) gefolgt, allerdings nur für das Verhältnis Gemeinschaftsrecht - einfaches Recht; insoweit hat es sich für das Verhältnis Gemeinschaftsrecht - Verfassungsrecht noch nicht geäußert.

5) Das erkennt GRABITZ, Europäisches Bürgerrecht, 1970, S. 100 f. bei der Behandlung des Problems für natürliche Personen und kommt somit nach der (zutreffenden) Erkenntnis, die Beschränkung des persönlichen Geltungsbereichs von Grundrechten auf Staatsbürger widerspreche den Diskriminierungsverboten des EG-Rechts zu der Folgerung, die Nichtigkeit (!) der Beschränkung auf Deutsche in den nationalen Grundrechten führe noch nicht zur Erstreckung des Grundrechtsschutzes auf EG-Bürger. Der richtige Ansatz leidet hier unter der unzutreffenden Lösung der Kollisionslage von Gemeinschaftsrecht und nationalem Verfassungsrecht.

somit prinzipiell die im Ersten Teil der Untersuchung dargestellte Regelungsspannweite zu, die im Grundsatz restriktive Wirkung bleibt trotz Inkrafttreten der gemeinschaftsrechtlichen Regelungen erhalten. Juristische Personen der EG-Staaten werden daher nicht ohne weiteres Träger der nur inländischen Organisationen vorbehaltenen Grundrechte des Grundgesetzes¹⁾. Die Bundesrepublik wird auch nicht etwa durch Art. 7 Abs. 1 EWGV verpflichtet, die Grundrechte auf die vorbezeichneten Gesellschaften de lege ferenda auszudehnen, mithin eine entsprechende Verfassungsänderung vornehmen²⁾. Sie darf jedoch unter der unmittelbaren Geltung der Vorschrift keine Maßnahmen gegen marktangehörige juristische Personen des Auslands ergreifen, die ihr nach der nationalen Verfassung gegenüber solchen des Inlands verboten sind. Beruft sich eine solche Gesellschaft des Auslands vor den inländischen Gerichten auf Grundrechte, muß sie daher unter Respektierung des gemeinschaftsrechtlichen Diskriminierungsverbotes wie eine

1) Insoweit zu Recht v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 52

2) So aber GRABITZ, a.a.O., S. 102; wie hier PLATZ, EWG-Niederlassungsrecht, 1966, S. 114

inländische Gesellschaft behandelt werden¹⁾).

- 1) So auch FÜß, Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht, 1975, S. 70 f. (allerdings für die besonderen Diskriminierungsverbote des EWG-Vertrages, vgl. dazu noch unten S. 189 ff.): "Die Einzelnen und die Unternehmen werden durch diese Vertragsvorschriften in die Lage versetzt, ihre Grundrechte - zum Beispiel Schutz des Privateigentums, freie Entfaltung beruflicher Tätigkeit, Koalitionsfreiheit,... - ungehindert durch staatliche Grenzen unter Berufung auf Gemeinschaftsrechtsnormen auszuüben," woraus sich für sie die Möglichkeit ergebe, vor den nationalen Gerichten unter Berufung auf Gemeinschaftsrechtsnormen Rechtspositionen gegenüber den betroffenen Mitgliedstaaten geltend zu machen. Ebenso BLECKMANN, Europarecht, S. 267 für natürliche Personen und die besonderen Diskriminierungsverbote in Art. 48, 52, 59 EWGV; wohl auch PLATZ, EWG-Niederlassungsrecht, S. 119 für natürliche Personen und Art. 52 EWGV: "...wäre indessen zu erwägen, ob sich für das befaßte Gericht nicht die Möglichkeit ergibt, Art. 52 Abs. 2 kraft seiner Transformationswirkung als unmittelbar geltendes Recht anzuwenden und dadurch auch hier für den einzelnen Ausländer ein Recht auf Berufs- und Vereinigungsfreiheit anzuerkennen." Vgl. auch ZULEEG, DVBL 1974, 341 (345).

A.A. allerdings BLECKMANN, Grundrechtslehren, S. 107 ohne Begründung; BETHGE, AöR 1979, 54 (86), mit dem Argument, völkerrechtlichen Verträgen komme schließlich kraft Transformationswirkung durch Art. 59 Abs. 2 GG lediglich der Rang einfachen Gesetzesrechtes zu, Art. 7 EWGV (sic!) könne nicht die Normenhierarchie zwischen Verfassungsrecht und einfachem Gesetz auf den Kopf stellen." Hier bewegt sich BETHGE, im Lichte moderner europarechtlich-verfassungsrechtlicher Lehre und Rechtsprechung besehen, im "Mittelalter" der Anwendung völkerrechtlichen Instrumentariums auf den autonomen Komplex des Gemeinschaftsrechts! Vgl. dazu oben S. 167 f.

Nicht einsichtig ist dann, aus welchem Grund von den nationalen Gerichten, deren Aufgaben der EuGH deutlich umschrieben hat¹⁾, ausgerechnet Verfassungsgerichte ausgenommen sein sollten²⁾. Aus keinem Wort dieser Rechtsprechung läßt sich eine Befreiung der Verfassungsgerichte von der Nichtanwendungsverpflichtung hinsichtlich kollidierender innerstaatlicher Normen, seien sie auch verfassungsrechtlicher Natur, entnehmen. Vielmehr ist die unmittelbare Anwendung des Art. 7 Abs. 1 EWGV als Verweisung auf die Gesamtheit der vom Aufnahmestaat auf die eigenen Staatsangehörigen tatsächlich angewandten Rechtsvorschriften zu verstehen³⁾. Die ausschließliche Geltung beispielsweise des Art. 12 GG für inländische Gesellschaften würde letztlich eine Ausländerdiskriminierung im Verfassungsrechtsschutz darstellen. Demgegenüber verfangen Erwägungen, die Verfassungsbeschwerde sei keine "normale" Rechtswegmöglichkeit⁴⁾, nicht; auch das BVerfG ist von der Verpflichtung zu integrationsfreundlicher und -fördernder Rechtsprechung und der Beachtung gemeinschaftsrechtlicher Primärnormen nicht freizusprechen, mag dies auch zuweilen nicht ganz deutlich gesehen worden sein⁵⁾. Warum sollte der Vorrang des Gemeinschaftsrechts gerade an der spezifischen Ausgestaltung des nationalen Rechtsschutzsystems in Form einer verfassungsrechtlichen Individualbeschwerde enden?

Ebensowenig kann eine solche Behauptung etwa damit fundiert werden, schließlich praktizierten die Nachbarstaaten ein weit rigoroseres Ausländerrecht⁶⁾. Mit solchen fremdenrechts-

1) Vgl. oben S. 181 f.

2) So auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020)

3) EuGH Rs 2/74, RsprGH XX, 631 (652)

4) So BETHGE, AöR 1979, 54 (86)

5) Vgl. dazu BVerfGE 37, 271 ff. ("Solange"-Beschluß) und die mannigfache Kritik dazu; vgl. oben S. 177 Fn.1

6) Vgl. dazu schon oben S. 112 Fn.1

politischen Erwägungen kann schließlich die dargestellte, aufgrund von Art. 24 Abs. 1 GG verfassungsrechtlich gesicherte, Integrationswirkung für den Bereich innerstaatlichen nationalen Rechts jedweder Normebene nicht in Zweifel gezogen werden¹⁾.

Resultierend verbleibt daher die Erkenntnis, daß im Verfassungsbeschwerdeverfahren etwa einer französischen Gesellschaft die Inländerklausel unter gemeinschaftsrechtlichen Gesichtspunkten unanwendbar wird und die verbleibende, insoweit nicht berührte grundrechtsbegründende Normwirkung des Art. 19 Abs. 3 GG dergestalt auflebt, daß auch einer solchen marktangehörigen Gesellschaft im konkreten Anwendungsfall Grundrechtsschutz nach den zu Art. 19 Abs. 3 GG von Rechtsprechung und Lehre entwickelten Grundsätzen wie einer inländischen zuteil wird; eine Verwerfung der Beschwerde als unzulässig wegen Grundrechtsunfähigkeit also

1) So wohl auch ZULEEG, DVBL 1974, 341 (345), ausdrücklich allerdings lediglich für Art. 48 Abs. 2 EWGV im Zusammenhang mit Art. 11 Abs. 1 und 12 Abs. 1 GG für ausländische natürliche Personen, selbst unter Hinweis auf die immerhin vorstellbare bedrohliche Situation, die bei der zu erwartenden massenhaften Zuwanderung türkischer Arbeitnehmer, denen auf Grund des Zusatzprotokolls zum Assoziationsabkommen (Art. 36 f. des Zusatzprotokolls zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei für die Übergangsphase der Assoziation, BGBl. 1972 II, 387 ff., in Kraft getreten am 1.1.1973, BGBl. 1973 II, 113 ff.) ab 17.11.1976 bis 1986 schrittweise die volle Freizügigkeit eingeräumt wird. Die Zahl der in der BRD arbeiten wollenden türkischen Staatsbürger übersteige eine Million. "Das deutsche Verfassungsrecht kann hier indessen keine Abhilfe schaffen."

jedenfalls ausscheidet¹⁾.

Systemkonform zeigt sich das hiermit gewonnene Ergebnis unter Einbezug einer weiteren Überlegung: Das allgemeine Diskriminierungsverbot enthält neben dem Verbot der nationalitätsbezogenen Schlechterstellung, hier konkretisiert zu einem Inländergleichbehandlungsbefehl, auch den Normbefehl, Staatsangehörige und Gesellschaften von

1) So auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020); ohne Begründung auch MAUNZ in MDHS, Art. 14 Rdnr. 11; HENDRICHS in v. MÜNCH, Art. 19 Rdnr. 31; wohl auch FUß, Grundrechtsschutz, S. 70 f.; wohl auch GSCHWENDTNER (für Art. 52 EWGV), S. 257; im Ergebnis auch DEGENHART, Grundrechtsschutz, (Habilitationsvortrag, unveröffentlichtes Manuskript, S. 14)

A.A. v. MUTIUS in BK, Art. 19 Abs. 3, Rdnr. 52, allerdings unter unzutreffender Berufung auf MEESEN, JZ 1970, 602 ff. und W.W. SCHMIDT, Grundrechte, S. 124 ff., die das Problem unter dem Aspekt des Art. 7 EWGV gar nicht behandeln; BLECKMANN, Grundrechtslehren, S. 107 ohne Begründung; BETHGE, AöR Bd. 104 (1979), 54 (86); DÖRIG in MDHS, Art. 19 Abs. 3 Rdnr. 30 mit dem Argument, Art. 7 EWGV erfasse nicht die gleiche Grundrechtsfähigkeit.

Nicht ganz deutlich IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 253, der die Verfassungsbeschwerde Marktbürgern nicht zugestehen will, dann aber im Nachsatz anfügt, nur indem das Gemeinschaftsrecht auch insoweit uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung mit dem Inländer gebiete, werde volle, auch grundrechtliche Gleichbehandlung gesichert. Hier ist zu fragen: Gibt nicht gerade Art. 7 Abs. 1 EWGV den entsprechenden Befehl?

Vgl. auch IPSEN, Gemeinschaftsrecht, S. 640, wo die materiell-rechtliche Gleichstellung von Arbeitnehmern nichtdeutscher Mitgliedstaaten im Sinne von Art. 9 Abs. 3, 11, 12 Abs. 1 GG wegen VO Nr. 1612/68 i.S. des Art. 189 Abs. 3 EWGV und dem Vorrang des Gemeinschaftsrechts zugebilligt, die Verfassungsbeschwerdebefugnis jedoch geleugnet wird; vgl. auch DERSELBE, a.a.O., S. 725 zur Berufsfreiheit.

Hier wird die vom BVerfG stets aufrechterhaltene (vgl. z.B. E 21, 362 (272 f.)) Identität von materieller grundrechtlicher Position und prozessualer Legitimation verkannt.

Mitgliedstaaten untereinander nicht unterschiedlich zu behandeln¹⁾, also Meistbegünstigung zu gewähren. Nachdem die Bundesrepublik Deutschland in bilateralen Verträgen mit den EG-Mitgliedstaaten Frankreich und Italien²⁾ deren Gesellschaften unbeschränkte Inländerbehandlung zugestanden hat, wozu nach zutreffender Ansicht auch der Zugang zum BVerfG und die Geltendmachung materieller Grundrechte innerhalb der Grenzen der Wesensklausel des Art. 19 Abs. 3 GG gehört³⁾, muß sie diese Behandlung, vermeidlich eines Verstoßes gegen den so verstandenen Art. 7 Abs. 1 EWGV auch juristischen Personen der übrigen EG-Staaten, mithin Gesellschaften mit Sitz oder vergleichbarem Anknüpfungspunkt nach Art. 58 Abs. 2 EWGV in Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich einräumen⁴⁾.

1) WOHLFAHRTH in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, EWGV, Art. 7 Anm. 4; BLECKMANN, Europarecht, S. 283

2) Vgl. oben S. 32 Fn.1

3) Vgl. oben S. 141 ff. (146)

4) So auch die Andeutung von NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020 Fn.20)

4. Abschnitt: Besondere Diskriminierungsverbote des
EWG-Vertrages. Grundrechtliche Inländer-
behandlung ausländischer juristischer
Personen der EG-Staaten nur im sachlich-
ökonomischen Anwendungsbereich des
EWG-Vertrages

NIESSEN hat darauf hingewiesen¹⁾, daß der beschriebenen Anwendung des allgemeinen Diskriminierungsverbotes Bedenken insofern entgegenstehen könnten, als die Vorschrift wortlautgemäß nur soweit inhaltliche Geltung beansprucht, als nicht spezielle Diskriminierungsverbote²⁾ des Vertrages den Regelungsgehalt des allgemeinen, dieses verdrängend, abdecken. Für juristische Personen von besonderem Belang sind die nach den Art. 58 Abs. 1 und Art. 66 EWGV ausdrücklich anwendbaren³⁾ Gleichbehandlungsgebote⁴⁾ im Bereich des Niederlassungsrechts und des Dienstleistungsverkehrs⁵⁾. In diesen Bereichen war zwar die unterschiedliche Behandlung von eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften gegenüber Rechtssubjekten anderer EG-Staaten nicht unmittelbar mit Inkrafttreten des Vertrages versagt, wovon der programmati-

1) NJW 1968, 1017 (1020)

2) Zur Spezialität der besonderen Diskriminierungsverbote vgl. oben S. 166 Fn.3, 4

3) Zu Art. 58, 66 EWGV vgl. oben S.162 ff.

4) Daß auch aus den speziellen Diskriminierungsverboten, insbesondere aus den Art. 52, 60 EWGV, in ihrem Anwendungsbereich das Gebot der Inländerbehandlung folgt, ist nach den oben, S. 165 f. entwickelten Grundsätzen zu Art. 7 Abs. 1 EWGV schlüssig; vgl. dazu auch EVERLING in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, EWGV, Art. 52 Anm. 3 f.; BLECKMANN, Europarecht, S. 291 ("strikte Inländerbehandlung"); GRABITZ, Bürgerrecht, S. 74 ff., 81 ff.; EuGH Rs 2/74, RsprGH XX, 631 (652)

5) So auch NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020)

sche Wortlaut der Art. 52, 59 EWGV zeugt. Der Abbau der Ausländerdiskriminierung vollzog sich zunächst nach Maßgabe der Programme¹⁾ mittels Richtlinien des Rates, die für gewisse wirtschaftliche Regelungskomplexe, nicht aber alle erschöpfend, ergangen sind²⁾. Indes sind seit Ablauf der Übergangszeit am 31.12.1969³⁾ die Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Inländerbehandlung rechtlich überflüssig geworden⁴⁾, weil der Vertrag sowohl im Bereich des Niederlassungsrechts als auch im Recht des Dienstleistungsverkehrs, also sowohl Art. 52 Abs. 2 als auch Art. 59, 60 Abs. 3 EWGV seit jenem Zeitpunkt dieselbe unmittelbare Wirkung in den Mitgliedstaaten zubilligt, wie sie dem allgemeinen Diskriminierungsverbot schon zuvor immanent war⁵⁾. Den Angehörigen aller Mitgliedstaaten, einschließlich der juristischen Personen, steht folgerichtig vor den nationalen Gerichten die Berufung auch auf die besonderen Diskriminierungsverbote frei, deren subjektivrechtliche Wirkung⁶⁾ im innerstaatlichen Rechtsraum sich lediglich in der sachlichen Reichweite von der des allgemeinen Grundsatzes der Inländerbehandlung unterscheidet.

1) Art. 54, bzw. 63 EWGV

2) Vgl. BÜLOW/LANGNER, Fundstellennachweis für das Recht der Europäischen Gemeinschaften, abgeschlossen am 31.12.1968, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 16 vom 24.1.69, S. 97 f.

3) Vgl. Art. 8 EWGV

4) So EuGH Rs 2/74, RsprGH XX, 631 (652) für Art. 52 ff., für die Art. 59 ff. muß dann das gleiche gelten.

5) So EuGH a.a.O., S. 652 f.; Rs 33/74, RsprGH XX, 1299 (1311 f.) für Art. 59, 60 Abs. 3; bestätigt von Rs 13/74, RsprGH XXII, 1333 (1341); so auch TROBERG in von der GROEBEN/von BOECKH/THIESING, EWGV Bd. 1, Art. 54 Anm. II, Art. 64 Anm. II

6) So EuGH Rs 33/74, RsprGH XX, 1299 (1310)

Relevant werden diese speziellen Normen jedoch nur in Fällen, in denen juristische Personen eines anderen EG-Staates im Inland etwa eine Zweigniederlassung errichten oder Dienstleistungen über nationale Grenzen hinweg erbringen; wo es sich demnach um Fälle handelt, in welchen von der Niederlassungsfreiheit oder der Freiheit des Dienstleistungsverkehrs Gebrauch gemacht wird¹⁾. In diesen Sektoren wird das Erfordernis der Inländerbehandlung von den besonderen Vorschriften determiniert, für die übrigen Regelungsbereiche verbleibt es bei der Anwendung des allgemeinen, im Ersten Teil des Vertrages niedergelegten Grundsatzes des Art. 7 Abs. 1 EWGV.

Für die hier interessierende innerstaatlich-grundrechtliche Seite ergibt sich unter Berücksichtigung des dort entwickelten Lösungsvorschlags²⁾, daß die aus den speziellen Diskriminierungsverboten hergeleiteten Gebote der Inländerbehandlung den fremdenrechtlichen Aktionsspielraum der Inländerklausel des innerstaatlichen Verfassungsrechts nur in dem begrenzten, ihre sachliche Regelungsreichweite ausmachenden Umfang erfassen können, die restriktive Wirkung derselben also nur sachlich limitiert aufgehoben werden kann. Grundrechtliche Normwirkungen kommen über diese Vorschriften mit unmittelbarer Geltung den Gesellschaften im Sinne von Art. 58 Abs. 1 EWGV also nur insoweit zugute, als diese die Inländerklausel erfassen und der jeweils geltend gemachte Sachverhalt unter das jeweils geltend gemachte Grundrecht des Grundgesetzes inhaltlich subsumierbar ist.

1) So zu Recht NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020)

2) Vgl. oben S. 162 ff., insbesondere S. 181 ff.

Für den verbleibenden, weiteren Bereich ergibt sich der Anwendungsbefehl wie dargestellt aus dem allgemeinen Grundsatz der Inländerbehandlung. Eine schärfere Abgrenzung der Anwendungsbereiche erweist sich mithin als überflüssig. Ob beispielsweise der Normbereich von Art. 12 GG über Art. 52 EWGV¹⁾ oder Art. 7 Abs. 1 EWGV in der spezifischen Fallgestaltung zugunsten ausländischer Marktgesellschaften angewandt wird, ist letztlich eine Frage der sachlichen Abgrenzung, ändert jedoch nichts am so gewonnenen Resultat.

Allgemeine und besondere Diskriminierungsverbote des EG-Rechts eröffnen somit über ihre unmittelbare Vorrangwirkung im jeweiligen sachlichen Geltungsbereich ungeachtet der nationalen grundrechtlich diskriminierenden Inländerklausel im konkreten Verfahren vor allen nationalen Gerichten, insbesondere auch vor dem BVerfG, für marktangehörige juristische Personen die Möglichkeit einer Berufung auf innerstaatliche Grundrechte, wie sie ansonsten inländischen juristischen Personen zuteil wird²⁾.

-
- 1) So (hinsichtlich natürlicher Personen) bei PLATZ, EWG-Niederlassungsrecht, S. 119
 - 2) Zu Recht stellt NIESSEN, NJW 1968, 1017 (1020) abschließend fest, daß auch Art. 220 EWGV keine andere Sicht rechtfertigen kann. Die Vorschrift sieht zwar die Möglichkeit des Abschlusses von Konventionen der Mitgliedstaaten vor, u.a. mit dem Ziel, den "Schutz der Personen sowie den Genuß und den Schutz der Rechte zu den Bedingungen, die jeder Staat seinen eigenen Staatsangehörigen einräumt" sicherzustellen, wozu auch die Rechtsstellung vor den Gerichten gehört. Art. 220 kann jedoch die Anwendung von Art. 7, 52, 59 etc. EWGV nicht ausschließen, da er gegenüber den vorgenannten Vorschriften keine Spezialvorschrift darstellt, so WOHLFAHRTH in WOHLFAHRTH/EVERLING/GLAESNER/SPRUNG, EWGV, Art. 220 Anm. 1; SCHWARTZ in von der GROEBEN/von BOECKH/THIESING, EWGV Bd. 2, Art. 220 Anm. III 1, was sich aus der Wendung "Soweit erforderlich..." ergibt. Art. 220 soll insoweit bestimmungsgemäß lediglich Ergänzung dieser Vorschriften sein, soweit diese zur Erreichung der verbindlich festgelegten Vertragsziele nicht ausreichen, so WOHLFAHRTH, a.a.O.. Greifen die Diskriminierungsverbote als unmittelbar geltendes Recht ein, bedarf es des Abschlusses einer Konvention im Sinne von Art. 220 EWGV nicht mehr, so zu Recht NIESSEN, a.a.O.

Zu beachten bleibt indessen eines: Der grundrechtsgeltungserweiternde Effekt gegenüber nationalem Verfassungsrecht der Bundesrepublik beschränkt sich inhaltlich selbst durch die dem primären EG-Recht vorgegebenen Grenzen. Denn nur in dessen sachlichen Regelungsbereich, somit in vorwiegend wirtschaftlich orientierten Materien, kann die überstaatliche Rechtsordnung diejenige der Mitgliedstaaten überlagern. Die damit gekennzeichnete Eingrenzung erweist sich gleichzeitig aber als weniger bedeutsam, als man zunächst anzunehmen versucht sein könnte, erstreckt sich doch der Tätigkeitsbereich der hier interessierenden juristischen Person gemäß der vorgenommenen Beschränkung¹⁾ in der Regel eben gerade auf wirtschaftliche Ebenen, auf das im EWG-Vertrag normierte thematische Feld. Für solche juristischen Personen der EG-Mitgliedstaaten bewirkt damit überstaatliches supranationales Recht der Gemeinschaft weitgehenden Grundrechtsschutz auch innerhalb der innerstaatlichen grundgesetzlichen Normschichten.

1) Vgl. oben S. 11 f.

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorherrschende Sehweise entnimmt Art. 19 Abs. 3 GG nicht nur die Anerkennung der Grundrechtsfähigkeit inländischer juristischer Personen durch das Bonner Grundgesetz, sondern zugleich im Umkehrschluß den weitgehend differenzierungslosen Ausschluß juristischer Personen mit Sitz im Ausland. Diese Ansicht erweist sich in verschiedenerlei Hinsicht als bedenklich. Zum einen berücksichtigt sie kaum auf integrationsfördernden Abbau nationalitätsbedingter Diskriminierung gerichtete Tendenzen und Regelungsgehalte über- und zwischenstaatlichen Rechts. Zum andern begegnet sie auch innerhalb der nationalen Rechtsordnung insoweit Bedenken, als der Bereich wirtschaftlicher Betätigung ausländischer Gesellschaften im Inland berührt ist.

1) Innerhalb nationalen Verfassungsrechts wird der nach der Entstehungsgeschichte wohl beabsichtigte Ausschluß ausländischer Organisationen von der Grundrechtsgeltung schon durchbrochen, wenn sich solche Rechtssubjekte, von einem inländischen Gerichtsverfahren betroffen, auf Prozeß- und Verfahrensgrundrechte berufen. Werden ausländische Gesellschaften dergestalt inländergleich in die innerstaatliche Rechtsordnung eingebunden, wird diese teleologisch geforderte Einschränkung der Inländerklausel in Art. 19 Abs. 3 GG nahezu einhellig als zulässig erachtet. Art. 101 Abs. 1 Satz 1, 103 Abs. 1, 19 Abs. 4 und 17 GG werden mithin auf solche Gesellschaften angewandt.

Inländische Verfahrensbetroffenheit und inländergleiche Einordnung ausländischer Gesellschaften in die nationale Rechtsordnung beschränken sich jedoch nicht auf durch formelle Grundrechte abgesicherte prozessuale Verfahrensabläufe, sondern lassen sich letztlich aufgrund des Zusammenhangs verfahrenssichernder und materieller Verfassungsgehalte auch im Umkreis materieller Grundrechte nachweisen. Ausländische juristische Personen können durchaus auch im Bereich materiellrechtlicher Verfassungsgarantien inländergleich inländischer Hoheitsgewalt und inländischen Normwirkungen unterworfen sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich im Inland wirtschaftlich betätigen. Im Ausmaß der sich dann ergebenden gleichartigen verfahrensspezifischen Betroffenheit besteht daher die grundrechtlich-rechtsstaatliche Notwendigkeit, gleichartigen Rechtsschutz zu gewähren.

So sind insbesondere die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG, aber auch die durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützte wirtschaftliche, bzw. gewerbliche Freiheit juristischer Personen im Zusammenwirken mit dem Willkürverbot des Art. 3 Abs. 1 GG einer beschränkten Anwendung auf ausländische juristische Personen zugänglich, sofern diese die ermittelten Kriterien erfüllen.

Diese Kriterien (inländergleiche Gewaltunterworfenheit im Sinne von inländischer Verfahrensbetroffenheit und gleichzeitige wirtschaftliche Betätigung innerhalb der nationalen Staatsgrenzen) erweisen sich gleichzeitig als geeignet, bei maßvoller Anwendung den vom Normzweck des Art. 19 Abs. 3 GG gebotenen fremdenrechtlichen Aktionsspielraum der Bundesrepublik Deutschland beim Aushandeln völkerrechtlicher Abkommen

zur Verbesserung der Rechtsstellung deutscher juristischer Personen im Ausland im Grundsatz zu wahren. Denn die Gewähr vollständiger Inländerbehandlung zugunsten ausländischer Gesellschaften bleibt auch nach hier vertretener Ansicht letztlich der Aushandlung in bilateralen Verträgen vorbehalten. Der Bundesrepublik werden mit- hin als Verhandlungspartner keine Druckmittel genommen.

Überhaupt ist klarstellend darauf hinzuweisen, daß die entwickelte, erweiternde Betrachtungsweise ausländischen Organisationen nicht generell und unlimitiert Grundrechte zugesteht, sondern sich als lediglich partielle, auf erwerbswirtschaftliche Inhalte beschränkte, Grundrechtssubjektivität im konkreten Anwendungsfall bei nachgewiesener situationsbedingt situationsgleicher Verfahrensbetroffenheit versteht. Als solche bildet sie eine begrenzte, gleichwohl von Verfassungs wegen geforderte Ausnahme zum grundsätzlichen Ausschluß ausländischer juristischer Personen von der Grundrechtsgeltung. Sie darf daher auch nicht als undifferenzierte Einebnung der verfassungsgewollten Privilegierung inländischer gegenüber ausländischen Gesellschaften mißverstanden werden.

2) Auf der Ebene zwischenstaatlichen Rechts führen die bisher mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Griechenland und der Dominikanischen Republik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsverträge, soweit sie zugunsten ausländischer juristischer Personen dieser Staaten uneingeschränkte Inländerbehandlung gewähren, zur inländergleichen Behandlung auch im grundrechtlichen Raum. Die in Art. 19 Abs. 3 GG nachweisbare fremdenrechtliche Sperre

umfaßt korrespondierend die verfassungsrechtliche Ermächtigung für den einfachen Gesetzgeber, im Wege von Vertragsgesetzen inländergleichen Rechtsschutz herbeizuführen. Inländergleicher Rechtsschutz aber kann nicht vor verfassungsgerichtlichen Rechtsbehelfen halt machen.

Darüberhinaus bewirkt das gemeinschaftsrechtliche allgemeine Diskriminierungsverbot des Art. 7 Abs. 1 EWGV im Zusammenhang mit weiteren speziellen und unmittelbar geltenden Diskriminierungsverboten für Gesellschaften der EG-Staaten inländergleichen Grundrechtsschutz innerhalb der nationalen grundrechtlichen Ordnung. Die grundsätzliche Schlechterstellung ausländischer juristischer Personen ist durch diese, Inländerbehandlung anordnende Normen gemäß der Entscheidung des Verfassungsgebers in Art. 24 GG zur Disposition der supranationalen Rechtsordnung gestellt worden. Im konkreten Kollisionsfall ist daher die Inländerklausel des Art. 19 Abs. 3 GG als überlagertes nationales Recht nicht anwendbar, soweit sie die Grundrechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen ausschließt. Dies führt im Ergebnis zur grundrechtlichen Gleichstellung ausländischer marktangehöriger Gesellschaften.

3) Resümierend ergibt sich daher folgendes Bild des Grundrechtsschutzes ausländischer juristischer Personen:

- Alle ausländischen juristischen Personen genießen den Schutz der Prozeß- und Verfahrensgrundrechte (Art. 17, 19 Abs. 4, 101 Abs. 1 Satz 2 und 103 Abs. 1 GG), dazu unter den genannten Voraussetzungen den Schutz gewisser materieller Grundrechte (Art. 14, partiell auch Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG).

- Juristische Personen mit Sitz in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Griechenland und der Dominikanischen Republik werden grundrechtlich wie inländische Gesellschaften geschützt. Das gleiche gilt für juristische Personen mit Sitz in einem der Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

LEBENS LAUF

Am 26. August 1954 wurde ich als Sohn des Diplom-Kaufmanns Dr. rer.pol. Klaus Jürgen Steinbrück und seiner Ehefrau Josephine, geb. Becker, in Mainz geboren.

Nach Besuch der Volksschule seit 1961 und des Staatlichen Gutenberg-Gymnasiums Mainz seit 1965 legte ich im Mai 1973 das Abitur ab.

Zum Sommersemester 1974 nahm ich an der Johannes-Gutenberg-Universität zu Mainz das Studium der Rechtswissenschaft auf. Dieses setzte ich ab Wintersemester 1975/76 an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München fort, wo ich im Januar 1979 die Erste Juristische Staatsprüfung mit "Gut" bestand.

Seit März 1979 werde ich als Rechtsreferendar im Oberlandesgerichtsbezirk München ausgebildet. Seit April 1980 bin ich zudem als wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl Prof. Dr. Peter Lerche tätig.

D. GRÄBNER

DISSERTATIONS U. OFFSETDRUCKEREI



Gotenstraße 3
8602 Altendorf bei Bamberg
Telefon: 09545/8791